„Mut zur Wahrheit“?

Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der „Alternative für Deutschland“

Hintergrundinformationen und Analysen

erstellt vom

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus der FH Düsseldorf

Expertise im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes / Bundesvorstand

Inhalt

FORENA
FORSCHUNGSSCHWERPUNKT RECHTSEXTREMISMUS / NEONAZISMUS
FACHHOCHSCHULE DÜSSELDORF
Universitätsstr. 1 / D-40225 Düsseldorf / www.forena.de

Autoren

Alexander Häusler

unter Mitarbeit von Rainer Roeser, Christoph Schulze und Horst Teubert sowie Paul Wellsow zur AfD in Thüringen

März 2014

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundesvorstand

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort....6
Einleitung....7
1 Der politische Kontext der AfD....9
1.1 Zwischen Nationalliberalismus und Rechtspopulismus....10
1.1.1 National- und Radikalneoliberalismus....10
1.1.2 Nationalkonservatismus....12
1.1.3 Rechtspopulismus....15
1.1.3.1 Begriff....15
1.1.3.2 Erscheinungsformen....17
1.2 Der Bund Freier Bürger: Politische Vorläuferpartei der AfD....18
1.3 Die Freiheit: Personelle und inhaltliche Überschneidungen mit der AfD....22
1.4 Die AfD und der rechte Populismus....26
1.4.1 Rechter Anti-EU-Populismus....28
1.4.2 Sarrazin und die ‚political correctness‘....29
1.4.3 Populistische Wortspiele....31
1.4.4 Manifest für einen rechten Populismus....33
2 Der marktradikale Hintergrund der AfD....35
2.1 Der Hamburger Appell....35
2.2 Politische Netzwerke im AfD-Umfeld....39
2.2.1 Das Bündnis Bürgerwille....39
2.2.2 Die Zivile Koalition....40
2.2.3 Die Wahlalternative 2013....41
3 Inhaltliche Ausrichtung der AfD....45
3.1 Wirtschaftspolitische Ausrichtung....45
3.2 Sozialpolitische Ausrichtung....46
3.3 Demokratiepolitische Ausrichtung....46
3.4 Verhältnis zu Arbeitnehmerfragen und Gewerkschaften....47
3.5 Verhältnis zu Arbeitslosen....48
3.6 Verhältnis zu Zuwanderern....49
3.7 Verhältnis zu Minderheiten....49
4 Die AfD-Landesverbände....51

4.1 Nordrhein-Westfalen....51
4.2 Hessen....56
4.3 Niedersachsen....63
4.4 Bayern....64
4.5 Hamburg....65
4.6 Baden-Württemberg....67
4.7 Rheinland-Pfalz....70
4.8 Thüringen....71
4.9 Mecklenburg-Vorpommern....75
4.10 Sachsen....76
4.11 Brandenburg....79
4.12 Berlin....82
4.13 Sachsen-Anhalt....85
4.14 Saarland....87
4.15 Bremen....87
4.16 Schleswig-Holstein....88
5 Wählermilieus und Reaktionen aus dem rechten Rand....90
5.1 Wählerwanderungen und Wählermilieus....91
5.2 Reaktionen aus Parteien vom rechten Rand....92
5.2.1 Die NPD und die AfD....93
5.2.2 Die Republikaner (REP) und die AfD....96
5.2.3 Bürgerbewegung pro Deutschland und die AfD....98
5.2.4 Bürgerbewegung pro NRW und die AfD....99
5.2.5 Bürger in Wut (BIW) und die AfD....100
5.2.6 Die Freiheit und die AfD....100
5.2.7 Die Rechte und die AfD....102
5.2.8 „Parteifreie“ Neonazis und die AfD....102
5.3 Rechte Medien und die AfD....103
5.3.1 Junge Freiheit....103
5.3.2 Sezession....104
5.3.3 Blaue Narzisse....105
5.3.4 Preußische Allgemeine Zeitung....106
5.3.5 Zuerst!....107
5.3.6 eigentümlich frei....107

6 Europawahlen 2014.....109
6.1 Programmatische Aufstellung zur Europawahl.....109
6.2 Die Kandidaten.....119
6.2.1 Rede von Bernd Lucke in Aschaffenburg.....119
6.2.2 Hans-Olaf Henkel.....122
6.2.3 Beatrix von Storch.....123
6.3 Mögliche Allianzen im Europaparlament.....125
Ausblick.....131
Literaturverzeichnis.....133

Vorwort

„Mut zur Wahrheit“ – mit dieser umstrittenen Parole erreichte die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) im September letzten Jahres beinahe den Einzug in den Bundestag.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 steht die neue Partei im Blickpunkt öffentlicher Kontroversen. Umstritten ist hierbei besonders die Frage, ob es sich bei der AfD um eine neue rechte Partei im Gewand von Euro-Kritik handelt. Mit dem Euro-Thema will sich die Partei auch im Wahlkampf zur Europawahl 2014 von den anderen Parteien unterscheiden und zugleich ihrer Selbstetikettierung als „mutig“ treu bleiben: „Mut zu Deutschland“ lautet ihr Slogan zur Europawahl.

Doch welcher Mut für welche Wahrheit sollte damit zum Ausdruck gebracht werden?

Um diese Frage beantworten und sich ein tiefgründiges Bild hierzu machen zu können, wird auf den folgenden Seiten ein weitgefasster Einblick in den Entstehungskontext und die Entwicklung der AfD gegeben. Die jeweiligen Kapitel sind so verfasst, dass sie auch einen Quereinstieg zu speziellen Themen und Fragestellungen ermöglichen, ohne den kompletten Text chronologisch durchlesen zu müssen.

In dieser Untersuchung werden Hintergrundinformationen bereitgestellt und Analysen vorgenommen in dem Bestreben, Anregungen zu einer Auseinandersetzung mit dieser neuen Partei zu geben. Inhaltlich baut die Untersuchung auf Vorarbeiten auf, die wir in einer im letzten Jahr zum Zeitpunkt der Bundestagswahl veröffentlichten Studie erarbeitet haben.[1] Aus dieser Vorstudie sind besonders die Teile zur Entstehungsgeschichte in die vorliegende Untersuchung eingeflossen und dafür Textteile daraus weitestgehend im vorliegenden zweiten Kapitel übernommen worden. Zusammenfassend kann die AfD demnach als eine Partei rechts der Union mit drei Flügeln beschrieben werden: einem nationalliberalen, einem nationalkonservativen und einem rechtspopulistischen Flügel. Die parteipolitischen Veränderungen in der AfD seit der Erstellung der Vorstudie werden in der vorliegenden Studie ausführlich beschrieben. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf die arbeitnehmer-und gewerkschaftsfeindlichen Positionierungen der AfD gelegt.

Mit der Nominierung des ehemaligen BDI-Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel hat die AfD einerseits ihr neoliberales Profil geschärft. Auf der anderen Seite treten in Verlautbarungen und Positionspapieren Tendenzen zutage, die auf eine rechtspopulistische Stoßrichtung weisen. Um diesbezüglich zu einer genaueren Einschätzung kommen zu können, haben wir uns in der vorliegenden Studie ausführlich mit dem politischen Kontext der AfD auseinandergesetzt. Um Wissensbedarfe aus dem Gewerkschaftsbereich eruieren zu können, wurden ausgewählte leitfadengestützte Gespräche mit im Bildungsbereich tätigen DGB-Mitgliedern geführt.[2] Wir haben versucht, die geäußerten Bedarfe, soweit wie es uns in der knappen Erstellungszeit möglich war, in diese Studie einfließen zu lassen.

Ihr Zweck soll darin bestehen, Möglichkeiten zu schaffen, um sich selbst eine Meinung zu kontroversen Fragen verschaffen zu können.[3]

---

1 Häusler, Alexander u.a. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Hintergründe zur vertiefenden Auseinandersetzung, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Download unter: https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen, abgerufen am 10.03.2014.

2 Gespräche wurden mit einem Vertreter des DGB-Bildungswerks, mit dem pädagogischen Leiter des DGB-Bezirks NRW, einem Jugendbildungsreferent der DGB-Region Ruhr-Mark und einer Vertreterin des DGB-Bundesvorstandes aus der Abteilung Jugend und Jugendpolitik geführt.

3 Stand der Untersuchung ist Anfang März 2014.

Einleitung

Im Jahr 2014 steht für die *Alternative für Deutschland* die existenzielle Frage zur Disposition, ob ihr der Einzug in das EU-Parlament sowie in die ostdeutschen Landesparlamente in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gelingt.

Nach dem knapp verpassten Einzug in den Bundestag war die Partei monatelang geprägt von internen Konflikten, die sie in einigen Landesverbänden an den Rand des Zerfalls gebracht hatten. Seit der Aufstellung der Kandidaten zur Europawahl jedoch scheint sich die AfD zu konsolidieren. Angesichts des Wegfalls der Drei-Prozent-Hürde ist der Einzug der AfD in das Europaparlament so gut wie sicher. Unklar ist jedoch, ob es der AfD gelingen wird, ihre politische Ausrichtung so zu verfestigen, dass sie sich längerfristig in der Parteienlandschaft etablieren kann. Denn obwohl die AfD schon eine Bundestagswahl bestritten hat, ist sie immer noch als eine Partei im Entstehungsprozess anzusehen. Sie hat zum aktuellen Zeitpunkt immer noch kein ausgefeiltes Programm und immer noch schwelende Konflikte hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung zu bewältigen.

Um zu einer tiefergehenden Betrachtung der AfD kommen zu können, werden folgend ihr Entstehungskontext, ihre politische Entwicklung und ihre gesellschaftspolitischen Positionen einer eingehenden Betrachtung und Analyse unterzogen.

Im ersten Kapitel wird der politische Kontext der AfD untersucht. Hierzu werden die neoliberalen, die nationalkonservativen und rechtspopulistischen Facetten der Partei untersucht. In einem weiteren Schritt wird ein Rückblick in die Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in Deutschland gegeben und hierbei zwei Parteien hervorgehoben, die in einem engen Zusammenhang mit der AfD stehen: Der *Bund freier Bürger* und die Partei *Die Freiheit*. Zudem wird im Kontext der Diskussion um die Thesen von Thilo Sarrazin erörtert, wo dabei inhaltliche Schnittmengen zu Positionierungen in der AfD bestehen. Abschließend werden Inszenierungs- und Artikulationsformen der AfD hinsichtlich der Fragestellung untersucht, ob hierbei Übereinstimmungen mit rechtspopulistischen Stilmitteln feststellbar sind.

Im zweiten Kapitel wird der marktradikale Hintergrund der AfD in den Blick genommen. Hierzu wird zunächst ein Blick zurück in die ersten Aktivitäten des heutigen AfD-Sprechers Bernd Lucke zur Entfaltung von politischen Aktivitäten mit neoliberalen Forderungen geworfen. Daran anschließend werden die unterschiedlichen Vereinigungen und Initiativen aus dem Vorfeld wie dem Umfeld der heutigen AfD einer kritischen Betrachtung unterzogen. Das Kapitel abschließend wird ein Blick auf die Vorläuferorganisation der AfD, die *Wahlalternative 2013,* geworfen.

Im dritten Kapitel werden die Programmatik der AfD und die Stellungnahmen von führenden AfD-Vertretern zu gesellschaftspolitischen Fragen beschrieben und analysiert.

Im vierten Kapitel werden die Entwicklungen in den Landesverbänden betrachtet. Da das Informationsmaterial für uns nicht in gleicher Form für alle Bundesländer zugänglich gewesen ist, werden die Entwicklungen und Ereignisse in den jeweiligen Landesverbänden in unterschiedlicher Ausführlichkeit beschrieben.

Im fünften Kapitel werden die Wählerschaft und die Reaktionen von Rechtsaußen auf die AfD einer kritischen Analyse unterzogen. Zunächst wird in komprimierter Form ein Einblick in die Wählerwanderungen und die Wählermilieus zur Bundestagswahl 2013 gegeben. Dann werden die Reaktionen aus Parteien vom rechten Rand auf die AfD beschrieben und daran anschließend erläutert, wie rechte Medien auf die Entwicklung der AfD reagieren.

Im sechsten Kapitel wird die Aufstellung der AfD zur Europawahl 2014 betrachtet. Hierbei wird zunächst ein Einblick in die Mitgliederbefragung in der AfD zur Entwicklung eines Wahlprogramms gegeben. In einem weiteren Schritt wird ein kritischer Blick auf drei Kandidaten auf den vorderen Listenplätzen der Partei geworfen. Abschließend wird die Situation im Europaparlament betrachtet unter der Fragestellung, welche möglichen neuen Allianzen dort gebildet werden könnten.

Die Studie schließt mit einem kurzen Ausblick.

1 Der politische Kontext der AfD

Die politischen Ausrichtungen im Parteienspektrum der europafeindlichen Rechten weisen eine große Spannbreite auf. Sie reichen von offen rassistischen und neofaschistischen bis hin zu nationalliberalen und nationalkonservativen Positionen. Diese Ansichten werden von ihren Vertretern meist in einem rechtspopulistischen Stil vertreten: einer Selbststilisierung als ‚Anwälte des Volkes‘, die die ‚nationalen Interessen‘ vertreten, welche von den ‚Alt-Parteien‘ im Zuge transnationaler Politik in Europa ‚verraten‘ würden. Solche Ausrichtungen zeigen sich auch bei der AfD, die mit Parolen gegen die Euro- und transnationale Europapolitik sowie gegen Zuwanderung und ‚Sozialtourismus‘ politisch zu punkten versucht. Die AfD steht damit in einem Zusammenhang mit dem Aufkommen neuer rechter Parteien, die im Zuge der Erosion wohlfahrtsstaatlicher Politik in Europa infolge von Abbau von sozialen Standards und Standortkonkurrenz zunehmend marktradikale und wohlstandschauvinistische Positionen vertreten und diese mit (Standort-)Nationalismus verknüpfen. Massenarbeitslosigkeit und strikte Austeritätspolitik im krisengeschüttelten Europa erwirken ein Erstarken des rechten Randes im politischen Gefüge. Dieses Erstarken beruht nicht zuletzt auch auf einer seit den 1970er Jahren sich zunehmend durchsetzenden Dominanz neoliberaler Politikkonzepte, die der Rechtsextremismusforscher Richard Stöss so beschreibt:

> *„Eine übertriebene wohlfahrtsstaatliche Politik – so die neoliberalen Kritiker – habe die öffentlichen Haushalte überlastet, die Selbststeuerungskräfte des Markts geschwächt, unternehmerische Initiative behindert und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt schwer geschadet. Um ihr zu neuer Blüte zu verhelfen, müsse sie von ihren bürokratischen Fesseln befreit, staatliche Intervention auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zurückgeschraubt und die Staatsverschuldung konsequent abgebaut werden. Für die Lösung der sozialen Probleme seien in erster Linie die Bürger/innen selbst verantwortlich, staatliche Leistungen sollten nur bei Härtefällen gewährt werden. Mit der Bildung der neoliberalen und neokonservativen Regierungen unter Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1980), deren Programm auf die Kurzformel ‚freie Wirtschaft plus starker Staat‘ gebracht wurde, gerieten nicht nur die sozialdemokratischen Parteien Europas unter starken politischen Druck, zumal sich die Wirtschafts- und Finanzkrisen in den westlichen Industriegesellschaften weiter vertieften. Auch die bürgerlichen Parteien wurden für die krisenhaften Entwicklungen verantwortlich gemacht.“*[4]

Die populistische Rechte hat sich in vielen europäischen Ländern neoliberalen Politikvorstellungen angenähert und diese mit nationalistischen Vorstellungen vermischt. Im Kontext der Wirtschaftskrise und der kurzfristig aufgekommenen Skepsis gegenüber der neoliberalen Doktrin staatlichen und sozialpolitischen Deregulierungszwangs reicherten rechtspopulistische Parteien ihre politische Agenda mit nationalistischem Sozialpopulismus an: „Unser Geld für unsre Leut“ – dieser von der rechtspopulistischen *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) kreierte Slogan kann als stilprägend für den rechten Wohlstandschauvinismus gelten. „Keine fremden Schulden auf Deutschlands Bürger abwälzen“[5], so klang es im Bundestagswahlkampf 2013 auf Plakaten der AfD.

---

4 Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel (3. aktualisierte Auflage, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin, S. 175.

5 Plakatmotive einsehbar unter: http://www.google.de/imgres?imgurl=http://afdmg.files.wordpress.com/2013/07/plakat-wir-wollen-diesen-euro-nicht-mit-code5.jpg&imgrefurl=http://eurokritiker.com/2013/07/23/ein-alternatives-plakat/&h=4494&w=3179&tbnid=rKYVcdiKcT8RYM:&tbnh=99&tbnw=70&zoom=1&usg=__1SIoSSBknsLFlHBnFy2Fx0fgSCo%3D&docid=AgjFKINAlOHRgM&sa=X&ei=WtQZU7rdE8XWtAa56oDQBw&ved=0CDgQ9QEwAw&dur=17475, abgerufen am 02.02.2014.

1.1 Zwischen Nationalliberalismus und Rechtspopulismus

Der Mitbegründer und stellvertretende Sprecher der AfD, Alexander Gauland, beschrieb in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die politische Zusammensetzung seiner Partei als Versammlung zweier Gruppen: den „volkswirtschaftlich gebildeten Wirtschaftsliberalen“ und den „Protestwählern“, welchen er „nationalkonservative“ sowie „nationalliberale“ Orientierungen zuordnet.[6] Für die erstgenannte Gruppe, die „Gegner von Euro und Brüsseler Eurokratie“, sei die AfD „ein liberales Projekt, das die FDP hätte umsetzen müssen und das sie zu ihrem Schaden verschmäht hat“, so Gauland. Die zweitgenannte Gruppe bestehe aus Menschen, „denen das Laissez-faire der modernen Gesellschaft viel zu weit geht, die Werte, Strukturen und Haltungen vermissen, die bei Eltern und Großeltern noch selbstverständlich waren.“ Dazu zählt für Gauland, dass „eine Familie aus Vater, Mutter und Kind besteht, die heimische Erziehung der Normalfall sein sollte und multikulturelle Gesellschaften mehr Probleme als Freude bereiten“, sowie die Abneigung gegenüber „den Torheiten des modernen Feminismus wie des Gendermainstreamings.“

Diese (Selbst-)Darstellung verdeutlicht einerseits, aus welchen politischen Orientierungen und politischen Milieus sich die AfD zusammensetzt: Aus einer Strömung neoliberaler Euro- und EU-Skeptiker in Anlehnung an den ‚Schäffler-Flügel‘ der FDP sowie aus einer Strömung nationalliberaler und nationalkonservativ gesinnter Protestwähler. Anderseits offenbart diese politische Eigenbeschreibung der AfD durch einen ihrer führenden Vertreter aus dem nationalkonservativen Spektrum zugleich den Versuch, eine dritte Gruppe auszuklammern, die das politische Erscheinungsbild der AfD gleichfalls mitprägt: die Rechtspopulisten, die etwa ein Zusammengehen der AfD mit der britischen UKIP sowie anderen rechtspopulistischen Parteien befürworten. In der Realität überschneiden sich diese drei Gruppen an einigen Sachfragen in ihren jeweiligen Grundüberzeugungen und sind daher nicht losgelöst voneinander zu betrachten. Dass diese Überschneidungen sogar bei persönlichen Positionierungen von AfD-Akteuren zu speziellen Sachfragen erkennbar sind, wird in Kapitel 2.2 veranschaulicht. Zunächst soll jedoch ein komprimierter Einblick in die Begrifflichkeit und die politische Bedeutung von Nationalliberalismus, Nationalkonservatismus und Rechtspopulismus gegeben werden.

1.1.1 National- und Radikalneoliberalismus

Lassen wir hierzu zunächst die FDP-nahen Vertreter des Liberalismus selbst zu Wort kommen: Im Online-Wörterbuch der *Friedrich-Naumann-Stiftung* wird der Nationalliberalismus als historisch prägende Strömung des politischen Liberalismus dargestellt:

> *„Diejenigen, die den von Bismarck maßgeblich geschaffenen Nationalstaat begrüßten, ihn zugleich aber liberal umformen wollten, organisierten sich 1867 in der Nationalliberalen Partei und stellten zwei Jahrzehnte lang die stärkste politische Kraft. Mit ihr erreichte der organisierte Liberalismus nach dem Urteil mancher Historiker seinen größten politischen Einfluss in Deutschland. Zugleich litt die Partei aber unter einem permanenten inneren Konflikt darüber, wem im Zweifel das Primat zukommt: der Nation oder der Freiheit? Als Folge wurde der Nationalliberalismus immer wieder von internen Kämpfen und Abspaltungen heimgesucht; das Schicksal von Stresemanns ‚Deutscher Volkspartei‘ ist dadurch gekennzeichnet. Mit ihrem Ende 1933 war auch die parteibildende Kraft des*

[6] Gauland, Alexander: Die AfD in der Krise, in: FAZ v. 24.01.2014.

> *Nationalliberalismus aufgezehrt, sein Erbe hat aber in der FDP auf die eine oder andere Weise eine nicht unwichtige Rolle gespielt.“*[7]

Während die *Deutsche Volkspartei* (1918-1933) die Weimarer Republik ablehnte und „die Interessen von Banken, Schwerindustrie und Exportwirtschaft“[8] vertrat, traten Nationalliberale nach dem Krieg bei der FDP in Erscheinung. Nun hatte die FDP schon in den 1950er Jahren durch den Einfluss des ehemaligen Nationalsozialisten Werner Naumann einen nationalliberalen Flügel mit rechtsradikalem Einfluss. Mit der *Liberalen Gesellschaft* unter Alexander von Stahl begann in der FDP Ende der 1970er Jahre die Wiederbelebung des Rechtsliberalismus, der 1995 mit der von Stahl gemeinsam mit Heiner Kappel und Achim Rohde gegründeten *Liberalen Offensive in der FDP* seine Fortsetzung fand. Kappel wirkte kurze Zeit später als stellvertretender Vorsitzender des nationalliberalen und rechtspopulistischen *Bundes freier Bürger – Offensive für Deutschland* (BFB).[9] Vorbild für den nationalliberalen FDP-Flügel jener Zeit war die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) unter dem schillernden Rechtspopulisten Jörg Haider. Doch das Bestreben einer „Haiderisierung“[10] misslang.

Für Teile der ‚Neuen Rechten‘[11] hingegen dient der Nationalliberalismus dazu, rechte und nationalistische Politik unter dem Stichwort ‚liberal‘ hoffähig zu machen. So wird der Nationalliberalismus in einem Nachtrag zu einem vom neurechten *Institut für Staatspolitik* herausgegebenen „Alternativen Verfassungsschutzberichtes“ zur politischen Leitlinie neurechter Politik erklärt:

> *„Eine wirkliche liberale Politik, die notwendigerweise gegen derartigen ‚Verfassungsschutz‘ gerichtet sein muß, würde konkret der politischen Rechten zu Gute kommen, so daß es sich für die FDP auch empfiehlt, selbst die rechte Rolle des deutschen Parteienspektrums (wieder) zu übernehmen (die ihr in der Sitzanordnung des Deutschen Bundestages bereits zugewiesen ist), um so die bundesdeutschen Verhältnisse zu normalisieren. Demokratisch normale Verhältnisse bedeuten nämlich, daß es nicht nur Parteien der politischen Linken und der linken ‚Mitte‘ gibt, sondern auch Rechtsparteien. Diese rechte politische Rolle zu übernehmen, läge im Eigeninteresse des Liberalismus; denn in der Hochphase des deutschen Liberalismus stellte er in der Tat in Form des National-Liberalismus erfolgreich die rechte Partei dar. Wie der Blick auf das westliche Ausland wie Belgien, Niederlande und Dänemark zeigt, sofern man den Blick nach Österreich scheut, könnten die Liberalen mit einer wirklich liberalen, d.h. politisch rechten Politik bis zu einem Drittel der Wähler gewinnen, zumindest stärker werden als Christdemokratie und Sozialdemokratie.“*[12]

Die nationalliberale Rechte hat sich auf der Grundlage der seit den 1980er Jahren vorherrschenden Dominanz neoliberaler Wirtschaftskonzepte zu erneuern versucht und sucht jetzt im Kontext der Krise in Europa nach neuen Anknüpfungspunkten für zugleich nationalistische wie wohlstandschauvinistische Interventionen. Doch auch in der gesellschaftlichen Mitte und in öffentlichen Diskursen treten vergleichbare Vorstellungen zutage. In seiner empfehlenswerten Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder hat der Politikwissenschaftler Frank Nullmeier aufgezeigt, wie im Kontext der Krise aus neoliberalen Grundpositionen ein ‚Radikalneoliberalismus‘

---

7 Frölich, Jürgen: Nationalliberalismus, unter: http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/webcom/show_page.php/_c-111/_nr-1/i.html, abgerufen am 22.02.2014.

8 Schubert, Klaus/Klein, Martina (2011): Das Politiklexikon, Bonn, hier unter: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/17345/deutsche-volkspartei-dvp, abgerufen am 20.12.2013.

9 S. näher Kap 1.3.

10 Dittberger, Jürgen (2010): Die FDP: Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 74.

11 Vgl. exemplarisch: Stöss, Richard (2007): Die ‚neue Rechte‘ in der Bundesrepublik, unter: http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41435/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik?p=all, abgerufen am 12.12.2013.

12 Schüßlburner, Josef (2011): Verfassungsfeindlicher Liberalismus: Nationalliberalismus oder Liberalextremismus? Unter: http://links-enttarnt.net/?link=verfassungsschutz&id=32, abgerufen am 12.12.2013.

entfaltet wurde. Denn als durch die europäische Krise das neoliberale Konzept in eine Legitimationskrise geriet, sind laut Nullmeier „in dieser Phase publizistische Versuche zu registrieren, die ungelösten theoretischen und politisch-ideologischen Probleme des Neoliberalismus mit konzeptionellen Experimenten zwischen Radikalneoliberalismus und neuen Formen von Nationalismus zu lösen.“[13]Als ein erstes öffentlichkeitswirksames Signal hierzu sei die ‚Sloterdijk-Honneth-Debatte‘ Ende des Jahres 2009 einzuordnen: Der Philosoph Peter Sloterdijk hatte in einem Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu einem „fiskalischen Bürgerkrieg“ gegen einen „steuerstaatlich zugreifenden Semi-Sozialismus“ aufgerufen.[14] In seiner Replik in der *Zeit* erwiderte der Sozialphilosoph Axel Honneth:

> *„Mit dem Mut des Freidenkers prüft Sloterdijk, mit welchen Mitteln die historischen Gewinner, die Reichen und Vermögenden, dem grausamen Spiel der stets wachsenden Beschämung ihrer Leistungen ein Ende setzen könnten; das Ergebnis dieses In-sich-Gehens stellt der Artikel Die Revolution der gebenden Hand dar.“*[15]

Laut Nullmeier ist im Hayekschen Marktmodell[16] die „Rechtfertigung von Ungleichheit nicht gelöst. Darauf reagiert die post-neoliberale Publizistik mit dem Versuch, Ungleichheit substanziell zu begründen.“[17] Eine Steigerung der Sloterdijk-Thesen sei bei Thilo Sarrazin nachzulesen, da dieser einen „Einstieg in eine negativ-selektive Bevölkerungspolitik auf der Ebene öffentlicher Kommunikation erreicht“ habe: „Diese Sarrazinsche Konzeption beruht auf zwei Elementen: auf einem radikalisierten Neoliberalismus, der die Bevölkerungsgruppengrößen in ihrer ökonomischen Nützlichkeit vergleicht“ und danach zu selektieren bestrebt ist, sowie auf der „Unterstellung abgrenzbarer Bevölkerungsgruppen mit bestimmten Intelligenzpools, die in Sarrazins Sicht überwiegend genetisch bedingt sind und vererbt werden.“[18]

Ob biologistisch oder kulturell hergeleitet – das Selektieren von Menschengruppen nach ihrer ökonomischen Nützlichkeit bedarf einer kollektiven ‚Rechtfertigung‘: Diese wird in der von Nullmeier als „radikalneoliberalistisch“ bezeichneten post-neoliberalen Strömung hergeleitet aus einem angeblich ‚nationalen Interesse‘. Und dies verbindet die eingangs von Gauland beschriebene eine Gruppe der AfD-Mitglieder mit der anderen Gruppe, den Nationalkonservativen.

1.1.2 Nationalkonservatismus

Der Konservatismus beharrt auf der Gültigkeit überlieferter Ordnungen und Tugenden. In ihrer tiefgehenden kritischen Auseinandersetzung mit antidemokratischen Tendenzen im Konservatismus hat die Politikwissenschaftlerin Helga Grebing schon Anfang der 1970er Jahre diese Tugenden zusammengefasst:

> *„Der Katalog der Tugenden, deutsch und bürgerlich genannt, trägt die alten Farben: Pflichttreue, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Ehrerbietung, Fleiß, Sparsamkeit, Disziplin, Präzision, Erfindungsreichtum, sachliches Leistungsbewußtsein, Hingabe, Dienstleistungsbereitschaft für die Gemeinschaft, Verantwortlichkeit (im Maße des durch den Tugendkatalog gesetzten Rahmens). Jeder soll, gemessen an der natürlichen, unverletzlichen*

[13] Nullmeier, Frank (2010): Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“, herausgegeben von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, S. 7.
[14] Sloterdijk, Peter: Die Revolution der gebenden Hand, in: FAZ v. 13.06.2009.
[15] Honneth, Axel: Fataler Tiefsinn aus Karlsruhe, in: Die Zeit v. 25.09.2009.
[16] Nach dem Vordenker des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek (1899-1992), kann es keine soziale Gerechtigkeit geben, da Gerechtigkeit allein durch die Gesetze des freien Marktes geschaffen werde.
[17] Nullmeier a.a.O., S. 19.
[18] Ebd., S. 23.

> *Seinsfülle des Geschöpfes Mensch und seinem jeweiligen Stande entsprechend, seine Ehre haben.“*[19]

Laut Grebing unterfüttern diese Tugenden die Vorstellungen von einer erwünschten hierarchischen Ordnung des Staates und der Gesellschaft, funktionierend „in Analogie zum Organismus“ oder in anderen Fällen als Wunsch zur Wiederherstellung der „Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts als natürliche Ordnung“. Dabei werde eine hierarchische Gesellschaftsstruktur begründet „mit neo-sozialdarwinistischen Argumenten“. Das erklärte Ziel solcher hierarchisch-paternalistischer Ordnungsvorstellungen sei, „echte Volksordnung in einem neuen Sinne zu schaffen, damit sich alle als eine partnerschaftliche Leistungsgemeinschaft (im Interesse der optimalen Nutzung der Produktivkräfte) verstehen können“. Ein solches Gesellschafts- und Freiheitsverständnis habe daher „entpolitisierten, privaten Charakter und ist bar aller Impulse zur Inganghaltung des Demokratisierungsprozesses“.[20]

Die AfD repräsentiert neben den von dem FDP-Kurs enttäuschten Neoliberalen zugleich den schon von Grebing beschriebenen Typus von Konservatismus: Dort sind es die Nationalkonservativen, denen der Unionskurs unter Bundeskanzlerin Merkel als Ausdruck einer schleichenden Sozialdemokratisierung gilt. Als „Muttis Ödnis“ bezeichnet dies der AfD-Sprecher Konrad Adam in plakativer Wortwahl in einem noch vor der AfD-Gründung in der *Jungen Freiheit* publizierten Beitrag:

> *„Konservative haben es schwer in einer Zeit, die auf Veränderung setzt und dem Fortschritt huldigt. Und nirgends schwerer als in Deutschland, wo man nur ‚konservativ‘ mit ‚rechts‘ und rechts‘ mit ‚faschistisch‘ gleichsetzen muß, um einen, der sich so nennt oder nennen läßt, im Handumdrehen zu erledigen.“*

Nach Adam wisse die Union mit „konservativen Ideen nichts mehr anzufangen“. Sie unterscheide sich von einem Hühnerhof vor allem dadurch, „daß es kein Gockel, sondern eine Kampfhenne ist, die hier den Ton angibt.“ Daraus erwächst für Adam die Chance für einen „aufgeklärte(n) Konservatismus, der die Weisheit der Institutionen gegen die Willkür, die Fahrlässigkeit oder die Dummheit ihrer Benutzer verteidigt“.[21]

Mit diesen Vorstellungen steht Adam als Vertreter nationalkonservativer Ordnungsvorstellungen nicht alleine da. In seiner „Anleitung zum Konservativsein“ formulierte Alexander Gauland lange vor der Gründung der AfD eine Abgrenzung von Liberalismus und Konservatismus:

> *„Wir werden es künftig mit zwei kulturellen Milieus zu tun haben, einem liberal-individualistischem, das sich für Zuwanderung, die Anerkennung von homosexuellen Lebensgemeinschaften und jede Art von Selbstverwirklichung stark macht, und einem wertkonservativen, das auf einer verbindlichen Identität aus moralischen Prinzipien und abendländischen Traditionen besteht und wirtschaftlichen Notwendigkeiten wie wissenschaftlichen Erfolgen eher skeptisch gegenübersteht, also nicht mehr das bürgerliche Lager gegen die Sozialdemokratie, sondern Konservative versus Liberale in allen Parteien.“*[22]

Aus den Schilderungen wird jedoch klar, dass mit den Liberalen eben nicht die Nationalliberalen gemeint sind, welche die beschriebenen liberalen Positionen ebenfalls ablehnen. Ebenso wie im Liberalismus existieren auch im Konservatismus politische Schnittmengen mit der sogenannten ‚Neuen Rechten‘ als „Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“.[23] So definiert

---

19 Grebing, Helga (1971): Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M., S. 361.

20 Ebd., S. 429f.

21 Adam, Konrad: Muttis Ödnis, in: Junge Freiheit v. 31.08.2012.

22 Gauland, Alexander (2002): Anleitung zum Konservativsein, Stuttgart/München, S. 96.

23 Vgl. Martino, Susanne (1992): Die ‚Neue Rechte‘ in der ‚Grauzone‘ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, Frankfurt a.M.

etwa der katholische Theologe und Politikwissenschaftler Felix Dirsch die ‚Neue Rechte‘ als „konservative Intelligenz der 1990er Jahre“: „Es handelt sich um politisch-publizistische Erscheinungen am rechten Rand des politischen Spektrums, die z.T. radikales, aber kein extremistisches Gedankengut transportieren.“[24] Dirsch zählt hierzu explizit die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), für die er auch selbst Beiträge verfasst. In dieser Zeitung wird sich zeit ihres Bestehens darum bemüht, publizistisch der Herausbildung einer neuen Partei rechts von den Unionsparteien zum Erfolg zu verhelfen. So problematisiert es diesbezüglich der JF-Chefredakteur Dieter Stein:

> *„Seit dem Untergang der Deutschen Partei vor fünfzig Jahren sind Dutzende Anläufe gescheitert, bürgerliche Protestparteien alternativ zu CDU/CSU und einer unter sozialliberalen Bundesregierungen ab 1969 nach links gewendeten FDP zu etablieren.“* [25]

Die *Deutsche Partei* trat nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1950er Jahre als nationalkonservative Kraft gegen die Bodenreform, betriebliche Mitbestimmung und gegen linke Politik in Erscheinung.[26] Was Stein zudem noch unter „bürgerlichen Protestparteien“ versteht, zeigen seine weiteren Ausführungen:

> *„Zwei aus der CSU ausgetretene Bundestagsabgeordnete gründeten 1983 die rechtskonservativen Republikaner, die 1989 mit sieben Prozent in das Europaparlament einzogen und dem Bundestagseinzug nahe kamen. Sie scheiterten auf Bundesebene aber genauso wie der 1994 von FDP-Dissidenten und prominenten Klägern gegen den Euro-Maastricht-Vertrag gegründete Bund freier Bürger (BFB), der später in Streit und Spaltungen unterging.“*[27]

Sowohl die rechtsradikalen *Republikaner* als auch der rechtspopulistische *Bund freier Bürger* haben sowohl inhaltlich wie auch hinsichtlich ihres Personals die Grenzen zwischen der konservativen und der extremen Rechten aufgebrochen. Nach deren politischer Erfolglosigkeit sieht Stein nun in der AfD den neuen parteipolitischen Hoffnungsträger:

> *„Der Durchbruch der AfD öffnet eine politische Option. Jahrzehnte galt unumstößlich auf Bundesebene das vom einstigen CSU-Chef Franz Josef Strauß aufgestellte Prinzip, rechts neben der Union dürfe es keine ‚demokratisch legitimierte Partei‘ geben. Abgesehen davon, ob sich die Alternative für Deutschland selbst als ‚rechts‘ in der politischen Gesäßgeographie positioniert – sie wird als bürgerlich-konservative Bewegung verortet und hat sich in groben Umrissen auch eine entsprechende Programmatik gegeben.“*[28]

An den zitierten Stellungnahmen wird ersichtlich, dass die inhaltlichen Schnittmengen zwischen Nationalliberalen und Nationalkonservativen im Bereich von paternalistisch-hierarchischen, antiegalitären, besitzstandswahrenden und nationalistischen Ordnungsvorstellungen liegen. Um diese elitären und ausgrenzenden Vorstellungen politisch breitenwirksam kompatibel zu machen, bedarf es einer ansprechenden Form der politischen Repräsentation. Viele europäische Rechtsaußenparteien nutzen hierzu rechtspopulistische Stilmittel, um elitäre Gesellschaftsvorstellungen wählerwirksam als Artikulation eines angeblichen ‚Volkswillens‘ zu verkaufen.

---

[24] Dirsch, Felix (2012): Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens, Münster, S. 249.

[25] Stein, Dieter: Das blaue Wunder, in: Junge Freiheit v. 20.09.2013.

[26] Vgl. Schmollinger, Horst W. (1983): Die Deutsche Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Partien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band 1 AUD-EFP, Opladen, S. 1025-1111.

[27] Stein a.a.O.

[28] Ebd.

1.1.3 Rechtspopulismus

Auf dem Gründungsparteitag der AfD am 14. April 2013 hielt deren Sprecher Konrad Adam eine Rede, in der er zum Populismus Stellung bezog: „Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten“, erklärte er unter großem Zuspruch seiner Zuhörerschaft.[29]

In seiner politischen Aschermittwochsansprache im niederbayerischen Osterhofen bezog der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl, Hans-Olaf Henkel, Stellung zum Vorwurf der Rechtslastigkeit seiner Partei. Die *Junge Freiheit* zitiert ihn dabei wie folgt:

> *„Nach Ansicht von Henkel sei ‚nichts falsch daran‘, rechts zu sein: ‚Der Kampf gegen Rechts ist eine Unverschämtheit.‘ Rechts dürfe nicht mit rechtsextrem verwechselt werden. ‚Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig.‘“*[30]

Trotz dieser Stellungnahmen verwahren sich viele AfD-Funktionäre dagegen, als rechtspopulistische Partei bezeichnet zu werden. Bevor wir in Kapitel 1.4 rechtspopulistische Tendenzen innerhalb der AfD beschreiben, wenden wir uns zunächst dem Begriff des Rechtspopulismus und dessen bisherigen Erscheinungsformen zu.

1.1.3.1 Begriff

Im Unterschied zur traditionellen extremen Rechten treten Parteien der rechtspopulistisch modernisierten Rechten nicht offen demokratiefeindlich auf. Vielmehr inszenieren sie sich als ‚wahre Demokraten’ und ‚Anwälte’ der angestammten Bevölkerungsteile und bekunden, deren Interessen gegenüber einer als undemokratisch angeprangerten und transnational orientierten Politik zu ‚verteidigen’. Dabei werden breit vorherrschende Ängste gegenüber nationalem Souveränitätsverlust und drohendem sozialem und wirtschaftlichem Abstieg propagandistisch kanalisiert in eine Politik der Feindbilder. Damit greift der Rechtspopulismus höchst aktuelle Fragestellungen, wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder demokratische Defizite im europäischen Krisenmanagement, auf und füllt diese politischen Leerstellen mit schlichten, reaktionären ‚Lösungsangeboten’. Dabei wird ‚das Volk’ als homogenisierender Begriff für die unterschiedlichen Partikularinteressen angestammter Bevölkerungsteile in Kontrast zu der ‚politischen Klasse’ gesetzt, welche angeblich zum Zwecke der eigenen Bereicherung die ‚nationalen Interessen’ an eine undemokratische, multikulturelle und transnational orientierte Europäische Union verkauft habe. Der Rechtspopulismus übersetzt hierbei den Nationalismus und Rassismus der traditionellen extremen Rechten in kulturell und/oder religiös umformulierte Feindbilder: die ‚schleichende Islamisierung’, den ‚bürokratischen Moloch EU’, die ‚Zerstörung kultureller Identität’ durch den Multikulturalismus und die Linke als dessen ‚Steigbügelhalter’. Dabei inszeniert sich der zeitgenössische Rechtspopulismus kämpferisch als ‚demokratische Alternative’ zum beschworenen kulturellen Untergangsszenario. Als Chiffre dieses rechten ‚Kulturkampfes‘ können die Schlagworte ‚Heimat, Glaube, Identität’ genannt werden, die als reaktionär gefüllte Identifikationsangebote in Frontstellung gegenüber der transnational und multikulturell verfassten europäischen Demokratie gebracht werden. Die aus diesen Kreisen erhobenen Forderungen nach ‚mehr Demokratie’ in Form von Volksentscheiden und Bürgerbegehren weisen eine selektive Inanspruchnahme partizipativer

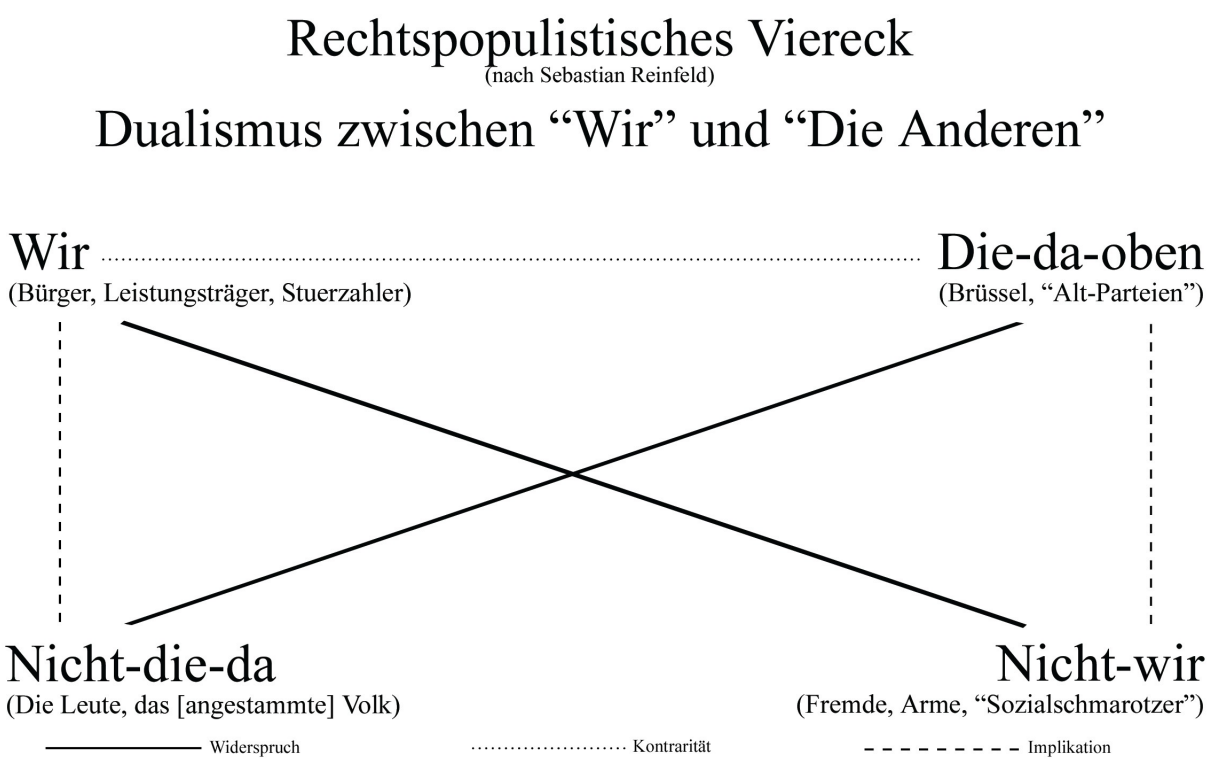
---

[29] Adam, Konrad: Rede im Wortlaut. http://afd-opf.de/konrad-adam-auf-dem-gruendungsparteitag-in-berlin/, abgerufen am 05.08.2013.

[30] Brückner, Thorsten: „Crazy-Horst“ und das „Pin-up Girl für enttäuschte Konservative“, in: Junge Freiheit v. 05.03.2014.

demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten auf, die konterkariert werden von autoritären, undemokratischen und rassistischen Politikvorstellungen.

In Anlehnung an die Studien von Sebastian Reinfeld[31] lässt sich der rechtspopulistische Dualismus zwischen ‚Wir‘ und ‚Die Anderen‘ in Form eines Vierecks veranschaulichen:



Eine solche dualistische Kontrastierung vollzieht sich sowohl auf der vertikalen, wie auch auf der horizontalen Ebene: Während die rechtspopulistische Wir-Konstruktion einerseits elitär zentriert ist auf die bürgerlichen Mittelschichten in Abgrenzung zu denen, die nicht als ‚Leistungsträger‘ angesehen werden, wird anderseits ein integrierendes politisches Identifikationsangebot an ‚das Volk‘ gemacht. Dabei werden jedoch lediglich die angestammten Bevölkerungsteile angesprochen und zugleich propagandistisch abgegrenzt von nicht angestammten Bevölkerungsteilen. Während die Abgrenzung hierbei von oben nach unten verläuft, wird auf einer anderen Ebene in der Eigenkontrastierung zur ‚etablierten Politik‘ propagandistisch ein Unten-Oben-Gegensatz hergestellt. Zugleich wird dadurch auf der vertikalen Ebene propagandistisch eine scheinbare ‚Egalisierung‘ zwischen dem elitären ‚Wir‘ der angeblichen bürgerlichen ‚Leistungsträger‘ und dem ‚Volk‘ vollzogen. Damit werden die elitären, besitzstandswahrenden Partikularinteressen zu einem allgemeinen ‚Volksinteresse‘ umgedeutet und zugleich auf der vertikalen Ebene politische ‚Feindmarkierungen‘ vorgenommen: Demnach werden die Interessen ‚des Volkes‘ von unten bedroht durch die ‚Fremden‘ und ‚Sozialschmarotzer‘ sowie zugleich von oben v.a. durch die angeblich korrupten ‚Alt-Parteien‘.

Damit hat diese dualistische Gegenüberstellung im Rechtspopulismus sowohl integrierenden wie zugleich ausschließenden Charakter: So werden einerseits Implikationen zwischen dem ‚Wir‘ der ‚Leistungsträger‘ und dem ‚Volk‘ hergestellt und anderseits zwischen ‚denen-da-oben‘ und den ‚Fremden und Schmarotzern‘, welche damit zugleich kollektiv zum eigenen ‚Wir‘ kontrastiert werden.

[31] Reinfeld, Sebastian (2013): „Wir für Euch“. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster, S. 50.

1.1.3.2 Erscheinungsformen

Ein Rechtspopulismus mit europafeindlicher Stoßrichtung prägt die politische Agenda vieler Rechtsaußenparteien. So erklärte der schillernde niederländische Rechtspopulist Geert Wilders anlässlich einer geplanten rechten Fraktionsbildung unterschiedlicher Rechtsaußenparteien im Europaparlament: „Heute beginnt die Befreiung von der Elite Europas, die Befreiung vom Monster aus Brüssel“. Marine Le Pen vom französischen *Front National* stützt dieses geplante Bündnis mit den Worten: „Die Tage, an denen patriotische Bewegungen getrennt marschierten, manchmal aus Angst dämonisiert zu werden, sind vorbei.“[32] Für die deutschen Rechtsaußen-Parteien gewann der Rechtspopulismus mit dem Aufkommen der Partei *Die Republikaner* (REP) unter der Führung des charismatischen Parteiführers Franz Schönhuber an Bedeutung. Mit Schönhuber, ehemals stellvertretender Chefredakteur des *Bayerischen Rundfunks* und CSU-Abtrünniger, gewannen rassistische, deutschnationale und revisionistische Themen bei dieser Partei an Bedeutung. [33] Nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Steffen Kailitz vollzogen die REP eine Entwicklung von einer „bedeutungslosen Kleinpartei“ hin zu einem zeitweise „erfolgreichen rechtspopulistischen Herausforderer“, um dann wieder aufgrund von wahlpolitischer Erfolglosigkeit den unfreiwilligen Rückweg in die politische Bedeutungslosigkeit zu beschreiten.[34]

Im Einklang mit der neoliberalen Ausrichtung anderer rechtspopulistischer Parteien gingen bei den REP Forderungen nach mehr Wettbewerb einher mit gewerkschaftsfeindlichen Forderungen. In einem 1989 verteilten Flugblatt forderten die REP „das Machtkartell der ‚Tarifautonomie‘ von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Arbeitsjustiz und Parteien durch eine allen Arbeitenden verantwortliche ‚konzertierte Aktion‘ … (zu) brechen.“[35]

In Form der *Schill-Partei,* unter der charismatischen Führung des früheren Strafrichters Ronald Barnabas Schill, rückten ab dem Jahr 2000 so genannte 'law-and-order'-Themen in den Mittelpunkt rechtspopulistischer Rhetorik. Ihr propagandistisches Kernmerkmal war ein scharf geführter rechtspopulistischer 'Sicherheits-Diskurs', mit dem diese Partei im September 2001 bei der Hamburger Bürgerschaftswahl einen spektakulären Wahlerfolg von 19,4 Prozent der Wählerstimmen erzielte. Doch im Verlauf der realpolitischen 'Gehversuche' entzauberte sich ihr Nimbus schnell, und der Versuch zur bundesweiten Ausdehnung in den folgenden Jahren scheiterte nicht zuletzt auch daran, dass sich der Parteiführer als realpolitisch handlungsunfähig erwies.[36] Noch vor der Auflösung der *Schill-Partei* erreichte diese einen letzten Achtungserfolg bei der Bremer Bürgerschaftswahl im Jahr 2002. Spitzenkandidat war Jan Timke, der kurze Zeit später aus der *Schill-Partei* austrat und die *Bürger in Wut* (BIW) gründete.[37] Im Handbuch der deutschen Parteien werden die BIW als Partei bewertet, die „rechtskonservative und rechtspopulistische Einsprengsel“[38] aufweise; es wird zudem vermerkt, dass sich die Partei gegenüber „Kooperationen mit radikaleren rechtspopulistischen Kräften im europäischen Ausland“ offen gezeigt habe.[39] Zudem wird darauf verwiesen, dass bei den auch heute noch existierenden BIW die Kritik an der EU im Allgemeinen sowie am Rettungsschirm für

---

32 Riesebeck, Peter: Europas neue Rechte, in: Frankfurter Rundschau v. 14.11.2013.

33 Vgl. Schomers, Michael (1990): Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR, Köln; Henning, Eike (1991): Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Eine Studie, Frankfurt am Main; Pfahl-Traughber, Armin (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn (hier S. 65-82).

34 Kailitz, Steffen: Die Republikaner (REP) (2013), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 380.

35 Zit. nach: Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, S. 168.

36 Vgl. Carini, Marco/Speit, Andreas (2002): Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg; Hartleb, Florian (2013a): Schill-Partei, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 381-387.

37 Vgl. Hartleb (2013a), S. 384.

38 Hartleb, Florian (2013b): Bürger in Wut (BIW), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 191.

39 Ebd. S. 192f.

Griechenland insbesondere wachsenden Raum einnehme.[40] Im Hinblick auf die Benennung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur AfD, ist auf der Homepage der BIW eine Debatte zwischen einem AfD-Sympathisanten und einem BIW-Vertreter dokumentiert. Dort heißt es u.a. seitens des AfD-Sympathisanten:

> *„Nach dem Linksruck der CDU und der Bedeutungslosigkeit der Republikaner ist die Alternative für Deutschland sogar die einzige Stimme der Konservativen in Deutschland. Natürlich ist die Partei nicht nur konservativ sondern u.a. auch rechtsliberal, wobei die traditionellen Unterschiede zwischen konservativ und nationalliberal immer mehr verschwimmen. Die Schweizer Volkspartei ist ebenfalls sowohl konservativ als auch rechtsliberal. Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine verantwortungsvolle und seriöse Finanz-, Energie und Einwanderungspolitik ein und für eine Stärkung der Familie und der Inneren Sicherheit.“*

Dazu wird seitens der BIW folgende Position vertreten:

> *„Dass die AfD die einzige Stimme in Deutschland sei, ist schon deshalb falsch, weil es ja noch uns BÜRGER IN WUT gibt, die sich klar als eine bürgerlich-konservative Wählervereinigung verorten, was sich auch in unserem ausführlichen Programm widerspiegelt. Die AfD sehen wir schon wegen ihrer Positionen in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik nicht als eine konservative, sondern als eine (rechts-)liberale Partei an - übrigens auch im Unterschied zur schweizerischen SVP, die in der Ausländerpolitik im Gegensatz zur AfD sehr viel konsequentere Forderungen vertritt.“*[41]

Ebenfalls im Jahr 2001 trat die Partei *Pro Deutsche Mitte – Initiative pro DM* (PRO DM) in Erscheinung. PRO DM war eine ebenfalls rechtspopulistische Partei, die 1998 auf Initiative des Millionärs Bolko Hoffmann gegründet und nach dessen Tod im Jahr 2007 aufgelöst wurde. Hoffmann war Hauptaktionär der Nachrichtenagentur ddp und Herausgeber der Finanz-Zeitschrift *Effekten-Spiegel*; er soll laut einem Bericht der Zeitschrift *Tempo* die REP bei deren Wahlkampf in Bayern finanziell unterstützt haben.[42] Bemerkenswert ist hierbei der Tatbestand, dass mit PRO DM erstmalig die Forderung nach Wiedereinführung der D-Mark Eingang in die parteipolitische Auseinandersetzung gefunden hat – sogar im Namen. Obwohl die Programmatik von PRO DM große Parallelen zu den Forderungen des ebenfalls rechtspopulistisch und eurofeindlich ausgerichteten *Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland* (BFB) aufwies, kam es nicht zu einer Zusammenarbeit, weil der BFB aus Hoffmanns Sicht „zu rechtslastig“[43] war. Weil dem BFB besondere Bedeutung für das Verständnis der politischen Ausrichtung der AfD zukommt, wird er in dem folgenden Kapitel gesondert betrachtet.

1.2 Der *Bund Freier Bürger*: Politische Vorläuferpartei der AfD

Die AfD weist in vielerlei Hinsicht politische Gemeinsamkeiten, inhaltliche Überschneidungen sowie zugleich auch personelle Kontinuitäten mit einer früher am rechten Rand existenten Partei auf: dem *Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland/ Die Freiheitlichen* (BFB).

---

40 Vgl. ebd. S. 191.

41 BIW v. 30.09.2013: BIW und AfD: Zu den inhaltlichen Unterschieden. http://buerger-in-wut.de/blog,259,biw-und-afd-zu-den-inhaltlichen-unterschieden, abgerufen am 20.01.2014.

42 Rechtsschutzinstitut (Hg.) (1997): Lokalpolitik und die extreme Rechte in Düsseldorf. Düsseldorf, S. 84.

43 Hartleb, Florian (2013c): Initiative Pro D-Mark, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 315.

Diese Partei wurde im Jahr 1994 auf Initiative des früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner gegründet. Brunner war 1992 aufgrund seiner ablehnenden Haltung zum Vertrag von Maastricht von seiner Stellung als EG-Beamter entbunden worden.[44] Laut Brunner wurde die Partei als „Bürgerbewegung für ein Europa der Nationen“ gegründet.[45] Mit seinen Kampagnen gegen die Währungsunion war der BFB die erste Partei in Deutschland, die sich der Euro-Thematik zentral angenommen hat. Zugleich trat der BFB in seinem Grundsatzprogramm von 1995 für Leistungsorientierung, nationale Identität und Heimatbewusstsein sowie gegen Korruption, Verschwendung und Parteienfilz ein und skizzierte seine politische Ausrichtung als „freiheitlich, marktwirtschaftlich, konservativ und national“.[46] Die Zusatzbezeichnung *Die Freiheitlichen* wurde in Anlehnung an die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) gewählt.

Brunner versuchte, durch die politische Annäherung an den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider von dessen rechtspopulistischer Strahlkraft profitieren zu können. Doch trotz dieser Annäherung und gemeinsamen Wahlkampfauftritten mit Haider erreichte der BFB nicht im Mindesten eine Aufmerksamkeit, die mit derjenigen der damaligen FPÖ vergleichbar gewesen wäre. Die Europawahlen 1994 zu einer 'Volksabstimmung gegen Maastricht und für die Deutsche Mark' zu machen, wie es der BFB plante, scheiterte ebenso an einer entsprechenden Wählerzustimmung wie die folgenden Wahlauftritte dieser rechtspopulistischen Partei. Brunner vollzog 1998 den Zusammenschluss des BFB mit der Partei *Offensive für Deutschland* von Heiner Kappel. In der Folgezeit ihres parteipolitischen Werdegangs radikalisierte sich der BFB bis hinein in den rechtsextremen Rand. Im Verfassungsschutzbericht 1999 wurden dem BFB „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ bescheinigt.[47] Im Jahr 2000 stellte der BFB endgültig seine parteipolitischen Tätigkeiten ein. Im Handbuch der deutschen Parteien wird die Einschätzung getroffen, dass das exklusive parteiliche Erscheinungsbild unter einem „spröde wirkenden Vorsitzenden“ ihre „rechtspopulistische Stoßrichtung konterkarierte.“[48]

Neben der Ablehnung des Euros weisen auch andere Forderungen des früheren BFB deutliche Ähnlichkeiten mit der heutigen AfD auf. Die auf der Gründungsversammlung festgelegten Leitsätze zur „Erneuerung der Politik in Deutschland“ veranschaulichen diese Ähnlichkeiten. Martin Dietzsch und Anton Maegerle haben in ihrer Skizzierung des BFB diese Leitsätze zusammengefasst:

> *„- Verwirklichung der deutschen Einheit hat Vorrang vor Europa. Europa ja, Maastricht nein!*
>
> *- Europäischer Staatenbund statt föderaler Bundesstaat*
>
> *- Leitwährung D-Mark statt Währungsunion*
>
> *- Gegen den ‚laschen‘ Rechtsstaat*
>
> *- Gegen das Tarifsystem und das System der Sozialversicherung als Haupthemmnisse für wirtschaftliche Gesundung*
>
> *- Bürgerlicher Pioniergeist statt bürokratische Gleichmacherei*
>
> *- Mittelstandsorientierte Steuerpolitik*
>
> *- Abschaffung des Asylrechts und Regulierung der Arbeitsimmigration*

---

44 Vgl. Grewe, Hartmut (1994): Der „Bund freier Bürger“, Sankt Augustin.

45 Brunner, Manfred, in: Junge Freiheit Nr. 11/1993; hier zit. nach: Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, S. 176.

46 BFB Grundsatzprogramm „Freiheit braucht Mut“, München 1995, S. 2.

47 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999 (2000), Paderborn, S. 92.

48 Hartleb, Florian (2013): Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg:): Handbuch der Deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 203.

- Für den Erhalt der Familie als ‚Fundament jedes Gemeinwesens‘“[49]

In seinem Parteiprogramm von 1995 begnügt sich der BFB „nicht wie andere Parteien mit einem Lippenbekenntnis zur Marktwirtschaft, sondern will die allgemeine Sozialdemokratisierung unserer Gesellschaft beenden und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder zur Geltung bringen“. Zudem wird dort betont, dass die „Achtung des privaten Eigentums“ für den BFB eine „wesentliche Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft“ darstelle. [50] Solche deutlich wirtschaftsliberalen Forderungen werden verquickt mit populistischen Parolen gegen eine angeblich existente ‚linke Vorherrschaft‘. Ähnlichkeiten zur heutigen AfD bestehen dabei beispielsweise in der Forderung des BFB nach ‚Meinungsfreiheit‘ gegenüber einer angeblich vorherrschenden linken ‚political correctness‘, gegen welche im Parteiprogramm von 1995 unter dem Slogan „Entwaffnet die Gesinnungspolizei“ vorgegangen werden sollte.[51]

Mit der heutigen AfD teilt sich der BFB nicht nur die Bezeichnung als „Professoren-Partei“[52], sondern zugleich den Unterstützerkreis: Mit dem Anfang des Jahres 2014 verstorbenen Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty gehören ehemalige Unterstützer des rechtspopulistischen BFB zum Kreis der AfD-Unterstützer. Besonders deutlich wird die personelle Überschneidung von BFB und AfD durch die Person Joachim Starbatty: Der bekannte Ökonom tritt zur Europawahl 2014 als Spitzenkandidat auf dem vierten Listenplatz der AfD an. In einer früheren Selbstdarstellung des BFB („Was wir wollen, Wer wir sind“) ist von Prof. Dr. Starbatty zu lesen:

„Die Antwort finden wir in den Konzepten Walter Euckens, Alfred-Müller-Armacks, Wilhelm Röpkes und Alexander Rüstows und in der Politik Ludwig Erhards. Wir müssen sie nur auf die heutige Zeit übertragen.“[53]

Mit dieser Bezugnahme verweist Starbatty auf die ordoliberalen Vertreter der so genannten ‚Freiburger Schule‘ des Neoliberalismus. Starbatty veranschaulicht damit die wirtschaftsliberalen Bezüge des zugleich nationalistisch und rechtspopulistisch orientierten BFB, wobei er dessen Einordnung als rechtspopulistisch ablehnt, wie einem Interview in der Tageszeitung *Die Welt* zu entnehmen ist:

„Die Welt: Anfang der 90er-Jahre schlossen Sie sich der nationalliberalen Partei Bund freier Bürger an, die im Ruf stand, rechtspopulistisch zu sein …

Starbatty: … rechtspopulistisch war sie ganz sicher nicht. Sie war eine Reaktion auf den Maastricht-Vertrag und die Pläne für eine Währungsunion. Der Grund meines kurzen Engagements vom Februar 1994 bis November 1994 war die Europapolitik und die geplante Einführung des Euro, gegen die ich 1998 gemeinsam mit Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling und Karl Albrecht Schachtschneider Verfassungsbeschwerde eingelegt habe.“[54]

Mit dem Journalisten Bruno Bandulet tritt ein weiterer ehemaliger BFB-Aktivist als Unterstützer der AfD in Erscheinung. Bandulet ist Verleger und Autor und schreibt regelmäßig in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit.* Im *Kopp Verlag* veröffentlichte er jüngst ein Buch über den Ersten Weltkrieg, in dem er u.a. die These aufstellt, dass „den Europäern Versailles und der Zweite Weltkrieg erspart geblieben wären, hätten die USA nicht politisch interveniert“.[55] Für den BFB war Bandulet auch

[49] Dietzsch, Martin/Maegerle, Anton (1995): Der Bund freier Bürger - Die Freiheitlichen (BFB), unter: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Bund_freier_Buerger.htm, abgerufen am 12.12.2013.

[50] BFB Grundsatzprogramm 1995, a.a.O., S. 7.

[51] Ebd. S. 20.

[52] Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, S. 173.

[53] Bund Freier Bürger: Was wir wollen – wer wir sind. Bonn: Bonn Aktuell 1994, S. 78–87; hier zit. nach: Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, Fußnote 53, S. 316

[54] Starbatty warnt vor einer europäischen Katastrophe, in: Die Welt v. 19.08.2013.

[55] Bandulet, Bruno (2014): Als Deutschland Großmacht war. Ein Bericht über das Kaiserreich, seine Feinde und die

publizistisch tätig: Für die von Manfred Brunner herausgegebene Publikation *Deutschland Brief – Argumente & Fakten für Freie Bürger* zeichnete er verantwortlich. Seit dem Jahr 2009 erscheint der von Bandulet verfasste *DeutschlandBrief* als regelmäßige Kolumne in der marktradikalen Monatszeitschrift *eigentümlich frei*. In einem Interview mit der Blogzeitung *Freie Welt*, an der u.a. die AfD-Politikerin Beatrix von Storch mitwirkt, skizzierte Bandulet die politischen Gemeinsamkeiten des BFB mit der AfD:

> *„FreieWelt.net: Mit dem 1994 als Reaktion auf den Vertrag von Maastricht gegründeten Bund freier Bürger (BfB), in dem Sie sich engagiert haben, versuchten Sie, mit parlamentarischen Mitteln gegen den Vertrag von Maastricht zu kämpfen. Woran ist dieses Vorhaben gescheitert?*
>
> *Bruno Bandulet: Das ist eine lange Geschichte. Nur ein Punkt: Da der Euro zu BfB-Zeiten noch nicht existierte, klangen die Warnungen vor einem Desaster eher theoretisch.*
>
> *FreieWelt.net: Jetzt hat sich eine neue Partei gegründet, die in der Tradition des BfB steht und die Sie ebenfalls unterstützen: die Alternative für Deutschland (AfD). Wird die AfD ebenfalls scheitern oder hat sie eine Chance?*
>
> *Bruno Bandulet: Es wird nicht leicht werden, aber die AfD hat definitiv eine Chance, weil die Euro-Misere inzwischen Realität ist, weil die Bindung der Wähler an die großen Parteien im Vergleich zu den neunziger Jahren sehr viel schwächer geworden ist und weil das Internet die Möglichkeit bietet, mit geringem Kostenaufwand Anhänger zu mobilisieren – siehe auch die wertvolle Vorarbeit, die die Zivile Koalition geleistet hat.“*[56]

Der BFB ist als eine nationalliberal, nationalkonservativ und europaskeptisch ausgerichtete Partei mit einer rechtspopulistischen Stoßrichtung politisch in Erscheinung getreten. Die heutige AfD hat jedoch nicht bloß frappierende Ähnlichkeiten mit der politischen Ausrichtung des BFB. Ebenso gehören zentrale Persönlichkeiten zum heutigen Unterstützerkreis der AfD, die früher den BFB unterstützt hatten. Zudem weisen beide Parteien nahezu identische politische Mitgliedermilieus auf, mit dem Unterschied, dass die AfD diese Milieus besser einzubinden weiß und darüber hinaus auch mit populistischer Agitation prekäre soziale Schichten ansprechen kann. Sogar der zentrale Wahlkampfslogan der AfD zur Bundestagswahl 2013 entpuppt sich bei näherer Betrachtung als schlichte Kopie eines Slogans des BFB: „Mut zur Wahrheit“ stand schon auf BFB-Wahlplakaten zur Landtagswahl am 13. September 1998 in Bayern.[57]

Entfesselung des Ersten Weltkrieges, Rottenburg, S. 15.

[56] „Nach der Bundestagswahl wird richtig geschröpft“, Interview mit Dr. Bruno Bandulet, in: Freie Welt v. 22.04.2013, unter: http://www.freiewelt.net/interview/nach-der-bundestagswahl-wird-richtig-geschropft-22426/.

[57] BFB-Wahlplakat, unter: http://unimut.fsk.uni-heidelberg.de/unimut/images/wahlkrampf98/wahlkrampf28.jpg, abgerufen am 20.12.2013.

1.3 *Die Freiheit*: Personelle und inhaltliche Überschneidungen mit der AfD

Die AfD weist neben ihren inhaltlichen Überschneidungen mit den Positionen des bis zum Jahr 2000 existenten rechtspopulistischen BFB auch deutliche Überschneidungen mit einer weiteren rechtspopulistischen Partei auf: der *Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie – Die Freiheit* (DF).

Die DF wurde im Jahr 2010 in Berlin u.a. von ehemaligen Mitgliedern der CDU gegründet und war in ihren Grundzügen geprägt von muslimfeindlicher und rechtspopulistischer Ausrichtung. Der Vorsitzende der DF, Rene Stadtkewitz, war als CDU-Mitglied in Berlin aktiv in einer lokalen Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer Moschee. Anlass zur Gründung der Partei war ein Konflikt innerhalb der Berliner CDU um die Einladung Geert Wilders durch Stadtkewitz. Daraufhin trat dieser aus der CDU aus und gründete die DF. In seiner unterstützenden Rede zum Wahlkampf der DF im September 2011 verdeutlichte der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders aus seiner Sicht die Gemeinsamkeiten zwischen seiner rechtspopulistischen Partei PVV und der DF:

> *„Deutschland braucht eine rechte Partei, die nicht belastet ist mit Neonazi-Verbindungen und durch Antisemitismus, sondern die anständig und respektabel und auch standfest ist.“*[58]

Trotz dieser prominenten Unterstützung blieb dieser muslimfeindlichen und rechtspopulistischen Partei der Erfolg versagt: Zu sehr war sie verstrickt in das Netzwerk offen rassistischer Initiativen und Weblogs, um für breitere bürgerliche Wählerschichten ansprechend zu wirken. Vor allem fehlte es der Partei an vorzeigbarem politischem Personal. Als „beachtlich“ wertete Rene Stadtkewitz in einem Schreiben an die Mitglieder das 4,7-Prozent-Bundestagswahlergebnis der AfD. Mit der AfD habe es „erstmals eine bürgerlich-liberale Partei geschafft, sich eine realistische Chance zu erarbeiten, bereits im kommenden Jahr in zahlreichen Parlamenten vertreten zu sein“. Völlig richtig sei die Entscheidung der DF gewesen, auf einen eigenen Antritt zur Bundestagswahl zu verzichten, erklärte Stadtkewitz. Für das Scheitern der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde, macht er offenbar andere rechte Kleinparteien verantwortlich, die anders als DF nicht auf eine Kandidatur verzichteten:

> *„Es wäre gut gewesen, wenn auch andere Parteien, die nun im 0,2 Prozent-Bereich gelandet sind, so entschieden hätten, denn dann wäre die AfD bereits heute mit einer eigenen Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten.“*

Laut Stadtkewitz zeige ein Vergleich beider Programme eine Deckungsgleichheit „zu min. 90%“: „In diesem Sinne sehen wir vieles von dem was wir wollten, von der AfD aufgegriffen und fortgesetzt.“ Die Chance, die sich mit der AfD biete, gelte es nun nach Kräften zu unterstützen, schrieb Stadtkewitz. DF habe sich entschlossen, „ihre bundes- und landespolitischen Vorhaben einzustellen und sich stattdessen ausschließlich auf die Fortsetzung der begonnenen kommunalpolitischen Aktivitäten, besonders in München, zu beschränken“. Das bedeutet auch einen Verzicht auf die Teilnahme an der Europawahl. Der DF-Vorsitzende appellierte zugleich „an alle Kleinparteien, die eine ebenso große Übereinstimmung ihrer Ziele mit denen der AfD entdecken, es uns gleich zu tun“. Jede unnötige Konkurrenz spiele denen in die Hände, „die Deutschland am liebsten abschaffen wollen“. [59] Nach dieser Ankündigung von Stadtkewitz ist die DF praktisch aufgelöst. Lediglich in München werden unter der Führung des DF-Aktivisten Michael Stürzenberger noch Aktivitäten durchgeführt.

---

[58] Geert Wilders: Rede zum Wahlkampf der Partei Die Freiheit in Berlin am 03.09.2011. http://www.diefreiheit.org/rede-von-geert-wilders-am-3-september-2011-in-berlin/, abgerufen am 13.02.2012.

[59] http://www.pi-news.net/2013/09/die-freiheit-stellt-bundes-und-landespolitische-vorhaben-zugunsten-der-afd-ein/

Programmatisch trat die Partei neben ihrer ausgeprägten Muslimfeindlichkeit mit wirtschaftsliberalen und nationalkonservativen Themen sowie mit der Forderung nach ‚direkter Demokratie‘ in Erscheinung:

> *„Wir kündigen eine bürgerlich-liberale Partei an. Mit dieser fordern wir eine Rückbesinnung auf unsere Werte, eine wirtschaftliche Neuordnung, einen leistungsorientierten Arbeitsmarkt, eine neue Familienpolitik, einen Zuwanderungsstopp mindestens bis zur Lösung der Integrationsprobleme, eine EU starker souveräner Staaten als Vertragswerk aber nicht mehr, wir fordern weniger Bevormundung durch die Politik, die Achtung der Meinungsfreiheit und vor allem die direkte Demokratie und mehr Mitbestimmung.“*[60]

Zum Feind einer solchen ‚direkten Demokratie’ werden die EU und die transnational orientierte Linke stilisiert:

> *„Wir sehen, dass mächtige Kräfte sich aufmachen, unsere Freiheiten einzuschränken, aufzuweichen oder irgendwann vielleicht sogar ganz abzuschaffen. […] Wir sehen eine Europäische Union, in der zunehmend undemokratische Strukturen die Freiheit der Länder Europas und ihrer Bürger einschränken. […] Und wir sehen eine politische Linke, in deren Gesellschaftsideal Freiheit zur Farce verkommt und deren freiheitsfeindliche Ideologie mittlerweile weit bis in die Reihen von Union und FDP reicht.“*[61]

Laut Einschätzungen aus der Parteienforschung steht die DF mit ihren Forderungen „im Einklang mit radikal rechtspopulistischen Parteien, die sich wie die österreichische FPÖ das niederländische Pendant als freiheitlich definieren“. Zudem würden bei der Partei „die für Rechtspopulisten typischen Forderungen nach Einführung von direktdemokratischen Elementen, Demokratieabbau und einer stärker marktliberalen und mittelstandsfreundlichen Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zur Geltung kommen.[62]

Die Forderungen der DF nach direkter Demokratie stehen im Einklang mit dem AfD-Programm, wo es u.a. lautet: „Wir fordern mehr direkte Demokratie auch in den Parteien. Das Volk soll den Willen der Parteien bestimmen, nicht umgekehrt.“[63] Es ist nicht nur diese typische Forderung, bei der die DF Gemeinsamkeiten mit der AfD aufweist: Ein Blick in die „Kernthemen“ des *Landesverbandes Hamburg* der DF offenbart – teilweise bis hinein in den Wortlaut – eine Fülle weiterer inhaltlicher Überschneidungen beider Parteien. Diese frappierende Ähnlichkeit wird auch verständlich durch die Tatsache, dass sie mit von einem DF-Funktionär entwickelt wurden, der später im Landesvorstand der AfD Hamburg tätig geworden ist: Jens Eckleben.[64]

---

60 Die Freiheit. Wahlbrief von René Stadtkewitz (06.09.2011) http://www.diefreiheit.org/wahlbrief-von-rene-stadtkewitz/, abgerufen am 06.02.2012.

61 Die Freiheit. Wahlbrief von René Stadtkewitz (06.09.2011) http://www.diefreiheit.org/wahlbrief-von-rene-stadtkewitz/, abgerufen am 06.02.2012.

62 Hartleb, Forian (2013): Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie – Die Freiheit, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 196f.

63 AfD-Wahlprogramm, unter: https://www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/, abgerufen am 20.12.2013.

64 Zur Gründung ihres Landesverbandes in Hamburg am 10.06.2011 meldete die DF:
„Der Gründungsparteitag stand in einer Reihe von neun Veranstaltungen, die zwischen dem 4. und 21. Juni in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Sachsen und Thüringen stattfanden. Zusammen mit dem bereits zuvor gegründeten Landesverband Berlin, ist DIE FREIHEIT somit in zehn Bundesländern vertreten. Bis Ende des Jahres werden alle Bundesländer abgedeckt sein.
In seiner Begrüßungsansprache nannte der Landeskoordinator Jens Eckleben als zentrale Politikfelder:
• die Einführung der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild,
• ein demokratisch legitimiertes Europa ohne Transferunion und Rettungsschirm,
• die Reformierung des Einwanderungsrechts mit einem Punktesystem wie in Kanada und
• eine Beschränkung des Missbrauchs der Religionsfreiheit durch radikale politische Ideologien.“
Unter: http://diefreiheit.org/home/2011/06/landesverband-hamburg-der-burgerrechtspartei-die-freiheit-gegrundet/, abgerufen am 01.02.2014.

Da diese Kernthesen in dreien von vier aufgeführten Punkten nahezu deckungsgleich sind, werden sie folgend zur Veranschaulichung in vollständiger Länge zitiert:

> *„Die konservativ-liberale Partei DIE FREIHEIT – Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie wurde Ende Oktober 2010 durch das ehemalige Berliner CDU-Mitglied Rene Stadtkewitz gegründet. Der Landesverband Hamburg existiert seit dem 10. Juni 2011.*
>
> *Die Kernthemen sind:*
>
> *1. Direkte Demokratie auf Bundesebene nach Schweizer Vorbild*
>
> *Freiheit und Demokratie bedeuten, dass alle Staatsbürger in wichtigen politischen Fragen mitentscheiden dürfen. Deshalb setzen wir uns für mehr direkte Demokratie mit bundesweiten, verbindlichen Volksentscheiden ein, damit der Staatsbürger Gesetze des Bundestages rückgängig machen kann, wenn diese dem Bürgerwillen nicht entsprechen. Der Bürger als Kontrollorgan und Opposition zur Regierung ist in der Schweiz seit Jahren ein Erfolgsmodell.*
>
> *2. Mehr Nationale Souveränität in einem freien Europa!*
>
> *Wir wollen keine europäische Transferunion und keinen Rettungsschirm, dafür wieder volles Haushaltsrecht für den Deutschen Bundestag. Die Ideen der Gründerväter des Europäischen Gedankens sind heute schon lange völlig pervertiert.*
>
> *- Das Schengenabkommen mit Reisefreiheit ist eine tolle Sache, solange Italien es nicht außer Kraft setzt und Dänemark damit zwingt, seine Grenzen wieder zu kontrollieren.*
>
> *- Die EWG hat Jahrzehnte über bi- und multinationale Wirtschafts- und Zollabkommen den Handel in Europa befördert, ohne in einem Subventionsmoloch zu versinken.*
>
> *- Wir möchten wieder mehr Souveränität für das Deutsche Volk. Wir wollen mitentscheiden über EU-Verfassung (2004), Abschaffung der Bailout-Klausel und Einführung einer Transferunion, Haftung für mehr als 60% des bundesdeutschen Jahreshaushalts zu Gunsten des EU-Rettungsschirms.*
>
> *3. Einwanderungspolitik nach kanadischem Vorbild*
>
> *Viele klassische (und attraktive) Einwanderungsländer wie Kanada haben ein qualifiziertes Einwanderungsrecht mit einem Punktesystem eingeführt, um meß- und vergleichbare, demokratisch gerechte Regeln aufzustellen und, um Einwanderung nach den Bedürfnissen des eigenen Landes steuern zu können. Es gibt keine moralische Verpflichtung, wonach Deutschland eine besonders große Anzahl an niedrig qualifizierten Zuwanderern und Wirtschaftsflüchtlingen aufnehmen muss. Auch Deutschland braucht im internationalen Wettbewerb vor allem hoch qualifizierte und integrationswillige Zuwanderer.*
>
> *Wohlgemerkt, am Asylrecht wollen wir nicht rütteln. Wer Hilfe braucht, wird sie immer bekommen.“*[65]

Zum 1. Punkt: Bei der AfD lautet der Bezug auf das Schweizer Vorbild im Wahlprogramm so:

> *„Wir fordern eine Stärkung der Demokratie und der demokratischen Bürgerrechte. Wir wollen Volksabstimmungen und Initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU.“*[66]

---

[65] Pressemitteilung der Partei Die Freiheit, Landesverbandes Hamburg v. 11.07.2011, unter: http://diefreiheit.org/home/2011/07/die-freiheit-hamburg-erfolgreiche-protestkundgebung-gegen-den-islamisten-pierre-vogel-in-hamburg-am-9-7-2011-2/, abgerufen am 20.12.2013.

[66] AfD-Wahlprogramm, unter: https://www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/, abgerufen am 20.12.2013.

Zum 2. Punkt: Bei der AfD lautet das Thema Europapolitik im Wahlprogramm so:

> *„Wir bejahen ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.*
>
> *Wir bestehen auf dem uneingeschränkten Budgetrecht der nationalen Parlamente. Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab.*
>
> *Wir werden dafür sorgen, dass Gesetzgebungskompetenzen zurück zu den nationalen Parlamenten verlagert werden. Wir werden uns für eine Reform der EU stark machen, um die Brüsseler Bürokratie abzubauen und Transparenz und Bürgernähe zu fördern. Das europäische Parlament hat bei der Kontrolle Brüssels versagt. Wir unterstützen nachdrücklich die Positionen David Camerons, die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken.“*[67]

Zum 3. Punkt: Bei der AfD lautet das zum Thema Integrationspolitik im Wahlprogramm so:

> *„Wir fordern eine Neuordnung des Einwanderungsrechts. Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung.*
>
> *Wir fordern ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild. Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden.*
>
> *Ernsthaft politisch Verfolgte müssen in Deutschland Asyl finden können. Zu einer menschenwürdigen Behandlung gehört auch, dass Asylbewerber hier arbeiten können.“*[68]

Der Initiator der DF-Kernthesen, Jens Eckleben, war in der AfD solange als Landesvorsitzender tätig, bis der ehemalige FDP-Politiker Sigurd Greinert seinen Austritt aus der Hamburger AfD u.a. mit den rechtslastigen Stellungnahmen von Eckleben begründete.[69] Danach wurde er im Vorstand abgelöst und tritt aktuell als Bezirksvorstand der AfD in Hamburg-Nord in Erscheinung.[70]

Auch der Zulauf anderer ehemaliger DF-Aktivisten zur AfD verdeutlicht die politische Nähe beider Parteien zueinander. Laut Auskunft des Nachfolge-Vorsitzenden der DF, Michael Stürzenberger, seien bis zum Oktober 2013 etwa 500 frühere DF-Mitglieder zur AfD gewechselt.[71] Freiheit-Mitglieder hätten zudem vor allem in Sachsen der AfD im Wahlkampf geholfen. Nach der Ansicht von AfD-Landesparteichefin aus Sachsen, Frauke Petry, seien ca. ein Dreißigstel der ca. 630 AfD-Landesmitglieder Ex-Freiheits-Mitglieder.[72]

Hinsichtlich der Debatte um die Abgrenzung der AfD von der DF kamen von der AfD-Führungsspitze widersprüchliche Äußerungen. So lautete es in der Tageszeitung *Die Welt*:

> *„Im September hatte auch AfD-Chef Lucke noch keine Bedenken gegen die Mitgliedschaft von Ex-Freiheitlern in seiner Partei. Inzwischen hat er seine Ansicht geändert. ‚Die Freiheit hat sich von einer konservativen CDU-Abspaltung zu einer islamophoben Partei entwickelt‘, sagt er der ‚Welt‘. Viele Mitglieder hätten aus Protest gegen diesen Kurs die Partei verlassen. Eine Mitgliedschaft dieser Ex-Freiheitler in der AfD hält der Parteichef für unproblematisch.“*[73]

---

67 Ebd.
68 Ebd.
69 Unger, Christian: Hamburger Mitglied tritt aus „Alternative“ aus, in: Hamburger Abendblatt v. 06.05.2013.
70 https://alternative-hamburg.de/bezirke/bezirk-hamburg-nord/, abgerufen am 06.04.2014.
71 http://www.tagesspiegel.de/politik/alternative-fuer-deutschland-und-die-freiheit-islamkritiker-empfehlen-jetzt-die-afd/8874608.html
72 NPD-Mann geht zur CDU, wollte aber ursprünglich zur AfD, in: International Business Times v. 01.03.2014, unter: http://de.ibtimes.com/articles/26794/20140301/npd-mann-geht-zur-cdu-wollte-aber-urspr-nglich-zur-afd.htm, abgerufen am 04.03.2014.
73 Lachmann, Günther: Das Problem der AfD mit der Freiheit, in: Die Welt v. 08.10.2013.

Die Deutung, dass sich die DF von einer angeblich anfänglich nur konservativen Partei erst im Laufe ihrer weiteren Entwicklung zu einer muslimfeindlichen und rechtspopulistischen Partei entwickelt habe, ist jedoch durchsichtig und leicht zu widerlegen. Denn schon die Initialzündung der Parteigründung verdeutlicht die ursprüngliche rechtspopulistische Orientierung der DF: Ihre Ikone Geert Wilders, dessen Politik sie als vorbildlich für das eigene Wirken erklärt hatte.

Auch hinsichtlich der Zustimmungen zu den Thesen von Thilo Sarrazin finden sich Gemeinsamkeiten zwischen der AfD und der DF. Die DF verstand sich als „Partei zum Buch“ des Erfolgsautors Thilo Sarrazin, welcher in seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ mit abwertenden Äußerungen gegenüber Muslimen auf große Zustimmung im Rechtsaußenspektrum der deutschen Parteienlandschaft gestoßen ist. Die Thesen Sarrazins trafen ebenfalls bei führenden AfD-Funktionären auf Zustimmung.[74]

1.4 Die AfD und der rechte Populismus

In ihrer politischen Inszenierung bedient sich die AfD auch populistischer Formen – so etwa im August 2013 vor dem Brandenburger Tor:

> *„Die wohl entscheidende Woche für die Alternative für Deutschland (AfD) startet mit Pauken wie in Actionfilmen. Es ist eine bemerkenswerte Show, die Bernd Lucke, AfD-Sprecher, vor dem Brandenburger Tor abzieht. Er steht auf einem Feuerwehrauto, eine Frau mit Merkel-Pappmaske tritt auf und schmierige Typen mit schwarzen Anzügen und Zigarren verbrennen nachgemachte 500-Euro-Scheine – bis Lucke mit anderen AfD-Mitgliedern auftritt und das Feuer löscht. Er ruft: ‚Wir erleben die größte Geldverbrennung seit der Inflation von 1923!‘“*[75]

Angesichts der historischen Analogie solcher Verbrennungsaktionen zur 1933 ebenfalls vor dem Brandenburger Tor stattgefundenen Bücherverbrennung durch die Nazis erscheint deren Symbolgehalt in einem höchst fragwürdigen Kontext. Bei der Aktion traten in blaue Ganzkörperanzüge gekleidete und mit AfD-Aufschrift versehene Personen in Erscheinung, die fortan bei weiteren öffentlichen Auftritten das Erscheinungsbild der Partei prägten. So auch einen Monat später, als diese ‚blauen Männchen‘ bei einer AfD-Aktion dabei fotografiert wurden, wie sie symbolisch das Bundesfinanzministerium in Berlin erklommen.[76]

Auch einen ‚Widerstands-Song‘ hat die AfD im Wahlkampf zum Bundestag entworfen: „Wir geben nicht auf“ heißt der Titel dieses Songs. Im RAP-Stil wird dort gereimt:

> *„Guten Tag, Frau Merkel, entschuldigen Sie,*
>
> *ist das hier ne Diktatur oder ne Demokratie.*
>
> *Sind wir nur ein Haufen Affen ohne jedes Recht?*
>
> *Wir sind ein wirklich tolles Volk und trotzdem geht es uns schlecht.*
>
> *Wir erfinden, produzier’n und bauen für die ganze Welt.*

---

74 Ausführlicher hierzu s. folgendes Kapitel.

75 Bewarder, Manuel/Leubecher, Marcel: AfD geißelt die „größte Geldverbrennung seit 1923“, in: Die Welt v. 16.09.2013, unter: http://www.welt.de/politik/wahl/bundestagswahl/article120091540/AfD-geisselt-die-groesste-Geldverbrennung-seit-1923.html, abgerufen am 12.10.2013.

76 Die AfD und Beatrix von Storch setzen auf blaue SM-Männchen im Wahlkampf - bis der Sicherheitsdienst des Ministeriums kommt..., in: publikative.org, unter: https://de-de.facebook.com/permalink.php?story_fbid=527927510612554&id=171433662928609, abgerufen am 20.11.2013.

Warum hab’ ich das Gefühl, dass das überhaupt nicht zählt?

Wozu ein Mindestlohn, wenn er zum Leben nicht reicht?

Ich frag’ Dich von Mensch zu Mensch: Was hast Du erreicht?

- Wir geben nicht auf!“[77]

In der rechtspopulistischen Parteienlandschaft war die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) Vorbild für solche Formen der Inszenierung. So brachte die Partei einen Comic mit dem Titel „Der blaue Planet“ heraus, in welchem der Parteichef Heinz-Christian (HC) Strache als blau gekleideter ‚Superman‘ mit dem Aufdruck „HC“ in Erscheinung tritt und Österreich vor der EU, den Zuwanderern und den Linken zu ‚schützen‘ weiß. [78] Ebenso tritt Strache schon seit etlichen Jahren mit RAPs politischen Inhalts in Erscheinung, die auf der Internetseite der Partei zum Download feilgeboten werden. Schon Mitte des Jahres 2009 bot die Partei einen (Anti-)EU-Song zur Werbung für eine nationalistische Politik gegen die EU an. Dort lautete es:

„Volksvertreter statt Verräter,

Abendland in Christenhand.

Mit uns für soziale Wärme,

statt EU nur für Konzerne.

Irgendwann ist's Zeit zum Zahlen,

doch dafür gibt es ja Wahlen.

Wenn du diese Zeilen hörst,

dann weißt du Österreich zuerst.

Bin zwar glühender Europäer,

doch Österreich ist mir immer näher.

Europa, Brüssel und die EU,

schön und gut doch zuerst kommst du.“[79]

---

[77] AfD-Song „Wir geben nicht auf!“, unter: http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=3&ved=0CDoQFjAC&url=http%3A%2F%2Fwww.afd-hessen.org%2Fwp-content%2Fuploads%2F2013%2F07%2FAfD-Song-Text.pdf&ei=5NIdU5TQD8OPtQaT_YCYBg&usg=AFQjCNEPv3k1PIDFroaN7NJ48yrqKu4scA&bvm=bv.62578216,d.Yms, abgerufen am 15.12.2013.

[78] FPÖ-Comic „Der blaue Planet“, unter: http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CC4QFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.fpoe.at%2Ffileadmin%2FContentpool%2FPortal%2FPDFs%2FEUWahl09%2Fcomic_web.pdf&ei=5NEdU5OxHMfDtQbH1oHICg&usg=AFQjCNEQlMNyonLuZ5nieZHCMpjGKsf_Rg&bvm=bv.62578216,d.Yms, abgerufen am 12.12.2013.

[79] HC Strache: Anti-EU-Song „Österreich zuerst“, unter: http://www.youtube.com/watch?v=pVnzYs4HYBQ, abgerufen am 20.12.2013.

1.4.1 Rechter Anti-EU-Populismus

Um die Protestaktionen der AfD gegen Euro und EU-Politik genauer einschätzen zu können, muss auch ein Blick auf das rechtsorientierte Anti-Euro-Protestmilieu gerichtet werden. Kampagnen und Proteste gegen den Euro und/oder die EU-Krisenpolitik werden durchaus von sehr unterschiedlichen politischen Strömungen getragen, die sowohl linke als auch rechte Ansätze umfassen. Linke Motivationen finden sich etwa bei den *Occupy*-Protesten oder bei Aktionen des globalisierungskritischen Netzwerks *Attac.*[80] In ihrer Untersuchung der rechtsgelagerten deutschen Anti-Euro-Proteste sind die Protestforscher David Bebnowski und Nils Kumkar bei der Durchführung von Befragungen und Gesprächen auf ein in diesen Kreisen weit verbreitetes Bild von einer „schleichenden Sozialdemokratisierung“ der EU gestoßen, die sich in eine „DDR-light“ transformiere.[81] Als ein prägender Ausdruck von imaginierter sozialistischer Vorherrschaft in Europa können Wortschöpfungen wie die „EUDSSR“ oder der in Europa angeblich vorherrschende „monetäre Sozialismus“ gedeutet werden. Dies prägt auch die Wortwahl in der AfD: So erklärte etwa der im Januar 2014 verstorbene AfD-Unterstützer Wilhelm Hankel auf einer Veranstaltung der AfD Mitte letzten Jahres auf dem Petersberg bei Bonn die Eurowährung als Ausdruck eines „monetären Sozialismus“.[82] Nach Medienberichten war auf dem AfD-Parteitag in Berlin Anfang Februar dieses Jahres von der „Gängelung aus Brüssel“ und der „wirtschaftliche(n) Sklaverei“ der „EUDSSR“ die Rede und der Euro wurde als „sozialistisches Projekt“ kritisiert.[83]

Auch der AfD-Spitzenkandidat Hans-Olaf Henkel hat sich den Kampf gegen den „Sozialismus“ in der EU zum Ziel gesetzt: Henkel, der Brüssel als Synonym für die derzeitige EU-Politik nimmt, in der „zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich“ greifen,[84] steht damit als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro, das Deutschland durch einen angeblich drohenden europäischen „Zwangssozialismus“ bedroht sieht. Schon vor seiner Zeit als AfD-Politiker zog er als Kolumnist im *Handelsblatt* gegen die „EUDSSR“ zu Felde. Hinsichtlich der Frage nach einer Ausgestaltung Europas zu mehr staatlicher Vereinigung („United States of Europe“, USE) erklärte er:

> *„Wo bleibt die Wettbewerbsfähigkeit? Der Wettbewerb zwischen kleinen Einheiten führt überall zu einem stärkeren Ganzen. Das gilt im Sport, in der Wirtschaft, in der Kultur ... und natürlich auch bei Staaten. Die Transferunion führt zu weniger Wettbewerb, damit weniger Wohlstand, der wäre dann ‚gerechter‘ verteilt. Der jetzt angepeilte Weg führt uns weniger zur USE als zur EUDSSR.“*[85]

Der Begriff „EUDSSR“, eine Zusammenfügung von EU und UdSSR, ist in einem rechten antieuropäischen Protestmilieu entstanden. Dieses Protestmilieu wird getragen von marktradikalen, verschwörungstheoretischen und schlicht protestbewegten Aktivisten aus nationalkonservativ und neoliberal orientierten politischen Strömungen: Aus Gruppierungen wie dem *Bürgerkonvent*, den *Familienunternehmern,* dem *Konvent für Deutschland*, dem *Bündnis Bürgerwille*, der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, der *Mont Pelerin Society*, dem *Liberalen Aufbruch*, dem *Aktionsbündnis Direkte Demokratie*, Wahlgruppierungen wie der *Partei der Vernunft*, aber auch der *Bundesvereinigung Freie Wähler* speisen sich diese Anti-Euro-Proteste. Laut Ansicht der Forscher eint

---

80 Vgl. hierzu: Geiges, Lars/Neef, Tobias/van Dijk, Pepijn: „Wir hatten es irgendwann nicht mehr im Griff“. Occupy und andere systemkritische Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen?, Hamburg, S.180-218.

81 Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2013): „Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren“. Die Anti-Euro-Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen?, Hamburg, S. 231.

82 „Der Euro ist zurzeit monetärer Sozialismus“, Interview mit Wilhelm Hankel, in: Generalanzeiger Bonn v. 28.08.2013.

83 Litschko, Konrad: Wahlparteitag der AfD in Berlin. Breitseiten gegen die „EUdSSR“, in: taz v. 02.02.2014.

84 Henkel trocken, 13.08.2012. http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/henkel-trocken-god-save-europe-not-the-euro/6993876.html , abgerufen am 10.08.2013.

85 Henkel, Hans-Olaf: USE=EUDSSR, in: Handelsblatt v. 03.10.2011.

dieses heterogene Milieu der Wunsch nach populistischem politischem Tabubruch – ganz nach dem Muster von Thilo Sarrazin.[86] Zugleich stellt dieses Protestmilieu einen zivilgesellschaftlichen Resonanzraum für die AfD dar. Der dort gepflegte Verweis auf das Recht auf Meinungsfreiheit, einhergehend mit dem Willen zum Kampf gegen eine vermeintlich vorherrschende und Meinungen diktierende ‚politische Korrektheit', haben eine deutlich rechts gelagerte politische Grundierung.

1.4.2 Sarrazin und die ‚political correctness'

Die AfD weist auf ihren Internetseiten sowie in Stellungnahmen ihrer namhaften Vertreter deutliche Affinitäten zu den Thesen des erfolgreichen Buchautors Thilo Sarrazin auf. Dies scheint neben inhaltlichen auch wahltaktische Gründe zu haben: Spätestens seit der ‚Sarrazin-Debatte' wird hierzulande ausführlich die Frage um die Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei diskutiert: Rund 18 Prozent der Wählerstimmen prognostizierte im September des Jahres 2010 eine *Emnid*-Umfrage einer fiktiven Sarrazin-Partei.[87] Doch bislang konnte keine Partei rechts der Union dieses Einstellungspotenzial bündeln.

Mit seinen Thesen bediente Sarrazin jedoch nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologistische Zuschreibungen[88], sondern zudem auch eine Euro- und EU-skeptische Haltung[89] sowie eine Kampfansage an einen angeblich von links vorherrschenden „Tugendterror“. In seinem bislang dritten Buch verortet der Erfolgsautor die angeblich vorherrschende Einschränkung von (angeblich auch seiner eigenen) Meinungsfreiheit in einem hermetischen „Code des Guten, Wahren und Korrekten, der große Teile der Medienklasse dominiert“. Jene „Political Correctness“ sei zu einem „transnationalen Phänomen des Abendlandes geworden“, welches „zumindest in Europa von der linken Ecke des politischen Meinungsspektrums geprägt ist“.[90]

Interessanterweise nimmt Sarrazin schon im ersten Abschnitt seines ersten Kapitels argumentativ Bezug auf einen Beitrag des AfD-Gründungsmitglieds Alexander Gauland in der Tageszeitung *Tagesspiegel*:

> *„Alexander Gauland beklagt zwar ganz zu Recht, in Deutschland habe ‚sich ein Hang zur Intoleranz breitgemacht' mit der Tendenz, ‚die vom Mainstream abweichende Position ins moralische Aus zu drängen'. Dies geht aber nur dort, wo sich jemand aus Mangel an Mut und Entschlossenheit auch drängen lässt.“*[91]

In der Tat kann Gaulands Beitrag mit der Überschrift „Das politisch korrekte Deutschland“[92] als eine Art von vorab publiziertem Thesenpapier für die Ausgestaltung des Sarrazin'schen Buches zum „Tugendterror“ gelesen werden: Der Autor wendet sich darin gegen einen „Hang zur Intoleranz“ in demokratischen Debatten, in denen angeblich eine „vom Mainstream abweichende Position ins

---

86 Vgl. Bebnowski u.a. (2013) a.a.O.., S. 240.

87 Umfrage: Jeder fünfte Deutsche würde eine Sarrazin-Partei wählen, 05.09.2010. http://www.welt.de/politik/deutschland/article9409117/Jeder-fuenfte-Deutsche-wuerde-Sarrazin-Partei-waehlen.html , abgerufen am 13.02.2012.

88 Vgl. Ahlheim, Klaus (2011): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover.

89 So etwa durch sein Werk „Europa braucht den Euro nicht“. Zudem stellt Sarrazin die Haltung der SPD, der Grünen und der Linken zum Euro in einen bedenklichen Zusammenhang: Die Zeitung Focus zitiert ihn bei seiner Buchpräsentation mit der Vorstellung der These, jene Parteien würden den Euro aus jenem Reflex unterstützen, „wonach die Buße für Holocaust und Weltkrieg erst endgültig getan ist, wenn wir alle unsere Belange, auch unser Geld, in europäische Hände gelegt haben“. http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/europa-braucht-den-euro-nicht-thilo-sarrazin-sieht-eurobonds-als-busse-fuer-holocaust-und-weltkrieg_aid_755135.html , abgerufen am 05.07.2013.

90 Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror, München, S. 35.

91 Ebd., S. 21.

92 Gauland, Alexander, Offener Meinungskampf. Das politisch korrekte Deutschland, in: Tagesspiegel vom 10.12. 2012.

moralische Aus“ gedrängt würde. Im Beitrag nennt Gauland konkrete Beispiele für solche Positionen: die Frauenquote, das Gender-Mainstreaming, den Klimawandel, die Zuwanderung, Sarrazin und den Zweiten Weltkrieg. Über den Nutzen der Frauenquote dürfe gar nicht mehr sinnvoll diskutiert werden, und wer auf den „kleinen Unterschied“ zwischen Frauen und Männern verweise, werde „von bigotten Gender-Ideologen schief angesehen“. Auch „Zweifel an einem ausschließlich von Menschen gemachten Klimawandel“ dürfe man kaum noch äußern, „ohne in die Nähe der Holocaust- oder Auschwitz-Leugner zu geraten“. Ebenso würde „in keinem anderen Land der Welt“ die Frage, „ob Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen für ein Land und seine Gesellschaft sinnvoll oder belastend ist, und ob sich manche Kulturkreise schwerer damit tun, als die vielen klugen türkischstämmigen Fernsehgesichter demonstrieren wollen, von so vielen Tabus umstellt“. Auch bei der Debatte um Sarrazin gehe es „allein darum, ob nach dem Urteil selbst ernannter Zensoren nicht nützliche Debatten überhaupt noch geführt werden dürften“. Als Beispiel einer früher angeblich noch besser ausgeprägten Meinungskultur führt der Autor folgende Begebenheit auf:

> *„Der konservative CDU-Politiker Alfred Dregger pflegte gern darauf hinzuweisen, dass er in den Maitagen 1945 in Breslau bis zur letzten Patrone gegen die Russen gekämpft habe. Obwohl dieser Sündenstolz schon damals manches Stirnrunzeln hervorrief, hat es doch seiner Karriere nicht geschadet. Ähnliche Bemerkungen würden heute wohl nicht nur zum Karriereende, sondern auch zum umgehenden Ausschluss aus jeder politisch korrekten Diskussion führen. Deutschland ist nicht nur weiblicher, weltoffener und demokratischer geworden, es hat sich auch ein Zug zum Intoleranten breitgemacht.“*[93]

Gaulands Behauptungen von einer angeblich durch linke ‚political correctness‘ gesteuerten Unterdrückung der Meinungsfreiheit und seine Beispiele hierzu halten jedoch der Realität nicht stand. So wird sehr wohl in der Union offen über die Frauenquote debattiert. Auch über das Gender Mainstreaming finden öffentliche Auseinandersetzungen statt wie ebenso zum Klimawandel und erst recht zum Thema Zuwanderung. Ebenso verdeutlicht schon die schlichte Erinnerung daran, dass der Buchverkaufserfolg von Thilo Sarrazin erst durch Vorabdrucke und PR in den einflussreichen Medien *Spiegel* und *Bild*-Zeitung zustande gekommen ist, die Mär von angeblicher Zensur der darin geäußerten Thesen. Die Art der Bewertung der in der Nachkriegszeit lange geleugneten Verbrechen der Wehrmacht und das vielfach kolportierte Bild vom ‚anständigen deutschen Soldaten’, unterscheidet schließlich eine sich der NS-Vergangenheit stellenden von einer diese verklärenden Haltung. Deshalb geht es bei dem hier vorgestellten Beitrag von Gauland nicht um den Wahrheitsgehalt der genannten Beispiele von ‚Intoleranz’ und ‚unterdrückter Meinungsfreiheit’, sondern um die dahinter stehende politische Botschaft. In dem Beitrag spiegeln sich plakativ die Grundaussagen rechtsgesinnter Kampfansagen gegen eine angebliche „political correctness“, wie sie in Blättern wie der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) schon seit etlichen Jahren kampagnenförmig verbreitet werden.[94] Dem offen rassistisch ausgerichteten Internetblog mit dem Namen *politically incorrect* gefielen die Ausführungen Gaulands so sehr, dass sie über das eigene Portal zur Lektüre angeboten wurden.[95] Eine so gelagerte Kritik an angeblichen Denk- oder Meinungsverboten sieht erklärtermaßen in dem mit der Chiffre ‘1968’ belegten gesellschaftlichen Aufbruch, in den Emanzipationsbewegungen von Frauen und sexuellen Minderheiten, in der kritischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit wie in der zivilgesellschaftlichen Demokratisierung der Bundesrepublik und ihrer allmählichen Öffnung zum Selbstverständnis ihrer multikulturellen Verfasstheit ihre Gegner.

Auch AfD-Kandidat Henkel zählt zu den Unterstützern von Sarrazins Kampf gegen die ‚political correctness‘: Als Sarrazin für eine Buch-Publikation gegen den Euro der *Deutsche Mittelstandspreis*

---

93 Ebd.

94 Vgl. Helmut Kellershohn (Hg.) Die deutsche Stimme der Jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus in Publikationen der extremen Rechten, Münster.

95 Vgl. http://www.pi-news.net/2012/12/alexander-gauland-polit-korrektes-deutschland/, abgerufen am 01.07.2013.

verliehen wurde, hielt Henkel am 6. November 2012 die Laudatio. Darin titulierte er den Preisträger als „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes“.[96]

Der AfD-Sprecher Bernd Lucke äußerte sich in vergleichbarer Form in einem Interview im rechten Querfrontmagazin *Compact*. Dort antwortet er auf die Frage nach seiner Einschätzung zu Sarrazins Prognose „Deutschland schafft sich ab“:

> *„Sarrazin gebührt das große Verdienst, mit seinem Buch auf wichtige Missstände in Deutschland hingewiesen zu haben: Unsere Bildungsmisere, Integrationsprobleme von Zuwanderern, unser enormes demographisches Problem. Das alles wird von der Politik gerne totgeschwiegen, weil sie die erforderlichen unbequemen Antworten nicht geben will. Dennoch würde ich nicht von ‘Deutschland schafft sich ab‘ sprechen, weil das ja so klingt, als ob wir die Selbstabschaffung aktiv betreiben. Tatsächlich ist Deutschland einfach schwach und nachgiebig gegenüber schleichenden Veränderungen, die langfristig die Substanz unserer Gesellschaft bedrohen. Diese Schwäche Deutschlands, dieser Mangel an Selbstbewusstsein und der fehlende Mut, offen zu sagen, was für uns gut und wichtig ist, ist freilich nicht minder alarmierend, als wenn irgendwo aktiv selbstzerstörerische Kräfte am Werk wären.“*[97]

Die AfD-Sprecherin Frauke Petry erklärte in einem Interview, „dass ‘political correctness’ zum Unwort des Jahrzehnts gekürt werden müsste!“[98]

Ein Blick auf die *facebook*-Seite der AfD offenbart, dass die Ablehnung der ‚political correctness‘ herausragende Bedeutung erfährt. Unter diesen Begriff werden in den Kommentaren besonders häufig der ‚Kampf gegen rechts‘, das ‚Gender Mainstreaming‘ und die ‚multikulturelle Gesellschaft‘ gefasst. Dies lässt darauf schließen, dass die Ablehnung der ‚political correctness‘ als Ausdruck eines rechten Kulturkampfes gedeutet werden kann.

1.4.3 Populistische Wortspiele

Im September 2013 berichtete die *Süddeutsche Zeitung* über eine Lucke-Rede auf einer Parteiveranstaltung der AfD in Frankfurt. Darin erklärte er, es gebe Menschen, die ohne Deutsch zu können und ohne Bildung ins Land kämen. Doch wegen ihrer schlechten Voraussetzungen könnten diese Menschen nicht zurechtkommen. Für sie bliebe nur ein Leben in Hartz IV. „Dann bilden sie eine Art sozialen Bodensatz - einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharrt.“ [99]

Zur Kritik an diesen diffamierenden Zuschreibungen entgegnete Lucke u.a. mit den Worten:

> *„Ich finde diese Art von Sprachpolizei albern. Ich habe das Wort ‚Bodensatz‘ nie mit bösartiger Absicht verwendet, sondern um zu beschreiben, dass unqualifizierte Zuwanderer bei uns keine wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten haben. Ich habe das inzwischen mehrfach gesagt und verstehe nicht, warum ich darauf immer wieder angesprochen werde.“*[100]

---

96 Henkel, Laudatio, 6.11.2012. https://www.facebook.com/hansolafhenkel/posts/498026440229101, abgerufen am 04.07.2013.

97 Lucke, Bernd: Interview in: Compact 9/2013, unter: http://juergenelsaesser.wordpress.com/2013/09/05/compact-interview-mit-bernd-lucke/#more-5822, abgerufen am 12.12.2013.

98 Petry, Frauke: „Political correctness sollte Unwort des Jahrzehnts werden“: Frauke Petry will mit der Alternative für Deutschland dem Euro Tschüss sagen, unter: http://www.junge-politiker.de/2013/04/18/political-correctness-sollte-unwort-des-jahrzehnts-werden-frauke-petry-will-mit-der-alternative-fuer-deutschland-dem-euro-tschuess-sagen/, abgerufen am 10.03.2014.

99 Schneider, Jens: AfD-Chef warnt vor „sozialem Bodensatz“, in: Süddeutsche Zeitung v. 13.09.2013.

100 Lucke, Bernd: Ich bin kein Liberaler, Interview in: Merkur v. 04.03.2014 http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/afd-chef-bernd-lucke-interview-ich-kein-liberaler-3395723.html, abgerufen am 06.03.2014.

Der Sprachgebrauch von Parteisprecher Bernd Lucke wurde erneut zum Gegenstand öffentlicher Kritik, als er am Wahlabend der letzten Bundestagswahl von „Entartungen von Demokratie und Parlamentarismus“ gesprochen hatte.[101] Lucke dementierte daraufhin den bewussten Bezug zum NS-Jargon. Und erklärte, dass ihm von den Medien das Wort im Munde verdreht würde. Doch auch weitere Aussagen Luckes weisen bedenkliche Schnittmengen mit rechtsnationalistischer Rhetorik auf: So zum Beispiel die Deutungen der EU-Krise als Ausdruck von angeblicher Unvereinbarkeit von Nord- und Südeuropa sowie pauschale Negativzuschreibungen hinsichtlich der Arbeitsmoral von ‚Südländern‘. Im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* stellte Lucke zudem die europäische Wirtschaftskrise argumentativ in einen bemerkenswerten Zusammenhang mit einer den Bevölkerungen der südeuropäischen Staaten angeblich innewohnenden Arbeitsmoral:

> *„Wenn die Menschen in diesen Ländern weniger und entspannter arbeiten wollen und dafür weniger Wohlstand in Kauf nehmen, bitte schön. Das eigene Glück zu verfolgen ist doch das elementare Recht jedes Volks.*“[102]

Solche Ausführungen suggerieren, die Krise in südeuropäischen Staaten resultiere aus fehlender Arbeitsmoral der dortigen Bevölkerungen. Solcherlei Zuschreibungen bedienen pauschalisierend das Bild vom ‚faulen Südländer‘. Zudem spricht die Annahme angeblich homogener ‚Volkseigenschaften‘ der Bevölkerungen der südeuropäischen Staaten hinsichtlich eines ihnen ‘innewohnenden Arbeitsverhaltens‘ rechtspopulistischen Zuschreibungen zu.

In einer Stellungnahme zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien wird Lucke mit der Äußerung zitiert: „Das Problem sind eher Randgruppen wie Sinti und Roma, die leider in großer Zahl kommen und nicht gut integrationsfähig sind“.[103]

Ebenfalls von den Medien missverstanden fühlte sich Lucke nach seiner Parteitagsrede am 11. Januar 2014. Dort nahm er zu dem Bekenntnis des Ex-Fußballnationalspielers Thomas Hitzlsperger Stellung: „Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Hitzlsperger sein Bekenntnis zu seiner Homosexualität verbunden hätte mit einem Bekenntnis dazu, dass Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv sind“, erklärte er auf dem hessischen Landesparteitag in Gießen.[104] Da diese mit großem Beifall aufgenommenen Äußerungen zu einem Zeitpunkt fielen, in dem die AfD im öffentlichen Bild von exzessiven internen Auseinandersetzungen geprägt war, gibt es Grund zur Annahme, dass sie bewusst dazu gewählt worden sind, Einigkeit herzustellen und durch Provokation nach außen innerparteilich zusammenzurücken.

Diese ritualisierten Wortspiele erscheinen hierbei als Ausdruck einer rechten Diskursstrategie, die folgende wiederkehrenden Muster aufweist:

Mechanismen der AfD-Rhetorik:

- „Mut zur Wahrheit“ als Slogan gegen ‚politische Korrektheit
- Wechselspiel zwischen rechten Thesen und Dementi

---

[101] Unger, Christian / Rybarczyk, Christoph: Hamburger Professor sieht sich als „Protest aus der Mitte“, in: Hamburger Abendblatt v. 23.09.2013, unter: http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article120289197/Hamburger-Professor-sieht-sich-als-Protest-aus-der-Mitte.html, abgerufen am 20.10.2013.

[102] Lucke, Bernd: Raus aus dem Euro?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19.05. 2013.

[103] Euro-Rebell Lucke klagt Brüssel an: EU ruiniert deutschen Sozialstaat, in: Focus v. 12.01.2014, unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/landesparteitag-afd-hessen-vorsitzender-lucke-gegen-hartz-iv-arbeitslose-einwanderer-bruessel-ruiniert-deutschland-sozialstaat-2_id_3532695.html, abgerufen am 20.02.2014.

[104] AfD-Chef kritisiert Hitzlspergers Coming-Out, in: Die Welt v. 11.01.2014, unter http://www.welt.de/politik/deutschland/article123770676/AfD-Chef-kritisiert-Hitzlspergers-Coming-Out.html, abgerufen am 13.01.2013.

- Ritualisierte Behauptung von böswilligen Fehlinterpretationen
- Anprangerung der Medien
- Stärkung des inneren Zusammenhalts zur Einnahme eines Opferstatus
- Verschiebung des Diskurses nach rechts („Das wird man wohl noch sagen dürfen“)

1.4.4 Manifest für einen rechten Populismus

Anfang dieses Jahres erschien in der Zeitschrift *Cicero* ein Beitrag von Marc Jongen im Stil eines Manifestes.[105] Der Autor ist nicht nur beruflich tätig als Dozent für Philosophie an der HfG Karlsruhe sowie Assistent des Rektors Peter Sloterdijk, sondern zudem politisch aktiv als stellvertretender Sprecher sowie Programmkoordinator der AfD Baden-Württemberg. Sein Beitrag wird daher als „AfD-Manifest“ bezeichnet und als solches auch seitens der AfD beworben.

Vordergründig liest sich der Einstieg in dieses „Manifest“ als Satire auf das berühmte Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahr 1848, da an dieses die Wortwahl angelehnt worden ist:

> *„Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst der AfD. Alle Mächte der Bundesrepublik haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, die Kanzlerin und der Bundespräsident, Bischof Zollitsch und Claudia Roth, die Antifa und die Mainstream-Medien.“*

Was auf den ersten Blick satirisch erscheint, weist bei näherem Hinsehen auf die typische Feindbildmarkierung rechter Couleur, welche zudem im rechtspopulistischen Jargon („die Antifa und die Mainstream-Medien“) formuliert wird. Genau darüber jedoch beschwert sich der Autor dieser Zeilen:

> *„Wo ist die Äußerung eines Sprechers der Alternative für Deutschland, die nicht von einem dieser Gegner als populistisch und schlimmer noch: als rechtspopulistisch gebrandmarkt worden wäre, wo ist der Vorschlag der AfD, dem der Chor dieser unseligen Allianz nicht die ‚Alternativlosigkeit‘ der herrschenden Politik entgegenschleudern würde?“*

Nachdem gleich zu Beginn der typische Opferstatus in Anspruch genommen worden ist, versucht der Autor, sein „Manifest“ als Darlegung für „politische Grundsätze“ und „Leitlinien“ der „historischen Mission“ der AfD anzubieten. Dazu verwirft Jongen zunächst die historische Dimension des Kommunistischen Manifestes. Durch die „Verbürgerlichung des Proletariats“ durch „Eigenheime und Fernreisen für Arbeiter und Sekretärinnen“ sei der Klassenkampf passe. Nun habe die Banken- und Eurokrise die „Proletarisierung der bürgerlichen Mittelschicht“ verursacht. Dies geschehe nach einem politischen Plan zur Zerstörung des „freien Marktes“:

> *„Nach dem vermeintlich endgültigen Triumph des freien Marktes, beschließt das Politbüro der EU – alias Europäischer Rat – unter Führung Deutschlands die politische Suspendierung der Marktgesetze.“*

Dadurch sei ein „Bankensozialismus“ entstanden, der die „Miesen der Geldhäuser in negatives „Volkseigentum“ verwandelt. Doch mit dem Erscheinen der AfD habe nun der „Widerstand“ begonnen:

---

[105] Jongen, Marc: Das Märchen vom Gespenst der AfD, in: Cicero v. 22.01.2014, unter: http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894, abgerufen am 01.02.2014.

> *„Die bürgerliche Mitte ist heute – paradox genug – die eigentlich revolutionäre Klasse. Der Endzweck dieser Revolution ist freilich nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes gegenüber dem Lobbyismus.“*

Als ‚Manifest zur Revolution der Reaktionäre‘ könnte dieser Aufruf treffender betitelt werden. Denn Jongen benennt explizit deren reaktionären Charakter:

> *„Alle von der AfD bisher formulierten Ziele tragen restaurative Züge: Zurück zu den Maastrichter Verträgen, zurück zu den im Grundgesetz formulierten Prinzipien, zurück, wenn nötig, zur nationalen Währung. Vor dem beschriebenen Hintergrund ist das konsequent und richtig. Ohne die Restauration von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, von Vertragstreue und Marktwirtschaft ist ‚Fortschritt‘ heute bestenfalls eine Leerformel, schlimmstenfalls Betrug.“*

Als Träger einer solchen „historischen Mission“ fordert der Autor das Bekenntnis der AfD zur Positionierung als „konservative Avantgarde“ zur Neuerschaffung „traditionswürdiger Zustände“:

> *„Eine Schlüsselrolle werden dabei unsere Landessprache und die Familie spielen. Beides sind essenzielle Bausteine der Kulturtradierung, ohne die aus dem ‚Wirtschaftsstandort Deutschland‘ das zweite Wort schon bald zu streichen sein wird.“*

All dies sei ebenso wie die „geistige Liberalität“ bedroht von „dreisten Ideologen“ in Presse und Ministerien, die durch „Gleichschaltung“ das „freie Leben politisch korrekt auf Linie zu bringen“ versuchten. Dagegen empfiehlt der Autor eine brisante Umdeutung des politischen Verständnisses von Liberalismus: „Genuin liberal zu sein, heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.“ Genau eine solche reaktionäre Politik empfiehlt Jongen als deutsche „Vision“ gegen die Europäische Union – „Zentralmonster der strukturellen Korruption im politischen System Europas“:

> *„Die Vision eines Deutschlands, dessen produktive, kulturtragende Schicht sich aus dem Zangengriff von ausufernder Sozialindustrie unten sowie asozialen Finanzeliten oben befreit, in dem echter Bürgersinn und Meritokratie folglich wieder Platz greifen können. Die Vision eines Deutschlands, dessen Weltoffenheit nicht einem verdrucksten schlechten Gewissen, sondern einem gesundeten Selbstbewusstsein entstammt. Dieses allein befähigt zur echten Wertschätzung des Fremden – wie auch zu dessen gerechter Kritik. Nur ein solches Land ist im Übrigen attraktiv für solche Zuwanderer, die zur Integration willens und fähig sind.“*

Zusammenfassend stellt dieses Traktat eine Ansammlung von Slogans aus dem propagandistischen Arsenal des europafeindlichen Rechtspopulismus dar: Es ist ein sprichwörtlich reaktionärer Aufruf zur Wutbürger-Revolte mit deutlich nationalistischem wie wohlstandschauvinistischem Einschlag. Dass dieses „Manifest“ für die AfD politisch Bedeutung beanspruchen kann, zeigt die Tatsache, dass es auf deren offizieller Internetseite präsentiert wird.[106]

[106] AfD-Manifest, unter: https://www.alternativefuer.de/2014/01/23/afd-manifest/, abgerufen am 10.02.2014.

2 Der marktradikale Hintergrund der AfD

Als Schlüsselmoment für die Gründung der AfD kann hinsichtlich seines Datums der 25. März 2010 bezeichnet werden. An diesem Tag stimmte die Bundeskanzlerin auf dem EU-Gipfel dem ersten „Rettungspaket“ für Griechenland zu. Für den Minderheiten-Flügel im deutschen Wirtschafts-Establishment, der das Festhalten am Euro ablehnt und sogar für verhängnisvoll hält, war das eine schwere Niederlage. „Dass Bundeskanzlerin Merkel an einem Vormittag des Jahres 2010 versicherte, Griechenland werde keine Finanzhilfen erhalten, dieses Versprechen aber schon am Nachmittag brach“, sei „der Auslöser“ für die Gründung der *Wahlalternative 2013* gewesen, schrieb im April 2013 die der AfD verbundene Internetzeitung *Die freie Welt*.[107] Aus der *Wahlalternative 2013* ging Anfang 2013 unmittelbar die AfD hervor.

Das Spektrum derjenigen, welche das Festhalten am Euro für viel zu riskant und zu kostspielig hielten und sich deshalb nach dem 25. März 2010 auf die Suche nach Möglichkeiten zur politischen Intervention machten, lässt sich wie folgt beschreiben: Es bestand zunächst eine Gruppe von Wirtschafts-Professoren mit einer neoliberalen Ausrichtung, die die Euro-Rettungsmaßnahmen für gefährlich und den für sie nötigen Einsatz umfangreicher Gelder für unzulässige staatliche Marktinterventionen hielten. Dazu kamen Vertreter mittelständischer Unternehmen mit massiven Vorbehalten gegenüber der Euro-Rettungspolitik, die vor allem die drohende Inflation und eine mögliche Währungs-Instabilität fürchteten. Zu diesen zwei Gruppen gesellte sich noch eine dritte, allerdings deutlich kleinere Gruppe von Ökonomen, über welche Roland Tichy in der *WirtschaftsWoche* schrieb, sie hätten vor der Einheitswährung wegen deren innerer Widersprüche „von Anfang an gewarnt“[108].

Zu den Wirtschafts-Professoren, die im Jahr 2010 gegen die Euro-Rettungsmaßnahmen der Bundesregierung mobil zu machen begannen, gehört an vorderster Stelle Bernd Lucke. Er war bereits 1978 in die CDU eingetreten, hatte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn sowie an der University of California in Berkely studiert und war 1988 an die Freie Universität Berlin gegangen, wo er 1991 promovierte und 1997 habilitierte. Seit 1998 wirkt er als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und hat seine akademische Tätigkeit immer wieder mit praktischen Aktivitäten verbunden. 1990 arbeitete er als wissenschaftlicher Referent beim *Sachverständigenrat zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR*, 1991 bis 1992 hatte er den Posten eines Leitungsreferenten beim Senator für Finanzen des Landes Berlin inne.[109] Später beriet er zeitweise die Weltbank.

2.1 Der *Hamburger Appell*

Seine erste Intervention in die Bundespolitik startete Lucke im Jahr 2005. Damals hatte es – kurz vor der Bundestagswahl – aus den Reihen der rot-grünen Bundesregierung Äußerungen gegeben, die nach

[107] Ausführliche Infos zu AfD in der „Welt“, 11.04.2013. http://www.freiewelt.net/nachricht/ausfuhrliche-infos-zu-afd-in-der-welt-22340/, abgerufen am 15.08.2013.

[108] Roland Tichy: Der wahre Teuro, 16.01.2010. http://blog.wiwo.de/chefsache/2010/01/16/der-wahre-teuro/, abgerufen am 15.08.2013.

[109] Prof. Dr. Bernd Lucke: CV. http://www.wiso.uni-hamburg.de/en/professuren/wachstum-und-konjunktur/team/prof-dr-bernd-lucke/cv/, abgerufen am 15.08.2013.

den Hartz IV-Kürzungen nun wieder für Lohnerhöhungen plädierten. Lucke initiierte daraufhin gemeinsam mit seinen Hamburger Professoren-Kollegen Michael Funke und Thomas Straubhaar den *Hamburger Appell*, der im Sommer 2005 – ebenfalls noch vor der Bundestagswahl – veröffentlicht wurde. Dieser Appell richtete sich dezidiert gegen die erwähnten Vorschläge, die Lohnkürzungen zu beenden. „Durch geeignete Maßnahmen, so wird suggeriert, könne eine Erhöhung der Binnennachfrage erreicht werden, die eine Überwindung der strukturellen Wachstumsschwäche nach sich ziehen würde“, fassten Lucke, Funke und Straubhaar den rot-grünen Kerngedanken zusammen – und wiesen ihn dezidiert zurück:

> *„Diese Vorstellung ist falsch und gefährlich. Als Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre warnen wir eindringlich davor, Illusionen zu erzeugen und damit die Akzeptanz notwendiger Reformen zu untergraben. Wir appellieren an das Verantwortungsbewusstsein der gewählten Volksvertreter, der Versuchung einfacher Lösungen zu widerstehen und statt dessen ungeschönte Antworten auf die drängenden ökonomischen Fragestellungen zu geben.“*[110]

Es gelang den Initiatoren, fast 250 Ökonomen zur Unterzeichnung des Dokumentes zu bewegen und dadurch auf die öffentliche Debatte einzuwirken.

An das Format des *Hamburger Appells* knüpfte Lucke im Jahr 2010 mit der Gründung des *Plenums der Ökonomen* an. Den Anstoß gab die Entscheidung der Bundesregierung, das „Rettungspaket“ für Griechenland mitzutragen. „Hinter uns liegen dramatische Wochen“, formulierte Lucke im Gründungsaufruf für das *Forum der Ökonomen*:

> *„Die drohende Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedsstaaten der Eurozone und die vermeintlichen Gefahren für die Gemeinschaftswährung gaben Bundesregierung und Europäischer Zentralbank Anlass, in kürzester Zeit Entscheidungen von historischer Tragweite zu treffen.“*

Abhilfe schaffen könne man, so heißt es in dem Aufruf weiter, wenn deutsche Wirtschaftswissenschaftler ein kontinuierlich arbeitendes Forum gründeten, „um sich kompetent, prägnant und ggf. auch schnell zu aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen von nationaler Bedeutung äußern zu können“.[111] Bündele man den vorhandenen wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand, dann könne die Politik jederzeit darauf zurückgreifen – das war der Grundgedanke. „Das Plenum der Ökonomen berät und äußert sich ausschließlich zu volkswirtschaftlichen Ausnahmesituationen von herausragender nationaler Bedeutung“, heißt es im Gründungsaufruf – erneut mit klarem Bezug auf die Euro-Krise – weiter:

> *„Einziges Ziel des Plenums ist es, die Öffentlichkeit und die demokratisch legitimierten Institutionen unseres Staates rechtzeitig und fundiert über die Einschätzung der diesem Staat dienenden Wissenschaftler zu informieren.“*

Nach Möglichkeit sollten sich sämtliche „Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre, die an einer deutschen Universität oder als deutsche Staatsbürger an einer ausländischen Universität lehren“, an dem „Plenum“ beteiligen, schlugen die Erstunterzeichner vor. Stellungnahmen des „Plenums“ könnten via Internet problemlos und bei Bedarf in kürzester Frist erarbeitet werden. Bis zum Juni 2013 schlossen sich dem Aufruf mehr als 320 Wirtschaftswissenschaftler aus ganz Deutschland an.

Einlösen konnte das *Plenum der Ökonomen* seinen Anspruch sicherlich nicht. Immerhin ist ihm aber im Februar 2011 ein Achtungserfolg gelungen: Eine scharfe Stellungnahme gegen die Absicht, den Euro-„Rettungsschirm“ auszudehnen und einen dauerhaften Rettungsmechanismus zu etablieren, rief eine heftige Debatte in der Fachwelt hervor. „Dauerhafte Rettungsmechanismen, die Staatsinsolvenz

---

[110] Hamburger Appell. http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pd, abgerufen am 15.08.2013.

[111] Gründungsaufruf an alle deutschen Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre. http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?page_id=375, abgerufen am 15.08.2013.

und Umschuldung ausschließen“, führten unweigerlich „zu einer ungerechtfertigten Umverteilung von den Steuerzahlern der solventen Euroländer zu den Gläubigern der Schuldnerstaaten“, hieß es in dem Papier.[112] Das aber dürfe keinesfalls geschehen. Die Redaktionen bedeutender Tageszeitungen widmeten der Stellungnahme aufmerksame Berichte. Von einer „Massenpetition deutscher VWL-Professoren“ sprach beispielsweise die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*:

> *„Der Plan der europäischen Finanzminister, den Euro-Rettungsschirm auszudehnen und einen dauerhaften Rettungsmechanismus (ESM) einzurichten, stößt auf geballten Widerspruch unter deutschen Ökonomen.“*[113]

Obgleich das *Plenum der Ökonomen* bis heute existent ist, hat dessen Initiator Bernd Lucke weitere Initiativen beschritten, um seinem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei ist ihm nur ein kleiner Teil des *Plenums* gefolgt. Der bekannte Kritiker der Euro-Rettungspolitik, der Präsident des *ifo Instituts für Wirtschaftsforschung*, Hans-Werner Sinn, äußert sich zurückhaltend in Bezug auf die AfD. „Bernd Lucke und viele seiner Mitstreiter sind anerkannte Ökonomen, die wissen, wovon sie reden“, erklärte Sinn, der 2010 den Gründungsaufruf des *Plenums der Ökonomen* ebenso unterzeichnet hatte wie später dessen Stellungnahme vom Februar 2011: „Trotzdem gehöre ich der Partei nicht an und gebe dem Euro noch mehr Chancen, als die Kollegen es tun.“[114]

Widerstand gegen die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung gab es von Anfang an auch aus dem Mittelstand, von seinen Verbänden und von seiner politischen Vertretung in den etablierten Parteien. Der eingangs erwähnte Gerd Robanus von der *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU* in der Unionsfraktion zählt dazu, ebenso wie der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler. Der FDP-Abgeordnete ist zudem Mitglied der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft* und Vorsitzender des Kuratoriums der *Deutschen Mittelstandsstiftung*. Bundeskanzlerin Merkel müsse „hart bleiben“ und dürfe „Griechenland keine Hilfen versprechen“, forderte er exemplarisch Anfang März 2010[115]. Als seine Partei die Euro-Rettungspolitik mittrug, trat er aus Protest dagegen vom Amt des Obmanns der FDP-Fraktion im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zurück. Schäfflers Aktivitäten in der FDP sind ein treffendes Beispiel für die Bemühungen parteipolitisch aktiver Mittelstands-Vertreter, die Euro-Rettungspolitik zu modifizieren und, wenn möglich, zu beenden. So beteiligte er sich noch im Jahr 2010 an der Gründung einer parteiinternen Pressure-Group mit der Bezeichnung *Liberaler Aufbruch*, die am 11. Dezember 2010 ihre Positionen zur Euro-Krise und der Euro-Rettungspolitik programmatisch übertitelte: „Die Weichen werden in der Eurokrise weiterhin falsch gestellt“.[116] Auf dem Bundesparteitag der FDP im Mai 2011 gelang Schäffler ein weithin beachteter Überraschungserfolg: Er konnte gut ein Drittel der Delegierten gegen den Willen der Parteiführung zur Ablehnung des Euro-Stabilitätsmechanismus ESM bewegen. Diese Initiative gelang ihm in Zusammenarbeit mit Burkhard Hirsch vom Bürgerrechts-Flügel der FDP, dessen Kritik sich vor allem an der geplanten Einschränkung der demokratischen Parlamentsrechte entzündete. Schäffler initiierte folgend im Herbst 2011 einen FDP-

---

[112] Plenum der Ökonomen: Stellungnahme zur europäischen Schuldenkrise, 24.02.2011. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/stellungnahme-im-wortlaut-vwl-professoren-ueber-europas-schuldenkrise-1596622.html, abgerufen am 15.08.2013.

[113] Ökonomen gegen größeren Euro-Rettungsschirm, 24.02.2011. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/massenpetition-deutscher-vwl-professoren-oekonomen-gegen-groesseren-euro-rettungsschirm-1596745.html, abgerufen am 15.08.2013.

[114] Hans-Werner Sinn distanziert sich von Anti-Euro-Partei, 27.04.2013. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/kritiker-der-euro-rettung-hans-werner-sinn-distanziert-sich-von-anti-euro-partei-12164458.html, abgerufen am 15.08.2013.

[115] Gepfefferte Ratschläge aus Deutschland, 04.03.2010. http://www.sueddeutsche.de/geld/griechenland-in-der-krise-gepfefferte-ratschlaege-aus-deutschland-1.19557, abgerufen am 15.08.2013.

[116] Die Weichen werden in der Eurokrise weiterhin falsch gestellt, 11.12.2010. http://aufbruch.okweb.hosting.greybyte.com/wp-content/uploads/2011/10/Position-Europa1.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

Mitgliederentscheid zur Haltung der Partei gegenüber dem ESM, der Ende 2011 allerdings scheiterte. Ende Juni 2012 stimmte er im Bundestag gegen den ESM. Darin war er sich einig mit den Mittelstands-Politikern der Union; die *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU* warb vor der Abstimmung explizit für ein ‚Nein'. Frank Schäffler ging zuweilen mit harschen Äußerungen an die Öffentlichkeit: „Der griechische Staat muss sich radikal von Beteiligungen an Firmen trennen und auch Grundbesitz, zum Beispiel unbewohnte Inseln, verkaufen“, forderte er etwa Anfang März 2010. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU*, pflichtete ihm bei: „Ein Bankrotteur muss alles, was er hat, zu Geld machen“.[117] Einige Mittelstands-Politiker sind inzwischen zu der Überzeugung gekommen, dass die Mehrheit ihrer Parteien in absehbarer Zeit nicht von der Euro-Rettungspolitik abzubringen sein wird, und haben deshalb begonnen, sich in der AfD zu engagieren. Zur Euro-Rettungspolitik haben sich neben den Mittelstands-Politikern der etablierten Parteien auch verschiedene mittelständische Wirtschaftsverbände zu Wort gemeldet. Ein Beispiel hierfür ist die *Stiftung Familienunternehmen*, zu deren Kuratoriumsmitgliedern neben zahlreichen Mittelständlern auch Ex-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich gehört. Die Stiftung publizierte am 27. Juni 2011 anlässlich einer Währungskonferenz, die sie in Zusammenarbeit mit der *Welt*-Gruppe in Berlin ausrichtete, eine *Berliner Erklärung*. „Die Bundesregierung hat mit ihrer Euro-Rettungsschirm-Politik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen“, hieß es darin:

> *„Der Bundestag muss daher handeln. Dazu fordern die Familienunternehmen ihn jetzt eindringlich auf. Die Währungsunion muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Austritt und Ausschluss müssen möglich werden.“*

Die Erklärung wurde von 100 teils prominenten Familienunternehmen unterzeichnet, darunter die Buchverlage *LangenMüller Herbig*, die *Herrenknecht AG* oder die *Würth Gruppe*.[118] In einer Presseerklärung der *Stiftung Familienunternehmen* zum alljährlich durchgeführten „Tag des deutschen Familienunternehmens“ am 15. Juni 2012 wurde scharfe Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung geäußert und gefordert: „Die Krisenländer führen ihre eigene Währung wieder ein“.[119] Zu der Veranstaltung waren mehr als 350 Vertreter führender Familienunternehmen gekommen; Reden wurden unter anderem von Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und von Bundeskanzlerin Angela Merkel gehalten. Die Kanzlerin sah sich gefordert, auf der Stiftungs-Veranstaltung offensiv gegen die Kritik an ihrer Politik Stellung zu beziehen. Der Euro bringe Deutschland erheblichen ökonomischen Nutzen, bekräftigte sie: „Die Stabilisierung des Euro-Raums ist eine Schlüsselfrage für uns“.[120] Zu den Verbänden, die sich gegen die Euro-Rettungspolitik positioniert haben, gehören auch *Die Familienunternehmer – ASU*, ein Zusammenschluss, der von seiner Geschäftsstelle in der Berliner Charlottenstraße aus die Interessen von rund 5.000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens einer Million Euro vertritt. Das *Handelsblatt* schrieb der Vereinigung sogar „eine zentrale Rolle im Kampf gegen immer neue Euro-Rettungsschirme“ zu.

---

[117] Gepfefferte Ratschläge aus Deutschland, 04.03.2010. http://www.sueddeutsche.de/geld/griechenland-in-der-krise-gepfefferte-ratschlaege-aus-deutschland-1.19557, abgerufen am 15.08.2013.

[118] Berliner Erklärung der Familienunternehmen zur Krise des Euro, 27.06.2011. http://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/news/2011/pi_2011-06-27_berliner-erklaerung-der-familienunternehmen-zur-euro-krise_v6.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

[119] Tag des deutschen Familienunternehmens 2012: Eurorettung und Energiepolitik in der Kritik, Presseinformation der Stiftung Familienunternehmen, 15.06.2012. http://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/news/2012/pi_2012-06-15_tag-des-deutschen-familienunternehmens-2012.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

[120] Schnelle Lösungen führen nicht aus der Krise, 15.06.2012. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/06/2012-06-15-familienunternehmen-merkel.html, abgerufen am 15.08.2013.

2.2 Politische Netzwerke im AfD-Umfeld

Vor der Verabschiedung des ESM durch den Deutschen Bundestag intensivierten die oben beschriebenen Gegner der Euro-Rettungspolitik aus Wissenschafts- und Wirtschaftskreisen ihre Aktivitäten und gründeten erste Bündnisorganisationen. „Immer mehr Unternehmer, Professoren und engagierte Bürger sind der Meinung, dass die ‚alternativlose‘ Euro-Politik der Kanzlerin nicht alternativlos bleiben sollte“, schrieb im Mai 2012 das *Handelsblatt*:

> *„Sie formieren sich zu losen Koalitionen und sich überlappenden Bündnissen, bei denen die Abgrenzung von parlamentarisch, außerparlamentarisch und Lobby-getrieben nicht einfach ist.“*[121]

2.2.1 Das *Bündnis Bürgerwille*

Eine der genannten Vereinigungen war das *Bündnis Bürgerwille*. „Seit langem warnen namhafte Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft vor dem verhängnisvollen Weg, den die Bundesregierung in der europäischen Schuldenkrise eingeschlagen hat“, hieß es in dessen Gründungsaufruf vom Februar 2012. „Diese droht die Bundesrepublik Deutschland in einen gefährlichen Strudel zu reißen, der ihre finanzielle, wirtschaftliche und politische Stabilität gefährdet.“ Viele Bürgerinnen und Bürger seien darüber verärgert. „Gegen die verhängnisvolle Europapolitik der Bundesregierung engagieren sich viele Organisationen und Einzelpersonen“, hieß es im Gründungsaufruf weiter:

> *„Manche tun dies als Mitglieder der etablierten Parteien, die mit dem europapolitischen Kurs der Parteiführung nicht einverstanden sind, aber ihrer Partei dennoch die Treue halten wollen. Andere haben sich neuen Parteien und politischen Organisationen angeschlossen, um eine politische Alternative formieren zu können. Dritte scheuen vor der Bindung an eine politische Organisation zurück und engagieren sich auf individueller Ebene, als Berater, als Kommentator oder als Demonstrant. All dies ist begrüßenswert. Doch um politisch erfolgreich sein zu können, bedarf es der Sammlung, der Koordination und der Bündelung dieser Kräfte.“*

Das *Bündnis Bürgerwille* versteht sich „als überparteiliche Sammlungsbewegung“ für alle Gegnerinnen und Gegner der Euro-Rettungspolitik.[122]

Ungefähr ein Dutzend Wirtschaftsprofessoren-Kollegen aus dem *Plenum der Ökonomen* zählten zu den Unterzeichnern des *Bündnis Bürgerwille*-Gründungsaufrufs, außerdem mittelständische Unternehmer und politische Vertreter von Mittelstands-Interessen wie der bereits erwähnte Frank Schäffler, Josef Schlarmann (CDU), der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch, der dem Vorstand des *Parlamentskreises Mittelstand* der Unionsfraktion angehörte, sowie Michael Moritz, ein Mitglied des Mittelstandsbeirats im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Prominenter Mitunterzeichner war Hans-Olaf Henkel, der ehemalige Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI). Zu den weiteren Unterzeichnern zählten unter anderem der Präsident des *Bundes der Steuerzahler*, Karl Heinz Däke, und der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) und Burkhard Hirsch. Das *Aktionsbündnis Direkte Demokratie* war gleich mit mehreren führenden Mitgliedern unter den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des Gründungsaufrufs vertreten, daneben mit Christoph Degenhart einem Kuratoriumsmitglied von *Mehr Demokratie*. Auf

---

[121] Wutbürger sammeln sich zum Euro-Angriff, 29.05.2012. http://www.handelsblatt.com/politik/international/allianz-gegen-merkels-rettungsschirm-politik-wutbuerger-sammeln-sich-zum-euro-angriff-seite-all/6684206-all.html, abgerufen am 15.08.2013.

[122] Aufruf an alle engagierten Bürgerinnen und Bürger! Deutschland, im Februar 2012. http://buendnis-buergerwille.de/fileadmin/user_upload_bbw/pdf/B%C3%BCndnis_B%C3%BCrgerwille.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

der Liste findet sich schließlich auch die Unterschrift von Beatrix von Storch als Vertreterin der *Zivilen Koalition*.

Die Initiatorinnen und Initiatoren des *Bündnis Bürgerwille* schienen es offensichtlich für nötig zu erachten, sich von extremen Gruppierungen zu distanzieren: „Die Mitwirkung im Bündnis Bürgerwille“, heißt es im Gründungsaufruf, „ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer rechtsradikalen, linksradikalen oder ausländerfeindlichen Partei“.[123]

2.2.2 Die *Zivile Koalition*

Die *Zivile Koalition* ist 2004 gegründet worden, unter maßgeblicher Beteiligung von Beatrix von Storch. Frau von Storch entfaltete ihre ersten politischen Aktivitäten 1996 als Mitgründerin der *Allianz für den Rechtsstaat*, die damals dagegen protestierte, dass die zwischen 1945 und 1949 in der DDR durchgesetzten Enteignungen von Großgrundbesitzern nicht wieder rückgängig gemacht wurden. Die *Zivile Koalition* streite zudem „unermüdlich für bürgerliche Reformen“, formulierte im April 2013 die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit*:

> *„Reduzierung der Staatsverschuldung, Vereinfachung des Steuerrechts, Bürokratieabbau, leistungsorientiertes Bildungssystem, bürgernahes Wahlsystem – und natürlich die Verteidigung von Souveränität und Geldwertstabilität gegen eine zwangsläufig im EU-Zentralstaat mündende Euro-Rettung.“*[124]

Kritiker verweisen auf die „marktfundamentalistischen und erzkonservativen“ Positionen der *Zivilen Koalition* und sprechen von einer „deutschen Tea-Party-Bewegung“.[125]

Öffentlich bemerkbar macht sich die *Zivile Koalition* heute vor allem als Netzwerk verschiedener Initiativen, die sie von ihrem Sitz in Berlin aus betreibt; Berichten zufolge mit insgesamt 14 Angestellten.[126] Bedeutsam sind hierbei das *Institut für Strategische Studien Berlin* (ISSB), welches von Beatrix' Ehemann Sven von Storch geleitet wird, sowie *Die Freie Welt*, eine „Internet- & Blogzeitung“. „Deutschland befindet sich in einem Erneuerungsprozess“, hieß es auf der Website:

> *„Alte Strukturen und verkrustete Entscheidungsprozesse geben mangelhafte oder verzögerte Antworten und Lösungen auf politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fragen und Probleme der Bürger von heute.“*

Die Freie Welt wolle dazu beitragen, „den Erneuerungskräften und Bewegungen aus der Zivilgesellschaft den Weg zu öffnen“.[127] Dem Redaktionsbeirat gehören Karl Feldmeyer und Klaus Peter Krause an, die beide lange für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieben und heute regelmäßig für die *Junge Freiheit* tätig sind. Mitglied im Redaktionsbeirat war auch Gérard Albert Bökenkamp, der 2005 für Aufsehen gesorgt hatte, weil er an Seminaren des neurechten *Institut für Staatspolitik* teilnahm; wenig später sah er sich gezwungen, seinen Austritt aus der CDU zu erklären.

Zur *Zivilen Koalition* gehört neben einer *Initiative Familien-Schutz*, die christlich-konservative ‚Lebensschutz‘-Positionen und lesben- und schwulenfeindliche Ansichten vertritt, und einer *Initiative Bürgerrecht Direkte Demokratie,* sowie die *Initiative AbgeordnetenCheck*, deren Beirat neben Karl Feldmeyer und Klaus Peter Krause auch Konrad Adam angehört. Auf der Grundlage der marktradikal-

123 Ebd.
124 Michael Paulwitz: Mutter der Bewegung, Junge Freiheit 17/2013, 19.04.2013.
125 Jens Berger: Bürgerkonvent 2.0 – die deutsche Tea-Party-Bewegung, 08.09.2011. http://www.nachdenkseiten.de/?p=10678, abgerufen am 24.08.2013.
126 Constantin Magnis: Ihr Hauptberuf ist Protest, 12.06.2013. http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-kandidatin-beatrix-von-storch-ihr-hauptberuf-ist-protest/54701?print , abgerufen am 24.08.2013.
127 Impressum. http://www.freiewelt.net/impressum/, abgerufen am 24.08.2013.

rechtskonservativen Positionen der *Zivilen Koalition* übt sie „Druck auf Parlamentarier aus“, resümierte im Juni die Monatszeitschrift *Cicero*: „Allein seit 2011 gingen 1,7 Millionen E-Mails über die Plattform an den Bundestag.“[128]

Als die Bundestags-Abstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unmittelbar bevorstand, weiteten die Gegnerinnen und Gegner der Euro-Rettungspolitik ihre Bündnis-Aktivitäten noch um einen weiteren Schritt aus. Am 23. Mai 2012 riefen zehn Bundestags-Abgeordnete, darunter Frank Schäffler und Klaus-Peter Willsch, eine *Allianz gegen den ESM* ins Leben. Dieser schlossen sich, das ohnehin schon recht breite, *Bündnis Bürgerwille*, der *Bund der Steuerzahler* und *Die Familienunternehmer – ASU,* sowie die den letzteren verbundene Organisation *Die Jungen Unternehmer – BJU* an. Auf der Website der *Allianz gegen den ESM* wurden darüber hinaus zwei weitere Initiativen als ‚Partnerseiten‘ verlinkt: „Stop ESM“ und „Holt unser Gold heim!“

Auf der Website von „Stop ESM“, für die der bayerische Landesverband des *Bundes der Steuerzahler* verantwortlich zeichnet, wurde ein *Youtube*-Mitschnitt einer Rede von Nigel Farage aufgeführt. Farage ist Vorsitzender der rechtspopulistischen *United Kingdom Independence Party* (UKIP). Zu den Initiatorinnen und Initiatoren der Initiative zählen neben Gerd Habermann, dem Initiator der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, auch Frank Schäffler, Hans-Olaf Henkel, Beatrix von Storch und André F. Lichtschlag. Lichtschlag ist Gründer der marktradikalen Zeitschrift *eigentümlich frei*[129]. Weitere Initiatoren sind Oliver Janich, Ex-Vorsitzender der *Partei der Vernunft,* und der Politik-Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Hans Heckel.

Die ‚Erstunterzeichner‘-Liste der Initiative „Holt unser Gold heim!“, ist weitgehend identisch mit der Liste der Initiatorinnen und Initiatoren von „Stop ESM“. Beide Initiativen wurden außerdem von zwei Personen unterstützt, die schon in den 1990er Jahren gegen den Euro mobilisierten: Bruno Bandulet und Wilhelm Hankel. Beide sind wiederkehrend als Autoren der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* in Erscheinung getreten. Bandulet war in den 1990er Jahren unmittelbar für den *Bund Freier Bürger* aktiv.[130]

Bandulet, Herausgeber des Informationsdienstes *Gold and Money Intelligence*, publiziert in den Zeitschriften *Junge Freiheit* und *eigentümlich frei*. Starbatty, ebenfalls als Autor in der *Jungen Freiheit* vertreten, kandidierte auf Platz eins der Berliner AfD-Landesliste für den Bundestag sowie aktuell für das Europaparlament. Schachtschneider – gleichfalls ein Autor der *Jungen Freiheit* – ist bei *pro NRW* und der FPÖ aufgetreten und hat sich im September 2005 sogar der NPD zur Verfügung gestellt – als deren ‚Experte‘ für einen Auftritt im Sächsischen Landtag.

2.2.3 Die *Wahlalternative 2013*

In der weiteren Entwicklung dieser Anti-Euro-Initiativen lassen sich Zusammenschlüsse von den beschriebenen Gegnerinnen und Gegnern der Euro-Rettungspolitik aus Wirtschaftswissenschaft und Mittelstand mit den Euro-Gegnern der ersten Stunde erkennen. Im September 2012 gründeten Bernd Lucke und der CDU-Mittelständler Gerd Robanus gemeinsam mit dem langjährigen CDU-Politiker Alexander Gauland und dem Journalisten Konrad Adam die *Wahlalternative 2013*. Hierbei spielte der prominente Publizist Hans-Olaf Henkel auch eine bedeutende Rolle. Von 1995 bis 2000 wirkte er als Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI), von 2001 bis 2005 als Präsident der einflussreichen *Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz*, in der mehr als achtzig deutsche Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen sind. Henkel, der früher die FDP unterstützte,

[128] Constantin Magnis: Ihr Hauptberuf ist Protest, 12.06.2013. http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-kandidatin-beatrix-von-storch-ihr-hauptberuf-ist-protest/54701?print, abgerufen am 24.08.2013.
[129] Näher hierzu siehe Kapitel 5.3
[130] Zum BFB s. näher Kap. 1.4

bekannte nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011: „Ich habe die Partei zum ersten Mal seit langer Zeit nicht gewählt“ und warnte: „Die FDP muss damit rechnen, dass einer ganzen Gruppe von Leuten der Kragen platzt und diese Leute eine neue Partei gründen.“ Diese könne zwar „verdammt große Ähnlichkeit mit der FDP haben“, werde aber in der Außenpolitik und der Euro-Rettung „eine grundsätzlich andere Haltung annehmen“.[131] Ein dazu passendes Konzept erläuterte er Ende 2011 im *Handelsblatt*. In den „etablierten Parteien“ sei mit einem Erfolg für die Gegnerinnen und Gegner der Euro-Rettungspolitik nicht zu rechnen, hielt er dort fest: „Frank Schäffler hat das in einer sehr mutigen und anerkennenswerten Art und Weise innerhalb seiner FDP versucht. Ergebnis bekannt.“ Nun könne man selbstverständlich „eine neue Partei gründen“. „Einerseits hängt eine neue liberale Partei, die Europa-freundlich, aber Euro-kritisch ist, wie eine reife Frucht am Ast. Man muss nur gegen den Stamm treten, dann fällt sie herunter.“ Andererseits aber sei „der bürokratische Akt nicht nur sehr aufwändig“; man könne auch „kaum sicherstellen, nur solche Mitstreiter zu bekommen, die die gleichen liberalen Werte und Ziele teilen“. Daraus leitete Henkel die Empfehlung ab: „Auf der Suche nach einer neuen Heimat für die Liberalen sollte man sich deshalb mal mit den ‚Freien Wählern‘ beschäftigen.“[132] Er kündigte dementsprechend seinen politischen Einsatz bei den *Freien Wählern* an. Henkels Empfehlungen finden sich wieder im Konzept der *Wahlalternative 2013*: Man werde auf den Wahlparteitagen der *Freien Wähler* kandidieren, kündigte Lucke an; diese müssten dann „entscheiden, von welchem Kandidaten sie sich am ehesten vertreten fühlen“.[133]

Inhaltlich schloss die *Wahlalternative 2013* an die Vorarbeiten vom *Plenum der Ökonomen* bis zum *Bündnis Bürgerwille* an. Im Gründungsaufruf wird gefordert:

> *„Deutschland wird im Einklang mit dem Maastricht-Vertrag nicht mehr für die Schulden fremder Staaten eintreten. (…) Das einheitliche Euro-Währungsgebiet wird aufgegeben. Es steht allen Staaten frei, aus dem Euro auszuscheiden, sich in geeigneteren Währungsverbünden (Nord- und Südeuro) zusammenzuschließen oder Parallelwährungen einzuführen.“*[134]

Der Bürgerrechts-Flügel der FDP, der noch im *Bündnis Bürgerwille* vertreten war, fehlte nun als Unterstützer dieses Gründungsaufrufs. Verblieben waren hingegen Vertreter des *Aktionsbündnisses Direkte Demokratie*, in dessen „Stuttgarter Manifest“ die Ansicht vertreten wurde, „nur innerhalb eines Sprach- und Kulturkreises“ sei eine „echte Demokratie möglich“.[135] Zu den weiteren Unterstützern dieses Aufrufs zählten Bruno Bandulet, Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider aus den Reihen des verblichenen *Bund Freier Bürger* (BFB), Beatrix von Storch von der *Zivilen Koalition,* wie auch Hermann von Laer aus Vechta. Von Laer hatte im August 2010 unter dem Titel „Euro-Dämmerung“ einen Beitrag in der neurechten Zeitschrift *Sezession* publiziert.

Weiterer Unterstützer des Aufrufs ist Alexander Gauland, der in der Hessischen Staatskanzlei Staatssekretär unter Ministerpräsident Walter Wallmann gewesen ist. Für Diskussion sorgte er, als er 1988 dem CDU-Politiker Wolfgang Egerter einen Leitungsposten in der Staatskanzlei verschaffte. Egerter hatte zuvor dem *Witiko-Bund* angehört, einer völkisch-revanchistischen Organisation innerhalb der *Sudetendeutschen Landsmannschaft*. Gauland hatte vor der Gründung der *Wahlalternative 2013* öffentlich mit einem Beitrag im Berliner *Tagesspiegel* für Diskussion gesorgt: „Die Deutschen haben

---

131 „Ich habe erstmals seit langem nicht FDP gewählt“, 19.09.2011. http://www.tagesschau.de/inland/interviewhenkel100.html, abgerufen am 30.08.2013.

132 Hans-Olaf Henkel: Eine neue Heimat für die Liberalen, 19.12.2011. http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/henkel-trocken-eine-neue-heimat-fuer-die-liberalen-seite-all/5974142-all.html, abgerufen am 15.08.2013.

133 Günther Lachmann: Enttäuschte CDU-Politiker gründen Wahlalternative, 04.10.2013. http://www.welt.de/politik/deutschland/article109606449/Enttaeuschte-CDU-Politiker-gruenden-Wahlalternative.html, abgerufen am 15.08.2013.

134 Gründungsaufruf Wahlalternative 2013. http://www.wa2013.de/index.php?id=208, abgerufen am 15.08.2013.

135 Das Stuttgarter Manifest vom 12. Juli 2011. http://eurodemostuttgart.wordpress.com/2011/07/12/das-stuttgarter-manifest/, abgerufen am 15.08.2013.

ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt“, hatte er geschrieben. „Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche“. Anstatt „immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt“ so folgerte er dort, „nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist“.[136]

Ebenfalls als Unterstützer der *Wahlalternative 2013* trat Konrad Adam auf. Der Publizist arbeitete bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sowie als politischer Chefkorrespondent der Tageszeitung *Die Welt* in Berlin. Für Diskussion sorgte Adam bereits im Oktober 2006. Damals äußerte er sich in der *Welt* zu Vorschlägen, das allgemeine und gleiche Wahlrecht abzuschaffen:

> *„Neulich hat ein Gastautor auf diesen Seiten den Vorschlag gemacht, den von ihm sogenannten Nettostaatsprofiteuren das Wahlrecht zu entziehen. In diese Kategorie gehören nach seiner Definition nicht nur die Beamten, die im Staat ihren Arbeitgeber sehen, und nicht nur alle diejenigen, die weniger für die Politik als von der Politik leben, die Mehrzahl der Berufspolitiker also, sondern auch und vor allem die Masse der Arbeitslosen und der Rentner.“*

Diese „Anregung, den Inaktiven und Versorgungsempfängern das Wahlrecht abzuerkennen“, klinge „provokativer, als sie tatsächlich ist“. „In der Theorie der europäischen Verfassungsbewegung“ habe es einst „als eine selbstverständliche Voraussetzung für die Gewährung des Wahlrechts“ gegolten, „sich selbst und den Seinen den Lebensunterhalt zu verdienen“. Erst „mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit“ sei „die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen.“ „Ob das ein Forschritt war“, schrieb Adam, könne man „mit Blick auf die Schwierigkeiten“, unter denen Deutschland heute leide, „mit einigem Recht bezweifeln“. „Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft“, erklärte er hierzu. Und weiter hiess es dort:

> *„Der Anspruch, hier und heute gut zu leben, untergräbt den Willen zur Zukunft und zwingt die Politik, dem aktiven, aber schrumpfenden Teil der Bevölkerung zugunsten eines beständig wachsenden, aber unproduktiven Teils immer größere Opfer abzuverlangen. Auf diesem Weg ist Deutschland ziemlich weit vorangekommen.“*[137]

Ein weiterer Unterzeichner der *Wahlalternative 2013*, Roland Vaubel, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mannheim, hat im Jahr 2007 Vorschläge zum „Schutz der Leistungseliten in der Demokratie“ veröffentlicht. Man könne, schrieb er, die „Leistungseliten“ beispielsweise „dadurch schützen, dass man ein Zwei-Kammer-System einführt und diejenigen, die die Hauptlast der (direkten) Besteuerung tragen, eine der beiden Kammern wählen lässt“. Oder man errichte „ein System, in dem beide Kammern von allen Bürgern gewählt werden, aber mit unterschiedlichen Gewichten“.[138] Ein allgemeines und gleiches Wahlrecht schließen beide Vorschläge aus.

Bei der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Januar 2013 trat die *Wahlalternative 2013* gemeinsam mit den *Freien Wählern* an. In ihrer „Niedersachsenstrategie“ rechnete die *Wahlalternative 2013* sich in dem Bundesland gute Chancen aus. Da die *Freien Wähler*, mit denen man kooperiere, „landespolitisch nicht profiliert“ seien, müsse ein „Alleinstellungsmerkmal“ her. Ein solches könnten

---

[136] Alexander Gauland: Warum sich die Deutschen mit Gewalt so schwer tun, 23.07.2012. http://www.tagesspiegel.de/meinung/diffuser-pazifismus-militaerische-gewalt-ist-nicht-an-sich-schlecht/6907386-2.htm, abgerufen am 15.08.2013.

[137] Konrad Adam: Wer soll wählen? 16.10.2006. http://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html, abgerufen am 15.08.2013.

[138] Roland Vaubel: Der Schutz der Leistungseliten in der Demokratie, 01.02.2007. http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=17, abgerufen am 15.08.2013.

sich die *Freien Wähler* aneignen, „indem sie die Euro-Rettungspolitik zum Schwerpunktthema machen“. Eine genaue Analyse ergebe „ein beträchtliches Wählerpotential für die Freien Wähler, wenn sie genügend Aufmerksamkeit auf sich und ihr Anliegen ziehen könnten“. Allerdings müsse man für diese Aufmerksamkeit sorgen. Die „Gründer und Hauptzeichner“ der *Wahlalternative 2013* hätten sich daher „bereiterklärt, fast flächendeckend Informationsveranstaltungen zur Euro-Rettungspolitik anzubieten“.[139] Das Wahlergebnis entsprach den Erwartungen nicht. Die *Freien Wähler* und die *Wahlalternative 2013* konnten lediglich 1,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. „Die Freien Wähler haben leider enorme strukturelle Probleme“, erklärte Bernd Lucke: „Es läuft darauf hinaus, dass sie außerhalb Bayerns schlicht nicht wahlkampffähig sind.“ Das heiße „im Umkehrschluss, dass die Freien Wähler bei der Bundestagswahl völlig bedeutungslos sein werden.“[140] Die *Wahlalternative 2013* löste sich daher von ihnen.

[139] Unsere Niedersachsenstrategie, 19.10.2012. https://www.facebook.com/Wahlalternative2013/posts/513694835324711, abgerufen am 15.08.2013.

[140] Neue Anti-Euro-Partei: Merkel hat Lage nicht mehr unter Kontrolle, 02.03.2013. http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/03/02/neue-anti-euro-partei-merkel-hat-lage-nicht-mehr-unter-kontrolle/comment-page-9/, abgerufen am 20.08.2013.

3 Inhaltliche Ausrichtung der AfD

In den *Blättern für deutsche und internationale Politik* beschrieb der Publizist Albrecht von Lucke die AfD als „in weiten Teilen genau jene Partei rechts der Union“, welche „schon Franz Josef Strauß immer gefürchtet hatte.“ [141] Als eine solche Partei rechts von der Union weist die AfD unserer Ansicht nach eine durch viele Aussagen aus deren Parteimilieu belegbare Tendenz zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung auf. Der inhaltliche Kern ihrer politischen Weltanschauung besteht in einem sowohl neoliberal wie auch nationalkonservativ grundierten Euro- und Europaskeptizismus, der mit wohlstandschauvinistischen Forderungen argumentativ unterfüttert wird. Anhand des Parteiprogramms sowie Äußerungen einflussreicher AfD-Funktionäre wird in diesem Kapitel eine pointierte Darstellung der AfD-Positionierungen zu spezifischen politischen Themen vorgenommen.

3.1 Wirtschaftspolitische Ausrichtung

Programmatisch[142] liegt ein Kernpunkt der Forderungen in der Veränderung der aktuellen Währungspolitik. Die AfD fordert eine „geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ sowie „die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbünde“. Dies soll dadurch vollzogen werden, „dass Deutschland dieses Austrittsrecht aus dem Euro erzwingt, indem es weitere Hilfskredite des ESM mit seinem Veto blockiert“. Beim Thema Staatsfinanzen und Steuern wird ein Schuldenabbau gefordert und das „Kirchhof’sche Steuermodell“ empfohlen. Nach diesem Modell soll anstelle des bislang üblichen progressiven Verlaufs der Einkommenssteuer ein Grenzstufentarif von 15, 20 und 25 % für alle Einkommensgruppen eingeführt werden. Dies wäre eine Veränderung zugunsten reicher Bevölkerungsschichten. Mit dem ehemaligen BDI-Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel hat die AfD einen Kandidaten auf ihren zweiten Listenplatz gesetzt, der für eine marktradikale Wirtschaftspolitik in Europa eintritt. In seiner schriftlichen Bewerbung als Kandidat zur Europawahl heißt es:

> *„Seit Mai 2010, seit der Vertrag von Maastricht endgültig gebrochen und damit die Brandmauer zwischen den deutschen Steuerzahlern und ausgabefreudigen Politikern im Ausland niedergerissen wurde, erschreckt mich der mit zahlreichen Rettungspaketen verbundene Trend zu Zentralismus, Gleichmacherei und Vergemeinschaftung der Schulden in Europa.“*[143]

Hinsichtlich der Frage nach einer Ausgestaltung Europas zu mehr staatlicher Vereinigung (Henkel: „United States of Europe“) erklärte er:

> *„Wo bleibt die Wettbewerbsfähigkeit? Der Wettbewerb zwischen kleinen Einheiten führt überall zu einem stärkeren Ganzen. Das gilt im Sport, in der Wirtschaft, in der Kultur ... und natürlich auch bei Staaten. Die Transferunion führt zu weniger Wettbewerb, damit weniger Wohlstand, der wäre dann ‚gerechter‘ verteilt. Der jetzt angepeilte Weg führt uns weniger zur USE als zur EUDSSR.“*[144]

---

[141] Lucke, Albrecht von (2013): Heilsame Verwirrung? Der Euro, die Linke und die AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2013, S. 5-8

[142] S. AfD-Wahlprogramm unter https://www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/, abgerufen am 05.01.2014

[143] Henkel, Hans-Olaf, unter: https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 04.01.2014

[144] Henkel, Hans-Olaf: USE=EUDSSR, in: Handelsblatt v. 03.10.2011.

In dem von einem AfD-Funktionär aus Baden-Württemberg verfassten „AfD-Manifest“ wird zu einer ‚Revolte der Besitzstandswahrer‘ aufgerufen:

> *„Die bürgerliche Mitte ist heute – paradox genug – die eigentlich revolutionäre Klasse. Der Endzweck dieser Revolution ist freilich nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes gegenüber dem Lobbyismus.“*[145]

Im *Handelsblatt* fordert Bernd Lucke, die CDU-Parole „Freiheit statt Sozialismus“ aus dem Jahr 1976 aufzugreifen, da die „schleichende Sozialdemokratisierung der Union und die marktwirtschaftliche Entkernung der FDP“ zur Abkehr von dieser, vom Autor für richtig befundenen Forderung geführt habe. Dies wolle die AfD nun unter neuen Vorzeichen aufgreifen:

> *„Die AfD wird in diesen Wahlen dafür werben, dass Subsidiarität, Wettbewerb und soziale Marktwirtschaft wieder ernst genommen werden. 2014 steht im Zeichen von Freiheit statt Zentralismus.“*[146]

3.2 Sozialpolitische Ausrichtung

Im Wahlprogramm ist kein ausgefeiltes sozialpolitisches Profil zu finden. Forderungen zu diesem Bereich beschränken sich „auf den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft“. Passend zur AfD-Forderung nach Reduktion staatlicher sozialer Unterstützungsleistungen wird die Familie als Keimzelle zur Unterstützung füreinander begriffen: „Eine solidarische Förderung der Familien ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft und wesentlicher Teil des Generationenvertrages.“

In dem durch Mitgliederbefragung ausgestalteten AfD-Programmentwurf zur Europawahl[147] lautet es u.a.:

> *„Aufgrund historischer, kultureller, mentaler und vor allem ökonomischer Unterschiede zählt die Arbeits- und Sozialpolitik zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedstaaten.“*

Darin sprachen sich zudem 97 Prozent der Mitglieder gegen eine von der Europäischen Kommission gestartete Initiative zur „Ertüchtigung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“ und gegen eine europäische Arbeitslosenversicherung aus:

> *„Konkret hätte eine Europäische Arbeitslosenversicherung zur Konsequenz, dass französische oder italienische Arbeitslose auch aus deutschen Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden würden. Die AfD lehnt eine Europäische Sozialunion deshalb mit Nachdruck ab!“*

3.3 Demokratiepolitische Ausrichtung

Als zentrale Forderung wird im Wahlprogramm der AfD die Forderung nach einer „direkten Demokratie“ erhoben. Zu deren Umsetzung werden Volksentscheide gefordert: „Wir wollen

[145] Jongen, Marc: Das Märchen vom Gespenst der AfD, in: Cicero v. 22.01.2014, unter: http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894, abgerufen am 01.02.2014. Näher zum AfD-„Manifest“ s. Kapitel 1.4.4

[146] Lucke, Bernd: Warnung vor einem zentralistischen Überstaat, in: Handelsblatt v. 25.01.2014, http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/apo/ausserparlamentarische-opposition-warnung-vor-dem-zentralistischen-ueberstaat/9323674.html, abgerufen am 12.02.2014

[147] https://www.alternativefuer.de/2014/03/05/mitgliederbefragung-unterstreicht-basisdemokratisches-profil-der-afd/, abgerufen am 12.03.2014

Volksabstimmungen und Initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU.“

Diese Forderung ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass in der Schweiz besonders die rechtspopulistische *Schweizerische Volkspartei* durch Volksinitiativen mit ausgrenzendem und diskriminierendem Charakter internationale Aufmerksamkeit erzielt hat. Dies gilt in besonderem Maße für die Volksinitiative gegen Minarettbau sowie die Volksinitiative gegen „Massenzuwanderung“. Zur letztgenannten Initiative kam aus den Reihen der AfD deutlicher Zuspruch.[148] Des Weiteren wird im Bundestagswahlprogramm gefordert, „dass auch unkonventionelle Meinungen im öffentlichen Diskurs ergebnisoffen diskutiert werden, solange die Meinungen nicht gegen die Werte des Grundgesetzes verstoßen“. Diese Formulierung ist äußerst unklar formuliert und ihr Inhalt erschließt sich eigentlich erst im Kontext anderer Verlautbarungen der AfD über eine in Deutschland angeblich vorherrschende „politische Korrektheit“, welche andere Meinungen unterdrücke. Diese Äußerungen sind von AfD-Politikern wiederholt geäußert worden.[149]

Ein nationalistisches Verständnis von Demokratie hat die AfD-Politikerin Beatrix von Storch mit der Aussage zum Ausdruck gebracht:

> *„Demokratie geht nur national. Sie geht nicht international. Sie heißt: Herrschaft des Volkes, es heißt: eines Volkes, nicht Herrschaft der Völker.“*[150]

3.4 Verhältnis zu Arbeitnehmerfragen und Gewerkschaften

Programmatisch finden sich im Bundestagswahlprogramm der AfD keine dezidierten Stellungnahmen zu Arbeitnehmerfragen. Gleiches gilt für die Gewerkschaften. Allerdings haben gewerkschaftliche Initiativen gegen rechtslastige Tendenzen in der AfD deren heftigen Gegenprotest hervorgerufen. Als beispielsweise im Januar dieses Jahres aus den Reihen von *verdi* Stellung bezogen wurde gegen rechte Äußerungen des AfD-Kandidaten Martin Sichert auf *facebook*[151], empörte sich die AfD bis zur Parteispitze. Anstatt sich selbstkritisch mit den auf *facebook* veröffentlichen Äußerungen auseinanderzusetzen, wurde der Gewerkschaft „undemokratisches Verhalten“ vorgeworfen. Es sei „skandalös, dass sich seriöse Organisationen wie der DGB und ver.di für (eine) solche Schmutzkampagne missbrauchen lassen.“[152] AfD-Europakandidat Henkel ist auch juristisch gegen Horst Raupp, Gewerkschaftssekretär beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Südhessen vorgegangen. In einer Unterlassungserklärung musste der Gewerkschafter erklären, „es ab sofort zu unterlassen weder öffentlich noch privat (…) die Behauptung aufzustellen, Herr Hans-Olaf Henkel habe dazu aufgerufen, Tarifverträge und das Betriebsverfassungsgesetz zu verbrennen“.[153]

---

148 S. auch Kapitel 3.6

149 S. näher Kapitel 1.4

150 Storch, Beatrix von, unter https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 1.03.2014. Näher s. Kapitel 6.2

151 Verdi Bayern, Bezirk Mittelfranken, Pressemitteilung v. 24.01.2014: Will die AfD wirklich diesen Stadtratskandidaten? Unter: http://mittelfranken.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++eab182e0-850e-11e3-adc9-525400438ccf, abgerufen am 12.03.2014

152 AfD-presseerklärung unter: http://www.afd-weilheim.de/petry-ist-das-die-politik-des-dgb-und-ver-di/, abgerufen am 28.02.2014

153 Neuerer, Dietmar: AfD-Politiker Henkel wehrt sich erfolgreich gegen Schmähung, unter: http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/niederlage-fuer-dgb-afd-politiker-henkel-wehrt-sich-erfolgreich-gegen-schmaehung/9499806.html, abgerufen am 04.04.2014

Die gewerkschaftliche Forderung nach der Einrichtung lehnt die AfD in ihrem Europawahlprogramm ab – unter anderem deshalb, weil „viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Zudem sind diese Arbeitsplätze gerade durch den Mindestlohn gefährdet“. Stattdessen sieht die AfD den Staat in der Verantwortung: „In der sozialen Marktwirtschaft sollte der Staat die soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen. Dies hat seit 1949 gut funktioniert. Der Staat sollte sich jetzt nicht darum drücken.“ Mehr Abstinenz empfiehlt die AfD dem Staat bei einer anderen Frage: „Weitgehend ausreichend“ seien die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, die den Missbrauch von Leih- und Werkverträgen zulasten der Arbeitnehmer unterbinden sollen.[154]

Schon in dem von AfD-Sprecher Bernd Luck mit initiierten „Hamburger Appell“ aus dem Jahr 2005 wurde die arbeitnehmer-und gewerkschaftsfeindliche Stoßrichtung erkennbar: Dieser Appell richtete sich dezidiert gegen Lohnerhöhungen. So hieß es dort: „Wer behauptet, Deutschland könne und müsse ein Hochlohnland bleiben, handelt unredlich oder ignorant.“[155]

3.5 Verhältnis zu Arbeitslosen

Im Bundestagswahlprogramm lassen sich keine dezidierten Stellungnahmen zu Arbeitslosen finden. Eingang in die öffentliche Diskussion zu diesem Thema fand hingegen ein früherer Beitrag des heutigen AfD-Sprechers Konrad Adam in der Welt, in dem er Sympathien für den Vorschlag erkennen ließ, „Inaktiven und Versorgungsempfängern das Wahlrecht abzuerkennen“.[156]

Im Europaprogramm der AfD wird allerdings deutlich Stellung bezogen. Dort heißt es: „“Die AfD lehnt eine europäische Sozialunion und eine europäische Arbeitslosenversicherung (...) mit Nachdruck ab.“ Und weiter:

> *„Vorrangig ist die Lösung dieses Problems [der Jugendarbeitslosigkeit] eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen oft in unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte liegen.“*[157]

AfD-Sprecher Konrad Adam hatte schon im Jahr 2006 in einem Beitrag in der Tageszeitung die Welt gar indirekt das Wahlrecht von Arbeitslosen in Zweifel gezogen:

> *„Die Fähigkeit, sich selbst und den Seinen den Lebensunterhalt zu verdienen, galt in der Theorie der europäischen Verfassungsbewegung als eine selbstverständliche Voraussetzung für die Gewährung des Wahlrechts. Nicht "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" hieß die Parole in den Verfassungstexten, die während der französischen Revolution in kurzem Abstand aufeinanderfolgten, sondern "Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Sicherheit". Der Grund ist klar: Nur der Besitz schien eine Garantie dafür zu bieten, dass man vom Wahlrecht verantwortlich Gebrauch machte.Erst später, mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit, ist die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen. Ob das ein Fortschritt war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln. Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört*

[154] https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf
[155] www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf
[156] Adam, Konrad: Wer soll wählen?, in: Die Welt v. 16.10.2006
[157] https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf

den Willen zur Zukunft, indem es die Kräfte des Landes zur Finanzierung von Vergangenheiten einspannt und verbraucht.“[158]

3.6 Verhältnis zu Zuwanderern

In ihrem Wahlprogramm nimmt die AfD Bezug auf das „Kanadische Modell“[159] in Bezug auf die Regelung der Zuwanderung. Zugleich wird gefordert: „Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung.“ Hierbei wird die wirtschaftliche Nützlichkeit in den Vordergrund gestellt: „Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden.“ Diese Forderung geht einher mit abqualifizierenden Äußerungen von AfD-Sprecher Bernd Lucke: Im Kontext der Debatte um die Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien erklärte er, es gebe Menschen, die ohne Deutsch zu können und ohne Bildung ins Land kämen. Doch wegen ihrer schlechten Voraussetzungen könnten diese Menschen nicht zurechtkommen. Für sie bliebe nur ein Leben in Hartz IV. „Dann bilden sie eine Art sozialen Bodensatz - einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharrt.“ [160] In einer weiteren Stellungnahme zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien wird Lucke mit der Äußerung zitiert: „Das Problem sind eher Randgruppen wie Sinti und Roma, die leider in großer Zahl kommen und nicht gut integrationsfähig sind“.[161]

In anderen politischen Stellungnahmen der AfD zum Thema Zuwanderung wurde angesichts der Volksinitiative gegen „Masseneinwanderung“ in der Schweiz gefordert, ähnliche Volksabstimmungen in Deutschland durchzuführen: „Unabhängig vom Inhalt des Schweizer Referendums ist auch in Deutschland ein Zuwanderungsrecht zu schaffen, das auf Qualifikation und Integrationsfähigkeit der Zuwanderer abstellt und eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme wirksam unterbindet“, erklärte Lucke. „Auch dafür sollten gegebenenfalls Volksabstimmungen ermöglicht werden, wenn die Altparteien das Problem weiter ignorieren“[162], ergänzte er.

3.7 Verhältnis zu Minderheiten

Auf dem Parteitag der AfD in Hessen nahm Bernd Lucke Stellung zu dem Bekenntnis des Ex-Fußballnationalmannschaftsspielers Thomas Hitzlsperger mit den Worten: „Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Hitzlsperger das Bekenntnis zu seiner Homosexualität mit einem Bekenntnis verbunden hätte, dass Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv sind.“[163]

Die FAZ berichtet von einer AfD-Parteigruppierung „Christen in der Alternative für Deutschland“. In einer von dieser Gruppierung verbreiteten „Grundsatzerklärung“ fänden sich „neben Positionen wie Abtreibungsverbot, Verbot von Sterbehilfe (mit dem medizinischen Fachbegriff ‚Euthanasie‘ betitelt), Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei, dem ‚Schutz der christlichen Familie und der

---

158 Adam, Konrad: Wer soll wählen? In: Die Welt v. 1666.10.2006

159 Vgl. http://www.bpb.de/apuz/31674/einwanderungsland-kanada-ein-vorbild-fuer-deutschland?p=all, abgerufen am 12.08.2013

160 Schneider, Jens: AfD-Chef warnt vor „sozialem Bodensatz“, in: Süddeutsche Zeitung v. 13.09.2013.

161 Euro-Rebell Lucke klagt Brüssel an: EU ruiniert deutschen Sozialstaat, in: Focus v. 12.01.2014, unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/landesparteitag-afd-hessen-vorsitzender-lucke-gegen-hartz-iv-arbeitslose-einwanderer-bruessel-ruiniert-deutschland-sozialstaat-2_id_3532695.html, abgerufen am 20.02.2014.

162 Reaktionen auf Volksabstimmung zur Einwanderung, unter http://www.rp-online.de/politik/ausland/schweiz-volksabstimmung-gegen-masseneinwanderung-aid-1.4024114, abgerufen am 12.03.2014

163 Bender, Justus: Lucke vermisst von Hitzlsperger ein Bekenntnis zu Ehe und Familie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 11.01.2014

Ablehnung der Gleichsetzung mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften‘ auch die Forderung nach dem ‚Vorrang der Erziehung im Elternhaus gegenüber staatlich organisierter Erziehung‘“.[164]

Auch im Umgang mit Kritik an einem rechtslastigen Sprachgebrauch zeigen AfD-Sprecher bedenkenwerte Ansichten auf: Anstatt sich selbstkritisch mit rechten Tendenzen auseinanderzusetzen, werden zunehmend die Kritiker und die Medien verurteilt. Auffällig ist dabei die Begrifflichkeit zur Abwehr von Kritik: Aus den Reihen der AfD ist hierbei von der „Sprachpolizei“ oder der „politischen Korrektheit“ die Rede. Besonders Letztere wird im AfD-Jargon zu einem zentralen Feindbild hochstilisiert. Ein kurzer Blick in einen Kommentar von AfD-Parteisprecher Konrad Adam in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* offenbart diese Stoßrichtung. Adam spricht sich darin gegen die „politisch korrekt verlogene Sprache, wie sie in Deutschland in Mode gekommen ist“, aus. Hintergrund dieser Zuschreibung ist die mediale Thematisierung der Aussagen von Bernd Lucke über die „Entartungen“ der Demokratie. Adam sieht in diesem Zusammenhang „moderne Pharisäer“ in Form einer „allgegenwärtige(n) Antifa“ am Werk, die sich durch die Kritik an rechten Tendenzen „Macht“ verleihen würde: „Die Antifa lebt vom Dritten Reich wie die Fliege vom Kot; ohne diese Nahrung müssten ihre Mitglieder verhungern.“[165]

[164] Ankenbrand, Hendrik: Gegen Rechte von Schwulen und Muslimen Christliche Alternative für Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.03.2014

[165] Adam, Konrad: Moderne Pharisäer, in: Junge Freiheit v. 26.09.2013

4 Die AfD-Landesverbände

Die Gründung der 16 AfD-Landesverbände vollzog sich zwischen dem 31. März und dem 12. Mai 2013 in hohem Tempo. Sie verlief bei den einzelnen Landesverbänden durchaus unterschiedlich. In manchen Landesverbänden – etwa in Nordrhein-Westfalen – gelang zunächst ein recht geregelter Aufbau, in anderen – etwa in Berlin oder in Bayern – kam es rasch zu heftigem Streit.

Nach der Bundestagswahl vom 22. September entwickelten sich insbesondere in Hessen, aber auch in NRW neue Konflikte, die das Bild der Partei in der Öffentlichkeit ganz wesentlich prägten. Konrad Adam, einer der drei Bundessprecher der AfD, bezeichnete die Auseinandersetzungen als „Kinderkrankheiten“ und äußerte die Hoffnung: „Wenn man die Kinderkrankheiten überwunden hat, ist die Partei immunisiert, darauf setze ich.“[166] Dabei ging es um mehr als nur um persönliche Unverträglichkeiten handelnder Personen oder Zwistigkeiten über die Frage, wie der Aufbau der Partei organisatorisch und finanziell zu gestalten sei. Auch erhebliche politische Divergenzen bestimmten die Diskussion in mehreren Landesverbänden. Die Parteispitze bemühte sich, Personen, die persönlich oder politisch als Belastung für den Parteiaufbau gelten konnten, zu bremsen und umgekehrt Mitglieder zu fördern, mit denen ein Parteiaufbau ohne negative Schlagzeilen möglich wäre. Zugleich wurde das Bemühen deutlich, Konflikte nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen – bis hin zum Ausschluss von Medienvertretern von Beratungen bei Parteitagen auf Landesebene.

Hier sollen an ausgewählten Beispielen unterschiedliche Entwicklungen aufgezeigt werden, insbesondere für solche Landesverbände, in denen es um politisch-inhaltliche Konflikte ging oder geht.

4.1 Nordrhein-Westfalen

Die noch junge Historie des AfD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen kann über weite Strecken als Geschichte eines Konflikts zweier Personen mit weitreichenden politischen Implikationen gelesen werden: auf der einen Seite das ehemalige FDP-Mitglied Alexander Dilger aus Dortmund, Euro-, aber nicht EU-Gegner und in gesellschaftspolitischen Fragen eher liberal eingestellt, auf der anderen Seite Martin E. Renner aus Haan bei Düsseldorf, der als Vertreter eines rechtspopulistischen Kurses gelten kann.

Ihr Konflikt prägte bereits die Gründungsphase des Landesverbandes im Frühjahr 2013. Dilger behauptete Monate später, er sei seinerzeit „zu Hilfe gerufen“ worden, um Renners „eigenwillige Vorstellungen von der Gründung des Landesverbandes zu verhindern“.[167] Gegründet wurde der AfD-Landesverband am 12. April 2013 in Rommerskirchen bei Köln. Rund 400 der bis dahin 1.500 Mitglieder nahmen an dem Parteitag teil. Eine Mehrheit wählte den Wirtschaftswissenschaftler Dilger zum Landessprecher. Neben dem Wirtschaftsjuristen Hermann Behrendt aus Korschenbroich und dem Unternehmensberater Jobst Landgrebe aus Köln wurde Kommunikationsberater Renner einer von Dilgers Stellvertretern.

---

166 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Alternative für Deutschland“ - Putschversuche bei der AfD (30.11.2013) http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alternative-fuer-deutschland-putschversuche-bei-der-afd-12687593.html, abgerufen am 02.02.2014

167 Alexander Dilger: Disziplinlosigkeit führt zu Misserfolgen (26.1.2014) http://alexanderdilger.wordpress.com/2014/01/26/disziplinlosigkeit-fuhrt-zu-misserfolgen/ , abgerufen am 7.3.2014.

Landessprecher Dilger, der bereits zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs des *Plenums der Ökonomen* gehörte, hat seit 2003 eine Wirtschafts-Professur an der Universität Münster inne und leitet dort seit 2010 das „Institut für Organisationsökonomik“. 23 Jahre lang gehörte er der FDP an – bis Ende März 2013, kurz vor der Gründung des Landesverbandes. In der FDP war er zuletzt als Vorsitzender des Landesfachausschusses „Innovation, Wissenschaft und Forschung“ aktiv. Er gibt an, sich schon in der FDP „gegen eine ungehemmte Eurorettungspolitik“ engagiert zu haben. Dilger hat in der Vergangenheit mehrfach Beiträge in der Zeitschrift *eigentümlich frei* publiziert – zu Themen wie „Staat als Räuberbande“ und „Überlegungen zu einer libertären Tierethik“. Auf die Frage, wie er dazu stehe, dass *eigentümlich frei* auch Rechte, einmal sogar einen NPD'ler habe zu Wort kommen lassen, erklärte Dilger Anfang Mai 2013 gegenüber dem WDR: „Als die Zeitschrift nach rechts zu kippen drohte, habe ich jede Zusammenarbeit eingestellt.“[168] Wenig später nahm er die Kooperation allerdings wieder auf: So druckte *eigentümlich frei* in der Doppelnummer für August und September 2013 ein Interview mit ihm ab.

Martin Renner sagt über sich, er stehe für die „konservativ-liberale, patriotische Position in der AfD, der Partei, die ich mitgegründet habe“.[169] Bei einer Mitgliederversammlung der NRW-AfD im Januar 2014 geißelte“ er einem WDR-Bericht zufolge das „nationale Identitäten zerstörende EU-Projekt der politischen Pseudo-Eliten“.[170] Das Europäische Parlament nannte er demnach „eine Fassadendemokratie“. Dem WDR-Bericht zufolge kritisierte er auch eine angebliche „Islamisierung der Alltagswelt“. Renner im Januar 2014 zur Lage der Partei:

> *„Es läuft derzeit ein Klärungsprozess in der AfD. Nach meiner Ansicht kann die Partei nur dann dauerhaft über fünf Prozent kommen, wenn es einen liberal-neoliberalen Flügel und einen patriotisch-konservativen Flügel gibt. Es wäre falsch, wenn die Parteiführung versuchen sollte, diesen Flügel zu schwächen.“*

Dilger widersprach, als Renner das Attribut „liberal-konservativ“ für sich reklamierte:

> *„Was die politischen Inhalte angeht, verstehe ich Ihre Selbstzuschreibung als nicht nur, aber auch liberal nicht und halte selbst konservativ für nicht den richtigen Ausdruck. Bernd Lucke oder Konrad Adam sind konservativ, Sie sind ultrakonservativ bzw. reaktionär (das Wort ist negativ besetzt, doch ich meine es im ursprünglichen Wortsinne).“*[171]

Ihm sei klar, dass Renner nicht rechtsextrem sei, so Dilger, doch manchmal lasse er die nötige Abgrenzung vermissen.

Der stellvertretende Landessprecher Hermann Behrendt, der seit der Gründung des Landesverbandes in dieser Funktion tätig ist, hat sich in der Vergangenheit als Vertreter plebiszitärer Vorstellungen mit demokratietheoretisch fragwürdigen Modellen hervorgetan. Behrendt plädierte öffentlich dafür, die parlamentarische Demokratie in Deutschland durch eine „mandative Demokratie“ zu ersetzen. Demnach sei die Regierung nicht vom Parlament, sondern direkt zu wählen; dasselbe solle für den Bundespräsidenten gelten. Gleichzeitig sprach sich Behrendt für den „Verzicht auf ein Parlament“ aus. Zwar forderte er einen „offenen Diskurs“ in einem „Bürgerforum“ über politische Belange und „direktdemokratische Eingriffsmöglichkeiten“. Doch dabei war nicht ersichtlich, wie die Regierung

---

168 WDR (Martin Teigeler): Von der Düsseldorfer Kneipe in den Bundestag? (3.5.2013) http://www1.wdr.de/themen/politik/alternativefuerdeutschland106.html , abgerufen am 24.08.2013.

169 Alexander Dilger: Disziplinlosigkeit führt zu Misserfolgen (26.1.2014) http://alexanderdilger.wordpress.com/2014/01/26/disziplinlosigkeit-fuhrt-zu-misserfolgen/ , abgerufen 7.3.2014.

170 WDR (Martin Teigeler): Streit in der Anti-Euro-Partei: Wohin driftet die AfD in NRW? (25.1.2014) http://www1.wdr.de/themen/politik/afdnrw100.html , abgerufen am 7.3.2014.

171 Alexander Dilger: Disziplinlosigkeit führt zu Misserfolgen (26.1.2014) http://alexanderdilger.wordpress.com/2014/01/26/disziplinlosigkeit-fuhrt-zu-misserfolgen/ , abgerufen am 7.3.2014.

noch kontrolliert werden sollte. Sie solle, schlug Behrendt vor, Gesetze in eigener Vollmacht per Erlass verkünden können[172] – eine Konzeption, die mit der Tradition der Gewaltenteilung brach.

Für öffentliche Diskussion sorgte im vorigen Jahr der Düsseldorfer Ulrich Wlecke, der auf dem zweiten Landesparteitag der AfD am 4. und 5. Mai 2013 in Schmallenberg (Hochsauerlandkreis) auf Platz vier der Kandidatenliste für die Bundestagswahl gewählt wurde. Wlecke war in seiner Studienzeit Mitglied in der *Burschenschaft Franconia*. Gemeinsam mit Bundesbrüdern aus der *Franconia* wurde er auch beim *Ring Freiheitlicher Studenten* (rfs) aktiv, der 1977 gegründet worden war und – nach österreichischem Vorbild – als ultrarechte Alternative zur CDU-Hochschulorganisation RCDS fungierte. Wie Wlecke einräumen musste, war er von 1989 bis 1992 Mitglied der *Republikaner* (REP). Laut Recherchen der Journalistin Franziska Hundseder soll er auch in die Versuche der REP involviert gewesen sein, eine Parteistiftung zu gründen (*Franz-Schönhuber-Stiftung*).[173] Beruflich war Wlecke im Investmentbanking bei der *WestLB* beschäftigt, danach war er bei der *Unternehmensberatung Roland Berger* tätig, bei der er es bis zum Aufsichtsratsmitglied brachte. Heute ist Wlecke eigenen Angaben zufolge „geschäftsführender Gesellschafter einer mittelständischen Unternehmensgruppe im Maschinen- und Anlagenbau, Mikroelektronik (rund 400 Mitarbeiter in 5 Unternehmen, ca. 50 Mio. EUR Umsatz)“.[174] Wlecke gibt an, sich 1992 von den REP aufgrund inhaltlicher Differenzen getrennt zu haben.

Noch in den Jahren 2009 und 2010 ist er freilich für die rechtspopulistische österreichische FPÖ tätig gewesen – als „Budget-Experte“ bei Parlamentsanhörungen in Wien. Wie er an die FPÖ geraten ist, hat Wlecke bislang nicht öffentlich erklärt. Doch besteht seit 1952 ein „Arbeits- und Verkehrsverhältnis“ und seit 2002 ein „Freundschaftsverhältnis“ zwischen seiner *Münsterer Burschenschaft Franconia* und der *Wiener akademischen Burschenschaft Libertas*, die ihrerseits bekannte FPÖ-Politiker wie den Nationalratsabgeordneten Walter Rosenkranz zu ihren „Alten Herren“ zählt. Zwischen der *Franconia* und der Wiener *Libertas*, über deren Heimatstadt ein „Francone“ einmal schrieb, sie sei „Deutschlands schönste Stadt“, gibt es tatsächlich einen regen Austausch. So besuchten mehrere „Liberten“ die Geburtstagsfeier ihres Verbandsbruders Wlecke am 6. September 2008 auf den Düsseldorfer Rheinterrassen, darunter „Liberte“ Walter Rosenkranz (FPÖ).

Nach dem öffentlichen Bekanntwerden dieser Aktivitäten entbrannten im AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen Auseinandersetzungen wegen Wleckes politischer Orientierung. Schon kurz nach seiner Wahl auf Platz vier der AfD-Landesliste konnte man in rechtsgerichteten Internetforen hoffnungsvolle Äußerungen lesen: „Da ist in Zukunft sicher eine bessere Kommunikation zwischen AfD, REP und PRO möglich!“ Bald jedoch meldeten sich auch AfD-Mitglieder und -Anhänger zu Wort, die mit FPÖ-nahen Positionen nichts zu tun haben wollten. In Düsseldorf wurde im Anschluss an diese Debatte ein „Düsseldorfer Appell“ von AfD-Mitgliedern verfasst, die sich gegen die Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern von NPD, DVU, *Republikanern*, *pro Köln*, *pro NRW* und *Freien Wähler Düsseldorf* aussprachen. Bei Vertretern des rechten Parteiflügels wiederum stieß der „Düsseldorfer Appell“ auf Widerspruch. Landesvize Renner nannte ihn im Juni 2013 „eine Hysterisierung, eine Hexenjagd“, wie die *Welt am Sonntag* berichtete. Lobend habe sich Renner über Wlecke und die *Freien Wähler Düsseldorf* (FWD) geäußert.[175]

---

[172] Hermann Behrendt: Die mandative Demokratie. Eine Realutopie, Korschenbroich 2012.

[173] Franziska Hundseder: Rechte machen Kasse, München 1995.

[174] Biographie. http://ulrich-wlecke.de/859-2 , abgerufen am 19.02.2014.

[175] Welt am Sonntag (Kristian Frigelj): Geburtswehen einer neuen Partei (9.6.2013) http://www.welt.de/print/wams/nrw/article116950965/Geburtswehen-einer-neuen-Partei.html , abgerufen am 19.2.2014.

Zumindest Teile der *Freien Wähler Düsseldorf*[176] hatten in der frühen Phase des AfD-Landesverbandes offenbar in der neuen Partei aktiv werden wollen. Der *Bonner General-Anzeiger* berichtete am 4. Mai 2013[177], „eine mehrere Dutzend Personen umfassende Gruppe, vornehmlich aus Düsseldorf und Umgebung“, habe Anfang Mai am Parteitag der AfD im sauerländischen Schmallenberg teilnehmen wollen. Die Gruppe, angeblich bisherige Mitglieder der FWD, wolle dazu beitragen, „Politiker aus dem rechten Spektrum auf vordere Listenplätze zu hieven“. Der *General-Anzeiger* zitierte ein namentlich nicht genanntes Parteimitglied, das erklärte, in großen Teilen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes werde die Aktion der Düsseldorfer Gruppe „mit großer Sorge“ betrachtet. Zwei Monate später, am 4. Juli, berichtete *Die Welt*[178], die AfD habe in Nordrhein-Westfalen rund 40 Personen nicht als Mitglieder akzeptiert. Grund dafür sei die Sorge, dass Rechtspopulisten den Landesverband unterwandern wollen. Nach Angaben der *Welt* befanden sich unter den zurückgewiesenen Mitgliedsanträgen zumeist Anhänger der *Freien Wähler* aus Düsseldorf.

Während der Landesvorstand bis zur Bundestagswahl offenbar einigermaßen problemfrei zusammenarbeiten konnte, waren die Konflikte anschließend nicht mehr zu übersehen. Ihre Ursachen hatten sie im Wesentlichen in einem Streit über die innerparteiliche Finanzverteilung zwischen dem Bundesverband und den Landesverbänden sowie in den bekannten politischen Differenzen zwischen Dilger und einer Gruppe um AfD-Mitbegründer Renner.

Dilger warf Renner insbesondere vor, dass dieser trotz der Absage von AfD-Sprecher Lucke an ein Bündnis mit der „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) ein Bündnis der AfD mit der britischen Partei befürwortete. Dabei hatte Renner, so Dilgers Vorwurf, sogar einen Bericht über ein Treffen mit dem UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage auf der offiziellen Internetseite des Landesverbandes veröffentlichen lassen.

Im Zuge des Konflikts im Vorstand gaben mehrere seiner Mitglieder ihre Ämter auf, so dass das Gremium schließlich nicht mehr beschlussfähig war. Dilger selbst erklärte seinen Rücktritt zum 30. November, dem Tag, an dem eine weitere Mitgliederversammlung in Arnsberg (Hochsauerlandkreis) stattfinden sollte. Seine eigene politische Position skizzierte Dilger in Abgrenzung zum rechten Flügel so:

> *„Ich bin nicht sicher, ob alle in der Partei dasselbe grundlegende Ziel haben. Auf jeden Fall gibt es Differenzen über die Grundausrichtung der Partei. Ich bin für eine seriöse Partei, die dem Kurs von Herrn Professor Lucke und dem Bundestagswahlprogramm folgt. Andere wollen die Parteiführung stürzen, die EU abschaffen und die AfD weit rechts aufstellen. Mit diesen Leuten strebe ich keinen Zusammenhalt an, sondern sie sollten am besten die Partei verlassen und eine eigene gründen oder zumindest von der Mehrheit der vernünftigen Mitglieder von allen Positionen abgewählt werden. Denn falls sie sich durchsetzen sollten, wird die AfD als rechte Splitterpartei wie viele andere auch enden.“*[179]

---

[176] Die Freien Wähler Düsseldorf sind eine Wählergemeinschaft, die mit drei Mandaten im Stadtrat der Landeshauptstadt vertreten ist. Im Kommunalwahlkampf 2009 fiel sie durch populistische Parolen auf. Teilen der FWD wurde eine Nähe zur extremen Rechten nachgesagt. Zwei Personen stehen besonders in der Kritik: Fraktionsgeschäftsführer Torsten Lemmer verdiente einst sein Geld als Produzent und Händler von Rechtsrock-Musik. Noch 2009 war er wegen der Verbreitung volksverhetzender CDs zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Mit Jürgen Krüger gehört der FWD-Fraktion ein ehemaliges Mitglied der Republikaner an, über die er 2009 sein Mandat erhielt. Im Lauf der aktuellen Wahlperiode wechselte er zu den Freien Wählern.

[177] Bonner Generalanzeiger: Alternative für Deutschland – Ex-Republikaner machen sich auf den Weg http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/Ex-Republikaner-machen-sich-auf-den-Weg-article1043846.html , abgerufen am 1.9.2013.

[178] Die Welt: AfD fürchtet Unterwanderung durch Neonazis (4.7. 2013) http://www.welt.de/politik/deutschland/article117726217/AfD-fuerchtet-Unterwanderung-durch-Neonazis.html , abgerufen am 1.9.2013.

[179] Alexander Dilger: Da waren es nur noch drei… (17.11.2013) https://alexanderdilger.wordpress.com/2013/11/17/da-waren-es-nur-noch-drei/ , abgerufen am 22.11.2013.

Bei der Arnsberger Mitgliederversammlung wurde Renner, der einen Rücktritt abgelehnt hatte, mit mehr als drei Vierteln der Stimmen aus dem Vorstand abgewählt. Ähnlich erging es dem Dortmunder Finanzrichter Michael Balke, der ebenfalls nicht freiwillig aus dem Vorstand weichen wollte. Mit Andreas Keith erklärte ein weiteres Mitglied, das dem Renner-Flügel zugerechnet wurde, kurz vor der Abstimmung über eine Abwahl seinen Rücktritt. Bei der Neuwahl des Vorstands wurde er aber wieder in das Gremium gewählt. Den Landesvorsitz übernahm Jörg Burger, ein 53-jähriger Diplom-Kaufmann aus Sankt Augustin, der für eine Befriedung des Landesverbandes sorgen sollte.[180]

Die Konflikte schwelten aber weiter. So wurden bei einer Mitgliederversammlung des Landesverbandes im Januar 2014 in Erkrath jene Vertreter aus NRW benannt, die auf der Bundesliste der AfD zur Europawahl berücksichtigt werden sollten. An der Spitze der Bewerberliste stand der Ex-Landesvorsitzende Dilger, der sich in einer Abstimmung erneut gegen Renner durchsetzen konnte, diesmal mit etwa 60 zu 40 Prozent der Stimmen bei rund 230 erschienenen Mitgliedern. Dilger sprach davon, er habe sich „deutlich“ durchgesetzt[181], stieß mit dieser Aussage aber auf Widerspruch. Andreas Keith, Landesvorstandsmitglied und dem Renner-Lager zuzurechnen, befand kurz nach dem Parteitag auf seiner *Facebook*-Seite: „Ca. 60 % in einer Stichwahl sind eben für mich kein deutlicher Sieg. Sorry.“[182] Tags zuvor hatte er bereits Dilgers Ergebnis als „katastrophal“ bezeichnet und die in Erkrath bestimmten Wahlvorschläge aus NRW als „wahltaktisch […] nicht zu verwerten“ deklariert. Dilger attestierte er in einer Art Generalabrechnung, er sei erstens „auf Bundesebene [...] verbrannt“. Aus dem „Bereich der Ländervertreter“ gebe es zweitens „wesentlich aussichtsreichere Kandidaten, die im Gegensatz zu Herrn Dilger, noch aktiv sind“. Drittens seien „die von Herrn Dilger gemachten Aussagen [...] beliebig und unterscheiden sich kaum von denen der anderen Kandidaten“. Und viertens: „Wirtschaftsprofessoren, zumal bekannte, haben wir auf der Bundesliste genug.“ Eindeutig klar war spätestens nach dieser Wortmeldung, was man zuvor schon vermuten durfte: Der recht(spopulistisch)e Flügel würde eine Wahl Dilgers auf die AfD-Liste zu verhindern versuchen, trotz des Votums der Mitgliederversammlung.

Beim Bundesparteitag Ende Januar in Aschaffenburg, der Anfang Februar in Berlin fortgesetzt wurde, blieb Dilger in der Tat ohne Erfolg. Er monierte, dass dort stattdessen Kandidaten aus Nordrhein-Westfalen angetreten seien, die sich dem Votum der NRW-Mitgliederversammlung gar nicht erst gestellt hätten bzw. dort unterlegen waren. Renner war in Erkrath gegen Dilger unterlegen, kandidierte aber dennoch beim Bundesparteitag für Platz 3. Marcus Pretzell, der schließlich als bestplazierter Bewerber aus NRW auf den siebten Platz der AfD-Bundesliste gewählt wurde, war bei der NRW-Mitgliederversammlung überhaupt nicht angetreten.

Insbesondere der erste Teil des Parteitags in Aschaffenburg war zum Desaster des Landesverbandes und seines vormaligen Vorsitzenden geworden. Der neue Landesvorsitzende Burger veröffentlichte daraufhin eine Stellungnahme, die zwar das unkoordinierte Antreten nordrhein-westfälischer AfDler in Aschaffenburg als „Wildwuchs“ kritisierte, eine offene Parteinahme für Dilger aber vermied.[183] „Unsere Landesparteifreunde lieferten sich ein wildes Kandidatenrennen, das stand jedem Erfolg im Wege“, schrieb Burger. Insgesamt hätten fast zwanzig Kandidaten aus NRW ihre Kandidatur im Vorfeld angekündigt, obwohl bei der Mitgliederversammlung in Erkrath eine Empfehlung für nur fünf Kandidaten abgegeben worden sei. Was daraus zu lernen sei? „Kandidaten brauchen neben hervorragender fachlicher Kompetenz und überzeugender Rhetorik auch sichtbare Zustimmung aus

[180] Westfälische Rundschau: Eurokritiker - AfD wählt auf turbulentem Parteitag neue NRW-Landesspitze (1.12.2013) http://www.derwesten.de/politik/afd-waehlt-auf-turbulentem-parteitag-neue-nrw-landesspitze-id8722359.html , abgerufen am 7.3.2013.

[181] Alexander Dilger: NRW-Bewerber (11.1.2014) https://alexanderdilger.wordpress.com/2014/01/11/nrw-bewerber/, abgerufen am 16.1.2014.

[182] https://www.facebook.com/andreas.keith.3/posts/712750938735229?stream_ref=10

[183] Stellungnahme von Jörg Burger zur Bundeswahlversammlung in Aschaffenburg (27.1.2014) http://www.nrw-afd.de/stellungnahme-des-nrw-landesvorstands-zur-bundeswahlversammlung-in-aschaffenburg/ , abgerufen am 28.1.2014.

dem Landesverband, in dem sie bisher tätig waren. Wer die Parteifreunde in seiner Heimat nicht für breite Unterstützung gewinnen konnte, hat auf höherer Ebene erst recht keine Chance. Wenn der Eindruck vermittelt wird von Zankereien, offenen Rechnungen, zu viel persönlichem Ehrgeiz und daraus resultierend von mangelnder Geschlossenheit bleibt man erfolglos!“ Burgers Äußerungen waren höchst interpretationsfähig: Sie konnten sowohl als ein Statement pro Dilger verstanden werde als auch als Absage an seinen Vorgänger.

Dilger selbst nannte die Europawahlversammlung von Aschaffenburg „aus Sicht unseres Landesverbandes [...] eine selbstverschuldete Katastrophe“.[184] Seine eigene Vorstellungsrede vor der Abstimmung über Listenplatz 3 sei gar „von mehreren Mitgliedern aus NRW mit Pfiffen und sonstigem Lärm gestört“ worden. Außerdem hätten gleich drei weitere Mitglieder aus NRW gegen ihn kandidiert, darunter Renner und Landesvorstandsmitglied Manfred Pühringer. Für Dilger stimmten schließlich nur 35 Delegierte aus NRW, obwohl der Landesverband mit fast doppelt so vielen Delegierten in Aschaffenburg vertreten war. „Natürlich gibt es keine rechtliche Verpflichtung, sich an das Votum der eigenen Mitglieder zu halten, doch politisch ist das ein Desaster“, erinnerte Dilger an das Votum der Erkrather Nominierungsveranstaltung für seine Person. Zugleich forderte er Keith und Pühringer zum Rücktritt aus dem Landesvorstand auf. „Sie haben mich als offiziell nominierten Kandidaten des Landesverbandes bewusst zu schädigen versucht, was mit ihrem Amt nicht vereinbar ist.“

Erwartungsgemäß ging Keith auf die Rücktrittsaufforderung nicht ein. Stattdessen warf er Dilger vor, er habe mit „in höchstem Maße undemokratischen Absprachen und Machtspielen“ seine Wahl sichern wollen.[185] Keith verteidigte das Wahlprozedere in Aschaffenburg und erinnerte an Dilgers frühere Mitgliedschaft in der FDP:

> *„Sicherlich lief das in Ihrer 24- jährigen Parteizugehörigkeit in der FDP wesentlich geplanter und durchorganisierter ab. Wir in der AfD sind aber Politneulinge, in innerparteilichen Absprachen, Klüngeleien, Bestechung und Korruption zum Glück noch nicht soweit wie die etablierten Parteien und ich persönlich wünsche mir, dass das auch für immer so bleibt.“*

Bei der Fortsetzung des Parteitags am 1. Februar in Berlin wurde statt Dilger der 40-jährige Bielefelder Rechtsanwalt Marcus Pretzell auf Listenplatz 7 gewählt. Pretzell ist Sprecher des AfD-Bezirksverbandes Detmold. Er steht deutlich weiter rechts als Dilger, der ihm bescheinigte, zum Lager um Renner zu gehören: „Herr Pretzell spielt übrigens jetzt auch in seinem Team.“[186] Insbesondere lastete er Pretzell Sympathien für ein Bündnis mit der rechtspopulistischen und EU-feindlichen UKIP an. Er habe sich zudem „klar gegen die EU und damit das AfD-Programm positioniert“.[187]

4.2 Hessen

Die AfD in Hessen war wohl der Landesverband der Partei, der aus Sicht des Bundesvorstands in den letzten Monaten die meisten negativen Schlagzeilen produziert hat.

---

184 Alexander Dilger: Disziplinlosigkeit führt zu Misserfolgen (26.1.2014) http://alexanderdilger.wordpress.com/2014/01/26/disziplinlosigkeit-fuhrt-zu-misserfolgen/, abgerufen am 7.3.2014.

185 Andreas Keith: Stellungnahme zu den Aussagen von Herrn Dilger auf seinem Blog vom 26.01.2014 https://www.facebook.com/andreas.keith.3/posts/717660101577646?stream_ref=10 , abgerufen am 27.1.2014.

186 Alexander Dilger: Rede eines Kandidaten aus, nicht von NRW (5.2.2014) https://alexanderdilger.wordpress.com/2014/02/05/rede-eines-kandidaten-aus-nicht-von-nrw/ , zuletzt abgerufen 7.2.2014

187 Alexander Dilger: Disziplinlosigkeit kann auch zu Erfolg führen (1.2.2014) https://alexanderdilger.wordpress.com/2014/02/01/disziplinlosigkeit-kann-auch-zu-erfolg-fuhren/ , abgerufen 4.2.2014

Beinahe idealtypisch spiegelt die hessische AfD die politischen Spektren wieder, aus denen sich die Mitgliedschaft der Partei rekrutiert:

- Ex-CDU-Mitglieder, politik- und netzwerkerfahren, zum Beispiel Frankfurts ehemaliger Stadtkämmerer Albrecht Glaser.

- Ex-FDP-Mitglieder, ebenfalls politik- und netzwerkerfahren- Rechtspopulisten mit Organisationserfahrung: Dafür stehen zum Beispiel Wolfgang Hübner, der für die *Freien Wähler Frankfurt* der Stadtverordnetenversammlung der Main-Metropole angehört, und Heinrich Hofsommer, ehemals Mitglied der CDU und später des *Bundes Freier Bürger* (BFB).

- Konservative Neulinge im parteipolitischen Rahmen wie Bundessprecher Konrad Adam.

- Neulinge in der Parteipolitik mit Tendenzen zu extrem rechtem Gedankengut wie der kurzzeitige Landesschatzmeister Peter Ziemann.

- Hinzu kommen zwei weitere Gruppen: Mitglieder, die ein fast schon „basisdemokratischer“ Anspruch antreibt, sowie Mitglieder mit einer Tendenz zum Querulatorischen.

Trennscharf ist diese Unterteilung nicht zu verstehen. Und manchmal ist es auch sehr schwer zu erkennen, welche Gruppen sich gerade gegen andere verbünden. Die Unterteilung lässt aber zumindest manche Konflikte leichter verstehen.

Für einen Rechtstrend der Hessen-AfD standen früh zwei Namen: Heinrich Hofsommer und Wolfgang Hübner. Das zeitweilige Landesvorstandsmitglied Hofsommer war von 1990 bis 1991 und von 1993 bis 1995 für die CDU Mitglied des hessischen Landtags. Hofsommer verließ 1997 die Union. 2002 versuchte er sich am Aufbau eines hessischen Landesverbands der *Schill-Partei*.[188] Später ging er für eine Weile zum *Bund Freier Bürger* (BFB). Von 1995 an arbeitete er im hessischen Hünfeld als Schulleiter der *Jahnschule*, die er 2002 im Streit verließ. Damals waren Beschwerden bekannt geworden, denen zufolge er etwa eine siebte Klasse während des Englisch-Unterrichts den Satz im Chor wiederholen ließ: „In Germany there are too many immigrants.“ Auch habe er schon in den 1980er Jahren während seiner Tätigkeit an einer Schule im hessischen Niederaula die Schülerinnen und Schüler „Deutschland, Deutschland über alles“ singen lassen, kritisierten Elternvertreter.[189] Hofsommer ließ sich 2003 laut eigenen Angaben pensionieren und arbeitete von 2004 bis 2005 an der Privatschule in Swakopmund (Namibia), wo er darüber hinaus vor „einem zahlreichen Publikum aus dem deutsch sprechenden Bildungsbürgertum Swakopmunds“ eine mehrmonatige Vortragsreihe über die deutsche Geschichte hielt[190].

Besonderes Lob in Rechtsaußen-Kreisen hat Wolfgang Hübner, ehemals stellvertretender Landessprecher der AfD Hessen, erhalten. Er habe mit seinen Äußerungen des Öfteren „für empörte Reaktionen zart besaiteter und politisch überkorrekter Parteifreunde“ gesorgt, hieß es Mitte Mai 2013 anerkennend auf der Website der Rechtsaußen-Monatszeitschrift *Zuerst*.[191] Hübner hatte unter anderem behauptet, die NSU-Morde würden „politisch instrumentalisiert“; die „Situation“ werde „von verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten in unverschämter Weise“ genutzt, „um von dem Staat

---

188 Frankfurter Allgemeine Zeitung (Justus Bender): „Alternative für Deutschland“ - Putschversuche bei der AfD (30.11.2013) http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alternative-fuer-deutschland-putschversuche-bei-der-afd-12687593.html, abgerufen am 8.3.2014.
Frankfurter Rundschau (Carsten Meyer und Joachim F.Tornau): Hessen AfD: Ringen um den rechten Kurs (5.12.2013) http://www.fr-online.de/rhein-main/hessen-afd-ringen-um-den-rechten-kurs,1472796,25532664.html, abgerufen am 8.3.2014.

189 Neurad, Stefan: Englisch für Deutsche, Jungle World 2/2002 vom 02.01.2002.

190 Würdigungsbericht. www.heiner-hofsommer.de/Wuerdigung.pdf, abgerufen am 30.08.2013.

191 Alternative für Deutschland: Eine Partei zwischen Karrieristen-Truppe und Hoffnungsschimmer, 18.05.2013. http://www.zuerst.de/2013/05/18/alternative-fur-deutschland-eine-partei-zwischen-karrieristen-truppe-und-hoffnungsschimmer/, abgerufen am 30.08.2013.

zusätzliche materielle und ideelle Zuwendungen zu fordern“.[192] „Hübner steht für politische Brandstiftung am rechten Rand des Parteienspektrums“, urteilte die *Frankfurter Rundschau*: „Es ist leicht erkennbar, dass er den verbreiteten Unmut über die europäische Währungspolitik und ihre sozialen Folgen (...) nur als politischer Trittbrettfahrer nutzen möchte. Ihm (...) geht es um viele andere Ziele und Inhalte – etwa um Stimmungsmache gegen muslimische Migranten, auch gegen die Menschen, die als Teil der großen europäischen Armutswanderung nach Deutschland und Frankfurt kommen.“[193] Im Interview mit der Zeitschrift *Sezession* hat Hübner im April 2013 in der Tat bestätigt, dass ihm an einer weit über die Euro-Thematik hinausgehenden Programmatik gelegen war: „Die Arbeit an einem umfassenden Parteiprogramm hat erst begonnen“, erklärte er dort. „Wenn das Programm formuliert ist, wird die AfD eine echte Alternative auch in vielen anderen Fragen sein – ich bin da sehr optimistisch.“[194]

Anfang Oktober 2013 befand Hübner offenbar mit Blick auf FPÖ, *Front National* und *Partij voor de Vrijheid*:

> *„Der andauernde und weiter ansteigende Erfolg von sogenannten ‚rechtspopulistischen’ Parteien in Österreich, Frankreich oder Holland und anderen Staaten beweist, dass mit einwanderungs- und islamkritischen, dazu euro- und globalisierungskritischen Positionen Wahlen sehr erfolgreich bestritten werden können.“*[195]

Bereits „der Achtungserfolg der keineswegs ‚rechtspopulistischen’ AfD“ bei der Bundestagswahl signalisiere

> *„eine Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Klimas in Deutschland, das künftig zumindest ‚rechtspopulistischen’ Positionen weit größere Wirkung als in der Vergangenheit sichert. Die AfD ist also gut beraten, solche Positionen inhaltlich und personell zu integrieren, will sie noch größeren Erfolg haben“.*

Hübner versprach sich von einem solchen Kurs

> *„die Bindung etlicher jetziger Mitglieder und die künftige Gewinnung vieler neuer Mitglieder. Die seriöse Integration ‚rechtspopulistischer’ Inhalte macht aus der AfD keineswegs schon eine ‚rechtspopulistische’ Partei, sondern auf längere Sicht eine sehr erfolgreiche Partei“.*

Falls diese Variante einer weiteren Entwicklung gescheut werde, empfahl Hübner, die AfD zu einer „freiheitlichen neuen Bewegungs- und Volkspartei“ zu machen. Was er sich darunter vorstellt, beschrieb Hübner sehr vage so:

> *„Eine Bewegungspartei ist nicht nur eine Organisation, die politisch etwas bewegt, sondern es ist auch eine Organisation, die besonderer Teil einer Bewegung ist, also selbst bewegt wird und offen für die Bewegung ist und bleibt. Die Bewegung, auf die sich die AfD beziehen kann und muss, ist außerparlamentarisch wie sie selbst. Seit einigen Jahren hat sich, nicht zuletzt dank der Möglichkeiten des Internet, diese kritische Bewegung gegen den Parteienblock und die fast gleichgeschalteten Massenmedien formiert.“*

---

[192] Hübner, Wolfgang: Die „NSU“-Morde werden politisch instrumentalisiert! 05.11.2012. http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=408, abgerufen am 30.08.2013.

[193] Göpfert, Claus-Jürgen: Auf dem Trittbrett, Frankfurter Rundschau vom 07.05.2013.

[194] Die „Alternative für Deutschland“ – Interview mit Wolfgang Hübner, 25.04.2013. http://www.sezession.de/38364/die-alternative-fur-deutschland-interview-mit-wolfgang-hubner.html, abgerufen am 30.08.2013.

[195] Politically Incorrect: Wolfgang Hübner: AfD – Freiheitliche Neue Volkspartei oder FDP 2.0 ohne Euro? (2.10.2013) http://www.pi-news.net/2013/10/wolfgang-hubner-afd-freiheitliche-neue-volkspartei-oder-fdp-2-0-ohne-euro/, abgerufen am 8.3.2014.

Die

> *„freiheitliche neue Volkspartei“* müsse dabei *„wesentliche Elemente, die von der Linken und dem gesamten Parteienblock als ‚rechtspopulistisch’ diffamiert und diskriminiert werden, tatsächlich aber nur den Realitäten angemessen und daher vernünftig sind, integrieren – übrigens auch eine fundierte Kritik an den Islamisierungstendenzen in Deutschland“.*

Wo genau der Unterschied zwischen beiden von Hübner skizzierten Modellen der Entwicklung der Partei zu finden ist, wurde nicht unmittelbar deutlich.

Bereits in diesem Beitrag, veröffentlicht unter dem Titel „Freiheitliche Neue Volkspartei oder FDP 2.0 ohne Euro“, hatte Hübner deutlich gemacht, wo er parteiintern Gegner zu der aus seiner Sicht erwünschten weiteren Rechtsorientierung erwartet: Insbesondere nennt er jene, „die längere aktive Parteibiographien in CDU, FDP oder auch woanders vor ihrem Wechsel zur AfD hinter sich haben“. In einem weiteren Text von der Internetseite der *Freien Wähler Frankfurt*, erschienen ebenfalls im Oktober, fordert er, die AfD müsse „nicht nur eine Alternative zur Lösung der Euro-Krise anbieten, sondern – was ungleich schwieriger und anspruchsvoller ist - in jeder Beziehung eine Alternative für Deutschland werden“.[196] Hübner weiter: „Wer diesem Anspruch gerecht werden will, darf auf eines keine Rücksicht nehmen: Auf die informelle Oberherrschaft der ‚Politischen Korrektheit’ samt ihren vielen Tabuzonen.“ Bei „Problemkreisen wie Einwanderung, Islam, Kriminalität, Außenpolitik, Sozialstaat, Demographie und auch die (sic!) hierzulande so wichtige Geschichtspolitik“ werde sich die AfD entschieden schwerer als in der Euro-Frage tun, „konsensfähige Standpunkte zu erarbeiten, die nicht nur die kleinsten gemeinsamen Nenner an Übereinstimmungen darstellen“. Es werde

> *„bereits im Vorfeld dieser fälligen Positionsbestimmungen schwierig genug sein, angstfreie Diskussionen zu führen. Denn wenn diese frei und offen verlaufen sollen, dann werden unweigerlich auch Stimmen laut werden, die in meinungsbestimmenden Medien und bei der politischen Konkurrenz skandalisiert werden können“.*

Ein nicht zu unterschätzendes Problem würden diejenigen AfD-Mitglieder darstellen, „die in ihren etablierten Vorgängerparteien CDU und FDP sich teils über Jahrzehnte daran gewöhnt hatten, über bestimmte brisante politische und gesellschaftliche Probleme nur in bestimmter Weise oder besser gar nicht zu reden“. Reden will Hübner zum Beispiel über den Islam:

> *„Es ist auch nicht ‚rassistisch‘, sondern aus bestimmten Statistiken und Erfahrungen resultierend geboten, künftig bei der Einwanderung nach Deutschland mit Migranten aus dem islamischen Kulturkreis restriktiver als bislang zu verfahren. Das entspräche nur schlicht der praktischen politischen Vernunft und außerdem einem Mehrheitswillen im Volk. Wer tatsächlich die Alternative für Deutschland sein will, darf weder die Islam-Diskussion noch andere Streitpunkte scheuen.“*

Hübner war auch einer derjenigen, die im vorigen November eine organisatorische Krise auslösten. Insgesamt vier Vorstandsmitglieder, darunter auch Hofsommer waren nicht zu einer Vorstandssitzung erschienen und hatten damit das Führungsgremium blockiert, wie Landessprecher Glaser klagte.[197] Der zehnköpfige Landesvorstand konnte nur mit Zwei-Drittel-Mehrheiten Entscheidungen treffen. Bei vier fehlenden Mitgliedern war er beschlussunfähig. Im Gespräch war zunächst sogar ein Parteiausschluss

---

[196] Freie Wähler Frankfurt: Damit die AfD nicht die falsche Alternative wird - Anmerkungen zu aktuellen Misstönen (15.10.2013) http://freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=590, abgerufen am 8.3.2014.

[197] echo-online: Neuer Ärger im Landesvorstand der AfD (8.11.2013) http://www.echo-online.de/nachrichten/landespolitik/Neuer-Aerger-im-Landesvorstand-der-AfD;art175,4448828, abgerufen am 8.3.2014.

von Hübner und seinen drei Vorstandskollegen.[198] Anhänger Hübners sprachen von einer „Hübner-Fraktion“.[199]

Stattdessen aber kam es zu einem Landesparteitag, bei dem am 23. November der komplette alte Vorstand zurücktrat. Zur Neuwahl der Führungsspitze kam es aber nicht, da mehr als ein Drittel der erschienenen Mitglieder den Saal verließen und den Parteitag damit beschlussunfähig machten. Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* berichtete, etwa 160 der insgesamt 415 anwesenden Mitglieder seien hinausgegangen.[200] Darunter waren auch Hübners Anhänger. „Hessens AfD zerlegt sich selbst“, bilanzierte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* den misslungenen Parteitag.

Längst war der Zeitpunkt erreicht, dass sich auch Parteichef Lucke zum Eingreifen veranlasst sah. Durch „den beschämenden Verlauf des hessischen Parteitags hat die AfD einen erheblichen Ansehensverlust erlitten, der sich nicht nur auf den hessischen Landesverband beschränkt“, schrieb er in einer E-Mail an die Parteifreunde vor Ort. Gegenüber *Spiegel Online* versuchte er, die Situation als nicht so bedrohlich für die Partei als Ganzes darzustellen.[201] Die Gesamtlage der Partei sei „weniger dramatisch“. Fast alle Landesverbände seien ruhig. Nur in Hessen hätten sich „ein paar läppische Konflikte hochgeschaukelt“. Bei einer neuen Wahl eines Vorstandes werde die große Mehrheit Kandidaten stützen, „die konsensorientiert und ausgleichend arbeiten können“. In dem Beitrag lieferte *Spiegel Online* einen weiteren Hinweis darauf, dass es um deutlich mehr ging als nur um „läppische Konflikte“: In Hessen kursiere das Papier einer AfD-Arbeitsgruppe aus Frankfurt am Main, in der Luckes Kurs, wonach jedes Land aus der Eurozone austreten können soll, schon als zu gemäßigt gelte. „Grundsätzlich muss nicht nur das Scheitern des Euro, sondern auch der EU in Betracht gezogen werden, ohne dass die Welt untergeht“, hieß es dort: „Unsere Forderungen in Bezug auf die EU können gar nicht extrem genug sein, mag auch die Presse uns mit Häme und Hass überschütten. Die Wähler werden uns belohnen.“

Beim nächsten Parteitag drei Wochen später, am 14. Dezember in Friedberg, gelang es endlich, einen neuen Vorstand zu wählen. Als Sprecher wurden Volker Bartz aus Linden, Gunther Nickel aus Darmstadt und Simon Roger aus Wiesbaden gewählt. Roger hatte bereits dem alten Vorstand angehört. Schatzmeister wurde Peter Ziemann. „Klar ist auch: Nach der Führungskrise bleibt die Partei zerstritten“, hieß es in einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* über den Parteitag.[202]

Befriedet wurde der Landesverband in der Tat nicht. Zunächst fiel Landessprecher Bartz durch rechten Jargon auf. Einem Bericht der FAZ zufolge sagte er, er spreche sich vor allem dagegen aus, „dass Einwanderer und Sozialschmarotzer die deutschen Sozialsysteme ausbeuten“.[203] Dann wurden

---

198 Frankfurter Rundschau (Pitt von Bebenburg): Hessische AfD: AfD legt sich mit Hübner an (8.11.2013) http://www.fr-online.de/landtagswahl-in-hessen/hessische-afd-afd-legt-sich-mit-huebner-an,23887878,24941006.html, abgerufen am 8.3.2014.

199 Blaue Narzisse (Sigurd Perra): Droht die FDP 2.0? (26.11.2013) http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/4276-droht-die-fdp-2-0, abgerufen am 8.3.2014.

200 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Eklat beim Parteitag AfD in Hessen hat keinen Vorstand mehr (24.11.2013) http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/eklat-beim-parteitag-afd-in-hessen-hat-keinen-vorstand-mehr-12679118.html, abgerufen am 8.3.2014.
und
Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hessen AfD-Parteitag endet im Streit (24.11.2013) http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hessen-afd-parteitag-endet-im-streit-12679077.html, abgerufen am 8.3.2014.

201 Spiegel online (Severin Weiland): Intrigen in der AfD: Kleinkrieg der Euro-Gegner (5.12.2013) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/euro-gegner-in-der-afd-bekriegen-sich-a-937039.html, abgerufen am 2.3.2014.

202 Frankfurter Rundschau (Jutta Rippegather): Landesparteitag Alternative für Deutschland - AfD sucht den Neuanfang (14.12.2013) http://www.fr-online.de/rhein-main/landesparteitag-alternative-fuer-deutschland-afd-sucht-den-neuanfang,1472796,25624682.html, abgerufen am 8.3.2014.

203 Frankfurter Allgemeine Zeitung (Jens Joachim): Europawahl im Visier - Neuer AfD-Chef wendet sich gegen „Sozialschmarotzer“ (24.11.2013) http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/europawahl-im-visier-neuer-afd-chef-wendet-sich-gegen-sozialschmarotzer-12714676.html, abgerufen am 8.3.2014.

Äußerungen von Ziemann bekannt. Wie *Frankfurter Rundschau*[204] und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichteten, hatte Ziemann bei *Facebook* geschrieben:

> *„Mir sind nationale Korruption und Mafiosi lieber – bei denen weiß man zumindest, woran man ist – als die internationalen Mafiosi, die unter dem Deckmantel von Demokratie, Humanismus und Multikulti die Menschheit in einem öko-faschistischen Gefängnisplaneten versklaven wollen.“*[205]

Konkret seien das, so gibt die *Frankfurter Rundschau* Ziemanns *Facebook*-Eintrag wieder: die jüdische Bankiersfamilie Rothschild, der liberale jüdisch-amerikanische Milliardär George Soros, die Unternehmerfamilie Rockefeller „und die ganzen freimaurerisch organisierten Tarnorganisationen, die ein Großteil unserer Politiker-Attrappen über ihre Führungsoffiziere steuern“. Auf der Internetseite eines Unternehmens, für das Ziemann als Autor von Marktanalysen tätig war, hatte er zudem 2012 notiert:

> *„Der heutige Sozialismus, der sich Demokratie schimpft, muss das gleiche Schicksal wie der Ostblock vor mehr als 20 Jahren erleiden. Nur so können wir die satanistischen Elemente der Finanz-Oligopole von den westlichen Völkern wieder abschütteln, die wie die Zecken das Blut der Völker aussaugen und die Körper mit tödlichen Bakterien verseuchen.“*

Ziemann wurde nur fünf Tage nach seiner Wahl mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Der zweite Landessprecher, Gunter Nickel, erklärte, mehrere von Ziemanns Äußerungen seien „vom Grundgesetz nicht mehr legitimiert“. Die von Ziemann an mehreren Stellen verwandten „Ungeziefer-Metaphern“ seien ein „nationalsozialistischer Sprachgebrauch“, so Nickel.

Nickels Landessprecher-Kollege Volker Bartz geriet mit in den Strudel. Zum einen, weil er, so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Ziemanns Äußerungen in einer parteiinternen E-Mail als „für intellektuelle Personen philosophisch interessant“ bezeichnet hatte. Vor allem aber wurde Bartz vorgeworfen, seine Doktor- und Professorentitel zu unrecht zu tragen. Bartz bezeichnete das Vorgehen des Landes- und Bundesvorstands, die einen Nachweis über die von ihm geführten Titel verlangten, als „Kampagne“, die ihn an Methoden der Staatssicherheit erinnere.[206] Zum Jahreswechsel beschloss der AfD-Bundesvorstand einstimmig, Bartz wegen „schwerwiegender Parteischädigung“ mit sofortiger Wirkung des Amtes zu entheben.[207] Außerdem wollte der Vorstand beim zuständigen Schiedsgericht Bartz’ Ausschluss aus der Partei beantragen. Kritisiert wurde auch, dass Bartz parteiinterne Schreiben weitergeleitet und sich geweigert habe, Buchhaltungsunterlagen des Landesverbands dem Schatzmeister auszuhändigen.

Ohne Bartz und Ziemann beim Namen zu nennen, stellte sich Hübner an deren Seite. In einem Text mit dem Titel „Die AfD am Jahresende: Leider keine Alternative - Zu wenig Politik, zu viel Gezänk und Intrige“, veröffentlicht auf der Internetseite der *Freien Wähler Frankfurt*[208], monierte er, im

---

[204] Frankfurter Rundschau (Joachim F. Tornau und Carsten Meyer): Alternative für Deutschland: Richtungsstreit bei AfD eskaliert (20.12.2013) http://www.fr-online.de/landtagswahl-in-hessen---hintergrund/alternative-fuer-deutschland-richtungsstreit-bei-afd-eskaliert,23897238,25676910.html, abgerufen am 8.3.2014.

[205] Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hessischer Landesverband AfD-Vorstand des Amtes enthoben (19.12.2013) http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hessischer-landesverband-afd-vorstand-des-amtes-enthoben-12719304.html, abgerufen am 8.3.2014.

[206] Frankfurter Allgemeine Zeitung (Bernhard Biener): Zerstrittener Landesverband - Ausschlussverfahren und Rücktritte bei der AfD (20.12.2013) http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/zerstrittener-landesverband-ausschlussverfahren-und-ruecktritte-bei-der-afd-12721226.html, abgerufen am 8.3.2014.

[207] Frankfurter Allgemeine Zeitung (Jens Joachim): AfD in Hessen Vorstandssprecher Bartz des Amtes enthoben (31.12.2013) http://www.faz.net/aktuell/politik/afd-in-hessen-vorstandssprecher-bartz-des-amtes-enthoben-12733038.html, abgerufen am 8.3.2014.

[208] Freie Wähler Frankfurt: Die AfD am Jahresende: Leider keine Alternative - Zu wenig Politik, zu viel Gezänk und Intrige (30.12.2013) http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=619, abgerufen am 26.1.2014.

Erscheinungsbild der Partei würden „allerlei Abgrenzungen, Rücktritte, Machtspiele, Intrigen und auch Denunziationen“ dominieren.

> *„Ausgerechnet in der AfD, auf der so große Hoffnungen auf Widerstand, ja sogar Kampf gegen die informelle Herrschaft der sogenannten ‚Politischen Korrektheit' ruhten, wird mit selbstmörderischer Intensität jegliche ‚rechte' Gesinnung oder Äußerung exorziert.“*

Zwar müsse sich die Partei selbstverständlich gegen Rechtsextremismus und rechtsextreme Einflüsse oder Provokateure schützen, räumt Hübner ein, schließt aber umgehend die Frage an:

> *„Muss sie das zur Freude und zum Gespött ihrer wahrlich nicht wenigen Gegner in einer Weise tun, die auch keineswegs rechtsextreme Mitglieder öffentlich an den Pranger stellt, ihre bürgerliche Existenz gefährdet und nicht zuletzt das ganze Projekt einer Alternative für Deutschland in Verruf bringt?“*

Hübner beklagt einen „jahrzehntelangen erfolgreichen Kampf der Linken und Linksextremen gegen eine vermeintliche ‚Gefahr von Rechts'“. Er habe „offenbar zu einer krankhaften Traumatisierung selbst von aufrechten Konservativen geführt, die das AfD-Innenleben vergiftet und zum Schlachtfeld widerwärtiger Schnüffelei bis ins Privatleben macht“. Hübner warnt vor derartiger ‚Anpassung':

> *„Es kann nicht oft und deutlich genug gesagt werden: Wer, aus welchen Erwägungen auch immer, nur einmal den Rücken beugt vor den Gesinnungswächtern der ‚Politischen Korrektheit', bekommt den Kopf nie mehr hoch genug, um entspannt in den Spiegel schauen zu können.“*

Mit „ängstlicher Abgrenzungsmanie“ würden keine politischen Erfolge errungen.

Bartz sah das offensichtlich ähnlich. Die Spitze der Bundespartei handele selbstherrlich, sagte er der *Frankfurter Rundschau*.[209] Sie versuche, kritische Stimmen mit Diffamierungen zum Schweigen zu bringen. Er vermisse auch eine eindeutige Positionierung als „rechtskonservativ“. Seiner förmlichen Abwahl kam Bartz zuvor, indem er bei einem weiteren Parteitag am 11. Januar in Gießen seinen Austritt aus der Partei erklärte. Im Zusammenhang mit seinen fragwürdigen Doktor- und Professorentiteln stellte er sich als Opfer eines betrügerischen Titelhändlers dar.[210]

Medienvertreter blieben von der Personaldebatte des Gießener Parteitags ausgesperrt. Eine Mehrheit der Mitglieder hatte auf Antrag von Parteisprecher Lucke für deren zeitweisen Ausschluss von den Beratungen votiert. „Nicht alles in unserer Demokratie ist öffentlich“, sagte Lucke.[211] Er hatte seinen Antrag damit begründet, dass nicht alle AfD-Mitglieder im Umgang mit Medien geübt seien; man wolle sich von ihnen nicht disziplinieren lassen, zitierte der *Hessische Rundfunk* den Bundessprecher. Der *Deutsche Journalisten-Verband* kritisierte den Rauswurf.[212] „Parteien sind im demokratischen Staat keine Geheimbünde, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit kungeln können“, sagte der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken. „Dass Journalisten von Parteitagen ausgeschlossen werden, kannten wir bisher nur von rechtsextremen Organisationen.“ Parteien und Politiker müssten es aushalten, dass Journalisten auch über parteiinterne Auseinandersetzungen berichten. Er forderte die

---

[209] Frankfurter Rundschau (Jutta Rippegather): Alternative für Deutschland Hessen - AfD außer Rand und Band (10.1.2014) http://www.fr-online.de/landtagswahl-in-hessen---hintergrund/alternative-fuer-deutschland-hessen-afd-ausser-rand-und-band,23897238,25850626.html, abgerufen am 8.3.2014.

[210] Hessischer Rundfunk: AfD-Parteitag in Gießen - Bartz geht im Streit, Cotar übernimmt (13.1.2014) http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_50543425, abgerufen am 13.1.2014.

[211] echo-online: In Hessen stets bereit zum Kampf, allerdings nach innen (15.1.2014) http://www.echo-online.de/region/darmstadt/In-Hessen-stets-bereit-zum-Kampf-allerdings-nach-innen;art1231,4630232, abgerufen am 26.2.2014.

[212] Deutscher Journalisten-Verband: DJV kritisiert Rauswurf der Medien bei AfD-Parteitag (13.1.2014) http://www.djv-hessen.de/startseite/nachrichten-detail/artikel/journalistinnen-und-journalisten-ausgesperrt/, abgerufen am 8.3.2014.

AfD auf, den Informationsauftrag der Journalisten ohne Wenn und Aber zu akzeptieren, wenn sie als politische Kraft ernst genommen werden wolle.

Wie die *hessenschau* des *Hessischen Rundfunks* im Januar berichtete[213], traten allein am Wochenende des Parteitags rund 100 Mitglieder aus dem AfD-Landesverband aus, darunter elf Sprecher von Kreisverbänden. Damit habe die hessische AfD seit November rund 200 Mitglieder verloren, ein Zehntel aller Mitglieder. „Das derzeitige Erscheinungsbild ist geprägt von Mobbing, Intrigen, öffentlichen Denunziationen und Rechtsverstößen, wie es einer demokratischen Partei unwürdig ist“, erklärten elf ehemalige hessische Parteifunktionäre.“[214]

4.3 Niedersachsen

Innerhalb des niedersächsischen AfD-Landesverbandes kam es im Sommer 2013 zu Auseinandersetzungen um mehrere Mitglieder des AfD-Kreisvorstandes in Göttingen.

Dabei handelte es sich zum einen um Lars Steinke, der der Burschenschaft *Hannovera Göttingen* angehörte.[215] Diese war bis vor kurzem dem Dachverband *Deutsche Burschenschaft* angeschlossen, der mit seinen Kontakten in die extreme Rechte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hatte. Über ein weiteres Mitglied, Lennard R. konnte man in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* folgendes lesen:

> *„Im Internet kursiert ein Bild, das ihn mit Hitlergruß zeigt. Er sitzt dabei auf seinem Fahrrad und lacht. Das Bild ist mittlerweile nicht mehr auf Facebook. Rudolph sagt, seine Seite sei manipuliert worden, das Bild eine Fotomontage und auch die ‚Gefällt mir‘-Angaben bei der NPD und dem Giftgas 'Zyklon B' seien Ergebnis des Hackerangriffs gewesen. Seine Partei glaubt ihm.“*[216]

Ende August 2013 wurde dann auf der Website des AfD-Kreisverbandes Göttingen mitgeteilt, dass der Vorsitzende Matthias Hans aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurücktrete. Ebenso träten die stellvertretenden Vorsitzenden Lennard Rudolf und Lars Steinke aus persönlichen Gründen von ihren Ämtern im Vorstand zurück.[217]

Die Auseinandersetzung schien damit beigelegt. Zu erwähnen sei noch, dass zeitweise Wilhelm von Gottberg dem Vorstand der AfD Niedersachsen angehörte. Von Gottberg hielt im November 2012 eine Laudatio bei der Verleihung des „Kulturpreises Wissenschaft“ an Gerd Schultze-Rhondorf. Schultze-Rhondorf hatte mit seinem 2003 veröffentlichten Buch „1939 - Der Krieg der viele Väter hatte“ eine hohe Popularität in der extremen Rechten gewonnen. Während der Laudatio erklärte von Gottberg, Schultze-Rhondorf sei „mit seinen Veröffentlichungen zu einem Hoffnungsträger für die nachwachsenden Generationen“ geworden und: „Es wird - wann auch immer - ein Ende haben mit der Pariarolle Deutschlands in der Völkergemeinschaft.“[218]

---

213 Hessischer Rundfunk: Viele Parteiaustritte - AfD verliert Zehntel ihrer Mitglieder (13.1.2014) http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_50559431, zuletzt abgerufen am 26.1.2014.

214 echo-online: In Hessen stets bereit zum Kampf, allerdings nach innen (15.1.2014) http://www.echo-online.de/region/darmstadt/In-Hessen-stets-bereit-zum-Kampf-allerdings-nach-innen;art1231,4630232, abgerufen am 26.2.2014

215 Speit, Andreas: Wie rechts sind die Eurogegner? (13.08.2013) http://www.taz.de/!121788/, abgerufen am 30.08.2013.

216 Suss, Sonja: Gottinger Wirrwarr, 24.08.2013. http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-goettinger-wirrwarr-12545574.html, abgerufen am 30.08.2013.

217 http://www.afd-goettingen.de/home/, abgerufen am 30.08.2013.

218 Heitmann, Jan: Beschlusse, Entschlossenheit und eine Ehrung, Preußische Allgemeine Zeitung 45/2012 vom 10.11.2012.

Nach einem außerordentlichen Landesparteitag am 23. November 2013 wurden alle Funktionen im geschäftsführenden Vorstand neu besetzt. Vorsitzender der AfD Niedersachsen ist seitdem Armin-Paul Hampel, der zuvor Korrespondent der ARD war und zuletzt das ARD-Büro in Asien leitete. Als Stellvertreter wurden Dr. Matthias Dorn, Jens Paulsen und Melanie Wever gewählt.

4.4 Bayern

Die AfD Bayern hat schon sehr früh vor allem mit – teils öffentlich ausgetragenem – internem Streit von sich reden gemacht. Dabei ging es zunächst um Vorwürfe gegen den Gründungsvorsitzenden Joachim Schünemann, einen Versicherungsmakler aus Fürth, der auch dem AfD-Bundesvorstand angehörte. Schünemann hatte die Einladungen zum Gründungsparteitag in Ebersberg erst fünf Tage vor dem Termin verschickt; zudem fiel der Termin (31. März 2013) auf den Ostersonntag. Beides zusammengenommen bewirkte, dass nur ein relativ kleiner Teil der Mitglieder sich zur Teilnahme in der Lage sah. „Es ist offensichtlich“, ließ sich ein interner Kritiker in der Presse zitieren, „dass Schünemann mit der Terminwahl Konkurrenten fernhalten wollte“. Die Rede war gar von einer „Seilschaft Schünemann[s]“.[219] Die internen Schlammschlachten prägten die Arbeit der AfD Bayern über Monate.

Am 11. Mai 2013 wurde auf einem Landesparteitag mit Martin Sichert ein neuer Vorsitzender gewählt – die Wahl allerdings nach einer Stunde aufgrund angeblicher oder tatsächlicher Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt. Es folgte am 26. Mai ein weiterer Landesparteitag in Nürnberg. Über Sichert hatte man mittlerweile erfahren können, er habe in *Facebook*-Einträgen den Wehrmachts-General Erwin Rommel „eine der ehrenhaftesten Gestalten des Zweiten Weltkriegs“ genannt, über „Ausländer“ geschrieben, „die unsere Mentalität untergraben“, und die Frage gestellt: „Warum sind es immer Türken, die Kanakensprache sprechen?“[220] Am 26. Mai traten sowohl Schünemann als auch Sichert nicht mehr an – und machten Platz für den Betriebswirt André Wächter, einen Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank im Bereich Außenwirtschaftsprüfungen, der seither als Landesvorsitzender amtiert.

Wilde Auseinandersetzungen gab es dennoch auch um die Landesliste für die Bundestagswahl. „Die neuen Vorstände um Wächter hatten als Delegierte über die Listenplätze [...] abgestimmt, ohne vorher von einer Mitgliederversammlung zu Delegierten gewählt worden zu sein“, berichtete die *Süddeutsche Zeitung*: „Am Ende landete André Wächter auf Listenplatz eins, Landes-Vizechefin Brigitte Stöhr auf Platz drei.“ Schließlich erklärte der Landeswahlleiter die Liste für ungültig; die Aufstellung musste wiederholt werden. Anfang Juli 2013 war die Lage im bayerischen AfD-Landesverband weiter eskaliert: Man las von internen Drohanrufen, Strafanzeigen und der Weigerung mehrerer Kreisverbände, sich an der Sammlung der für die Bundestagswahl nötigen Unterschriften zu beteiligen.[221]

Der AfD-Landesverband Bayern nahm auf Druck von Bundessprecher Bernd Lucke nicht an der bayerischen Landtagswahl am 15. September 2013 teil. Hintergrund waren Befürchtungen der AfD-Spitze, ein schlechtes Abschneiden könne sich negativ auf die Wahlchancen bei der eine Woche später stattfindenden Bundestagswahl auswirken.

---

[219] Süddeutsche Zeitung (Andreas Glas): Kaum gegründet, schon zerstritten (10.5.2013) http://www.sueddeutsche.de/bayern/landesparteitag-der-afd-kaum-gegruendet-schon-zerstritten-1.1669856, abgerufen am 30.08.2013.

[220] Süddeutsche Zeitung: AfD-Landesvize Sichert gerät ins Zwielicht (17.5.2013) http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1452401, abgerufen am 30.08.2013.

[221] Süddeutsche Zeitung (Andreas Glas): „Die Gier war größer als die Vernunft“, (4.7.2013) http://www.sueddeutsche.de/politik/vorwuerfe-gegen-bayerischen-afd-landesvorstand-die-gier-war-groesser-als-die-vernunft-1.1712527, abgerufen am 30.8.2013.

Nach wie vor bestehende Konflikte innerhalb des Landesverbands wurden Anfang 2014 offenkundig, als die bayerische AfD ihre Kandidaten für die Bundesliste der Partei zur Europawahl nominierte. Die in der Abstimmung unterlegene Dagmar Metzger, zu diesem Zeitpunkt eine der Pressesprecherinnen der Partei auf Bundesebene, warf Torsten Heinrich, der die Abstimmung gewonnen hatte, vor, sich mit „nationalistischen Parolen“ geäußert zu haben.[222] Heinrich erklärte nach einer Medienanfrage, er könne sich den Vorwurf Nationalismus „nicht erklären“.[223] Konkretisiert wurden die Vorwürfe öffentlich jedoch nicht.

Als, soweit bekannt, einziger Landesverband führte die bayerische AfD eine Befragung ihrer Mitglieder zur Programmatik der Partei durch, deren Ergebnisse im Januar 2014 veröffentlicht wurden.[224] Die Mitglieder würden „keine weichgespülten Formulierungen“ wollen, erklärte Petr Bystron, Vorstand des Ausschusses für Europa- und Außenpolitik der AfD Bayern, im Interview mit *eigentümlich frei*.[225] Bystron: „Wir wollen ‚klare Kante‘ kommunizieren.“ Das islamfeindliche Internetportal *Politically Incorrect* (PI) kommentierte: „Die Ergebnisse zu den Islam-Fragen zeigen, dass ein Großteil der AfD-Mitglieder einen islamkritischen Kurs unterstützt, der über die bisher von der Parteispitze geäußerten Bedenken hinausgeht.“[226] 89,6 Prozent hätten die Aussage, die AfD stelle sich „einer durch Drittstaaten gelenkten und finanzierten Ausbreitung des Islams in Europa, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und den Rechtsstaat gerichtet ist und sich als Eroberung Europas versteht, entgegen“, freute man sich bei PI. Das Internetportal *Endstation Rechts* befand, die Mitglieder des bayerischen Landesverbandes hätten sich für einen „ultrarechten Kurs“ ausgesprochen: „Besonders islamfeindliche Thesen finden an der Basis hohe Zustimmung.“[227] Mehr als 90 Prozent der Teilnehmer glaubten demnach, „Tendenzen zur Errichtung einer islamischen Theokratie“ erkannt zu haben. 61 Prozent der teilnehmenden AfD-Anhänger würden zudem die Aussage befürworten:

> *„Die AfD lehnt weltanschauliche Umerziehungsmaßnahmen wie ‚Gender Mainstreaming‘ (=Aufhebung der Geschlechteridentitäten) strikt ab und wendet sich gegen alle Versuche der EU, diese den Nationalstaaten aufzuzwingen. Die staatliche Finanzierung der Genderforschung ist ersatzlos zu streichen.“*

4.5 Hamburg

Die AfD Hamburg war einer der ersten Landesverbände der Partei, dessen Rechtsaußen-Kontakte für Unruhe sorgten. Ursache war, dass ein führendes Mitglied der Gründungsphase der Hamburger AfD, Jens Eckleben, zuvor Hamburger Landesvorsitzender der Partei *Die Freiheit* gewesen war. Über

---

222 merkur-online: Querelen bei der AfD Bayern - Euro-Kritiker küren Spitzenkandidaten (14.1.2014) http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/euro-kritiker-kueren-spitzenkandidaten-3312194.html, abgerufen am 8.3.2014.

223 Mainpost: AfD: Heinrich für Europa - Würzburger wird bayerischer Spitzenkandidat (24.1.2014) http://www.mainpost.de/regional/franken/mosaik;art1727,7915687, abgerufen am 8.3.2014.

224 AfD Bayern: Mitgliederbefragung Europawahl 2014 – Teilauswertung I http://www.afdbayern.de/aktuelles/mitgliederbefragung/mitgliederbefragung-europawahl-2014-1-teilauswertung/, abgerufen am 23.1.2014.
AfD Bayern: Mitgliederbefragung Europawahl 2014 – Teilauswertung II http://www.afdbayern.de/aktuelles/mitgliederbefragung/mitgliederbefragung-europawahl-2014-teilauswertung-2/, abgerufen am 23.1.2014.
AfD Bayern: Gesamtauswertung – grafische Darstellung http://www.afdbayern.de/gesamtauswertung-grafische-darstellung/, abgerufen am 23.1.2014.

225 eigentümlich frei: AfD-Programm: „Die Mitglieder wollen klare Kante!“ - Interview mit Petr Bystron (23.1.2014) http://ef-magazin.de/2014/01/23/4876-afd-programm-die-mitglieder-wollen-klare-kante, abgerufen am 6.3.2014.

226 Politically Incorrect: AfD-Mitglieder wollen islamkritischen Kurs (22.1.2014) http://www.pi-news.net/2014/01/afd-mitglieder-wollen-islam-kritischen-kurs/, abgerufen am 6.3.2014.

227 Endstation Rechts: AfD steuert in islamfeindliches Fahrwasser (23.1.2014) http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/sonstige-1/artikel/afd-steuert-in-islamfeindliches-fahrwasser.html, abgerufen am 8.3.2014.

Eckleben wurde zudem berichtet, auf seinem *Youtube*-Kanal stoße man auf eine Datei mit dem Titel „Historisches Liedgut aus dem 19. Jahrhundert – Interpret: Frank Rennicke“.[228] Rennicke ist einer der bekanntesten Neonazi-Musiker. Eckleben trug dazu bei, dass der ehemalige FDP-Politiker Sigurd Greinert Anfang Mai entnervt die Hamburger AfD verließ. Parteimitglieder wie Eckleben würden „von der Parteiführung ungehindert islamkritische oder andere meines Erachtens am rechten Rand fischende Blog-Einträge verfassen“, kritisierte Greinert: „Ich kann eine Partei nicht länger unterstützen, die es zulässt, dass Mitglieder aus Parteien mit rechtspopulistischen Motiven unkontrolliert aufgenommen werden.“[229]

In der folgenden Zeit sorgte die Spitze der Hamburger AfD dafür, dass Eklats wie derjenige um Eckleben ausblieben. Eckleben wurde auf die hinteren Ränge der Partei verbannt. Vorstandssprecher und gleichzeitig Spitzenkandidat auf der Landesliste der Hamburger AfD zur Bundestagswahl wurde Jörn Kruse, Wirtschaftswissenschaftler und Professor an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. Kruse war von 1968 bis 1993 SPD-Mitglied und wurde eigenen Angaben zufolge in den 1990er Jahren zum Euro-Kritiker. Heute befürwortet er eine Reform des gegenwärtigen demokratischen Systems und die Einführung eines „Bürgersenats“; er beschreibt dies als eine dringend notwendige Reform des verschlissenen Parteienstaats. Kritiker wie der Soziologe Andreas Kemper warnen allerdings, dies laufe darauf hinaus, den „Prozess der Regierungsbildung“ wie auch das Fällen politischer Entscheidungen noch wirtschaftsfreundlicher zu gestalten.[230]

Kruse bemüht sich nach außen konsequent um einen bürgerlich-reputierlichen politischen Kurs und um eine klare Abgrenzung nach rechts. Ein Beispiel dafür ist die Gründung eines Landesverbandes der *Jungen Alternative* unter seiner Ägide, der sich zumindest nach außen klar vom Bundesverband der *Jungen Alternative* unterschied.

Laut Meldungen auf dem Internetportal *publikative.org* hielt die AfD Hamburg jedoch Kontakt zu dem im Frühjahr 2013 gegründeten *Konservativ-Freiheitlichen Kreis Hamburg*, der sich eigenen Angaben zufolge unter anderem unter Mitwirkung von Aktivisten um das islamfeindliche Internet-Portal *Politically Incorrect* (PI) und von „Leute(n) der Identitären Bewegung“ gebildet hat. Der *Konservativ-Freiheitliche Kreis* hatte schon bald nach seiner Gründung etwa Oberst a.D. Manfred Backerra als Referenten eingeladen, der wegen seiner Rechtsaußen-Aktivitäten 2004 Hausverbot von seinem ehemaligen Arbeitgeber, der Führungsakademie der Bundeswehr, bekam, und Wolfram Schiedewitz, der seinen *Verein Gedächtnisstätte* vorstellen sollte. Der Verein führte regelmäßig Veranstaltungen mit Geschichtsrevisionisten durch, darunter Holocaustleugner, und unterhielt Kontakte in die Neonazi-Szene.[231] Ende Juli stellte laut Informationen der *taz* Kay Gottschalk, zweiter stellvertretender Vorstandssprecher der Hamburger AfD, Direktkandidat der Partei für Hamburg-Mitte und Zweitplatzierter auf der Landesliste für die Bundestagswahl, beim *Konservativ-Freiheitlichen Kreis Hamburg* die AfD vor.[232]

Laut Meldung von *publikative.org* lud wiederum der Hamburger AfD-Kreisverband Altona im Juli 2013 zu einer Veranstaltung ein, deren Thema offenbar auf ein ähnliches Spektrum zielte: „Political

---

[228] Sieber, Roland: AfD: Professorenpartei als rechtspopulistische Sammelbewegung? 19.03.2013. http://www.publikative.org/2013/03/19/afd-professorenpartei-als-rechtspopulistische-sammelbewegung/, abgerufen am 30.08.2013.

[229] Hamburger Mitglied tritt aus „Alternative“ aus, 06.05.2013. http://www.abendblatt.de/hamburg/article115943067/Hamburger-Mitglied-tritt-aus-Alternative-aus.html, abgerufen am 30.08.2013.

[230] Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster, S. 57-60.

[231] Krebs, Felix: Alternative für Deutschland: Auf Stimmenfang ganz rechts, 15.08.2013. http://www.publikative.org/2013/08/15/alternative-fuer-deutschland-auf-stimmenfang-ganz-rechts/, abgerufen am 30.08.2013.

[232] Speit, Andreas: Wie rechts sind die Eurogegner? 13.08.2013. http://www.taz.de/!121788/, abgerufen am 30.08.2013.

Correctness – Zum Schaden der Demokratie?“[233] Im August wurde zudem bekannt, dass Kay Gottschalk die AfD Anfang September auch bei der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* (SWG) vorstellen sollte. Der Hamburger Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter hat die SWG einst als „wichtiges Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“ eingestuft. Ihr gegenwärtiger Vorsitzender, Menno Aden, wird mit einer Aussage über die Shoah zitiert, die sich auf die Zahl der sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden bezieht. Aden erklärte demnach: „Seriöse Historiker nennen heute ganz andere Zahlen, man traut sich nur nicht, sie entgegenzuhalten... denn sie sind geradezu strafbar gering“.[234]

Eckleben musste in der Zwischenzeit eine weitere Aufgabe abgeben. Wie *publikative.org* berichtete, verlor er die Zuständigkeit für die Verwaltung des *Facebook*-Accounts der Hamburger AfD[235]: „Was anderswo eine Petitesse wäre, kommt bei der AfD, wo der Wahlkampf maßgeblich im Netz und speziell via Facebook geführt wurde, einer kompletten Entmachtung gleich.“

4.6 Baden-Württemberg

Anders als etwa die Landesverbände in Hessen oder Nordrhein-Westfalen fiel die Partei in Baden-Württemberg in den letzten Monaten selten durch interne Streitigkeiten auf.

Eine Ausnahme war der Konflikt im AfD-Kreisverband Göppingen. Die *Neue Württembergische Zeitung* berichtete Anfang Dezember 2013, dort tobe ein erbitterter Richtungsstreit.[236] Bei einer Mitgliederversammlung seien vier von sieben der bisherigen Vorstandsmitglieder nicht oder nur mit knapper Mehrheit entlastet worden. Die in die Minderheit geratenen Ex-Vorstandsmitglieder suchten danach die Öffentlichkeit. Sie klagten, im Zentrum des Konflikts habe die Position der AfD zum Islam gestanden. Vorstandssprecher Volker Münz habe sich zudem bei Parteiveranstaltungen nicht von ausländerfeindlichen Parolen distanziert. Im Kreisverband hätten die liberalen Strömungen kaum noch Raum, kritisierten die vier Vorstandsmitglieder. Es gebe nun an der Spitze „einen harten rechten Kern“. Eines der neuen Vorstandsmitglieder, ein früheres Mitglied der rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* fiel dadurch auf, dass er Flugblätter der islamfeindlichen Organisation *Pax Europa* verteilte.

Zwar berichtete auch die *Pforzheimer Zeitung*, dass nach der Bundestagswahl innerparteiliche Konflikte aufgebrochen seien.[237] Doch die Angaben zu den Hintergründen blieben unkonkret. Von beleidigenden E-Mails war die Rede, von einem im Internet kursierenden „Brandbrief“ eines Mitglieds, in dem der Vorstand beschuldigt wurde, Geld veruntreut und Wahlen gefälscht zu haben. Die *Pforzheimer Zeitung* über die Reaktionen der Delegierten eines im November stattfindenden Parteitags auf diese innerparteiliche Streitereien:

---

233 Krebs, Felix: Alternative für Deutschland: Auf Stimmenfang ganz rechts, 15.08.2013. http://www.publikative.org/2013/08/15/alternative-fuer-deutschland-auf-stimmenfang-ganz-rechts/, abgerufen am 30.08.2013.

234 Hotel sagt Veranstaltung mit NPD-Anwältin ab. http://www.keine-stimme-den-nazis.org/index.php?option=com_content&task=view&id=3739, abgerufen am 30.08.2013.

235 AfD-Gemischtwarenladen: Mut zum Chaos (20.11.2013) http://www.publikative.org/2013/11/20/der-afd-gemischtwarenladen-mut-zum-chaos/, abgerufen am 8.3.2014.

236 Neue Württembergische Zeitung (Arnd Woletz): Vorwürfe der Islamfeindlichkeit innerhalb der AfD (3.12.2013) http://www.swp.de/goeppingen/lokales/goeppingen/Vorwuerfe-der-Islamfeindlichkeit-innerhalb-der-AfD;art5583,2336937, abgerufen am 6.3.2014.

237 Pforzheimer Zeitung: Beim Landesparteitag der baden-württembergischen AfD brodelt nichts (24.11.2013) http://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Beim-Landesparteitag-der-baden-wuerttembergischen-AfD-brodelt-nichts-_arid,454446.html, abgerufen am 6.3.2014.

> *„Die einen sehen darin einen Beweis, dass die Partei über eine intakte Diskussionskultur verfügt, andere Delegierte tun das Rumoren in der Partei als Intrigenspiel einiger weniger Querköpfe ab.“*

Unterm Strich aber gelang es Vorstandssprecher Bernd Kölmel (54), der als Referatsleiter beim Rechnungshof Baden-Württemberg arbeitet[238], seinen Landesverband aus den Richtungsstreitigkeiten herauszuhalten, die etwa in Hessen oder NRW das Bild der Partei prägten oder gar die Parteiarbeit zu lähmen drohten. Bewusst oder unbewusst belohnten die Delegierten zweier Bundesparteitage Ende Januar in Aschaffenburg und Anfang Februar in Berlin diese Unauffälligkeit. Als die Liste der Kandidaten für die Europawahl am 25. Mai aufgestellt wurde, fanden sich gleich vier Bewerber aus Baden-Württemberg unter den ersten zehn: Auf den vom Landesverband als aussichtsreich eingestuften Plätzen 3 und 5 sind dies Landessprecher Kölmel und Joachim Starbatty[239], auf den Plätzen 8 und 10 der stellvertretende Sprecher Marc Jongen und Vorstandsbeisitzer Jörg Meuthen.[240]

Jongen, Programmkoordinator der AfD Baden-Württemberg, hatte sich in Parteikreisen und darüber hinaus einen Namen gemacht, als kurz vor jenen beiden Parteitagen am 22. Januar auf den Internetseiten des Monatsmagazins *Cicero* ein Gastbeitrag aus seiner Feder unter dem Titel „AfD Manifest – Das Märchen vom Gespenst der AfD“ veröffentlicht wurde.[241] Jongen, Dozent für Philosophie an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe und Assistent von Rektor Peter Sloterdijk, plädierte dafür, das Blickfeld der AfD zu weiten:

> *„Auf lange Sicht ist der Euro weder das einzige, noch das wichtigste Thema der AfD. Am Widerstand gegen das ökonomisch unsinnige und politisch korrupte Himmelfahrtskommando des Euro entzündete sich erstmals der Wille der Partei, die Interessen der Bürger konsequent vor die Interessen der nationalen und internationalen Bürokratien und Konzerne zu stellen. Dieser Wille muss jetzt nur noch reflektiert und für alle Politikfelder durchdekliniert werden.“*

Jongen sieht es als Aufgabe der AfD, „die Vision eines anderen Deutschland“ zu entwickeln. Dazu gehört „die Vision eines Deutschlands, dessen Weltoffenheit nicht einem verdrucksten schlechten Gewissen, sondern einem gesundeten Selbstbewusstsein entstammt“. Der „angebliche Widerspruch zwischen einem konservativen und einem liberalen Parteiflügel“ sei „als Propaganda des politischen Gegners enttarnt“. Jongen: „Genuin liberal zu sein, heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.“

Jongens Empfehlung, sich thematisch – auch zum Reaktionären – zu öffnen, hat sein eigener Landesverband in Teilen bereits umgesetzt. Als etwa die grün-rote Landesregierung einen „Bildungsplan 2015“ vorgelegt hatte, der vorsah, das Thema Homosexualität im Unterricht zu behandeln und für eine Akzeptanz sexueller Vielfalt zu werben, sagte Landessprecher Kölmel, die Regierung plane eine „pädagogische, moralische und ideologische Umerziehungskampagne“. [242] Der *Spiegel* befand, diese Wortwahl sei „noch gemessen, verglichen mit den Schmähungen, die sich AfD-Aktivisten auf lokaler Ebene und im Internet leisten“. Dort würden Schwule von AfDlern auch mal als „Pädophile“ und „Perverse“ geschmäht. Einer Pressemitteilung der Partei zum Thema hatte die AfD

---

238 Badische Zeitung: AfD wählt Landesliste - Einzug in Bundestag erhofft (6.5.2013) http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/afd-waehlt-landesliste--71661683.html, abgerufen am 6.3.2014.

239 AfD-Landesverband Baden-Württemberg mit gleich zwei Mitgliedern auf vorderen Plätzen der Europawahlliste vertreten (5.2.2014) http://alternativefuer-bw.de/2014/02/afd-landesverband-baden-wuerttemberg-mit-gleich-zwei-mitgliedern-auf-vorderen-plaetzen-der-europawahlliste-vertreten/, abgerufen am 6.3.2014.

240 AfD Baden-Württemberg, Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! (ohne Datum) http://jubilaeum.alternativefuer-bw.de/, abgerufen am 6.3.2014.

241 Cicero: AfD Manifest - Das Märchen vom Gespenst der AfD (22.1.2014) http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894, abgerufen am 6.3.2014.

242 Spiegel online (Melanie Amann): Erzkonservative in der AfD: Auf Stimmenfang bei Homophoben (18.1.2014) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/homophobie-in-der-afd-auf-stimmenfang-bei-den-erzkonservativen-a-944205.html,abgerufen am 6.3.2014.

Baden-Württemberg eine Äußerung eines namentlich nicht genannten Vorstandsmitglieds („Vater zweier noch junger Kinder, eines 1. Klasse, eines im Kindergarten“) vorangestellt, das gegen „Gender-Ideologen“ und eine „Umerziehungsideologie“ wetterte.[243] Die AfD rief ihre Mitglieder und Unterstützer dazu auf, eine gegen die „pädagogische, moralische und ideologische Umerziehungskampagne“ gerichtete Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ zu unterzeichnen. Auch an Demonstrationen gegen den Bildungsplan nahmen AfD-Unterstützer teil.

In Baden-Württemberg aktiv sind ein „Arbeitskreis“ bzw. eine „Plattform“, die parteiintern für einen Rechtsdrift sorgen wollen. Der *Spiegel* berichtete über einen Arbeitskreis *Christen in der Alternative für Deutschland* und zitierte dessen Gründerin Martina Kempf, ehemals bei der rechten Splitterpartei *Arbeit Umwelt Familie - Christen für Deutschland* (AUF) aktiv, mit den Worten: „Die AfD bietet als einzige relevante Partei Menschen eine Zuflucht, die an einer Berechtigung der Homo-Ehe und einem schrankenlosen Abtreibungsrecht zweifeln.“[244] Ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare würden sie und ihre Mitstreiter ebenfalls ablehnen.

Eine personelle Basis in Baden-Württemberg hat auch die *Patriotische Plattform* innerhalb der AfD. Drei von elf Gründungsmitgliedern der *Plattform* kommen aus Baden-Württemberg. Während die „Christen in der Alternative für Deutschland“ christlich-fundamentalistischen Kräften eine Stimme geben, geht es der „Patriotischen Plattform“ um national-konservative Töne: „Wir halten an Deutschland fest.“ Festhalten will die „Plattform“ konkret

> *- „an seiner politischen Souveränität gegen alle Versuche, die Kernrechte des Parlaments auf supranationale Organisationen zu übertragen;*
>
> *- an seiner finanziellen Stabilität gegen alle Versuche, es mit den Folgen der Mißwirtschaft anderer Staaten zu belasten;*
>
> *- an seiner Sprache und Kultur gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf seinem Boden;*
>
> *- an seiner ökonomischen Stärke, die von der Energiewende bis hin zu einem falsch eingestellten Sozialstaat vielerlei Anfechtung ausgesetzt ist;*
>
> *an seinem Sozialstaat, der durch falsche Strukturen, vor allem aber durch massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme zunehmend in Frage gestellt wird“.*[245]

Gefordert ist ein national(istisch)es Bekenntnis:

> *„Nicht länger wollen wir uns einreden lassen, es sei anrüchig, für unsere Interessen, die Interessen unseres Landes, einzutreten. Wie im bürgerlichen Leben jeder zunächst sein Interesse verfolgt, so ist das auch unter Staaten der Normalzustand. Wir eifern keinen Idealen hinterher, sondern orientieren uns an dem, was als normal gilt: wie im Staat so auch im Volk und in der Familie.“*

---

[243] Bildungsplan 2015 ablehnen! (15.1.2014) http://blog.alternativefuer-bw.de/1499/1499/, abgerufen am 8.3.2014.

[244] Spiegel online (Melanie Amann): Erzkonservative in der AfD: Auf Stimmenfang bei Homophoben (18.1.2014) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/homophobie-in-der-afd-auf-stimmenfang-bei-den-erzkonservativen-a-944205.html, abgerufen am 6.3.2014.

[245] Gründungserklärung der Patriotischen Plattform (ohne Datum) http://www.patriotische-plattform.de/, abgerufen am 8.3.2014.

4.7 Rheinland-Pfalz

Unterstützung erhielt der rheinland-pfälzische Landesverband zur Bundestagswahl 2013 durch die kommunale Wählergemeinschaft *Bürgerbewegung pro Mainz*. Die rechtspopulistische Gruppe war 2010 aus der regionalen Gliederung der *Republikaner* entstanden. Beteiligt an der Gründung waren u.a. Jens Jessen und Stephan Stritter, die beide zuvor der REP-Fraktion angehört hatten, Jessen als Parteiloser.[246] Stritter hatte es in seiner früheren Partei gar bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gebracht. Enge Kontakte unterhielt *pro Mainz* in der Vergangenheit zur *Bürgerbewegung pro Köln*, die wiederum Keimzelle der rechtspopulistischen Partei *pro NRW* ist.

Umso überraschender erschien es, als *pro Mainz* Ende August 2013 erklärte, Wählergemeinschaft und Stadtratsfraktion hätten sich per Vorstandsbeschluss „für eine Wahlempfehlung zugunsten der eurokritischen Partei AfD ausgesprochen“.[247] Mitglieder und Unterstützer von *pro Mainz* würden aufgerufen, ihre Zweitstimme bei der Bundestagswahl für die AfD abzugeben, „weil diese seriös und fachkompetent die politischen Grundwerte und Prinzipien von PRO MAINZ auf Bundesebene“ vertrete.

Mit den beiden stellvertretenden *pro Mainz*-Vorsitzenden Heinz-Werner Stumpf und Jens Jessen waren zumindest zwei prominente Vertreter der Wählergemeinschaft zugleich auch Mitglied der AfD.[248]

Medienberichten zufolge präsentierte sich die rheinland-pfälzische AfD im Herbst 2013 sehr zerstritten. In der *Welt* hieß es am 23. Oktober, dem Vernehmen nach sei ein erbitterter Streit um Posten und Inhalte ausgebrochen.[249] Hintergrund waren demnach die heftigen Auseinandersetzungen zwischen einem rechten und einem eher konservativ-liberalen Flügel, die auch in anderen Landesverbänden zu beobachten waren. In einem offenen Brief an den rheinland-pfälzischen Landesvorstand, aus dem die *Welt* zitierte, erklärte ein Mitglied, es sei an der Zeit, darüber nachzudenken, „wie die Strukturen und wie die personelle Situation der AfD in Rheinland-Pfalz und in den Kreisverbänden für die künftigen Herausforderungen optimiert werden müssen“. Bei den angestrebten Neuwahlen zum Landesvorstand solle „darauf geachtet werden, dass die Kandidaten für Spitzenfunktionen nicht nur ausreichende Sachkompetenz, sondern auch ein gerüttelt Maß an Sozialkompetenz mitbringen“.

Die komplette Führung des Landesverbands trat wegen der harten Auseinandersetzungen geschlossen zurück. Beim Parteitag am 15. November 2013 in Zeltingen-Rachtig (Landkreis Bernkastel-Wittlich) setzten sich Vertreter des gemäßigten Flügels durch. Vertreter des rechten Flügels seien chancenlos geblieben, meldete die *Welt*. Jessen, der für das Amt des Landesvorsitzenden kandidierte, ging in der Abstimmung mit null Stimmen komplett leer aus.[250]

---

246 Rhein-Zeitung: Republikaner lösen sich auf - Wechsel zu „Pro Mainz“ (27.5.2011) http://www.rhein-zeitung.de/startseite_artikel,-Republikaner-loesen-sich-auf-Wechsel-zu-Pro-Mainz-_arid,254865.html, abgerufen am 8.3.2014.

247 Pro Mainz: PRO MAINZ ruft zur Wahl der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl auf (30.8.2013) http://www.promainz.eu/01/index.php/component/content/article/26-aktuelle-themen-die-mainzer-bewegen/130-pro-mainz-ruft-zur-wahl-der-alternative-fuer-deutschland-afd-bei-der-bundestagswahl-auf, abgerufen am 8.3.2014.

248 Pro Mainz: PRO MAINZ nominiert Stadtratskandidaten für 2014 Stumpf und Stritter sind Doppelspitze, Mitglieder wählen ein erstklassiges Team für den Stadtrat (ohne Datum) http://www.promainz.eu/01/index.php/component/content/article/26-aktuelle-themen-die-mainzer-bewegen/146-pro-mainz-nominiert-stadtratskandidaten-fuer-2014-stumpf-und-stritter-sind-doppelspitze-mitglieder-waehlen-ein-erstklassiges-team-fuer-den-stadtrat, abgerufen am 8.3.2014.

249 Die Welt (Günther Lachmann): Warum die AfD sich plötzlich selbst zerfleischt (23.10.2013) http://www.welt.de/politik/deutschland/article121123113/Warum-die-AfD-sich-ploetzlich-selbst-zerfleischt.html, abgerufen am 6.3.2014.

250 Rhein-Zeitung (Rolf Seydewitz): Eurokritische Partei: AfD will 2014 in die Parlamente (18.11.2013) http://www.rhein-zeitung.de/region_artikel,-Eurokritische-Partei-AfD-will-2014-in-die-Parlamente-_arid,1068373.html, abgerufen am 6.3.2014.

Gleichwohl zeigte der Landesparteitag ein teilweise fragwürdiges Demokratieverständnis. So beschwerte sich die rheinland-pfälzische Landespressekonferenz über die Arbeitsbedingungen für Journalisten beim Parteitag. Medienvertreter waren zeitweise ausgeschlossen worden, einem Fernseh-Reporter war der Presseausweis vorübergehend abgenommen worden.[251] Die Landespressekonferenz forderte die Partei auf, zukünftig das Recht auf freie Berichterstattung zu gewährleisten und Journalisten nicht bei der Arbeit zu behindern. Auch der *Deutsche Journalisten-Verband* (DJV) zeigte sich verwundert. Einen Ausschluss der Presse von Teilen ihrer Parteitage praktizierten ansonsten nur Parteien mit einem „mindestens gespaltenen Verhältnis zur Demokratie“, sagte DJV-Sprecher Hendrik Zörner.

Der neue AfD-Landesvorsitzende Uwe Zimmermann entschuldigte sich später beim *Südwestrundfunk* (SWR) wegen des Vorfalls mit dem Fernseh-Reporter. Den zeitweiligen Ausschluss der Presse von der Veranstaltung hielt die AfD freilich auch im Nachhinein für in Ordnung. Es sei es um eine Debatte zur Aufklärung persönlicher Unstimmigkeiten - ohne politische Inhalte - gegangen. Vor diesem Hintergrund sei der Ausschluss der Öffentlichkeit „ein gängiger Vorgang, der auch gesetzlich und rechtlich auf allen Ebenen bis hin zu Kommunalsatzungen festgeschrieben“ sei.[252] Das Plenum habe den Ausschluss der Öffentlichkeit zum Schutz der Betroffenen beschlossen.[253] „Dies ist unseres Wissens nach ein gängiger Vorgang“, hieß es in einem Schreiben an den SWR-Chefredakteur. Deshalb könne man „die ganze Aufregung der Presse in diesem Punkt nicht nachvollziehen“, so ein Sprecher der AfD.

4.8 Thüringen

Der Thüringer Landesverband der AfD ist tief gespalten.[254] Seit der Gründung gibt es Streit um Posten, Geld und mögliche Satzungsverstöße. Mehrfach wechselten die Vorsitzenden. Erst auf dem letzten Landesparteitag am 1. Februar 2014 warf die damalige Vorsitzende Michaela Merz entnervt das Handtuch und stellte ihr Amt zur Verfügung. Streit und Grabenkämpfe würden den Verband durchziehen, sagte sie. Auch der zweite Vorstandssprecher Matthias Wohlfahrt sollte auf dem Parteitag abgewählt werden, doch er konnte seine Position halten. „Giftsprüher“ und „diktatorische Führung“, das waren die Stichworte, die im Vorfeld des Parteitages an die Presse lanciert wurden[255]. Wohlfahrt sei zudem ein „völkisch-christlicher Missionar“, kritisierte der Sprecher des AfD-Kreisverbandes Ilmkreis/Gotha Rüdiger Schmitt[256]. Nach dem Scheitern des Abwahlantrags gegen Wohlfart verließ der Altenburger Kreisverband unter ihrem Vorsitzenden Sieghard Rydzewski den Saal und kündigten an, keinen Wahlkampf mehr für die AfD zu machen. Für die Partei ein Rückschlag, war doch der ehemalige Sozialdemokrat und langjährige Ex-Landrat im Altenburger Land Rydzewski eines der bekanntesten Gesichter der Partei in Thüringen. Ihm droht der Rauswurf aus der Partei, von seinen Ämtern wurde er bereits enthoben[257]. Organisatorisch befindet sich der Verband mit derzeit gut 300 Mitgliedern in einem desaströsen Zustand. Trotzdem gelang es bei der Bundestagswahl im September 2013, aus dem Stand 76.013 Zweitstimmen (6,2%) zu erringen. Bei der kommenden Europawahl am

[251] Rhein-Zeitung: Journalisten kritisieren Behinderungen beim Parteitag der AfD Rheinland-Pfalz (4.12.2013) http://www.rhein-zeitung.de/startseite_artikel,-Journalisten-kritisieren-Behinderungen-beim-Parteitag-der-AfD-Rheinland-Pfalz-_arid,1076879.html, abgerufen am 6.3.2014.

[252] Südwestrundfunk: Kritik an Verhinderung von Berichterstattung (4.12.2013) http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/afd-freie-berichterstattung-kritik-lpk/-/id=1682/nid=1682/did=12493528/ql8k3j/, abgerufen am 5.12.2013.

[253] Allgemeine Zeitung: AfD Rheinland-Pfalz wirft Journalisten aus dem Saal – Landespressekonferenz protestiert (4.12.2013) http://www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-wirft-journalisten-raus-landespolitik-rlp_13677934.htm, abgerufen am 8.3.2014.

[254] Verfasst von Paul Wellsow, Politikwissenschaftler.

[255] Machtkampf in der Thüringer AfD, in: Osterländer Volkszeitung, 28.01.2014.

[256] Ebd.

[257] AfD-Landesvorstand setzt Schmöllner Rydzewski offiziell ab, in: Ostthüringer Zeitung, 27.02.2014.

25. Mai und den zeitgleich stattfindenden Thüringer Kommunalwahlen will die AfD ihr Ergebnis halten. Doch das eigentliche Ziel: Der Einzug in den Landtag am 14. September 2014.

Für „Familie, Heimat, Nation“

Während es um Posten in der Thüringer AfD offenen Streit gibt, sind die – bisher eher dünnen - politischen Positionen des Verbandes scheinbar unumstritten. Das einigende Thema ist der Anti-Euro-Kurs. Ansonsten forderte die Thüringer AfD im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 pauschal ein „gerechteres Steuersystem“ oder „die Einhaltung des Grundgesetzes“. Mit Plakaten für „bezahlbare Energiepreise“ versuchte die Partei, die ansonsten für den freien Markt eintritt, auch ein sozialpolitisches Thema aufzugreifen. Derzeit arbeitet die AfD Thüringen an einem eigenen Programm für die kommende Landtagswahl. Zum Auftakt der Programmdebatte hatte die Partei am 7. Dezember 2013 Professor Günter Scholdt zu einem programmatischen Referat eingeladen. Zu dem „Impulstreffen“ kam nach eigenen Angaben ein „Großteil der aktiven Mitglieder der AfD Thüringen“[258]. Scholdt sprach Klartext, der Landesverband stellte den Vortrag auf seine Website.

Politisch ist Scholdt, ein Literaturwissenschaftler im Ruhestand, kein unbeschriebenes Blatt. In der *Edition Antaios*, dem Zentralverlag der ‚Neuen Rechten‘, einer nicht-nazistischen Strömung der extremen Rechten, publizierte er zwei Bücher: In dem Bändchen „Vergeßt Broder! Sind wir immer noch Antisemiten?“ polemisiert er gegen Kritiker des Antisemitismus, und in dem Buch „Das konservative Prinzip“ feilt er am rechten Weltbild jener Leser, die sich vor der Moderne und einer demokratischen, egalitären Gesellschaft fürchten. Dieser ‚Konservatismus‘ des neu-rechten Milieus bezieht sich mitnichten auf die demokratischen Parteien CDU/CSU, sondern nimmt ideologische Anleihen bei der ‚Konservativen Revolution‘ der Zwischenkriegszeit, einer zutiefst antidemokratischen und reaktionären Strömung der deutschen Rechten, die dem Faschismus den Weg ebnete. War Scholdt früher vor allem wissenschaftlich tätig, veröffentlicht er seit einigen Jahren fast nur noch politische Kampfschriften: Seit 2005 wiederholt in dem neu-rechten Blatt *Sezession*, der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ), dem neu-rechten Leitmedium *Junge Freiheit* (JF) sowie der Zeitschrift *eigentümlich frei* (ef), einem skurrilen Kampfblatt für den entfesselten Kapitalismus und gegen alles, was irgendwie links sein könnte. Beim neu-rechten *Institut für Staatspolitik* hielt er Vorträge, ebenso sprach er auf dem *Zwischentag*, einer kleinen Messe extrem rechter Verlage und Organisationen[259].

In seinem Vortrag „Der historische Auftrag der AfD aus der Sicht eines Konservativen“[260] vor der Thüringer AfD im Dezember 2013 beklagte Scholdt eine „Propagandakampagne“ gegen die Partei, polemisierte gegen „Muster-Demokraten“, jammerte über „grassierenden Antigermanismus“ sowie Frauenquoten und bekannte sich trotzig zum „Rechts-Sein“. Das bedeutet für ihn vor allem „dem modernistischen Zeitgeist zu widerstehen und klassische konservative Tugenden zu pflegen“, „an gewachsenen Bindungen wie Familie, Heimat, Nation festzuhalten“, im Geiste von Tilo Sarrazin gegen „eine konzeptionslose Einwanderungspolitik“ Front zu machen und die „inakzeptable Schicht an Leistungsempfängern samt üppig ins Kraut schießende Sozialindustrie und Gesinnungsbürokratie als bedrohliche Zukunftshypothek“ abzulehnen. Auch forderte er, „sich aus einer fremdbestimmten Haltung zur eigenen Geschichte zu lösen und Historiografie wieder einmal jenseits von aktuellen geschichtspolitischen Opportunitäten zu gestatten“. Im Verständnis der deutschen Rechten meint das: Deutschland solle sich von einem angeblich von außen aufgedrückten „Schuldkuld“ lösen und aus dem

---

[258] AfD Thüringen: Start in die Arbeit für 2014 beim Impulstreffen im Eichsfeld (09.12.2013) http://afd-thueringen.de/2013/12/afd-thueringen-start-in-die-arbeit-fuer-2014-beim-impulstreffen-im-eichsfeld/

[259] Vgl. dazu das Publikations- und Vortragsverzeichnis von Günter Scholdt (www.scholdt.de), abgerufen am 01.03.2014

[260] Die historische Mission der AfD / Ratschlag von außen – ein Vortrag von Prof. Dr. Scholdt am 07.12.13 während des Impulstreffens der AfD-Thüringen (12.12.2013) http://afd-thueringen.de/2013/12/die-historische-mission-der-afd-ratschlag-von-aussen-vortrag-von-prof-dr-scholdt/

„Schatten“ der NS-Herrschaft treten, um wieder nationale Machtpolitik machen zu können. Kritik an Antisemitismus nannte Scholdt in einem Atemzug mit einer angeblich existierenden „Gesinnungsindustrie“. Scholdt beklagt in dem Vortrag auch, dass Veranstaltungen des neu-rechten *Zentrums für Jugend, Identität und Kultur* in Dresden, der extrem rechte *Zwischentag* in Berlin und die Konferenz der verschwörungstheoretisch-rechten Zeitschrift *Compact* nahe Leipzig von antifaschistischen Protesten begleitet würden. Das sei „eine politische Pest und Schande für unser Land!“ Er rief die AfD auf: „Befreien Sie uns von einem Korrektheits-Terror, der wie Mehltau auf Deutschland liegt!“ Um seine Ansichten zu begründen, setzte er auf einschlägige Schriften. Unter anderem zitierte er das Buch „Wahn und Wirklichkeit“ von Johann Braun aus dem rechtsextremen und geschichtsrevisionistischen *Hohenrain Verlag*. Und zur Verteidigung des AfD-Chefs Bernd Lucke gegen Kritik an dessen Verwendung der Worte „Entartungen von Demokratie und Parlamentarismus“ zitierte er einen Aufsatz von Thorsten Hinz aus der neu-rechten JF. Sogar Thor von Waldstein verwendet er als Referenz für seine Kritik an der Ahndung von Volksverhetzungs-Tatbeständen. Der Rechtsanwalt von Waldstein ist ein bekannter Autor, Rechtsanwalt und Vortragsredner der extremen Rechten.

In der AfD wird man Scholdts programmatische Empfehlungen für das politische Alltagsgeschäft schon zu deuten wissen: Ein populistisches Anknüpfen an rassistische und sozial-chauvinistische Ressentiments gegen MigrantInnen und Arme („Leistungsempfänger“), der Kampf gegen die vermeintliche „politcal correctness“ und die Ausrichtung an „Familie, Heimat, Nation“.

Kontakte zur extremen Rechten

Von einer politischen Abgrenzung nach rechts hält der Impulsgeber der Thüringer AfD Scholdt nichts. Es genüge, „positiv zu sagen, wofür man steht, statt sich von Denkverboten und Berührungsängsten her zu definieren.“ Eine Strategie, die von der Thüringer AfD offenbar seit Beginn praktiziert wird. Denn auch prononcierte Vertreter der Partei verhehlen rechte Positionen nicht. So hat beispielsweise Björn Höcke, neben Wohlfahrt zweiter Vorsitzender der Thüringer AfD und Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2014, auf *Facebook* angeklickt, dass ihm die „Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein“ ‚gefällt‘, die in Leipzig mit antimuslimischer Hetze gegen den Bau einer Moschee agitiert. Außerdem ‚gefällt‘ ihm in dem Social Network die Organisation „Geert Wilders Supporters Austria“, die für sich mit dem Slogan wirbt: „Gegen die Islamisierung Europas!“[261] Wilders ist Chef der rechtspopulistischen Partei *Partij voor de Vrijheid* aus den Niederlanden. Und in einem Brief des AfD-Funktionärs Höcke an die *Thüringer Allgemeine* klagt er ganz im Duktus von JF, Sarrazin & Co. über „politische Korrektheit“ als „Herrschaftsinstrument“ zur Unterdrückung politischer Positionen.[262] Und auch der Direktkandidat der AfD zur Bundestagswahl im Wahlkreis Gotha/Ilm-Kreis Jens Dietrich zeigt offen seine Nähe zur ‚Neuen Rechten‘. Auf seinem *Facebook*-Profil empfiehlt er immer wieder Artikel der JF und der ef[263].

Mit David Köckert war sogar ein bekannter militanter Neonazi Mitglied in der Thüringer AfD[264]. Während seiner Mitgliedschaft war er Ende 2013 Initiator mehrerer rassistischer Aufmärsche gegen ein Wohnheim für Flüchtlinge in Greiz. Seit vielen Jahren ist er in der Neonazi-Szene aktiv. Der MDR berichtete, dass die Thüringer Behörden ihn sogar „zum Umfeld des mittlerweile verbotenen militanten

---

261 Screenshots der Facebook-Seite beim Verfasser.

262 Offener Brief von Björn Höcke an den TA-Redakteur Martin Debes (17.02.2014) http://afd-thueringen.de/2014/02/offener-brief-von-bjoern-hoecke-an-den-ta-redakteur-martin-debes-alternative-fuer-lieberknecht-warum-die-afd-der-cdu-die-macht-retten-koennte-und-die-fuenf-prozent-huerde-nie-wichtiger-war/

263 Screenshots der Facebook-Seite beim Verfasser.

264 Thüringer Landtag: Kleine Anfrage und Antwort des Thüringer Innenministeriums „Alternative für Deutschland“ und extreme Rechte?, Drs. 5/7244, 03.02.2014.

Neonazi-Netzwerks Blood & Honour“ zählten.[265] Zwar soll die AfD versucht haben, ihn auszuschließen - doch das gelang offenbar nicht. Denn am 20. Februar 2014 verließ Köckert freiwillig die Partei und erklärte seinen Eintritt in die NPD. Ausschlaggebend für seinen Übertritt sei, dass die AfD in Thüringen zerstritten und nicht „politikfähig“ sei. Inhaltliche Differenzen nannte er in seiner öffentlichen Stellungnahme nicht. Neben Köckert hätten weitere Mitglieder die AfD in Richtung der weithin neonazistisch geprägten Partei verlassen, teilt die Thüringer NPD mit[266].

Im April 2013 lud der skandalträchtige Thüringer Rechtsaußenaktivist Paul Latussek zur Gründung des AfD-Verbandes Ilmkreis ein[267]. Nachdem die Presse über die Mitarbeit von Latussek in der AfD berichtete, distanzierte man sich pflichtschuldig von ihm. Die Gründung des Verbandes sei unabgesprochen erfolgt, hieß es vom Landesvorstand. Der einstige Spitzenfunktionär des „Bundes der Vertriebenen“ Latussek hatte einst den Holocaust verharmlost, wurde wegen Volksverhetzung verurteilt und trat als Referent bei neofaschistischen Organisationen auf. Bis heute pflegt er gute Kontakte in die extreme Rechte. Doch vor einem Ausschluss aus der AfD wolle man ihn noch anhören, teilte AfD-Sprecher Wohlfahrt im Mai 2013 mit[268].

Unterstützung erhielt die Thüringer AfD im Vorfeld der Bundestagswahl auch von dem Neonazi-Verein *Pro Erfurt e.V.*. Die Kleinstorganisation war 2008 durch den Verfassungsschutz-Spitzel und Ex-NPD-Vorsitzenden von Erfurt Kai-Uwe Trinkaus gegründet worden, um kommunalpolitisch aktiv zu werden. Nachdem sich Trinkaus im Dezember 2012 als früherer V-Mann geoutet hatte, eskalierte im Laufe des Jahres 2013 ein Richtungsstreit. Während der Großteil der Aktiven sich später in der NPD wiederfand, warb ein anderer Teil seit Juni 2013 auf der offiziellen *Facebook*-Seite des mittlerweile aufgelösten Vereins *Pro Erfurt* für die AfD[269] und tauchte bei öffentlichen Kundgebungen der AfD auf.

September 2014: Einzug in den Landtag?

Aktuelle Wahlumfragen sehen die AfD in Thüringen seit der Bundestagswahl stabil zwischen drei und sieben Prozent[270]. Der Sprung in den Landtag könnte ihr also im September 2014 gelingen, obwohl der Verband zerstritten ist und bisher über kaum arbeitsfähige Strukturen und Verankerung vor Ort verfügt. Doch die AfD scheint erfolgreich ein Milieu zu den Wahlurnen zu mobilisieren, das rechte Einstellungen teilt - ohne in Gänze rechtsextrem oder neonazistisch zu sein. Die seit dem Jahr 2000 im Auftrag der Thüringer Landesregierung durchgeführte Langzeitstudie „Thüringen-Monitor“[271] ermittelt jährlich quer durch die Thüringer Bevölkerung ein erschreckendes Potential antidemokratischer, rassistischer und rechter Einstellungen. Fünf Prozent der Menschen gehörten 2013 demnach entsprechend ihrer politischen Einstellungen zum „harten Kern“ des Rechtsextremismus, weitere sieben Prozent zum „nicht verfestigten Rechtsextremismus“. Das bildete sich bisher nicht in Wahlergebnissen ab. Doch hier gibt es offenbar ein über Jahre stabiles Reservoir an potentiellen

---

265 MDR / Exakt: Neonazis organisieren Bürgerinitiative (16.10.2013) www.mdr.de/exakt/protest_gegen_asylbewerber104.html, abgerufen am .

266 NPD Thüringen: „Die AfD ist nicht politikfähig“ – Greizer Mitglied wechselt zur NPD (25.02.2014) http://npd-thueringen.de/?p=3128, abgerufen am .

267 Wirtshauspolitik aus Ilmenau, in: insuedthueringen.de (20.04.2013) www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Wirtshauspolitik-aus-Ilmenau;art83467,2510798, abgerufen am .

268 Thüringer AfD distanziert sich von verurteiltem Volksverhetzer, in: Thüringer Allgemeine, 08.05.2013.

269 Thüringer Landtag, a.a.O.

270 Vgl. www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm.

271 Vgl. Best,Heinrich/Dwars, Daniel/Salheiser, Axel/Salomo, Katja: Politische Kultur im Freistaat Thüringen: Wie leben wir? Wie wollen wir leben? – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung Ergebnisse des Thüringen Monitors 2013, Friedrich-Schiller-Universität, Jena, 2014 (www.soziologie.uni-jena.de/Arbeitsbereiche/Emp_+Sozialforschung+u_+Sozialstrukturanalyse/THÜ%RINGEN_MONITOR.html), .

WählerInnen, das – eine entsprechende Mobilisierung und reale Erfolgschancen einer Partei vorausgesetzt – als mögliche Stammwählerschaft der AfD in Frage kommt.

4.9 Mecklenburg-Vorpommern

Die AfD Mecklenburg-Vorpommern grenzt sich seit ihrer Gründung verbal strikt gegen die extreme Rechte ab. Gleichwohl geriet der Landesverband gleichwohl wegen (möglicher) Rechtstendenzen einzelner Funktionäre des Öfteren ins Blickfeld.

„Wir kommen aus der Mitte der Gesellschaft“, ließ sich der Volkswirtschaftler und frühere Radio-Moderator Leif-Erik Holm, einer der drei Landessprecher in der Anfangsphase des Landesverbandes, vom *Norddeutschen Rundfunk* (NDR) zitieren. Sein Sprecherkollege Steffen Wandschneider bekräftigte, ehemalige Mitglieder der NPD hätten in dem Landesverband keine Chance; ohnehin hätten die meisten AfD-Mitglieder in Mecklenburg-Vorpommern keine parteipolitische Vergangenheit.[272]

Mitglied der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* war freilich vor seinem Engagement bei der AfD der damalige dritte Vorstandssprecher des Landesverbandes, Andreas Kuessner. Der Jurist hatte sogar dem Bundesschiedsgericht der *Freiheit* angehört. Darauf angesprochen, erklärte Kuessner, seine Orientierung sei „christlich-liberal“, er sei zwölf Jahre lang CDU-Mitglied gewesen. Auch als Autor eines Manifests mit dem Titel „Mehr Patriotismus wagen“ hatte sich Kuessner in seiner früheren Partei einen Namen gemacht. Das Bekenntnis der *Freiheit* zum Patriotismus sei für ihn „ein ganz entscheidender Grund“ gewesen, „der Partei beizutreten“, bekannte er Ende 2011. Er fügte hinzu, er stehe nicht nur „für mehr Patriotismus“ ein, sondern auch dafür, den „Ungeist der politischen Korrektheit“ und die „Zuwanderung von Integrationsverweigerern“ zu bekämpfen.[273]

Das *Handelsblatt* wies zudem im Sommer 2013 auf die Facebook-Seite des damaligen Landesschatzmeisters Klaus-Peter Last hin. IT-Fachmann Last habe zwar „mehrere Jahre bei den Grünen“ verbracht, schrieb die Zeitung: „Allerdings zeigt er auf seiner Facebook-Seite offen Sympathie für den Gitarristen Sascha Korn, dessen Lieder auch auf einer NPD-Schulhof-CD erschienen sind.“[274]

Wandschneider machte Ende 2013 wiederholt Schlagzeilen, weil er gegen den Willen des Bundesvorstands Kontakte mit der britischen Rechtspartei United Kingdom Independence Party (UKIP) und der FPÖ-Abspaltung „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) knüpfte und Bündnisse dieser Parteien mit der AfD in Aussicht stellte. Nach dem Treffen mit dem UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage in Brüssel sagte Wandschneider gegenüber der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, es habe ein „sehr persönliches Gespräch“ mit Farage gegeben, bei dem es auch um die Frage einer künftigen Zusammenarbeit im EU-Parlament gegangen sei.[275] Im Dezember 2013 schied Wandschneider aus dem Landesvorstand aus.

---

[272] Alternative für Deutschland auch in MV, 04.06.2013. http://www.ndr.de/regional/bundestagswahl_2013/mecklenburg-vorpommern/afd113.html, abgerufen am 30.08.2013.

[273] Kuessner, Andreas: Mehr Patriotismus wagen – ein Diskussionsbeitrag aus Mecklenburg-Vorpommern, 15.11.2011. http://diefreiheit.org/home/2011/11/mehr-patriotismus-wagen-ein-diskussionsbeitrag-aus-mecklenburg-vorpommern/ , abgerufen am 30.08.2013.

[274] Neuerer, Dietmar: Konservativ, liberal, rechts – wohin steuert die AfD? 28.06.2013. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/euro-kritiker-konservativ-liberal-rechts-wohin-steuert-die-afd-seite-all/8419392-all.html , abgerufen am 30.08.2013.

[275] Junge Freiheit: AfD-Funktionäre loten Zusammenarbeit mit Nigel Farage aus (8.11.2013) http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2013/afd-funktionaere-loten-zusammenarbeit-mit-nigel-farage-aus/, abgerufen 9.11.2013

Ein neuer Vorstand wurde am 2. Februar 2014 bei einem Landesparteitag in Güstrow gewählt. Sprecher des Landesverbandes sind nun Holger Arppe und Matthias Manthei. Last bleibt Landesschatzmeister. Andreas Kuessner, zuvor einer der Sprecher, wurde zum Beisitzer gewählt. Ein weiterer der insgesamt vier Beisitzer, Christoph Basedow, ist in der Presse nicht unbekannt: 2012 war er noch Sprecher der *Deutschen Burschenschaft*. Dort wurde er dem eher liberaleren Flügel zugerechnet.[276]

Zur Ruhe kam der Landesverband jedoch auch nach der Wahl des neuen Vorstands nicht. Die Wochenzeitung *der Freitag* berichtete wenige Tage nach Arppes Wahl auf ihrer Internetseite, der Rostocker Galerist sei womöglich der Autor von rassistischen Einträgen auf der islamfeindlichen Internetseite *Politically Incorrect* gewesen.[277] Arppe wies die Vorwürfe zurück: „Es bleibt also festzustellen, dass ich diese Kommentare erstens nicht
verfasst habe und zweitens über keine Idee verfüge, wer aus welchem Grunde meine E-Mail-Adresse in einem dieser Kommentare platziert haben könnte.“[278] Die Staatsanwaltschaft Rostock leitete wegen des Verdachts der Volksverhetzung Ermittlungen gegen Arppe ein. Das Internetportal *Endstation Rechts* berichtete in der Folge, drei AfD-Kreisvorsitzende hätten ihren Rücktritt erklärt, darunter „mit Stefanie Voigt diejenige Kreischefin aus Vorpommern, die zuvor noch angekündigt hatte, Arppe nicht mehr in den Eurowahlkampf einbeziehen zu wollen. Sie sprach gegenüber der Ostsee-Zeitung von ‚schwerwiegenden Konflikten’. Als Demokratin könne sie sich unter diesem Landesvorstand nicht weiter engagieren“.[279]

4.10 Sachsen

Im Freistaat Sachsen erzielte die AfD bei den Bundestagswahlen 6,8 % und damit im bundesweiten Vergleich ihre besten Ergebnisse. Dieses Ergebnis muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass in diesem Bundesland der Anteil von Wahlstimmen für Parteien vom rechten Rand durchschnittlich bei ungefähr 10 % liegt. In diesem politischen Feld ist es bislang besonders die NPD gewesen, die in Sachsen an Wählerzustimmung wie auch an Einfluss gewonnen hat. Die rechtsextreme Partei erreichte bei den letzten Bundestagswahlen einen Stimmenanteil von 3,7 %. Die AfD scheint von rechten Orientierungen in der Wählerschaft zu profitieren, aus denen bisher die NPD ihren Nutzen gezogen hat. Angeführt wird der Landesverband der AfD von der Leipziger Unternehmerin Frauke Petry, die schon zur Gründungsphase in der Partei aktiv gewesen und auch als Sprecherin im Bundesvorstand tätig ist. Angaben zur Mitgliederzahl belaufen sich auf ca. 600 Personen. Allerdings ist der Landesverband geprägt von heftigen internen Konflikten: So kam es etwa in Dresden zum Rücktritt des gesamten Kreisvorstandes und auch in Chemnitz sowie in der Sächsischen Schweiz führten Streitereien zu Rücktritten von Parteiämtern sowie zu Parteiaustritten. Zudem ist das öffentliche Erscheinungsbild des Landesverbands geprägt von Debatten über den Grad rechten Einflusses von früheren Mitgliedern aus Rechtsaußenparteien. Im Zentrum stehen dabei ehemalige Mitwirkende der rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* (DF). So organisierte etwa in Chemnitz Ulrich Oehme für die

[276] Spiegel Online: Burschentag in Stuttgart: Wenn aus Brüdern Feinde werden (23.11.2012) http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/deutsche-burschenschaft-aufgeheizte-stimmung-beim-burschentag-a-869031.html , zuletzt abgerufen 11.3.2014

[277] C. Reuters (der Freitag): Quarantäne-Insel für Moslems (6.2.2014) http://www.freitag.de/autoren/c-reuters/quarantaene-insel-fuer-moslems , zuletzt abgerufen 11.3.2014

[278] AfD-Landesvorstand M-V begrüßt staatsanwaltliche Ermittlungen (20.2.2014): http://www.alternative-mv.de/index.php/pressemitteilungen/189-afd-landesvorstand-m-v-begruesst-staatsanwaltliche-ermittlungen.html , zuletzt abgerufen 11.3.2014

[279] Endstation Rechts: Volksverhetzungsverdacht gegen Landeschef von M-V stürzt AfD ins Chaos (24.2.2014) http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/sonstige-1/artikel/volksverhetzungsverdacht-gegen-landeschef-von-m-v-stuerzt-afd-ins-chaos.html , zuletzt abgerufen 11.3.2014

AfD den Bundestagswahlkampf. Oehme trat noch Ende des Jahres 2012 als Direktkandidat der DF für die Bundestagswahl in Erscheinung. Nun bemüht er sich in Chemnitz um den Antritt für die AfD zu den zeitgleich zu den Europawahlen in Sachsen stattfindenden Kommunalwahlen.[280] Laut Auskunft von Michael Stürzenberger, dem aktuellen Vorsitzenden der DF, seien bis zum Oktober 2013 etwa 500 frühere DF-Mitglieder zur AfD gewechselt.[281] Angesprochen auf diesen Tatbestand erklärte Frauke Petry, es seien ungefähr ein Dreißigstel der ca. 630 AfD-Landesmitglieder Ex-Freiheits-Mitglieder.[282]

Doch auch aus anderen Parteien vom rechten Rand gab es Zulauf: In Chemnitz rief die Ernennung eines Mitglieds aus der Stadtratsfraktion der rechten *Bürgerbewegung pro Chemnitz*, Joachim Ziems, zum Schatzmeister der AfD Chemnitz öffentliche Auseinandersetzungen hervor. Nach internen Streitereien trat Ziems von diesem Posten wieder zurück.[283] Laut Meldung der Zeitung *Neues Deutschland* hat die AfD auch Zulauf aus der DSU. So sei in Sachsen „die Partei neue politische Heimat etwa für Karl-Heinz Obser, der DSU-Landeschef war und später mit Ex-NPD-Mitgliedern ein ‚Bündnis für Sachsen‘ schmieden wollte.“ [284]

Auch zur Neuen Rechten gibt es Berührungspunkte: So warb etwa die AfD Mittelsachsen am 11.02.2014 zur Teilnahme an einem „thematischen Stammtisch“ im sächsischen Freiburg. In der Ankündigung hieß es: „Felix Menzel, Chefredakteur des konservativen nonkonformen Jugendkulturmagazins ‚Blaue Narzisse‘ wird sein Buch ‚Junges Europa‘ vorstellen. Darin werden Alternativen zu Bürokratismus und Zentralismus der EU entwickelt. Diese Alternativen berücksichtigen die gewachsene regionale Vielfalt und Identität der Völker Europas, weil genau dieses unseren Kontinent ausmacht.“[285] Menzel, der bekundete, man dürfe ihn „gern als neurechts, rechts, konservativ oder rechtskonservativ“ bezeichnen,[286] stellte auf der Veranstaltung Thesen aus seinem gemeinsam mit Philip Stein verfassten Buch „Junges Europa“ vor. Darin empfiehlt er u.a., dass Parteien wie die AfD und die UKIP „einem Szenario des Umbruchs als Wortführer und Multiplikatoren zur Seite springen“ könnten.[287]

Doch auch aus der CDU hat die AfD Zulauf erhalten: so meldete die AfD Leipzig, dass sich zu den Kommunalwahlen 51 Kandidaten für die Stadtratsmandate aufstellen wolle: „Spitzenkandidat für den Wahlkreis 0, Leipzig Mitte, ist Jörg Kühne. Der langjährige Vorsitzende des Leipziger Kreisverbands des Evangelischen Arbeitskreises der CDU ist Mittwoch vergangener Woche aus der CDU aus- und in die AfD eingetreten.“[288]

Zu den am 31. August stattfindenden Landtagswahlen hat die sächsische AfD auf ihrem Parteitag in Zwickau ein eigenes Wahlprogramm erstellt. Dieses Programm wurde laut Presseangaben von 99

---

[280] Eurokritiker und die Mühen der Ebene, in: Freie Presse v. 23.09.2013, unter: http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/DEUTSCHLAND/Eurokritiker-und-die-Muehen-der-Ebene-artikel8542895.php, abgerufen am 20.02.2014

[281] http://www.tagesspiegel.de/politik/alternative-fuer-deutschland-und-die-freiheit-islamkritiker-empfehlen-jetzt-die-afd/8874608.html

[282] NPD-Mann geht zur CDU, wollte aber ursprünglich zur AfD, in: International Business Times v. 01.03.2014, unter: http://de.ibtimes.com/articles/26794/20140301/npd-mann-geht-zur-cdu-wollte-aber-urspr-nglich-zur-afd.htm, abgerufen am 04.03.2014

[283] Weiterer Rücktritt im AfD-Vorstand. Stadtrat Ziems beklagt „SED-Seilschaften“, in: Freie Presse v. 08.02.2014, unter http://www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Weiterer-Ruecktritt-im-AfD-Vorstand-artikel8700596.php, abgerufen am 12.03.2014

[284] Lasch, Hendrik: Tummelplatz für Populisten: AfD fischt in Sachsen auch am rechten Rand, in: Neues Deutschland v. 24.01.2014

[285] Thematischer Stammtisch der AfD: Europa oder EU? Unter: http://afdsachsen.de/index.php?ct=presse, abgerufen am 12.03.2014

[286] Zit. nach: Gärtner, Hubertus: Roth erstattet Strafanzeige gegen Menzel, in: Neue Westfälische v. 17.12.2010, unter http://www.nw-news.de/owl/?em_cnt=4099387,abgerufen am 12.03.2014

[287] Menzel, Felix/Stein, Philip (2013): Junges Europa, Chemnitz, S. 52

[288] AfD-Pressemitteilung: AfD Leipzig schickt 51 Kandidaten ins Rennen um die Stadtratsmandate, unter: http://afdleipzig.de/, abgerufen am 12.03.2014

stimmberechtigten Teilnehmern verabschiedet. Demnach wurde „unter anderem die Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten in Sachsen“ aufgenommen.

Ebenso Eingang in das Programm fand die Forderung nach einer „Quote für deutschsprachige Musiktitel in Hörfunk und Fernsehen in dem Programm“[289]. Laut Bericht des MDR stimmten die Delegierten des Landesparteitags insgesamt über sieben Schwerpunkte ab: neben den beiden schon genannten Themen zählten Familie, Bildung, Gesundheitspolitik, Zuwanderung und Sicherheit dazu. Für Frauke Petry aus dem AfD-Landesvorstand sind laut Bericht vor allem die Politikfelder Familie und Bildung von Bedeutung: Demnach sollten „Eltern in Zukunft auch ein Stimmrecht für ihre minderjährigen Kinder bekommen“. Zudem erklärte Petry „die Energiewende in Deutschland für gescheitert“. Vielmehr müsse in Sachsen „auch der Braunkohle ihr Platz bei der Energieversorgung eingeräumt werden.“[290]

Im sächsischen Landesverband der AfD wird Wert auf die Feststellung gelegt, dass man in der Gestaltung des Wahlprogramms eigenständig sei. Allerdings deuten die programmatischen Forderungen – Volksabstimmungen über Minarett-Bauvorhaben, eine Radioquote für deutsche Musik, permanente Güter- und Personenkontrollen an deutschen Außengrenzen – darauf, dass hier erkennbar deutlich Annäherungen an rechtspopulistische Forderungen vollzogen werden. Mit der Aufnahme der Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten in Sachsen hat zudem zum ersten Mal in der Entwicklung der AfD das Thema Moscheebau Eingang gefunden in den offiziellen Forderungskatalog der Partei. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund von Bedeutung, dass bislang diese Forderung nur von rechtspopulistischen Parteien wie der DF, den *Republikanern* und von *pro NRW/Deutschland* erhoben worden sind und sich die AfD-Spitze bislang von einem solchen Kurs um Abgrenzung bemüht hatte. Daher steht zu befürchten, dass mit der weiteren Entwicklung in Sachsen auch die AfD dazu übergehen könnte, mit muslimfeindlichen Forderungen in Erscheinung zu treten.

Im Januar 2014 gründeten Mitglieder der AfD eine „Patriotischen Plattform“. Als deren Sprecher tritt Hans-Thomas Tillschneider in Erscheinung. Er wird auf der Internetseite der AfD-Geschäftsstelle Leipzig mit den Funktionen „Vorstandsmitglied, Schriftführer, Programmkommission“ aufgeführt.[291]

In der Gründungserklärung der Patriotischen Plattform heißt es:

> *„Wir halten an Deutschland fest:*
>
> - *an seiner politischen Souveränität gegen alle Versuche, die Kernrechte des Parlaments auf supranationale Organisationen zu übertragen;*
> - *an seiner finanziellen Stabilität gegen alle Versuche, es mit den Folgen der Misswirtschaft anderer Staaten zu belasten;*
> - *an seiner Sprache und Kultur gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf seinem Boden;*
> - *an seiner ökonomischen Stärke, die von der Energiewende bis hin zu einem falsch eingestellten Sozialstaat vielerlei Anfechtung ausgesetzt ist;*

[289] AfD-Parteitag in Zwickau stellt Weichen für Landtagswahl, in: Lausitzer Rundschau v. 03.03.2014, unter http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/AfD-Parteitag-in-Zwickau-stellt-Weichen-fuer-Landtagswahl;art1047,4504417, abgerufen am 12.03.2014

[290] Landesparteitag in Zwickau AfD will in den Sächsischen Landtag, in: MDR Sachsen v. 03.03.2014, unter http://www.mdr.de/sachsen/afd-sachsen-parteitag100.html, abgerufen am 12.03.2014

[291] http://afdsachsen.de/index.php?ct=kreis&kreis=leipzig#, abgerufen am 12.03.2014

- *an seinem Sozialstaat, der durch falsche Strukturen, vor allem aber durch massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme zunehmend in Frage gestellt wird.“*[292]

Hiermit weist die „Patriotische Plattform“ deutliche Annäherungen an programmatische Forderungen von Rechtsaußenparteien wie etwa den *Republikanern* oder *pro NRW/Deutschland* auf.

Zugleich lässt diese Erklärung die Annahme zu, dass dieser Kreis seine Aufgabe darin sieht, gegen die multikulturelle Verfasstheit der deutschen Gesellschaft politisch aktiv zu werden. Diese Annahme wird durch einen schriftlich verfassten Standpunkt von Tillschneider auf der Internetseite der Plattform bekräftigt. Dort schreibt er:

> *„Das nächste Feld könnte die Kontroverse Leitkultur vs. multikulturelle Gesellschaft sein. Noch 2010 hat die CDU die multikulturelle Gesellschaft für gescheitert erklärt und versucht, sich auf eine deutsche Leitkultur zu berufen. Doch zwischenzeitlich wurde die multikulturelle Gesellschaft im Diskurs der etablierten Parteien und Medien zu einer kaum noch hinterfragbaren Selbstverständlichkeit, und Berufungen auf die deutsche Leitkultur sind zunehmend schwerer, fast schon unmöglich geworden. Halten wir diese Entwicklung auf! Was 2010 in der CDU erlaubt war, kann 2014 in der AfD nicht verboten sein. Holen wir uns, wie Alexander Gauland es so schön gesagt hat, die Diskurshoheit von den 68ern Stück für Stück zurück!“*[293]

4.11 Brandenburg

Gründung

Der Landesverband der AfD in Brandenburg gründete sich im April 2013 in Nauen unter Ausschluss der Öffentlichkeit[294]. Obwohl der Landesverband zu diesem Zeitpunkt bereits 280 Mitglieder vorweisen konnte, nahmen nach Angaben der MAZ nur 44 Mitglieder an dem Parteitag teil.[295] In der Folge kam es zu Kontroversen zwischen dem Landesvorsitzenden und einem Mitglied, das für den Aufbau des Landesverbandes mit verantwortlich war. Das Parteimitglied soll dem Landesvorsitzenden „mangelnde Transparenz und fehlende innerparteiliche Demokratie“ vorgeworfen haben.[296] Der damalige Landeschef, Roland Scheel, ist im Februar 2013 von seinem Amt zurück- und aus der Partei ausgetreten, nachdem ihm vom Bundesvorstand das Vertrauen entzogen worden war.[297]

Vorsitzender der AfD in Brandenburg ist der stellvertretende Sprecher der Bundespartei Alexander Gauland. Er war Staatssekretär in Hessen und ist früherer Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ). Das langjährige CDU-Mitglied verteidigte in Kommentaren den wegen seiner diskriminierenden Äußerungen und Buchveröffentlichungen umstrittenen Thilo Sarrazin.[298] Laut FAZ

---

[292] Gründungserklärung der Patriotischen Plattform, unter: http://www.patriotische-plattform.de/, abgerufen am 12.03.2014

[293] Tillschneider, Hans-Thomas: AfD – kein Grund zum Verzweifeln! Unter: http://www.patriotische-plattform.de/afd-kein-grund-zum-verzweifeln/, abgerufen am 20.02.2014

[294] Märkische Allgemeine Zeitung (28.4.2013): Unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegründet http://www.maz-online.de/Brandenburg/Unter-Ausschluss-der-Oeffentlichkeit-gegruendet, abgerufen am 2.4.2014.

[295] Falko Wittig (6.5.213): Brandenburger Partei von Islamfeinden geführt? http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Partei-von-Islamfeinden-gefuehrt, abgerufen am 2.4.2014. Interne Kritik am Gründunsgparteitag: Alternativer AfD Newsletter (9.10.2013): Die undemokratische Gründung der AfD Brandenburg http://alternativernewsletter.wordpress.com/2013/10/09/grundung-afd-brandenburg/, abgerufen am 2.4.2014.

[296] Falko Wittig (6.5.213): Brandenburger Partei von Islamfeinden geführt? http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Partei-von-Islamfeinden-gefuehrt, abgerufen am 2.4.2014.

[297] Bernd Geske (11.02.2014): Roland Scheel hat die AfD verlassen http://www.maz-online.de/Lokales/Havelland/Roland-Scheel-verlaesst-AfD, abgerufen am 2.4.2014.

[298] Alexander Gauland (20.9.2010): Eklat vermieden, Preis gezahlt

gehört er zu den Konservativen innerhalb der AfD, die sich für den „Schutz von Ehe und Familie einsetzen und sich vor allem in der Familien- und Bildungspolitik engagieren“.[299]

Stellvertretende Vorsitzende sind Rainer van Raemdonck und Hubertus Rybak. Ebenfalls dem Landesvorstand gehören an: Matthias Borowiak, Thomas Kühl, Franz Wiese, Inge Bock, Thomas Jung, Stefan Hein, Sven Schröder, Steffen Königer und Birgit Bessin.[300]

In allen bis auf zwei der Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg hat die AfD Unterverbände gegründet. Kreisvorsitzende sind Wilko Möller in Frankfurt (Oder), Thomas Jung in Potsdam, Marianne Spring in Cottbus, Axel Brösicke in Brandenburg (Havel), Joachim Schaaf im Barnim, Andreas Galau in Oberhavel, Birgit Bessin in Teltow-Fläming, Sighardt Sternitzke im Landkreis Oder-Spree, Martin Henke im Havelland, Steffen Königer in Potsdam Mittelmark, Lutz Benekendorff in Elbe-Elster, Thomas Schlaffke in der Prignitz, Franz Wiese in Märkisch-Oderland, Siegfried Deckert im Landkreis Oberspreewald-Lausitz und Norbert Kleinwächter in Dahme-Spreewald. "Kreisbeauftragte" sind Dieter Töbermann in Spree-Neiße und Jan-Ulrich Weiß in der Uckermark. Bei Facebook existiert ein Auftritt der Jugendorganisation „Junge Alternative Brandenburg“.[301]

Die Partei hat rund 470 Mitglieder im Bundesland.[302]

Zwei Mitglieder des Landesvorstandes – die auch auf Listenplätzen zur Bundestagswahl kandidierten –, Rainer van Raemdonck (1. stellvertretender Vorsitzender) und Thomas Jung (Beisitzer), waren vorher im Landesvorstand der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“ aktiv.[303]

Alexander Gauland, mediales Aushängeschild des Landesverbandes, plädierte daher wohl auch dafür, Aufnahmeanträge von ehemaligen Mitgliedern der „Freiheit“ weiterhin zu prüfen und nicht pauschal zurückzuweisen.[304]

Trotz der Verlautbarung Luckes, keine ehemaligen DVU-Mitglieder aufzunehmen, war das „Polit-Irrlicht“ (MAZ) Manfred Friedrich Kreisbeauftragter für Brandenburg an der Havel und im Wahlkampf für seine neue Partei im Einsatz.[305] Friedrich hat bereits mehrere politische Stationen hinter sich: Von der extrem rechten DVU und der linken „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG)

---

http://www.tagesspiegel.de/meinung/wulff-und-sarrazin-eklat-vermieden-preis-gezahlt-/1937622.html, , abgerufen am 2.4.2014; Alexander Gauland (29.5.2012): Nie wieder Krieg! Nie wieder Sarrazin! http://www.tagesspiegel.de/meinung/gefaehrlicher-konsens-nie-wieder-krieg-nie-wieder-sarrazin/6682128.html, abgerufen am 2.4.2014.

299 Grete Götze (25.9.2013): Professoren und Protestwähler http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/die-afd-und-ihre-anhaenger-professoren-und-protestwaehler-12589732.html, abgerufen am 2.4.2014.

300 AfD Brandenburg (2014): Der Vorstand der AfD-Brandenburg http://www.afd-brandenburg.net/?page_id=14, abgerufen am 2.4.2014.

301 Junge Alternative Brandenburg (2014): https://www.facebook.com/junge.alternative.brandenburg, abgerufen am 2.4.2014.

302 Das Berliner Forum (1.3.2014): 17.522 Mitglieder zum 28.02.2014, http://www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/190-17-522-mitglieder, abgerufen am 2.4.2014.

303 Falko Wittig (6.5.213): Brandenburger Partei von Islamfeinden geführt? http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Partei-von-Islamfeinden-gefuehrt, abgerufen am 2.4.2014. Auch: Frederik Bombosch (23.2.2014): AfD sieht Chancen in Brandenburg http://www.berliner-zeitung.de/brandenburg/gruendungswelle-von-kreisverbaenden-afd-sieht-chancen-in-brandenburg,10809312,26319922.html, abgerufen am 2.4.2014.

304 Peter Schilder (7.10.2013): AfD streitet über Rechtspopulisten, http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/aufnahmestopp-afd-streitet-ueber-rechtspopulisten-12606356.html, abgerufen am 2.4.2014.

305 Andé Wirsing (13.9.2013): Brandenburger Polit-Irrlicht jetzt bei der AfD http://www.maz-online.de/Lokales/Brandenburg-Havel/Brandenburger-Polit-Irrlicht-jetzt-bei-der-AfD? , abgerufen am 2.4.2014. Friedrich war 2004 auch Landtagskandidat für die „Allianz Unabhängiger Bürger“ Brandenburg. Vgl hierzu: Landesbetrieb für Datenverarbeitung (2004): Landtagswahl 19.09.2004 http://www.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/BVII2-S_LTW2004_Bewerber_ebook.pdf, abgerufen am 2.4.2014.

führte ihn sein Weg mit einem Umweg über die „Unabhängigen Brandenburger Bürger“ (UBB) zur AfD. Er stehe „sehr aktiv sowie voll und ganz zu allen Zielen“ seiner neuen Partei, erklärte er gegenüber der MAZ.[306]

Der Bundestagswahlkandidat und AfD-Kreisvorsitzender in Potsdam-Mittelmark, Steffen Königer, war 1999 Landtagswahlkandidat des rechtspopulistischen „Bund Freier Bürger“.[307] Er war bis 2004 Redakteur der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“[308] und tritt weiterhin als Autor in Erscheinung.[309] Auf seiner Facebookseite hat Königer „Likes“ zu diversen AfD-Gliederungen gesetzt – und zu Personen wie Mahmud Ahmadinedschad oder neurechten Initiativen wie der Zeitschrift „Blaue Narzisse“ und der „Identitären Bewegung“ in Berlin.

Norman Wollenzien, stellvertretender Vorsitzender der AfD im Havelland, äußerte sich im Dezember 2013 in extrem rechter[310] Diktion: „Wichtig ist aus meiner Sicht, dass die Nationalstaaten weiterhin erkennbar sind, und die kulturelle und ethnische Vielfalt in einem Europa der Vaterländer erhalten bleibt“.[311] Wollenzien soll in der Presse veröffentlichten Vorwürfen zufolge in der Vergangenheit Bezieher einer NPD-E-Mail-Liste gewesen sein.[312] Auch der AfD-Kreisverband Elbe-Elster fordert auf seiner Homepage ein „Europa der Vaterländer“.[313]

Im März 2014 erschien eine erste Ausgabe der Parteizeitung „Brandenburg Kompakt“, die künftig monatlich erstellt werden soll. Neben Wahlkampf- und Parteiaufbaumeldungen enthält die Erstausgabe einen Text über das „Problem“ Zuwanderung, über die vorgeblich bedrohte „Meinungsfreiheit“ von Thilo Sarrazin sowie über „unverschämte Attacken“ der „schillernden Figur namens Michel Friedman“ gegen die AfD.[314]

In Potsdam-Mittelmark will die AfD sich hingegen vor allem in die Kommunalpolitik einbringen und zum Beispiel gegen nächtlichen Fluglärm und für die Interessen von Obstbauern kämpfen.[315]

In Brandenburg erzielte die AfD, die mit 12 Kandidaten – nur eine Frau war dabei - antrat, mit 6,0 Prozent das drittbeste Landesergebnis zur Bundestagswahl 2013. Das entspricht 83.013 Zweitstimmen.

In Brandenburg konnte die Partei besonders in vergleichsweise wohlhabenden Gegenden gute Ergebnisse erzielen, wo es also einen niedrigen Anteil von Transferleistungsempfängern gibt und die

---

306 Andé Wirsing (13.9.2013): Brandenburger Polit-Irrlicht jetzt bei der AfD http://www.maz-online.de/Lokales/Brandenburg-Havel/Brandenburger-Polit-Irrlicht-jetzt-bei-der-AfD? , abgerufen am 2.4.2014.

307 Anton Maegerle (13.11.2003): "Junge Freiheit"-Autoren und ihr politisches Umfeld https://www.wallstreet-online.de/diskussion/795879-1-10/aus-gegebenen-anlass-stichwort-junge-freiheit, abgerufen am 2.4.2014.

308 Junge Freiheit (1.6.2006): Strafanzeige gegen Mitarbeiter der „taz“ http://jungefreiheit.de/politik/2006/strafanzeige-gegen-mitarbeiter-der-taz-zwei-mitarbeiter-der-wochenzeitung-junge-freiheit-sind-heute-vor-dem-rudi-dutschke-haus-der-tageszeitung-taz-gewalttaetig-angegriffen-worden/, abgerufen am 2.4.2014.

309 Steffen Königer (8.2.2013): Ein sehr später Sieg http://www.jf-archiv.de/archiv13/201307020812.htm, abgerufen am 2.4.2014.

310 Sophie Bose (27.3.2014): „Für ein Europa der Vaterländer“: Europäische Vernetzung rechtsextremer Parteien http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/fuer-ein-europa-der-vaterlaender-europaeische-vernetzung-rechtsextremer-parteien-2014-03, abgerufen am 2.4.2014.

311 Patrik Rachner (2.12.2013): AfD-Kreisverband im Havelland gegründet http://www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1220561/?, abgerufen am 2.4.2014.

312 Patrik Rachner (7.3.2014): Bündnis gegen Rechts mit Populismusvorwürfen http://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1254981/, abgerufen am 2.4.2014.

313 AfD Elbe-Elster (2014): Rechts? Links? Mitte? Gesunder Menschenverstand! http://www.afd-ee.de/wir-%C3%BCber-uns/, abgerufen am 2.4.2014.

314 AfD Brandenburg (3/2014): Brandenburg Kompakt http://www.afd-brandenburg.net/wp-content/uploads/2014/03/Brandenburg-Kompakt.pdf, abgerufen am 2.4.2014.

315 Potsdamer Neueste Nachrichten (3.12.2013): AfD will in Teltow gegen Fluglärm kämpfen http://www.pnn.de/pm/809410/?, abgerufen am 2.4.2014.

eine niedrige Leerstandsquote aufweisen.[316] Besonders in den Neubaugebieten des Berliner Umlands, also unter Zugezogenen, verfügte die AfD über viele Unterstützer. In einigen Ortsteilen von Werder erreichte die Partei bis zu 13,4 Prozent.[317] Nach Einschätzung des Amts für Statistik für Berlin und Brandenburg sei die AfD eine „Interessenvertreterin der Besitzstandswahrer“ und erzielte „besonders in einem begünstigten sozialen Umfeld“ Erfolge.[318]

In den Wahlkreisen Cottbus-Spree-Neiße (6,9%) und Oberhavel – Havelland II (6,7%) erzielte die AfD ihre besten und mit 4,7% in Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I das schlechteste Ergebnis in Brandenburg.[319]

In den Wahlkreisen, wo die Partei ihre meisten Stimmen gewinnen konnte, verzeichneten die FDP und die Grünen die größten Stimmverluste.[320]

In Brandenburg finden am Termin der Europawahl im Mai auch Kommunalwahlen statt. Die AfD tritt mit zahlreichen Kandidaten an. Für Dahme-Spreewahl ist ein elfseitiges Kreiswahlprogramm veröffentlicht worden. Die Einrichtung von Asylbewerberheimen müsse an „Volksentscheide“ auf Gemeindeebene geknüpft werden, wird darin gefordert. [321] Für Cottbus ist der Beschluss eines Kommunalwahlprogramms für Mitte April angekündigt.[322] Im September stehen in Brandenburg zudem Landtagswahlen an, zu denen mit einem Wahlantritt der AfD zu rechnen ist.

4.12 Berlin

Der Berliner Landesverband der AfD gründete sich am 27. April 2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Stadtteil Tegel. Die 200 anwesenden Mitglieder wählten Matthias Lefarth, Annette Goldstein und Günther Brinker als gleichberechtigte Landesvorsitzende.[323] Bald kam es zu Streitigkeiten zwischen einem Block ehemaliger Freier Wähler um den ehemaligen Berliner Vorsitzenden der Freien Wähler, Christian Schmidt, und den beiden FDP-Veteranen Annette und Matthias Goldstein. Allein in den ersten zwei Wochen seines Bestehens büßte der Landesvorstand vier von zwölf Mitgliedern ein. Zunächst zog sich Sprecher Matthias Lefarth zurück, dann wurde Geschäftsführer Matthias Goldstein des Amtes enthoben. Es folgten Rücktritte von Sprecherin Annette Goldstein und ihres Stellvertreters Markus Egg, einem Anglistik-Professor an der FU Berlin. Eine Vorstandssitzung hatte im Büro der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von Annette Goldstein

316 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (25.9.2013): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/BU2013/ergebnis/downloads/BTW_2013_BB_vorlaeufigesErgebnis_Kom.pdf , abgerufen am 2.4.2014.

317 Tagesspiegel (24.9.2013): Und wer wählt die Rechten? http://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-und-npd-und-wer-waehlt-die-rechten/8835652.html, abgerufen am 2.4.2014.

318 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (25.9.2013): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/BU2013/ergebnis/downloads/BTW_2013_BB_vorlaeufigesErgebnis_Kom.pdf , abgerufen am 2.4.2014.

319 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (25.9.2013): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/BU2013/ergebnis/downloads/BTW_2013_BB_vorlaeufigesErgebnis_Kom.pdf , abgerufen am 2.4.2014.

320 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (25.9.2013): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/BU2013/ergebnis/downloads/BTW_2013_BB_vorlaeufigesErgebnis_Kom.pdf , abgerufen am 2.4.2014.

321 AfD Brandenburg (2014): Wahlprogramm für Dahme-Spreewald http://www.afd-brandenburg.net/?p=688, abgerufen am 2.4.2014.

322 AfD Brandenburg (2014): Außerordentliche Mitgliederversammlung in Cottbus http://www.afd-brandenburg.net/?tribe_events=ausserordentliche-mitgliederversammlung-in-cottbus, abgerufen am 2.4.2014.

323 Berliner Zeitung (27.04.2013): Berliner Landesverband gegründet http://www.berliner-zeitung.de/berlin/partei-alternative-fuer-deutschland-berliner-landesverband-gegruendet,10809148,22602692.html, abgerufen am 2.4.2014.

stattgefunden. Nach Diskussionen über die Themenverteilung im Vorstand und die Sitzungsleitung hatte Goldstein nach Teilnehmerangaben von ihrem Hausrecht Gebrauch gemacht und andere Vorstandsmitglieder der Räume verwiesen. [324]

Mittlerweile treten Günter Brinker und Sari Saleh als Landesverbands-Sprecher auf. Stellvertreter ist Christian A. Schmidt. Im Vorstand aktiv sind zudem Frank-Christian Hansel, Susanne Bergner und Götz Frömming. Landesgeschäftsführer ist Friedrich Georg Hilse, als „Justiziar“ wird Karl Friedrich Weiland gelistet.[325] Die Partei hat „Ansprechpartner“ für alle Berliner Bezirke benannt. Im Einzelnen: Arvid Thal in Charlottenburg-Wilmersdorf, Ulrich Baare für Friedrichshain-Kreuzberg, Hartmut Naß für Lichtenberg, Martin Krisp für Marzahn-Hellersdorf, Beatrix von Storch für Mitte, Robert Göbel und Sari Saleh für Neukölln, Markus Egg in Pankow, Ralf Conradi in Reinickendorf, Klaus Schulze in Spandau, Hans-Joachim Berg in Steglitz-Zehlendorf, Steffen Meier in Tempelhof-Schöneberg, Alexander Bertram in Treptow-Köpenick.[326]

Ein aus parteiinterner Sicht verfasstes Schreiben nannte den Berliner Landesverband Ende November 2013 ein „Tollhaus“, in dem es eine „Seilschaft“ gebe und in der „AfD-Diktatoren“ herrschen würden. Offenbar zur Denunziation des Vorstandes wird geschildert, dass gegen Landessprecher Brinker schon einmal wegen „Veruntreuung von Vereinsvermögen“ ermittelt worden wäre. Justiziar Weiland habe „bezeichnenderweise“ ein Portal namens nationalsozialismus.de betrieben, dass er erst „zu Beginn seiner politischen Ambitionen in der AfD“ abgeschaltet habe.[327]

Der Berliner Landesverband der AfD unterhält zu unterschiedlichen Politikressorts insgesamt dreizehn „Landesfachausschüsse“ (zwei weitere sind „in Gründung“), die im Internet abrufbare Positionspapiere erarbeitet haben. Zwei Positionspapiere zu „Asyl“ und „Armutszuwanderung in der EU“ werden erwähnt. Es sind keine Links abgelegt, sondern es wird vermerkt, dass diese „von den Mitgliedern eingesehen werden“ könnten.[328] Per Google-Suche lässt sich ein vierseitiges Thesenpapier zu „Integration und Zuwanderung“ auffinden: Bei der Integration handele es sich „primär um eine Bringschuld des Zuwanderers“. Sie sei „teilweise gescheitert“ denn bisher habe es in Deutschland eine „unregulierte Zuwanderung“ gegeben. Zwar seien Zuwanderer „berechtigt“, ihre „kulturellen Eigenheiten“ zu pflegen. Jedoch müssten sie „einheimische Sitten und Gebräuche“ und die „allgemeine Rechtsordnung“ beachten und dürften Religion „nicht für politische Zwecke“ instrumentalisieren. Es existiere zurzeit eine "Integrationsindustrie", deren Mittel "deutlich gekürzt" werden sollten. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird abgelehnt. „Nur gut qualifizierte Arbeitskräften, die bereits über Sprachkenntnisse verfügen“ sollten noch einwandern dürfen. Allerdings sei fraglich, ob der „permanent behauptete Fachkräftemangel tatsächlich besteht“. „Armutszuwanderung innerhalb der EU“ stelle einen Missbrauch der Freizügigkeit dar, gegen den „alle administrativen Möglichkeiten auszuschöpfen“ seien.[329]

Die Partei hat in Berlin rund 800 Mitglieder.[330]

---

[324] Daniel Fallenstein (24.5.2013): Die AfD in Berlin - Szenen einer Zerrüttung http://www.welt.de/politik/deutschland/article116495379/Die-AfD-in-Berlin-Szenen-einer-Zerruettung.html, abgerufen am 2.4.2014. Auch: Fabian Leber (10.5.2013): Berliner Eurokritiker schon im Führungsstreit http://www.tagesspiegel.de/berlin/alternative-fuer-deutschland-berliner-eurokritiker-schon-im-fuehrungsstreit/8189850.html, abgerufen am 2.4.2014.

[325] AfD Berlin (2014): Vorstand http://afd-berlin.eu/wp/landesvorstand/, abgerufen am 2.4.2014.

[326] AfD Berlin (2014): Bezirke http://afd-berlin.eu/wp/bezirke/, abgerufen am 2.4.2014.

[327] Alternativer AfD Newsletter (30.11.2013) Tollhaus AfD Berlin – Landesvorstand beseitigt Landesschiedsrichter wegen unabhängiger Rechtsprechung, http://alternativernewsletter.wordpress.com/2013/11/30/tollhaus-afd-berlin-landesvorstand-beseitigt-landesschiedsrichter-wegen-unabhangiger-rechtsprechung/ abgerufen am 2.4.2014.

[328] AfD Berlin (2014): Landesfachausschüsse http://afd-berlin.eu/wp/arbeitskreise/, abgerufen am 2.4.2014.

[329] AfD Berlin (Augst 2014) Integration und Zuwanderung http://afd-berlin.eu/wp/wp-content/uploads/2013/08/Thesenpapier-Intergration-und-Zuwanderung-kurz-edited-VM.pdf, abgerufen am 2.4.2014.

[330] Das Berliner Forum (1.3.2014): 17.522 Mitglieder zum 28.02.2014, http://www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/190-17-522-mitglieder, abgerufen am 2.4.2014.

Die Ansprechpartnerin für den Bezirk Mitte, Beatrix von Storch, trat zur Bundestagswahl als Direktkandidatin an. Bei den Europawahlen hat sie den aussichtsreichen vierten Listenplatz inne. Sie gilt im Bundesverband als prominente Protagonistin des ultrakonservativ-christlichen Flügels. Die Anwältin und geborene Herzogin von Oldenburg betreibt hauptberuflich, oft in Kooperation mit ihrem Ehemann, verschiedene rechtskonservative Lobbyorganisationen.[331] Dazu gehören die „Zivile Koalition“, der „Bürgerkonvent“, ein „Institut für strategische Studien“ sowie die Internet-Präsenzen FreieWelt.net und AbgeordnetenCheck.de. Sie ist profilierte Gegnerin der Homo-Ehe. Als protestantische „Lebensrechtlerin“ – also Abtreibungsgegnerin – beteiligte sich im vorigen September am christlich-fundamentalistischen “Marsch für das Leben” in Berlin.[332] Für ihre harte Linie bei den Fragen nach Abtreibung, gleichgeschlechtlicher Ehe und der Möglichkeit für Hausunterricht für Kinder anstelle des Schulbesuchs wurde Storch bei ihrer Europa-Listen-Kandidatur von der Gruppe „Christen in der Alternative für Deutschland“ unterstützt. In deren „Grundsatzerklärung“ findet sich ein Abtreibungsverbot, ein Verbot von Sterbehilfe (als „Euthanasie“ betitelt), Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei, dem „Schutz der christlichen Familie und der Ablehnung der Gleichsetzung mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“ sowie die Forderung nach dem „Vorrang der Erziehung im Elternhaus gegenüber staatlich organisierter Erziehung“.[333] Von Storch ist Autorin der rechts-libertären Zeitschrift „Eigentümlich frei“.[334]

Berliner AfD-Spitzenkandidat bei den Bundestagswahlen war Joachim Starbatty. Der emeritierte Volkswirtschaftsprofessor trat nach langjähriger CDU-Mitgliedschaft 1994 in den rechtspopulistischen „Bund Freier Bürger“ ein und kandidierte für die damalige Europawahl. Er reichte 1998 eine Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung des Euro ein. Eine weitere und ebenfalls zurückgewiesene Verfassungsbeschwerde reichte er 2010 gegen den Rettungsfonds der EU ein. Starbatty war bereits Mitbegründer des AfD-Vorläufers „Wahlalternative 2013“ und ist im wissenschaftlichen Beirat des AfD aktiv.[335] Er trat als Interviewpartner der neurechten Zeitschrift „Blaue Narzisse“ in Erscheinung.[336]

Sowohl Jürgen Starbatty als auch Beatrix von Storch sind für die Europawahlen auf die aussichtsreichen Listenplätze 4 und 5 gewählt worden.[337] Für den Berliner Verband treten auch Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel (Listenplatz 2) und der Journalist Hugh Bronson (12) an.[338] Bronson bezeichnet die EU in einem Wahlkampfschreiben als „real existierenden Sozialismus“, der sich im „Zerfall“ befinde.[339]

---

331 Constantin Magnis (12.6.2013): Ihr Hauptberuf ist Protest http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-kandidatin-beatrix-von-storch-ihr-hauptberuf-ist-protest/54701, abgerufen am 2.4.2014.

332 Felizitas Küble (28.1.2014): AfD wählte engagierte Christen und Konservative auf Spitzenplätze zur Europawahl http://charismatismus.wordpress.com/2014/01/28/afd-wahlt-engagierte-christen-und-konservative-auf-spitzenplatze-zur-europawahl/, abgerufen am 2.4.2014.

333 Hendrik Ankenbrand (10.3.2014): Christliche Alternative für Deutschland http://www.faz.net/aktuell/afd-kritisiert-rechte-von-schwulen-und-muslime-12837646.html, abgerufen am 2.4.2014.

334 Beatrix von Storch (10.3.2014): Echte Reformen jetzt: Direkte Demokratie für die Bundesrepublik http://ef-magazin.de/2014/03/10/5052-echte-reformen-jetzt-direkte-demokratie-fuer-die-bundesrepublik, abgerufen am 2.4.2014.

335 Dietmar Neuerer (23.5.2013): AfD gewinnt prominenten Euro-Gegner http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/joachim-starbatty-afd-gewinnt-prominenten-euro-gegner/8243636.html, abgerufen am 2.4.2014.

336 Blaue Narzisse (21.10.2013): Im Gespräch mit Joachim Starbatty http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/4195-im-gespraech-mit-joachim-starbatty, abgerufen am 2.4.2014.

337 AfD: Unsere Kandidaten für Europa https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 2.4.2014. Starbatty wird als Kandidat für Baden-Württemberg geführt.

338 AfD: Unsere Kandidaten für Europa https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 2.4.2014. Starbatty wird als Kandidat für Baden-Württemberg geführt.

339 AfD (25.3.2014): Mut zu einem besseren Europa! Posting auf Facebook https://www.facebook.com/alternativefuer.de/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/728895423807466/?type=1&theater, abgerufen am 2.4.2014.

Der Justiziar des Landesverbandes, Karl Friedrich Weiland in den 1990er Jahren für den rechtslastigen „Akademischen Studentenbund“ an der Humboldt-Universität zu Berlin aktiv.[340] Ein Papier des AfD-„Arbeitskreis Sozial- und Entwicklungspolitik“ ist indes von Klaus Gröbig mitverfasst worden.[341] Gröbig war bis zu seinem Ausschluss 2005 beim rechtslastigen und DGB-feindlichen „Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband“ (DHV, Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund) Vorsitzender des Landesverbandes Nordost.[342] In den 1990er Jahren war er an rechten Unterwanderungsversuchen bei der Berliner FDP beteiligt. Die ungewollten Neumitglieder seien Leute zwischen „Republikanern und CDU-Rechtsaußen, mit Reichskriegsflagge, Fremdenhass und allem“, berichtete 1994 ein FDPler darüber.[343] Gröbig trat auch als Autor der neurechten „Jungen Freiheit“ und der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ (Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen“) in Erscheinung.[344]

Bei den Bundestagswahlen 2013 erzielte die AfD in Berlin 4,9 Prozent der Stimmen.

Im Vorfeld der Wahl hatte sich die Partei mehrfach über Zerstörungen ihrer Wahlplakate im Stadtgebiet beklagt. Ende August führte sie aus diesem Anlass mit rund 120 Personen eine Demonstration in Berlin-Kreuzberg durch.[345]

4.13 Sachsen-Anhalt

Die AfD gründete sich in Sachsen-Anhalt am 5. April 2013. Derzeit hat die Partei rund 280 Mitglieder im Bundesland.[346] Zunächst wurde der Landesverband von Michael Heendorf, einem frühpensionierten Kriminalpolizisten aus Magdeburg, angeführt, der kommunalpolitisch zuvor bereits in der PDS und der CDU aktiv gewesen war.[347] Michael Heendorf und sein Stellvertreter Jörg Bohne traten Ende 2013 nach einem Streit aus der Partei aus.[348]

Der Landesverband ist im Vergleich zu anderen Parteigliederungen schlecht aufgestellt – interne Machtrangeleien und Streitigkeiten über den Kurs der Gesamtpartei prägen das Bild. Aus Protest gegen den Führungsstil des Bundesvorsitzenden Bernd Lucke traten – so wie auch in Nordrhein-Westfalen – Ende März große Teile des Landesvorstands zurück.[349] Weiterhin sei es um „Fragen des

---

340 Klemens Vogel (7.2.1997): Linke Stupa-Mehrheit, in: TAZ – die Tageszeitung, S. 22.

341 Arbeitskreis Sozial- und Entwicklungspolitik (19.8.2013): Nur für den internen Gebrauch! http://www.afd-berlin.eu/arbeitskreise/AK_Sozial-_und_Entwicklungspolitik.pdf, abgerufen am 2.4.2014.

342 AGRexive: DHV - eine konservative Gewerkschaft in Frontstellung zum DGB http://www.agrexive.de/cms/upload/pdf/rechte_gespenster/Rechte_Gespenster_DHV.pdf, abgerufen am 2.4.2014.

343 Berliner Zeitung (10.12.1994): FDP gezielt von rechts unterwandert http://www.berliner-zeitung.de/archiv/seltsame-eintrittswelle-in-reinickendorf----junge-maenner-mit-ganz-kurzen-haaren--fdp-gezielt-von-rechts-unterwandert,10810590,8890734.html, abgerufen am 2.4.2014.

344 AGRexive: DHV - eine konservative Gewerkschaft in Frontstellung zum DGB http://www.agrexive.de/cms/upload/pdf/rechte_gespenster/Rechte_Gespenster_DHV.pdf, abgerufen am 2.4.2014.

345 Götz Frömming (26.8.2013): Mit etwa 120 Teilnehmern hat die Alternative in Deutschland (AfD) am vergangenen Sonntag in Berlin-Kreuzberg für mehr Fairness im Wahlkampf, Toleranz und Meinungsfreiheit demonstriert http://www.bundespresseportal.de/berlin/item/14942-mit-etwa-120-teilnehmern-hat-die-alternative-in-deutschland-afd-am-vergangenen-sonntag-in-berlin-kreuzberg-f%C3%BCr-mehr-fairness-im-wahlkampf,-toleranz-und-meinungsfreiheit-demonstriert.html, abgerufen am 2.4.2014.

346 Das Berliner Forum (1.3.2014): 17.522 Mitglieder zum 28.02.2014, http://www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/190-17-522-mitglieder, abgerufen am 2.4.2014.

347 Steffen Honig (28.6.2013): Ex-Polizist und Lokalpolitiker will "Alternative für Deutschland" sein http://www.volksstimme.de/mobile_website/startseite/1100037_Ex-Polizist-und-Lokalpolitiker-will-Alternative-fuer-Deutschland-sein.html, abgerufen am 2.4.2014.

348 Andreas Kemper (22.12.2013): AfD-Austrittswelle http://andreaskemper.wordpress.com/2013/12/22/afd-austrittswelle/, abgerufen am 2.4.2014.

349 Thomas Steiner (1.4.2014): Wie die AfD um Positionen und Personen ringt http://www.badische-

Satzungsrechts“ gegangen.[350] Unter anderem zog sich der Landesvorsitzende Arndt Klapproth von seinem Amt zurück. Klapproth war erst bei einem Landesarteitag im Dezember unter Anwesenheit Luckes in sein Amt gewählt worden.[351] Wenige Wochen zuvor war der Vorsitzende des Kreisverbandes Dessau-Roßlau, Volker Kretschmer, aus der Partei ausgetreten, weil es interne „Intrigen und Bosheiten“ gebe.[352] Bei einer Kreissitzung tauchten vom Landesverband aufgenommene Neumitglieder auf, als neuer Kreisvorsitzender wurde Rainer Gerdung gewählt – die Wahl musste jedoch annulliert werden.[353] Schon beim Landesparteitag im Oktober 2013 waren etliche Personalwechsel im Vorstand wegen Rücktritten nötig geworden.[354] Noch 2007 war Gerdung für die rechtspopulistische Schillpartei als Oberbürgermeisterkandidat für Dessau angetreten.[355]

Der Landesverband hat zurzeit keinen Vorsitzenden. Als aktive Vorstandsmitglieder werden auf der Internetseite zurzeit lediglich Tobias Rausch (als 3. Stellvertreter) und Sarah Sauermann (Frauenbeauftragte) genannt.[356]

Die AfD unterhält in Sachsen-Anhalt elf Kreisverbände: Anhalt-Bitterfeld (Vorsitz Daniel Roi), Börde (Alfred Karl), Dessau-Roßlau (ohne Vorsitz), Halle-Saalekreis (Helmut-Ernst Kaßner), Harz (Michael Möller), Mansfeld (Uwe Höckendorff), André Poggenburg (André Poggenburg), Salzlandkreis (Daniel Rausch), Magdeburg (Ronny Kumpf), Stendal (Dietrich Gehlhar), Wittenberg (Dirk Hoffmann). Lediglich Ansprechpartner werden genannt für Salzwedel (Georg Krutzfeld) und das Jerichower Land (Bernd Schüler).[357]

Bei den Bundestagswahlen 2013 wurden 4,2 Prozent – das ostdeutschlandweit schwächste Ergebnis – erzielt.

Zu den Unterstützern der AfD bei den anstehenden Kommunalwahlen gehören relativ etablierte Dessauer wie der Kreishandwerkschef Karl Krökel und Michael Rösch, Ehrenpräsident des Landesverbandes der Freien Berufe. Mit Andreas Mrosek stellt die Partei einen Oberbürgermeister-Kandidaten für Desssau.[358] Daniel Roi, Kreischef in Anhalt-Bitterfeld, kandidiert für das Landrats-Amt.[359] Ein zweiseitiges Landeswahlprogramm für die Wahlen im Mai 2014 wurde im Februar verabschiedet. Darin wird im Wirtschaftsbereich die „Erhöhung der Wertschätzung von Unternehmen und Selbstständigen“ gefordert und zum Thema Einwanderung die Integration einseitig als

zeitung.de/nachrichten/deutschland/wie-die-afd-um-positionen-und-personen-ringt--82579872.html, abgerufen am 2.4.2014.

350 Deutschlandfunk (26.3.2014): Sachsen-Anhalt: Großteil des AfD-Landesvorstands zurückgetreten http://www.deutschlandfunk.de/sachsen-anhalt-grossteil-des-afd-landesvorstands.264.de.html?drn:news_id=339848, abgerufen am 2.4.2014.

351 Mitteldeutsche Zeitung (23.12.2013): Landesparteitag in Dessau: Arndt Klapproth ist Landeschef der AfD http://www.mz-web.de/dessau-rosslau/landesparteitag-in-dessau-arndt-klapproth-ist-landeschef-der-afd,20640938,25721726.html, abgerufen am 2.4.2014.

352 Mitteldeutsche Zeitung (23.12.2013): Landesparteitag in Dessau: Arndt Klapproth ist Landeschef der AfD http://www.mz-web.de/dessau-rosslau/landesparteitag-in-dessau-arndt-klapproth-ist-landeschef-der-afd,20640938,25721726.html, abgerufen am 2.4.2014.

353 Mitteldeutsche Zeitung (23.12.2013): Landesparteitag in Dessau: Arndt Klapproth ist Landeschef der AfD http://www.mz-web.de/dessau-rosslau/landesparteitag-in-dessau-arndt-klapproth-ist-landeschef-der-afd,20640938,25721726.html, abgerufen am 2.4.2014.

354 AfD Sachsen-Anhalt (27.10.2013): Landesparteitag der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt http://www.afd-lsa.de/?p=607, abgerufen am 2.4.2014.

355 Klemens Reinboth (2007): Vorzeitig wählen. In: Der Rechte Rand Nr .105 März/April 2007, S. 5-6.

356 AfD Sachsen-Anhalt (2014): Landesvorstand http://www.afd-lsa.de/?page_id=14, abgerufen am 2.4.2014.

357 AfD Sachsen-Anhalt (2014): Kreisverbände http://www.afd-lsa.de/?page_id=923, abgerufen am 2.4.2014.

358 Mitteldeutsche Zeitung (26.3.2014): AfD hat derzeit keinen Vorsitzenden http://www.mz-web.de/dessau-rosslau/dessau-rosslauer-kreisverband-afd-hat-derzeit-keinen-vorsitzenden,20640938,26661352.html, abgerufen am 2.4.2014.

359 Volksstimme (17.3.2014): Landratswahl: AfD mit eigenem Kandidaten http://www.volksstimme.de/mobile_website/lokal_mobil/zerbst_mobil/1245021_Landratswahl-AfD-mit-eigenem-Kandidaten.html, abgerufen am 2.4.2014.

„Bringschuld“ von Einwanderern eingeordnet, für die „die heimische Bevölkerung nicht haftbar“ gemacht werden dürfe.[360]

4.14 Saarland

Der Landesverband im Saarland gründete sich am 3. Mai 2013.[361] Inzwischen hat die Partei hat rund 230 Mitglieder im Bundesland.[362] Vorsitzender ist Johannes Trampert, als Vize agiert Frank Jungmann. Weitere Mitglieder im Landesvorstand sind Roland Wark, Bernhard Kurtz und Beate Alles[363]. Es existiert eine Struktur von sieben Kreisverbänden: Merzig-Wadern – (Vorsitzender: Michael Schettle), Neunkirchen (Wolfgang Meiser), Saarbrücken Stadt (Sven Wagners), Saarlouis (Beate Alles), Saarpfalz (Lutz Hecker), St. Wendel (Willi Brückmann). Für den Kreisverband Saarbrücken Land wird derzeit kein Vorsitzender gelistet.[364]

Auf der Facebookseite des Verbandes Saarpfalz werden Artikel aus dem Vertriebenenblatt „Preußische Allgemeinen Zeitung“ und der neurechten „Jungen Freiheit“ der Leserschaft empfohlen.[365]

Bei den Bundestagswahlen 2013 hatte die AfD im Saarland 5,2 Prozent erzielt – das zweitbeste Ergebnis in den westdeutschen Bundesländern.[366]

Zu den Kommunalwahlen Ende Mai tritt die AfD im Saarland mit 23 Listen an, neben den Kreisen auch in 17 Städten und Gemeinden. Für den Wahlantritt wurden landesweit 3000 Unterstützungsunterschriften gesammelt. Ziel ist ein Ergebnis von sechs Prozent und der Einzug in die Stadträte von Saarbrücken, Saarlouis, Völklingen und Merzig.[367]

4.15 Bremen

Der Landesverband gründete sich am 12. Mai 2013.[368]

Landessprecher sind Christian Schäfer und Michael Schellong. Weiterhin im Vorstand vertreten sind Hadwin Struck, Alexander Tassis, Piet Leidreiter (Schatzmeister, auch Schatzmeister der Bundespartei), Ulf Nummensen, Jürgen Hauschild, Sven Bimber und Peter Jadasch.

---

360 AfD Sachsen-Anhalt (2014): Landeswahlprogramm des Landesverbandes der AfD Land Sachsen-Anhalt http://www.afd-lsa.de/?p=1239, abgerufen am 2.4.2014.

361 Saarländischer Rundfunk (3.5.2013): Gründung des AfD Saar: Alternative für Deutschland http://sr-mediathek.sr-online.de/index.php?seite=7&id=18219, abgerufen am 2.4.2014.

362 Das Berliner Forum (1.3.2014): 17.522 Mitglieder zum 28.02.2014, http://www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/190-17-522-mitglieder, abgerufen am 2.4.2014.

363 AfD Saarland (2014): Vorstand Landesverband Saar http://www.afd-saar.org/vorstand/, abgerufen am 2.4.2014.

364 AfD Saarland (2014): KV – Saarbrücken Land http://www.afd-saar.org/kv-saarbrucken-land/, abgerufen am 2.4.2014.

365 Alternative für Deutschland Saarpfalz https://www.facebook.com/afd.saarpfalz, abgerufen am 2.4.2014.

366 SR Online (21.3.2014): AfD tritt bei Kommunalwahlen an http://www.sr-online.de/sronline/nachrichten/politik_wirtschaft/afd_kommunalwahl_saarland100.html, abgerufen am 2.4.2014.

367 SR Online (21.3.2014): AfD tritt bei Kommunalwahlen an http://www.sr-online.de/sronline/nachrichten/politik_wirtschaft/afd_kommunalwahl_saarland100.html, abgerufen am 2.4.2014.

368 Jörn Albrecht (13.5.201): Partei "Alternative für Deutschland" gründet Bremer Landesverband http://www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/nordwestradio_journal/audio111274-popup.html, abgerufen am 2.4.2014.

Die Partei hat rund 120 Mitglieder im Bundesland.[369]

Bundesweit Schlagzeilen hatte ein Vorfall bei einer Wahlkampfveranstaltung im August 2013 in Bremen gemacht. Mehrere Störer aus dem linken Spektrum hatten den AfD-Bundesvorsitzenden bei seiner Rede bedrängt und geschubst. Die Partei hatte den Vorfall offenbar dramatischer dargestellt als er tatsächlich war - ein AfDler sei sogar „mit einem Messer angegriffen“ worden, war zunächst beklagt worden.[370]

Bei den Bundestagswahlen 2013 hatte die AfD in Bremen 3,7 Prozent erzielt. In Bremerhaven war das Ergebnis mit 4,1 Prozent geringfügig besser.[371] Auf Platz Eins der Landesliste trat der Landesvorsitzende Christian Schäfer an.

4.16 Schleswig-Holstein

Der Landesverband wurde am 27. April 2013 gegründet. Zurzeit hat die Partei rund 720 Mitglieder im Bundesland.[372]

Landessprecher der AfD in Schleswig-Holstein sind Jannis Andrae und Ulrike Trebesius. Als Stellvertreter fungieren Peter Haacke, Jürgen Joost, Matthias Piskatschek-Wahl (Amt ruht von Februar bis Mai 2014) und Sven Schmidt. In der Landesführung tätig sind außerdem Hans-Joachim von Berkholz, Karin Kaiser, Friedrich B. Osthold, Jürgen Rust und Gunnar.[373] Es existieren dreizehn Kreisverbände: Pinneberg (Sprecher: Martin Wood), Westküste (Peter Wendt, Elisabeth Cornils), Herzogtum Lauenburg (René Franke), Kiel (Arne Stanneck), Lübeck (Christoph Elfenkämper, Thomas Thomsen), Neumünster (Rolf Smolic, Jannick Joost), Ostholstein (Sven Schmidt), Plön (Gunnar Gerwien), Rendsburg-Eckernförde (Gloria Lawrenz), Schleswig-Flensburg (Peter Haacke), Segeberg (Silke Hammer, Jörg Nobis), Steinburg (Uwe Grabenkamp, Rolf Jonigk), Stormarn (Dirk Helms, Harald Redemann).[374] Auf Landesebene nennt der Verband Ansprechpartner für insgesamt 19 „Fachausschüsse“ („LFA“) zu Ressorts wie „Europa“, „Gesundheit“ und „Wirtschaft“.[375]

Martin Wood, AfD-Sprecher im Kreisverband Pinneberg, ist ehemaliger Landesvorsitzener der rechtspopulistischen Schillpartei in Schleswig-Holstein.[376] Dirk Helms, Sprecher des Kreisverbands Stormarn, war 2005 Mitunterzeichner eines Aufrufs des neurechten „Institut für Staatspolitik“.[377]

Bei den Bundestagswahlen 2013 hatte die AfD in Schleswig Holstein 4,6 Prozent Stimmanteil erzielt – das entspricht etwa dem Ergebnis im Bundesschnitt. In der Landeshauptstadt Kiel lag das Ergebnis bei lediglich 2,8 Prozent der Erst- und 3,7 Prozent der Zweitstimmen.

---

369 Das Berliner Forum (1.3.2014): 17.522 Mitglieder zum 28.02.2014, http://www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/190-17-522-mitglieder, abgerufen am 2.4.2014.

370 Eckhard Stengel (6.9.2013): Polizei relativiert Angaben zu Angriff auf AfD http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/afd-angriff-bremen-polizei, abgerufen am 2.4.2014.

371 Tagesschau Online (2013): Bundestagswahl 2013 http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/ergebnis-DE-HB.shtml, abgerufen am 2.4.2014.

372 Das Berliner Forum (1.3.2014): 17.522 Mitglieder zum 28.02.2014, http://www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/190-17-522-mitglieder, abgerufen am 2.4.2014.

373 AfD Schleswig-Holstein: Landesvorstand http://www.alternative-sh.de/landesvorstand, abgerufen am 2.4.2014.

374 AfD Schleswig-Holstein: Kreise http://www.alternative-sh.de/, abgerufen am 2.4.2014.

375 AfD Schleswig-Holstein: Landesfachausschüsse http://www.alternative-sh.de/landesfachausschuesse, abgerufen am 2.4.2014.

376 Polit Forum (2004): Landesverband Schleswig-Holstein, in: Polit Forum. Zeitung der Partei Rechtsstaatliche Offensive Nr. 1, 5/2004.

377 Institut für Staatspolitik (2005): Gegen das Vergessen http://staatspolitik.de/veranstaltungen/berliner-kolleg/downloads/sonstiges/050426_aufruf_faz.pdf, abgerufen und gespeichert am 3.7.2005, nicht mehr online.

Am unmittelbaren Wahltag im September hatte der AfD-Anhänger Klaus Schmidberger in Pinneberg nach Darstellung von Rathausmitarbeitern die Auszählung der Stimmen behindert. Er habe Verstöße gegen das Wahlgesetz festgestellt und wolle darum die gesamte Bundestagswahl anfechten, so Schmidberger damals.[378]

In einem Wahlkampfflyer hatten die Direktkandidaten Ulrike Trebesius (auch: Landessprecherin) und Sebastian Hausmann ein „Europa der Nationen“ gefordert.[379]

Für die Europawahlen ist Ulrike Trebesius, von Beruf Bauingenieurin, auf den aussichtsreichen Listenplatz 6 gewählt worden.[380]

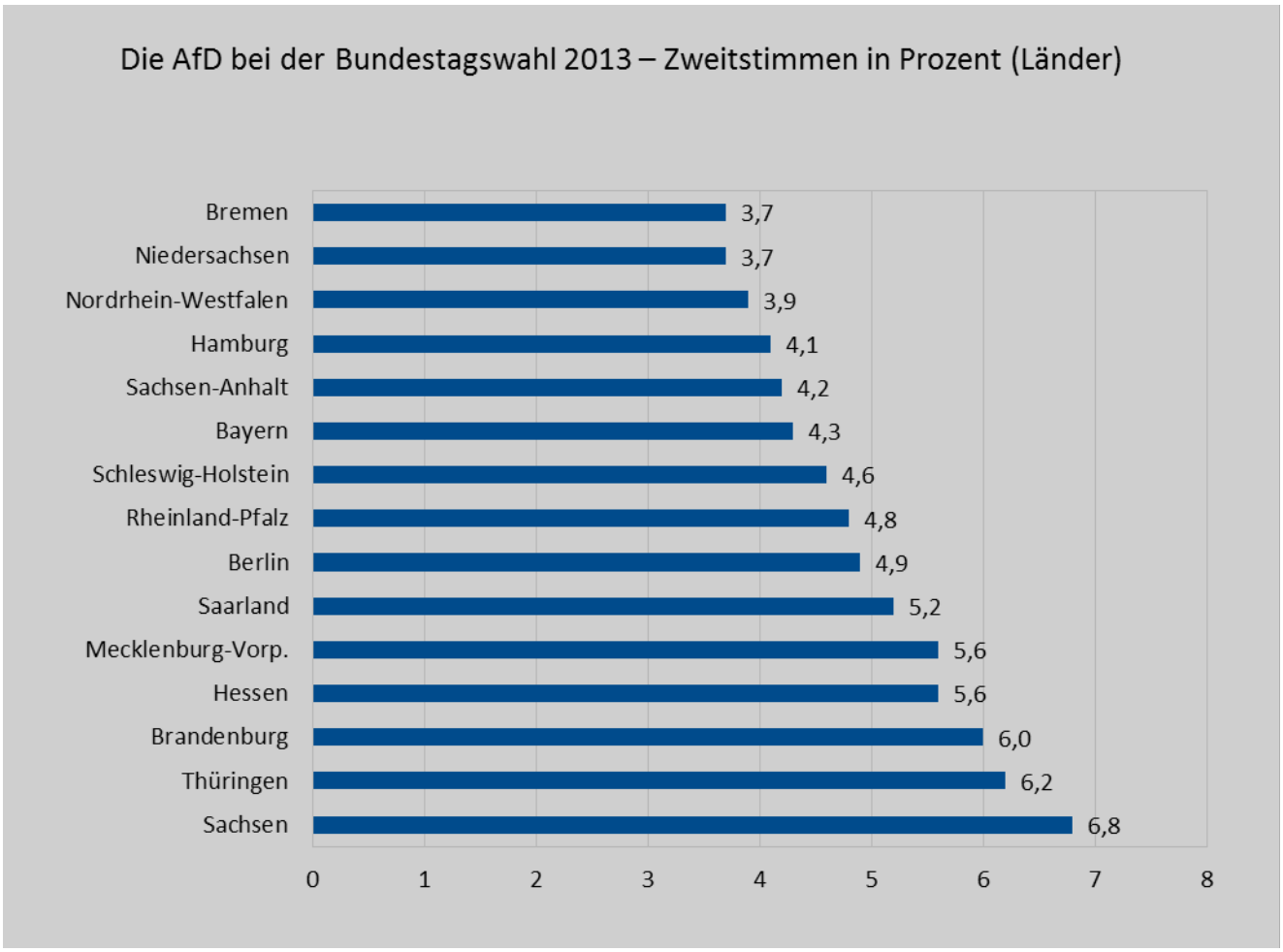
[378] Pinneberger Tageblatt (26.9.2013): AfD-Anhänger will die Bundestagswahl anfechten http://www.shz.de/lokales/pinneberger-tageblatt/afd-anhaenger-will-die-bundestagswahl-anfechten-id3730681.html, abgerufen am 2.4.2014.

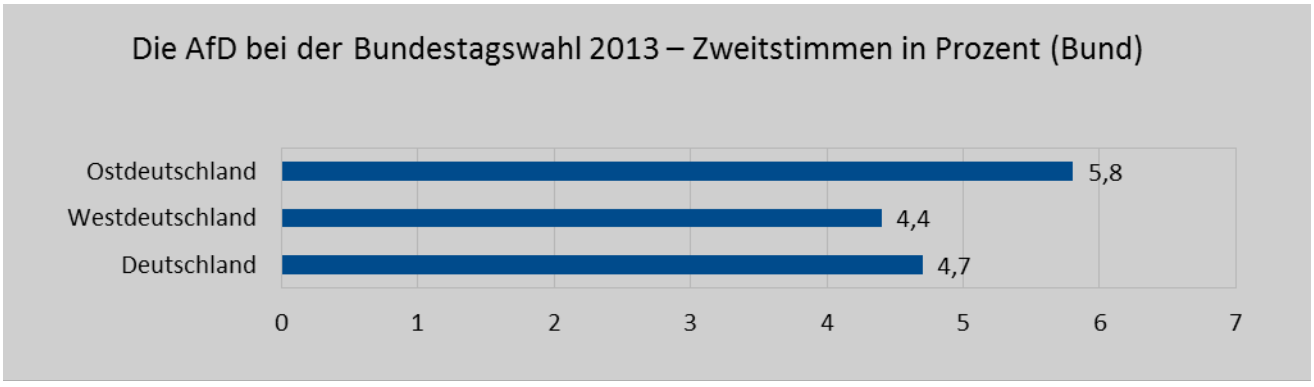
[379] Antifa Pinneberg (25.9.2013): Das abschneiden der rechts außen Parteien bei der Bundestagswahl 2013 im Kreis Pinneberg / Schleswig-Holstein http://antifapinneberg.blogsport.de/2013/09/25/das-abschneiden-der-rechts-aussen-parteien-bei-der-bundestagswahl-2013-im-kreis-pinneberg-schleswig-holstein/, abgerufen am 2.4.2014.

[380] AfD (2014): Unsere Kandidaten für Europa https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 2.4.2014.

5 Wählermilieus und Reaktionen aus dem rechten Rand

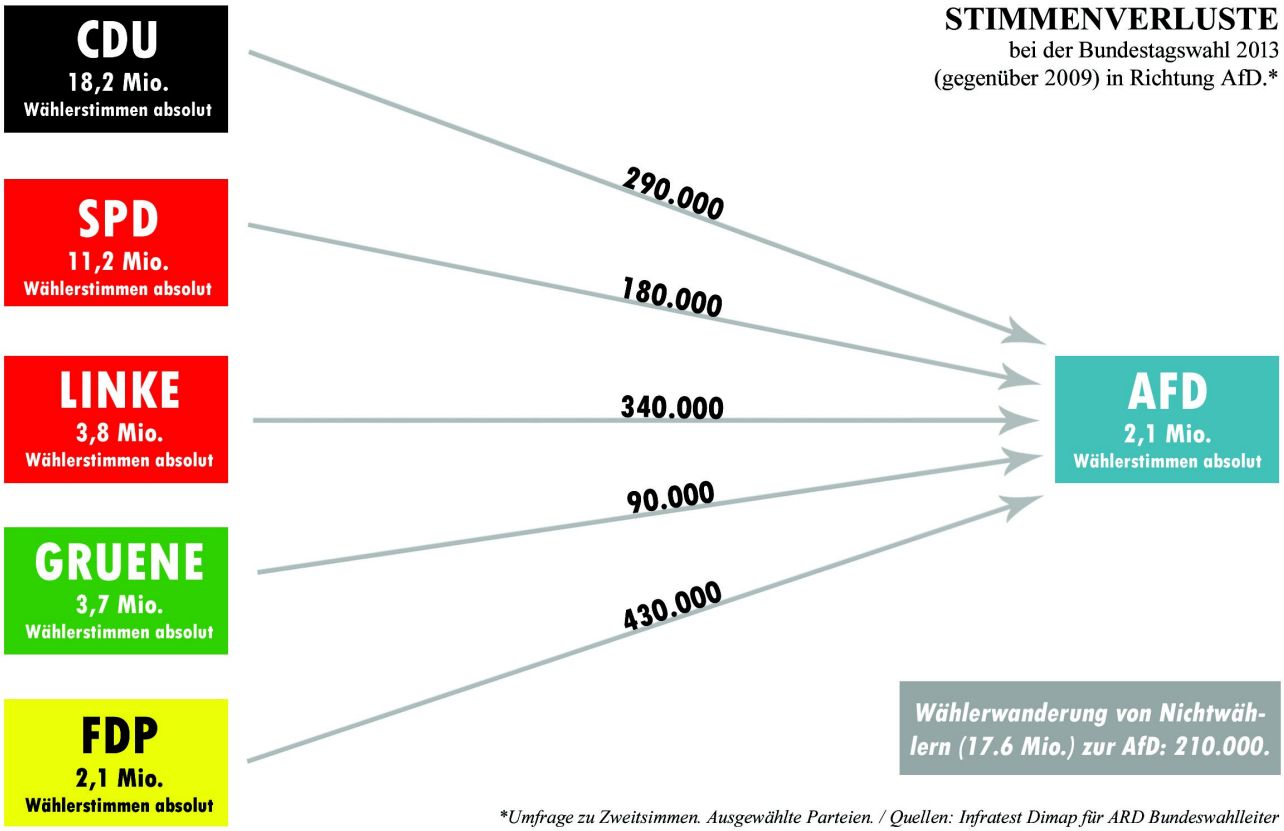
Nach der Bundestagswahl konnten durch die Auswertungen der Wahlforschungsinstitute Erkenntnisse über Wählerwanderungen sowie die Wählermilieus der AfD gewonnen werden, die wir im folgenden Kapitel zusammenfassend resümieren. Daran anschließend wird ein komprimierter Überblick zu den Reaktionen von den Parteien des rechten Randes sowie von rechten Medien auf die Entwicklung und den Bundestagswahlkampf der AfD gegeben.





5.1 Wählerwanderungen und Wählermilieus

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die AfD 4,7% der Wählerstimmen. Damit verfehlte die Partei ihr selbsterklärtes Ziel knapp, die 5%-Hürde zu überspringen. Auch bei der gleichzeitig abgehaltenen hessischen Landtagswahl, bei der die AfD 4,0 % erzielte, wurde dieses Ziel verpasst. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang noch keiner Partei außer der AfD gelungen ist, innerhalb weniger Monate nach der Parteigründung bei einer Bundestagswahl einen solchen Achtungserfolg zu erzielen. Die Erkenntnisse zur Bundestagswahl geben weitere Hinweise darauf, wie sich die Partei künftig aufstellen will.



Die größte Anzahl an Wechselwählern konnte die AfD der FDP abringen – laut Infratest dimap rund 430.000 Stimmen.[381] 340.000 kamen demnach von der Partei Die Linke, 290.000 von CDU und CSU, 180.000 von der FDP und 90.000 von den Grünen. 210.000 Wähler hatten zuvor nicht gewählt. Zwischen diesen rund 1,54 Millionen Wählerinnen und Wählern und den gut 2,05 Millionen Zweitstimmen, die die AfD auf sich vereinigen konnte, klafft eine Lücke von rund einer halben Million; laut Infratest dimap sind 100.000 von ihnen Erstwählerinnen und -wähler und 10.000 aus dem Ausland Zugezogene, während 410.000 von kleineren Parteien zugewandert sind. Bezüglich der Wanderung von der FDP zur AfD ist festzuhalten, dass die Auflösung des FDP-Stimmenpools keinesfalls nur der AfD zugute kam. Vielmehr wechselten 530.000 von der FDP zur SPD und sogar 2,11 Millionen zur Union; 460.000 frühere FDP-Wählerinnen und -Wähler gingen diesmal gar nicht zur Urne. Bei den 430.000, die dieses Mal für die AfD votierten, dürfte es sich laut Vorwahlumfragen vor allem um den rechten FDP-Flügel gehandelt haben. „Überproportional viele“ AfD-Anhängerinnen

[381] Analysen Wählerwanderung. http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml , abgerufen am 02.10.2013.

und -Anhänger „kommen vom rechten Flügel der FDP“, wurde der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, in der Woche vor der Wahl in der Presse zitiert. Güllner konstatierte darüber hinaus signifikante Übereinstimmungen zwischen der AfD-Anhängerschaft und dem Milieu der „Schönhuber-Republikaner in den 90er-Jahren“.[382]

Betrachtet man die regionale Herkunft der AfD-Wählerinnen und -Wähler, so zeigt sich, dass die Partei ihre besten Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern gewinnen konnte. In Sachsen erreichte sie mit 6,8 Prozent ihr stärkstes Resultat; darauf folgten Thüringen (6,2 Prozent) und Brandenburg (6,0 Prozent). 5,6 Prozent erzielte die AfD in Mecklenburg-Vorpommern und in Hessen, ihrem stärksten westdeutschen Bundesland. Unter vier Prozent blieb die Partei nur in Nordrhein-Westfalen (3,9 Prozent), Niedersachsen (3,7 Prozent) und Bremen (3,7 Prozent). Die Spitzenergebnisse in Ostdeutschland wurden in Bundesländern erzielt, in denen die Partei stärker als im Westen mit dem Thema Einwanderung geworben hat: Slogans wie „Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme!“ kamen dort auf Plakaten besonders häufig zum Einsatz. Die Tatsache, dass die NPD ebenfalls mit dem Thema Einwanderung in vielen ostdeutschen Bundesländern zwischen zwei und drei Prozent an Wählerzustimmung erreichen konnte, verweist auf die Unterschiedlichkeit der Wählermilieus beider Parteien. Anders hingegen verhält es sich mit den *Republikanern*, die augenscheinlich ihr Wählerpotenzial an die AfD verloren haben.

Der Wahlreport von *Infratest Dimap* [383]zur Bundestagswahl 2013 gibt Einblicke in das Wahlverhalten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen:

- Die meisten AfD-Wähler sind männlich und im Alter von 17-44 Jahren
- Zustimmung erhielt die AfD am häufigsten von Arbeitern, am wenigsten von Erwerbslosen

Peter Matuschek, Forsa-Bereichsleiter für Politik- und Sozialforschung, wird mit der Aussage zitiert, der „typische“ AfD-Wähler sei „selbständig, männlich, mit eher überdurchschnittlichem sozialen Status und Einkommen“ ausgestattet: Ein „Vertreter der gehobenen Mittelschicht“, der sich „zwischen unten und oben zerrieben fühlt“.[384] Zu einem anderen Resultat kommt Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap, dem zufolge „die AfD-Wähler ... aus allen Richtungen“ kämen; die stärkste Zustimmung erhalte die „Professorenpartei“ tatsächlich unter Arbeiterinnen und Arbeitern.[385] Gesichert scheint hingegen zu sein, dass die AfD vorwiegend von jüngeren Menschen gewählt wird; bei Seniorinnen und Senioren brachte sie es nur auf drei Prozent. Männer votieren zu einem größeren Anteil für sie als Frauen. Entsprechend hat die AfD ihre stärkste Wählergruppe bei Männern bis zu 45 Jahren.[386]

5.2 Reaktionen aus Parteien vom rechten Rand

Bei bundesweiten Wahlen sind extrem rechte Parteien seit Jahren ohne Chance. Die NPD erreichte bei der Bundestagswahl 2013 gerade einmal 1,3 Prozent (minus 0,2 %), leidet unter Finanzproblemen und muss sich seit Längerem mit internen Auseinandersetzungen über strategische Orientierungen beschäftigen. Die *Republikaner* büßten bei der Bundestagswahl mehr als die Hälfte ihrer Stimmen ein

---

382 Günther Lachmann: AfD-Anhänger aus dem Milieu der Schönhuber-Wähler, 18.09.2013. http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html , abgerufen am 02.10.2013.

383 Infratest Dimap (2013): Wahlreport Bundestagswahl 2013

384 Wer hat die Alternative für Deutschland gewählt? 23.09.2013. http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/wer-hat-die-alternative-fuer-deutschland-gewaehlt-008043, abgerufen am 02.10.2013.

385 Ebd.

386 Wer wählte was warum? http://www.tagesschau.de/wahl/wahlanalyse124.html, abgerufen am 02.10.2013.

und erreichten nur noch 0,2 Prozent (minus 0,2 %). Die *pro*-Gruppierungen sind gespalten. Ihr größerer Teil (*pro NRW*) hatte von einer Teilnahme an der Bundestagswahl abgeraten, die ihr kleinerer Teil (*pro Deutschland*) im Alleingang in Angriff nahm. *Pro Deutschland* kam ebenfalls auf nur 0,2 Prozent. Andere rechtspopulistische Formationen wie die *Bürger in Wut* oder *Die Freiheit* kandidierten bei der Bundestagswahl 2013 gar nicht erst.

Für die Parteien der extremen Rechten ist mit der AfD eine zusätzliche Konkurrenz entstanden, die ihr ohnehin schmales Wählerreservoir bedroht – und das mit einem Thema, das zentral zu ihrem Repertoire zählt. Parolen gegen Euro und EU finden sich etwa bei NPD, *Republikanern* und *pro*-Parteien seit Jahren. Es überrascht also nicht, dass Gründung und Entwicklung der AfD im heterogenen Spektrum der extrem rechten Parteien und Organisationen für erhebliche Aufmerksamkeit gesorgt haben.

In Teilen des rechtspopulistischen Spektrums führt das Wahlergebnis vom 22. September 2013 – und nicht zuletzt das Abschneiden der AfD – zu neuen strategischen Überlegungen. So kündigte die Kleinpartei *Die Freiheit* an, ihre bundes- und landespolitischen Aktivitäten würden eingestellt; man beschränke sich auf bereits begonnene kommunalpolitische Ansätze. *Pro Deutschland* will der AfD bei Wahlen aus dem Wege gehen, ohne aber bundes- und landespolitische Ambitionen endgültig aufzugeben. Zugleich setzt *pro NRW* bisher erfolglos die Versuche fort, die Reste des rechtspopulistischen Lagers zu einer Zusammenarbeit zu bewegen – am besten unter der eigenen „Federführung“.

Die *Alternative für Deutschland* setze auch auf Stimmen vom rechten Rand: So fasste das *Handelsblatt* Mitte Mai 2013 ein Interview mit AfD-Chef Bernd Lucke zusammen.[387] „Grundsätzlich ist es gut, wenn jemand uns wählt und nicht die NPD“, zitierte das Blatt Lucke. Er sehe im Einbinden rechter Protestwähler eine Funktion der AfD, denn diese Wähler seien nicht von vornherein extremistisch. „Ohne uns“, so der AfD-Chef, „gäbe es die Gefahr, dass enttäuschte Wähler, die eigentlich gar nicht rechts sind, aus Protest extremistische Parteien wählen“. Stefan Menzel, der stellvertretende Chefredakteur von *Handelsblatt Online*, kommentierte, Lucke „setzt darauf, dass er auch am rechtsextremen Rand bei der NPD nach Wählern fischen kann. Eine schreckliche Perspektive – die AfD marschiert mit Volldampf los aus dem Spektrum der demokratischen Parteien“.[388]

Folgend wird ein komprimierter Überblick gegeben über die unterschiedlichen Parteien rechts der Union, ihre Bewertungen des Ergebnisses der Bundestagswahl 2013, insbesondere mit Blick auf die AfD, und die strategischen und taktischen Folgerungen, die sie aus der Entwicklung der AfD entwickeln.

5.2.1 Die NPD und die AfD

Ausgangslage: Die NPD befindet sich – wieder einmal – in einer Krise. Finanziell ist sie fast schon traditionell klamm. Intern beschäftigt sie ein Streit über die strategische Ausrichtung. Der Versuch des ehemaligen, inzwischen zurück- und aus der Partei ausgetretenen Parteivorsitzenden Holger Apfel, der NPD mit seinem Konzept einer „seriösen Radikalität“ ein gemäßigter wirkendes äußeres Erscheinungsbild zu verordnen, kann als gescheitert gelten. Im Westen der Republik leidet die Partei unter erheblichen Mobilisierungsproblemen.

[387] Handelsblatt (15.5.2013): Wahlkampf – AfD-Chef will NPD-Wähler gewinnen http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wahlkampf-afd-chef-will-npd-waehler-gewinnen/8209858.html zuletzt abgerufen am 25.8.2013

[388] Handelsblatt (15.5.2013): Was vom Tage bleibt – Unangenehmes von Deutschlands neuer Partei http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/was-vom-tage-bleibt/was-vom-tage-bleibt-unangenehmes-von-deutschlands-neuer-partei/8212684.html zuletzt abgerufen am 25.8.2013

Uwe Meenen, damals stellvertretender Landesvorsitzender in Berlin, skizzierte kurz nach der Gründung der AfD die Sorge, die manchen NPD-Funktionär umtrieb: „Der NPD dürften erst einmal kurzfristig die bürgerlichen Protestwähler abhanden kommen.“[389] Beileibe nicht alle Wähler der NPD sind ideologisch auf die Partei fixiert. Unter ihnen dürfte es nicht wenige geben, die landläufig als „Protestwähler“ bezeichnet werden. Manchen von ihnen dürfte die AfD als das erscheinen, was Apfel als Ziel bloß proklamiert hatte: „seriös-radikal“ zu sein. Und vor allem: Absehbar deutlich bessere Wahlergebnisse und die mediale Beachtung, die die AfD erfährt, könnten einige veranlassen, ihr Kreuz nicht mehr bei der NPD, sondern bei der neuen Partei zu machen, weil dies ein „Protest“-Votum kenntlicher erscheinen lässt. Konterkariert wurde durch das Auftauchen der AfD zudem der Versuch der NPD, sich als *die* Anti-EU- und Anti-Euro-Partei schlechthin darzustellen.

Bundestagswahl 2013: Das NPD-Präsidium wertete das Ergebnis von 1,3 Prozent als Zeichen der „Stabilisierung“ der Partei.[390] Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Claus Cremer zeigte sich „zufrieden“ mit ihrem Abschneiden, „bedenkt man den medialen Hype um die Protestkanalisationspartei AfD und die andauernden Diffamierungen der NPD in Bezug auf das NSU-Terror-Märchen und das Verbotsgerede“.[391] In Abgrenzung zur AfD meinte die NPD, sie selbst sei im Wahlkampf die einzige Partei gewesen, „die mit ihrer klaren Losung ‚D-Mark statt Euro-Pleite’ aufzeigte, was getan werden muß, um der Euro-Krise zu entgehen“.

Bewertung der AfD: Das NPD-Präsidium attestierte der „sogenannten 'Alternative für Deutschland'“ nach der Bundestagswahl eine „vollmundige Ankündungsrhetorik“. Sie sei „eine Partei des ‚Status Quo’ und eben nicht eine wirkliche Alternative“. Im Wahlkampf habe man die „mediale Inszenierung einer Scheinalternative“ erlebt.

Ähnlich hatte es bereits vor der Wahl vom 22. September geklungen. So griff etwa der sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel, der als einer der „Vordenker“ innerhalb der Partei bezeichnet werden kann, Mitte Mai 2013 ein Interview des AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke auf, das unter der Überschrift „AfD will nicht zurück zur D-Mark“ in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* erschienen war. Luckes Äußerung: „Nicht Deutschland soll den Euro verlassen, sondern die südeuropäischen Staaten“, kommentierte Gansel mit den Worten: „Allerspätestens damit entlarvt sich diese Partei aus gefrusteten FDP- und CDU-Leuten als windelweiche Scheinopposition, die nur die systemstabilisierende Funktion hat, Wählerwanderungen zur authentischen Anti-Euro-Partei NPD zu verhindern.“[392] Gansel monierte, dass Lucke bereits zuvor erklärt habe, das deutsche Asylrecht sei ihm zu scharf und „Asylanten“ müssten ein Recht auf Arbeit haben. Außerdem habe er „ausgerechnet die Euro-Fanatiker Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher zu den politischen Leitsternen seiner Partei“ gezählt. Lucke, so Gansel weiter, sei ein „Anpasser“, der sich nun „auch noch von der Forderung nach Rückkehr zur Deutschen Mark als Garanten von Volkswohlstand und nationaler Währungssouveränität“ verabschiede. Die AfD sei „für jeden nationalgesinnten Deutschen unwählbar!“

Ende Mai 2013 beschäftigte sich Ronny Zasowk, der im NPD-Präsidium für das „Amt Bildung“ verantwortlich zeichnet, auf der Internetseite der Partei unter der Überschrift „Danke, AfD! Die pseudo-eurokritische Mogelpackung hat sich selbst entlarvt“ mit der AfD.[393] Zasowk sprach von einer

---

389 Alternative Systempartei für Deutschland? (15.4.2013), http://wohin-deutscherechte.de/?p=320 , zuletzt aufgerufen am 1.9..2013

390 NPD: Mit Zuversicht ins Superwahljahr 2014! (23.9.2013) http://www.npd-presse.de/2013/09/23/mit-zuversicht-ins-superwahljahr-2014/ , zuletzt abgerufen 23.9.2013

391 Erste Stellungnahme / Erster Kommentar zur Bundestagswahl 2013 des Landesvorsitzenden der NPD-NRW, Claus Cremer (23.9.2013) http://www.npd-presse.de/2013/09/23/erste-stellungnahme-erster-kommentar-zur-bundestagswahl-2013-des-landesvorsitzenden-der-npd-nrw-claus-cremer/ , zuletzt abgerufen 7.3.2014

392 „AfD will nicht zurück zur D-Mark“ (19.5.2013), zitiert nach: http://www.ex-k3-berlin.de/?p=60740 zuletzt abgerufen am 1.9.2013

393 Ronny Zasowk: Danke, AfD! Die pseudo-eurokritische Mogelpackung hat sich selbst entlarvt (31.5.2013), zitiert nach:

„Selbstentlarvung in Rekordzeit!“ So schnell hätten sich „nicht einmal die Piraten als sich anbiedernde Systempartei herausgestellt“. Zasowk weiter:

„Die anfangs als Anti-Euro-Partei gestartete 'Alternative für Deutschland' (AfD), die sich zuerst für den Ausstieg aus dem Euro stark machte und davon bereits wenige Wochen später nichts mehr wissen wollte, die nun nicht mehr den Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone fordert, sondern lediglich die kriselnden Südstaaten aus dem Euro-Raum ausschließen möchte, hat sich nun noch mehr den etablierten Parteien als potentieller Steigbügelhalter angedient.“ Die AfD sei „keine Alternative für Deutschland, sondern lediglich eine Mogelpackung zur Kanalisierung des berechtigten Anti-Euro-Protests im deutschen Volk“.

Ähnlich sah das die Thüringer NPD. Sie stellte die AfD als „Alternative für Karrieristen und Wählertäuscher“ dar.[394] Auf Wahlplakaten mit Slogans wie „Wir sind nicht das Weltsozialamt!“ oder „Mut zur Wahrheit – Raus aus diesem Euro“ stelle die AfD Forderungen auf, „die seit vielen Jahren von den Nationaldemokraten erhoben werden und in der bundesdeutschen Parteienlandschaft zu regelmäßigen Anfeindungen gegen die NPD führen“. Die Thüringer NPD lenkte den Blick auf das Personal der AfD, das teils aus „CDU, SPD und anderen Partei des etablierten Mainstreams“ stamme, teils für die „tonangebenden politischen Meinungsmacher in dieser Republik“ gearbeitet habe. Inzwischen würden diese „Männer und Frauen, die vorher unterschiedliche politische Ansichten pflegten, sich plötzlich in einer Partei wiederfinden, die Positionen vertritt wie sie vorher nur von der NPD zu hören waren“. Die NPD Thüringen schließt die Frage an: „Könnte hier nicht der Verdacht entstehen, daß mit der Alternative für Deutschland nur rechtskonservatives bis nationalistisches Wählerpotenzial abgeschöpft werden soll?“

Indirekt hoffte die NPD gleichwohl, trotz aller Abgrenzungen der neuen Partei vom rechten Rand vom Auftreten der AfD profitieren zu können. „Natürlich ungewollt“ komme ihr „eine Eisbrecher- und Türöffner-Funktion für die viel weitergehende EU-Kritik der NPD zu“, erklärte NPD-Pressesprecher Frank Franz im April 2013.[395] Die AfD verfüge „nicht zuletzt durch ihre angesehene Professoren-Riege über den Medienzugang, den die NPD noch nicht hat“. Wohlwollende Berichterstattung in vielen Zeitungen und Talkshow-Auftritte von Lucke würden für die Euro-Kritik eine Breitenwirkung schaffen, „die die NPD aus eigener Kraft gar nicht erzielen könnte“. Franz: „Lucke schlägt große Löcher in die bisherige Schweigemauer, die um die nationalen Euro-Kritiker errichtet wurde. Er macht Positionen massenmedial salonfähig, die die NPD als authentische Anti-Euro-Partei schon immer vertreten hat.“ Das Fazit des NPD-Sprechers: „In puncto Popularisierung der Euro-Kritik bleibt es dabei, daß die 'Alternative für Deutschland' für uns Nationaldemokraten die Rolle des nützlichen Wegbereiters spielt!“

Dabei gibt es durchaus auch selbstkritische Stimmen, die eigene Defizite ins Blickfeld rücken. Sie scheinen in der NPD aktuell aber in einer Minderheitsposition zu sein. Karl Richter, der bei der Nominierung der Europawahlkandidaten nicht berücksichtigte stellvertretende Parteivorsitzende, gehört zu der Gruppe der innerparteilichen Kritiker. In einem Interview mit der extrem rechten Internetseite *Sache des Volkes* erklärte er im Januar 2014[396]: „Hätte die NPD das Feld in der Vergangenheit erfolgreicher besetzt, gäbe es heute keine AfD, die ihr Wählerstimmen abspenstig

---

http://www.npd-niedersachsen.de/index.php/menue/58/thema/69/id/3565/Aktuelles.html zuletzt abgerufen am 7.3.2014

394 NPD Thüringen: AfD – Die Alternative für Karrieristen und Wählertäuscher (16.8.2013), http://www.npd-thueringen.de/?p=2795 , zuletzt abgerufen am 1.9.2013

395 NPD über die „Alternative für Deutschland“: Wichtige Eisbrecher- und Türöffner-Funktion für die nationaldemokratische Euro- und EU-Kritik (9.4.2013) http://www.npd-presse.de/2013/04/09/npd-uber-die-alternative-fur-deutschland-wichtige-eisbrecher-und-turoffner-funktion-fur-die-nationaldemokratische-euro-und-eu-kritik/ zuletzt abgerufen am 1.9.2013

396 SdV-Gespräch mit Karl Richter (NPD) über dessen Kandidatur zur Europawahl 2014 (2.1.2014) http://sachedesvolkes.wordpress.com/2014/01/02/sdv-gesprach-mit-karl-richter-npd-uber-dessen-kandidatur-zur-europawahl-2014/ , abgerufen am 2.3.2014

machen kann.“ Zwar seien AfD und NPD nicht austauschbar und die AfD werde auch niemals eine „echte nationale Alternative“, weil sie „zum Beispiel in Sachen Islamisierung und Überfremdungspolitik völlig naiv, ja geradezu realitätsfremd argumentiert“. Das sei aber nur die halbe Wahrheit so Richter: „Die NPD hat den Bogen nicht hinbekommen, ein breites bundesdeutsches Wählerpublikum – mit all seinen Defiziten und Verformungen – für einen modernen Patriotismus anzusprechen.“ Dies sei der vieldiskutierte Unterschied zur FPÖ. „Leider verstehen viele eigene Parteimitglieder nicht, daß man nicht zum Verräter an der deutschen Sache wird, wenn man sie moderner, zeitgemäßer, bürgernäher zu verpacken versucht. Viele wollen das gar nicht. Viele wollen nicht aus dem selbstgewählten Ghetto einer Partei am rechten Rand heraus, in dem man sich behaglich eingerichtet hat.“ Die Programmatik der NPD sei richtig. Richter weiter: „Ihr Erscheinungsbild, ihre Öffentlichkeitsarbeit, nicht zuletzt ihr Selbstverständnis muß aber schnellstmöglich bürgernäher, zeitnäher, offener und nicht zuletzt sympathischer werden. Schwarzweißrote Schlagetots wird niemand wählen.“

Eine größere Bündnisfähigkeit seiner Partei strebt offenbar auch Andy Knape, der Bundesvorsitzende der NPD-Nachwuchsorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN), an: „Wer im Europaparlament arbeiten will, braucht das Bündnis mit FPÖ, Front National und anderen Rechtsparteien!“, wird er auf einer Internetseiten der JN zitiert.[397] Welche Veränderungen dafür bei der NPD, die bisher auf europäischer Ebene so isoliert ist wie die griechische *Goldene Morgenröte* oder die ungarische *Jobbik*-Partei, erforderlich wären, beschreibt er nicht. Die AfD kritisiert er aber in seinem Beitrag wegen deren Abgrenzung nach rechtsaußen: „Gewählte Landesvorstandsmitglieder, die man ‚zu rechts’ findet, werden abgesetzt. Parteichef Lucke erklärt, mit EU-Skeptikern aus anderen Ländern nicht zusammenarbeiten zu wollen.“ Viele AfD-Mitglieder sähen sich zudem „einer Antifa von außen und einer Antifa von innen ausgesetzt“.

Strategische Folgerungen: Seine Partei müsse gerade auch mit Blick auf die Europawahl 2014 noch deutlicher herausstellen, „daß nur die NPD nicht nur den Euro sondern auch die EU als völker- und freiheitsfeindliches Gebilde ablehnt“, forderte Cremer. „Auch muß für uns Nationalisten klar sein, daß nicht nur die Eurofrage die Probleme lösen wird, sondern daß hier ganzheitliche Politikansätze zum Tragen kommen müssen.“ Was damit gemeint sein könnte, verdeutlichte das NPD-Präsidium in einer Erklärung: „Die einzige Partei, die konsequent für einen Ausstieg aus dem Euro steht, ist die NPD, denn nur sie will zurück zur D-Mark! Und vor allem ist die NPD die einzige echte Anti-Überfremdungspartei – auf diese Kernkompetenzen und Alleinstellungsmerkmale gilt es, sich künftig noch stärker zu konzentrieren!“[398]

Ähnlich wie im Bundestagswahlkampf dürften daher im Vorfeld der Europawahl erneut provokative Kampagnen der NPD gegen Migranten, den Islam und demokratische Politiker, die angeblich eine „Überfremdung“ vorantreiben, zu erwarten sein. Auch der sächsische Landtagswahlkampf der NPD dürfte durch solche Kampagnen geprägt sein. Dort steht schließlich das parlamentarische Überleben der Partei in einem der beiden Landesparlamente, in denen die Partei vertreten ist, auf dem Spiel.

5.2.2 Die *Republikaner* (REP) und die AfD

Ausgangslage: Die *Republikaner* waren in der Geschichte der Bundesrepublik – bei der Europawahl 1989 – die einzige extrem rechte Partei, die bei einer bundesweiten Wahl die Sperrhürde von fünf Prozent überwinden konnte. In den letzten zwei Jahrzehnten befindet sich die Partei in einem kontinuierlichen Niedergang. In weiten Teilen des Landes ist sie ohne Basis.

[397] Andy Knape: Gedanken zur AfD (20.2.2014) http://aktion-widerstand.de/andy-knape-gedanken-zur-afd/ , zuletzt abgerufen 7.3.2014

[398] Deutsche Stimme aktuell: Mit Zuversicht ins Superwahljahr 2014! (23.9.2013) http://ds-aktuell.de/?p=3356 , zuletzt abgerufen 7.3.2014

Bundestagswahl 2013: Die *Republikaner* büßten bei der Bundestagswahl mehr als die Hälfte ihrer Stimmen ein (von 193.396 auf 91.660) und erreichten nur noch 0,2 Prozent. Nur in zehn der 16 Bundesländer gelang es, Listen aufzustellen und die erforderlichen Unterstützungsunterschriften vorzulegen. In einer sehr knapp gehaltenen Erklärung zum Ausgang der Wahl wurde der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer mit den Worten zitiert: „Das Wahlergebnis stellt für die Republikaner einen absoluten Tiefpunkt dar, daran gibt es nichts schönzureden.“[399]

Bewertung AfD: Die AfD habe „zahlreiche, zum Teil schon lange vertretene Positionen der Republikaner medienwirksam übernommen und damit Wähler mobilisieren und von den Republikanern abziehen können“, hieß es nach der Wahl.

Knapp vier Wochen vor dem Gründungsparteitag der AfD Anfang 2013 erschien auf der Internetseite der *Republikaner* ein Beitrag, der sich mit der neuen Formation beschäftigte.[400] „Es bedarf keiner neuen Partei in diesem Lande, da all die Forderungen der 'Alternative...' bereits genau so von der Partei Die Republikaner (...) erhoben werden“, hieß es dort. Nötig sei vielmehr ein „Zusammenschluß aller rechtskonservativen Parteien Deutschlands“. Und rhetorisch wurde gefragt: „Besteht Deutschland nur aus Sektierern, denen es nicht um das Land als Gesamtheit geht, sondern um die eigene Profilneurose?“

Trotz der Kritik nahm mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Detlev Stauch ein hochrangiger REP-Funktionär am AfD-Parteitag am 15. April 2013 in Berlin teil. Der Bericht der Partei über Stauchs Besuch wurde unter der Überschrift „REPs unterstützen neue Partei AfD“ veröffentlicht.[401] Die *Republikaner* hätten sich bei der Veranstaltung „für den gemeinsamen Kampf gegen eine drohende EU-Diktatur eingesetzt“, hieß es dort. Stauch habe zu einer möglichen Kooperation mit der AfD in einem „Interview“ gegenüber dem *Bayerischen Rundfunk* erklärt: „Unsere gemeinsame Ebene ist der Kampf gegen den Euro, der Kampf gegen den Verfall unserer Werte durch die Europäische Union.“

Die AfD zeigte in der Folge freilich kein Interesse an einem „gemeinsamen Kampf“ oder an einer Suche nach einer „gemeinsamen Ebene“ mit den *Republikanern*. Seither fand die AfD in den offiziellen Mitteilungen der Partei nur noch selten Erwähnung. Den REP ging es vielmehr darum, sich selbst als Alternative mit einer deutlich breiteren Programmatik darzustellen. So hieß es Anfang Mai 2013 in einer Pressemittelung zur erfolgreichen Sammlung von Unterstützungsunterschriften in Baden-Württemberg mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf: „Inhaltlich werden sich die Republikaner mit der Wohlstandsvernichtung durch den Euro, der mit Hilfspaketen und Rettungsschirmen zur dauerhaften Umverteilungsmaschinerie zu Lasten Deutschlands geworden ist, der besonderen Belastung Baden-Württembergs durch den Länderfinanzausgleich, sowie der Einwanderungs- und Integrationspolitik mit der aktuellen Asylproblematik befassen.“[402]

Die AfD erschien hingegen in den Veröffentlichungen der *Republikaner* als im Grunde genommen politikunfähige Partei, die zu wichtigen Themenfeldern nichts zu sagen wusste. Nach einer Diskussionsveranstaltung in Berlin hieß es am 21. Juni 2013 auf der Internetseite der *Republikaner* unter der Überschrift „Ökonomischer Wasserkopf“: „Den Euro-Kritikern um Professor Lucke von der

---

399 Die Republikaner: Republikaner analysieren Wahlniederlage (23.9.2013) http://www.rep.de/content.aspx?ArticleID=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=4098eb7d-f7c8-44be-88de-63865bdd645e , zuletzt aufgerufen am 2. Oktober 2013

400 Die Republikaner: Zusammenschluß aller rechtskonservativen Parteien (20.3.2013) http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=227a9aef-9743-4cfc-b565-5fb8adebb634 , zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

401 Die Republikaner: REPs unterstützen neue Partei AfD (15.4.2013) http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=5015bf7a-37f1-412d-98fb-fc858702a483 , zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

402 Die Republikaner: Republikaner treten zur Bundestagswahl in Baden-Württemberg an (7.5.2013) http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=204138b4-5cbd-4fa2-a2d7-8e04f21a4040 , zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

'Alternative für Deutschland' (AfD) scheint es weniger um einen grundsätzlichen Politikwechsel zu gehen. Vielmehr scheinen die Professoren vor allem die korrekte Anwendung ihres ökonomischen Lehrbuchwissens zu verlangen. Wie ist es denn sonst zu verstehen, dass man (...) zwar allerhand ökonomisches Expertenwissen serviert bekam, dass aber andererseits von den entscheidenden Fragen nach Demokratie, Freiheit und Identität in Europa keine Rede war?“[403]

Strategische Folgerungen: Die *Republikaner* wollen bei der Europawahl 2014 antreten, allerdings teilweise mit neuem und weithin unbekanntem Personal aus der zweiten Reihe der Partei.[404] Eine Wahlteilnahme ist für die *Republikaner* nicht nur wichtig, um zu beweisen, dass man als Partei noch handlungsfähig ist. Es geht auch um Finanzen: Die Partei dürften schon sehr bald ernsthafte finanzielle Probleme quälen – es sei denn, sie würde bei der Europawahl mit einem Ergebnis von mindestens 0,5 Prozent neuerlich einen Anspruch auf Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung erwerben. Dass die REP bei einer bundesweiten Wahl diese Schwelle erreichen kann, erscheint aber derzeit unrealistisch.

5.2.3 *Bürgerbewegung pro Deutschland* und die AfD

Ausgangslage: Die rechtspopulistische Partei *Bürgerbewegung pro Deutschland* hat sich aus der *Bürgerbewegung pro Köln* heraus entwickelt. Anders als die ehemalige Schwesterpartei *Bürgerbewegung pro NRW* verfolgte sie von Anfang an einen bundesweiten Ansatz. Bei den Wahlen, zu denen sie bisher antrat, scheiterte die Formation, die lediglich in Berlin einen eigenständigen Landesverband unterhält. Bei der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses kam sie im September 2011 auf 1,2 Prozent, bei der Bundestagswahl 2013 auf 0,2 Prozent.

Bundestagswahl 2013: Die AfD habe offenbar „das gesamte derzeit mobilisierbare freiheitliche Wählerpotential aufgesogen“, hieß es in einer Erklärung des *pro D*-Vorsitzenden Manfred Rouhs zur Bundestagswahl.[405] Rouhs: „Ohne den AfD-Effekt hätten wir zumindest mit einem Achtungserfolg in Sichtweite der symbolisch wichtigen Marke von einem Prozent rechnen dürfen.“

Bewertung AfD: „Genau richtig“ liege die AfD, wenn sie den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro fordere, erklärte Rouhs. „Falsch liegt sie mit der Forderung nach mehr Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt und dem Recht auf Arbeit für Asylbewerber.“ Solche Positionen ließen „den neoliberalen, globalisierungsfreundlichen Kern der Ideologie derer erkennen, von denen die finanziellen Zuwendungen kommen, die den schnellen Aufstieg der AfD möglich gemacht haben“. Die AfD, so der *pro D*-Vorsitzende, werde „entweder von den Altparteien erfolgreich aus dem Wettbewerb gedrängt werden und verschwinden oder sich in das etablierte Parteiengefüge einordnen und dadurch überflüssig werden“.

Vor der Wahl hatte *pro Deutschland*-Generalsekretär Lars Seidensticker im August 2013 im Interview mit dem *Preußischen Anzeiger* erklärt, er denke, „dass niemand in die bundesweiten Medien kommt, der von der etablierten Politik nicht gewollt ist“.[406] Er stellte die AfD als Instrument der etablierten Politik dar. „Meiner Meinung nach steht die Stimmung vieler Wähler auf der Kippe, eine rechte Partei

---

403 Die Republikaner: Ökonomischer Wasserkopf (21.6.2013) http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=19d354d5-517c-4f1b-9d64-902faa4ce2fd , zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

404 blick nach rechts: REP-Kandidaten aus der zweiten Reihe (25.11.2013) http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rep-kandidaten-aus-der-zweiten-reihe , zuletzt abgerufen 7.3.2014

405 Bürgerbewegung pro Deutschland: 74.311 Stimmen pro Deutschland (23.9.2013) http://www.pro-deutschland.de/index.php?option=com_content&view=article&id=705:74311-stimmen-pro-deutschland&catid=14, zuletzt abgerufen am 2. Oktober 2013

406 zitiert nach: http://www.reconquista-europa.com/showthread.php?114109-Tourplan-ProDeutschland-Unterwegs-im-Bundestagswahlkampf-2013&p=362417#post362417 , zuletzt abgerufen am 24.8.2013

zu wählen. Da dies von den Altparteien nicht gewünscht ist, schafft man ein Ventil und lässt die AfD als Seifenblase steigen, um sie spätestens nach der Bundestagswahl platzen zu lassen.“ Ziel sei „die Verunsicherung von Protestwählern, die sich dann enttäuscht wieder den Altparteien zuwenden oder, was diesen ebenfalls nutzt, in die Wahlenthaltung flüchten“.

Strategische Folgerungen: Rouhs kündigte nach der Bundestagswahl den weiteren Auf- und Ausbau seiner Formation an, die bisher über den Status einer Kleinstpartei nicht hinausgekommen ist. „Das Aufkommen der AfD verändert die parteipolitische Situation, das können und werden wir nicht ignorieren“, erklärte er drei Tage nach der Wahl.[407] In seiner ersten Erklärung hatte er durchblicken lassen, was das konkret bedeutet: „Bei Wahlen kandidieren wir nur dort, wo wir den Effekt des Aufsaugens unseres Wählerpotentials durch die AfD nicht befürchten müssen.“ Grundsätzlich will er aber am Ziel festhalten, „Deutschland auch auf der parlamentarischen Ebene politisch zu erneuern: kommunal, in den Landtagen und irgendwann – hoffentlich nicht zu spät – auch bundesweit“.

5.2.4 *Bürgerbewegung pro NRW* und die AfD

Ausgangslage: *Pro NRW* ist eine rechtspopulistische Partei, die ihre Arbeit bisher auf Nordrhein-Westfalen konzentriert hat. Allerdings will sie am 25. Mai bei der Europawahl und damit erstmals auch außerhalb von NRW kandidieren.

Bundestagswahl: Der *pro NRW*-Vorsitzende Markus Beisicht kritisierte in seinem Rückblick auf die Wahl die ehemalige Schwesterpartei *pro Deutschland*. [408] „Vorschnell“ habe sie an der Wahl teilgenommen und „selbst in ihrer vermeintlichen Hochburg Berlin ein Ghettoergebnis von 0,3 % erzielt“. Beisicht attestierte AfD-Chef Lucke, einen „bemerkenswerten Achtungserfolg“ errungen zu haben.

Bewertung AfD: Zwischen *pro NRW* und der AfD gebe es „nur teilweise Überschneidungen“, hob Beisicht in seiner Wahlanalyse hervor. Insbesondere auf einem Politikfeld sieht er einen Vorsprung seiner Partei: „Wer in ganz Deutschland die Islam- und Zuwanderungskritik stärken will, muss [...] unseren Weg unterstützen.“

Pro NRW vermied es lange Zeit, in offiziellen Verlautbarungen auf die AfD einzugehen. Eine der wenigen öffentlichen Äußerungen eines *pro*-Funktionärs aus der ersten Aufbauphase der AfD stammt von Markus Wiener, dem Generalsekretär von *pro NRW*. Bei einer Kundgebung Anfang Mai in Bonn sagte er, seine eigene Partei sei „Vorreiter der Euro-Kritik hier in Deutschland“.[409] Man habe schon die Rückkehr zur D-Mark gefordert, „als andere noch in der CDU ihr Süppchen kochten“. Schon vor Jahren habe man „all das gefordert, was manche schlaue Sprücheklopfer heute in Talkshows absondern“. Intensiv – und fast durchweg negativ – nahm sich das *pro NRW* sehr nahe stehende Internetblog *freiheitlich.me* der AfD an.

Strategische Folgerungen: Beisicht rief die *pro Deutschland*-Spitze nach der Bundestagswahl dazu auf, aus dem Wahlergebnis „die notwendigen Schlüsse (zu) ziehen und diese Splitterpartei zu gegebener Zeit in ein freiheitliches Sammlungsprojekt unter der Federführung von Pro NRW und Pro Köln“ zu überführen. Einer „neuen Sammlungsbewegung“ sollten sich auch *Republikaner* und *Die Freiheit* anschließen. Beisicht: „Gerade die sich abzeichnenden Veränderungen in der bundesdeutschen

[407] Bürgerbewegung pro Deutschland: Vorstand berät über Wahlergebnis (25.9.2013) http://www.pro-deutschland.de/index.php?option=com_content&view=article&id=706:vorstand-beraet-ueber-wahlergebnis&catid=14, zuletzt abgerufen am 2. Oktober 2013

[408] Bürgerbewegung pro NRW: Interview mit Markus Beisicht zum Ausgang der Bundestagswahl (23.9.2013) http://pro-nrw.net/interview-mit-markus-beisicht-zum-ausgang-bundestagswahl/, zuletzt abgerufen am 2. Oktober 2013

[409] Rainer Roeser (blick nach rechts): „Großkundgebung“ fiel etwas kleiner aus (6.5.2013) http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/grosskundgebung-fiel-etwas-kleiner-aus , zuletzt abgerufen am 1.9.2013

Parteienlandschaft geben uns ausreichend Platz, ein freiheitliches bzw. rechtspopulistisches Korrektiv zu den verbrauchten Altparteien parlamentarisch zu verankern.“ Auch mit der Partei *Bürger in Wut* wolle man Möglichkeiten einer eventuellen Zusammenarbeit ausloten. Alle drei von Beisicht genannten Parteien sind freilich auf seine Avancen bisher nicht eingegangen.

5.2.5 *Bürger in Wut* (BIW) und die AfD

Ausgangslage: *Bürger in Wut* sind eine rechtspopulistische Kleinpartei mit Schwerpunkt in Bremen, wo die Partei in der Bürgerschaft vertreten ist. Zur Bundestagwahl kandidierte BIW nicht. Auch bei der Europawahl wird die Formation nicht antreten.

Bundestagswahl 2013: Als „enttäuschend“ wertete BIW das Ergebnis der AfD[410] – insbesondere vor dem Hintergrund der Medienpräsenz der „Alternative“: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatte eine gerade erst gegründete bürgerliche Kleinpartei noch dazu im Vorfeld einer Bundestagswahl soviel mediale Aufmerksamkeit erfahren wie die 'Alternative für Deutschland'“.

Bewertung AfD: BIW bescheinigt der AfD eine „unklare und widersprüchliche Haltung“ in Sachen Euro. BIW spreche sich „ohne Wenn und Aber für die Wiedereinführung der D-Mark aus“.[411] Die *Bürger in Wut* sähen zudem die AfD „schon wegen ihrer Positionen in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik nicht als eine konservative, sondern als eine (rechts-)liberale Partei an“. BIW beharrt darauf, „dass Deutschland kein Einwanderungsland ist!“ Der „Alternative“ wurde außerdem vorgehalten, dass sie sich in ihrem Wahlprogramm weder zum Thema Innere Sicherheit noch zum Islam geäußert habe. Angesichts der „sehr heterogen zusammengesetzten Mitgliederbasis“ erwartete BIW bei der Konkretisierung des AfD-Parteiprogramms „Stoff für heftige Kontroversen“.

Strategische Folgerungen: An eine Aufgabe der Eigenständigkeit wie bei der *Freiheit* wird offenbar bei *Bürger in Wut* nicht gedacht. *Bürger in Wut* seien „die einzige bürgerlich-konservative Kraft in Deutschland, die in einem Landesparlament vertreten ist. Und wir werden unsere Arbeit engagiert fortsetzen, denn gerade im Zeichen der großen Koalition und einer zunehmend nach links driftenden Republik ist eine auch parlamentarisch verankerte Vereinigung wie BIW mehr denn je erforderlich!“

5.2.6 *Die Freiheit* und die AfD

Ausgangslage: *Die Freiheit* erlebte ihre kurze Blütezeit vom Herbst 2010 bis September 2011. Parteichef Rene Stadtkewitz galt kurze Zeit als Hoffnungsträger der bundesdeutschen Rechtspopulisten. *Der Spiegel* stellte ihn gar unter der Überschrift „Der deutsche Geert“[412] seinen Lesern vor – und zog damit Parallelen zum niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, dem erfolgreichen Chef der *Partij voor de Vrijheid*. Den hohen Erwartungen wurde *Die Freiheit* bei ihren ersten Wahlantritt nicht gerecht. In Berlin, wo Stadtkewitz zuvor für die CDU dem Abgeordnetenhaus angehört hatte, blieb die Partei im September 2011 unter einem Prozent. In der Folge scheiterten Versuche, bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW anzutreten. Die Mitgliederzahl

---

410 Bürger in Wut: Bundestagswahl 2013: Die Zeichen stehen auf große Koalition - Union im strategischen Dilemma – AfD verfehlt Bundestagseinzug (23.9.2013) http://buerger-in-wut.de/blog,256,bundestagswahl-2013-die-zeichen-stehen-auf-grosse-koalition , zuletzt abgerufen 7.3.2014

411 Bürger in Wut: BIW und AfD: Zu den inhaltlichen Unterschieden - Kontroverse um die politischen Forderungen der „Alternative für Deutschland“ (30.9.2013) http://buerger-in-wut.de/blog,259,biw-und-afd-zu-den-inhaltlichen-unterschieden , zuletzt abgerufen 7.3.2014

412 Der Spiegel: Parteien – Der deutsche Geert (3.1.2011) http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-76121052.html zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

halbierte sich bis Mitte 2012 auf 1.200. Im Oktober 2013 sollen es nur noch 750 gewesen sein.[413] Bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 erfüllte die Partei zwar die Voraussetzungen für eine Kandidatur, blieb aber mit 0,3 Prozent erneut weit hinter den eigenen Erwartungen zurück. Bei der Bundestagswahl im September 2013 stand sie nicht auf den Stimmzetteln. Bei der Landtagswahl in Bayern im selben Monat erhielt sie lediglich 0,1 Prozent der Wählerstimmen.

Bundestagswahl 2013: Als „beachtlich“ wertete Stadtkewitz in einem Schreiben an die Mitglieder das 4,7-Prozent-Ergebnis der AfD.[414] Mit der AfD habe es „erstmals eine bürgerlich-liberale Partei geschafft, sich eine realistische Chance zu erarbeiten, bereits im kommenden Jahr in zahlreichen Parlamenten vertreten zu sein“. Völlig richtig sei die Entscheidung der DF gewesen, auf einen eigenen Antritt zur Bundestagswahl zu verzichten, erklärte Stadtkewitz. Unerwähnt ließ er dabei, dass seine unter drastischem Mitgliederschwund leidende Partei zu einer solchen Kandidatur auch kaum in der Lage gewesen wäre. Für das Scheitern der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde, macht er offenbar andere rechte Kleinparteien verantwortlich, die anders als DF nicht auf ein Kandidatur verzichtet hätten: „Es wäre gut gewesen, wenn auch andere Parteien, die nun im 0,2% -Bereich gelandet sind, so entschieden hätten, denn dann wäre die AfD bereits heute mit einer eigenen Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten.“

Bewertung AfD: „Ein Vergleich der Programme zeigt, die Ziele der AfD decken sich zu min. 90% mit unseren“, meinte Stadtkewitz. „In diesem Sinne sehen wir vieles von dem was wir wollten, von der AfD aufgegriffen und fortgesetzt.“ Die AfD werde „einen Großteil unseres Anliegens, unserer Positionen nun dorthin tragen, wo es den Altparteien am meisten weh tut: in die Parlamente“.

Strategische Folgerungen: Die Chance, die sich mit der AfD biete, gelte es nun nach Kräften zu unterstützen, schrieb Stadtkewitz. *Die Freiheit* habe sich entschlossen, „ihre bundes- und landespolitischen Vorhaben einzustellen und sich stattdessen ausschließlich auf die Fortsetzung der begonnenen kommunalpolitischen Aktivitäten, besonders in München, zu beschränken“. Der DF-Vorsitzende appellierte zugleich „an alle Kleinparteien, die eine ebenso große Übereinstimmung ihrer Ziele mit denen der AfD entdecken, es uns gleich zu tun“. Jede unnötige Konkurrenz spiele denen in die Hände, „die Deutschland am liebsten abschaffen wollen“.

Schon vor der Bundestagswahl hatten sich die Anzeichen dafür gemehrt, dass manche DF-Aktivisten die AfD für sich selbst als parteipolitische Alternative erkannten. So hieß es in der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* am 7. Mai 2013, im Brandenburger Landesverband der AfD gäben Ex-Mitglieder der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* den Ton an.[415] Rainer van Raemdonck und Thomas Jung, zu dem Zeitpunkt dort im AfD-Vorstand, hätten bis Ende 2011 an der Spitze des Brandenburger *Freiheit*-Landesverbandes gestanden. In Mecklenburg-Vorpommern sei mit Andreas Kuessner ein Ex-*Freiheit*-Mitglied sogar zum Parteichef gewählt worden.

Michael Stürzenberger, der inzwischen als Vorsitzender der *Freiheit* fungiert, schätzte im Oktober 2013, dass bis zu diesem Zeitpunkt etwa 500 frühere DF-Mitglieder zur AfD gewechselt seien.[416] *Freiheit*-Mitglieder hätten zudem vor allem in Sachsen der AfD im Wahlkampf geholfen. Die dortige

---

413 Christina Hebel (Spiegel online): „Die Freiheit“: Anti-Islam-Partei will sich der AfD anschließen (1.10.2013) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-freiheit-stellt-wahlkaempfe-zugunsten-der-afd-ein-a-925504.html , zuletzt abgerufen 7.3.2014

414 Politically Incorrect: DIE FREIHEIT stellt bundes- und landespolitische Vorhaben zugunsten der AfD ein (30.9.2013) http://www.pi-news.net/2013/09/die-freiheit-stellt-bundes-und-landespolitische-vorhaben-zugunsten-der-afd-ein/ , zuletzt abgerufen 7.3.2014

415 Märkische Allgemeine: Brandenburger Partei von Islamfeinden geführt? (6.5.2013, aktualisiert: 17.6.2013) http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Partei-von-Islamfeinden-gefuehrt , zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

416 Fabian Leber (Der Tagesspiegel): Alternative für Deutschland und „Die Freiheit“ - Islamkritiker empfehlen jetzt die AfD (1.10.2013) http://www.tagesspiegel.de/politik/alternative-fuer-deutschland-und-die-freiheit-islamkritiker-empfehlen-jetzt-die-afd/8874608.html zuletzt abgerufen 7.3.2014

AfD-Landesvorsitzende Frauke Petry sagte laut *Tagesspiegel*, sie wisse von einer solchen Unterstützung nichts.

5.2.7 *Die Rechte* und die AfD

Ausgangslage: *Die Rechte*, Pfingsten 2012 gegründet, setzt sich vor allem aus Mitgliedern der neonazistischen Kameradschaftsszene, früheren Mitgliedern der aufgelösten *Deutschen Volksunion* (DVU) und Ex-Mitgliedern der NPD, denen ihre ehemalige Partei zu „gemäßigt“ erscheint, zusammen. *Die Rechte* unterhält inzwischen acht Landesverbände sowie (in Bremen) eine „Landesgruppe“.

Bundestagswahl 2013: Der DR-Bundesvorstand verzichtete auf eine Bewertung des eigenen Wahlergebnisses. *Die Rechte* war nur in NRW angetreten und dort auf 0,024 Prozent gekommen. Der DR-Kreisverband Hamm erklärte, der Partei sei es bei ihrem Wahldebüt nicht auf das Ergebnis angekommen. Vielmehr habe man beweisen wollen, dass man zu Recht den Parteienstatus innehabe.[417]

Bewertung AfD: Der DR-Bundesvorstand äußerte sich in einer Stellungnahme nach der Bundestagswahl anerkennend zur AfD. Die erst vor wenigen Monaten gegründete Partei verfüge bereits über etwa 17.000 Mitglieder und sei „mit beachtlicher, vor allem ökonomischer Sachkompetenz“ und „mit auch beachtlichen finanziellen Mitteln“ ausgestattet.[418] Zugleich wird die AfD als „Partei der Professoren und Besserverdienenden“ und als „Nachfolgeorganisation“ der FDP bezeichnet. Auch nach dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde mochte der Autor die AfD noch nicht abschreiben: „Die erste Situation seit dem 1969 gescheiterten Versuch der NPD, das Parteiensystem von rechts aufzubrechen, könnte bevorstehen; wenn nicht bei dieser Bundestagswahl, dann aber doch bei der nächsten, mit der Zwischenstation über die Europa-Wahl und diverse Landtagswahlen.“

Strategische Folgerungen: *Die Rechte* wollte an der EU-Wahl teilnehmen – obwohl aus ihrer Sicht die Kandidatur der *Alternative für Deutschland* die eigenen Aussichten nicht unwesentlich minderte: Die AfD reduziere „unsere Chancen, bei der nächsten Europa-Wahl mit 0,5 Prozent in die Wahlkampfkostenerstattung (staatliche Parteienteilfinanzierung) zu kommen, von gering auf null“. Auf den Stimmzetteln wird *Die Rechte* freilich nicht stehen, da sie nicht die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften beibringen konnte.[419]

5.2.8 „Parteifreie“ Neonazis und die AfD

Sozial- und altersstrukturell sowie politisch-strategisch weisen „parteifreie“ Neonazis und AfDler kaum Berührungspunkte auf. Jener Teil der Neonaziszene aus dem Spektrum der „Kameradschaften“ oder der „Autonomen Nationalisten“, der parlamentarischer Arbeit nicht von vorne herein mit völligem Desinteresse gegenübersteht, orientiert sich an der NPD bzw. an der Partei *Die Rechte*. Entsprechend wenige Positionierungen zur AfD gibt es aus diesem Spektrum. Wenn sich Neonazis aber doch einmal mit der AfD beschäftigen, gilt: „Die einzige echte Alternative für Deutschland bleibt weiterhin der Nationale Widerstand!“ So formulierte es ein namentlich nicht genannter Autor auf der Internetseite der Neonazi-Organisation *Freie Kräfte Oberberg*.[420] Zur Klientel der AfD schrieb er

---

[417] Die Rechte (Kreisverband Hamm): Kurze Nachlese zur Bundestagswahl (23.9.2013) http://rechte-hamm.com/?p=1611, zuletzt abgerufen am 2. Oktober 2013

[418] Die Rechte: Knapp daneben (23.9.2013) http://worch.info/die-rechte/?p=1376, zuletzt abgerufen am 2. Oktober 2013

[419] Tomas Sager: Entzauberte „Rechte“, blick nach rechts“ (4.3.2014) http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/entzauberte-rechte , abgerufen 7.3.2014

[420] Freie Kräfte Oberberg: Alternative für Deutschland? (3.4.2013) http://fk-oberberg.info/wp/2013/04/03/alternative-fur-

ironisierend: „Der bundesdeutsche Wutbürger, der seine revolutionären Ansichten bisher lediglich durch den Kauf des neuesten Sarrazin-Buches oder – in sehr mutigen Einzelfällen – durch das verschicken ganz böser Protest-Emails an im antideutschen Politalltag hervorstechende Marionetten des internationalen Großkapitals kundtat, wäre jetzt parteipolitisch aktiv um eine Fundamentalopposition gegen die herrschende Klasse aufzubauen; und das auch noch unter dem vielversprechenden Namen 'Alternative für Deutschland'.“ Tatsächlich gehe es den „etwas rückgratlosen BRD-Wutbürgern“ aber überhaupt nicht um „elementare Probleme dieses Landes“, meint der Autor. Er nennt als solche Probleme den „absehbaren Volkstod“, die „fehlende Zukunftsperspektive für die deutsche Jugend“, die „kulturfremde Zuwanderung“, die „Verdrängung der deutschen Kultur und Sprache“ sowie die „fehlende Souveränität des Besatzer-Konstruktes BRD“. „Einzig und allein die Angst um das eigene Geld treibt die wohlsituierte Bürgerschaft auf die gepolsterten Barrikaden gegen den Europa auseinanderdividierenden Euro.“ Letztlich führe die AfD „den Kampf gegen das deutsche Volk“ im Prinzip unvermindert weiter.

„Schein und Sein der AfD offenbaren uns also bei genauerem Hinsehen eine 'Alternative', die mit Deutschland als der Heimat unseres Volkes nicht viel gemein hat. Eigentlich müßte diese obskure Scheinpartei besser 'Alternative ZU Deutschland' heißen, denn wenn diese Leute ihre Pläne umsetzen, dann bleibt von Deutschland sowieso nichts mehr übrig“, meinen auch norddeutsche Neonazis.[421] Es dränge sich der Eindruck auf, „daß hier von gewissen Kreisen ganz bewußt eine neue Partei geschaffen wurde, um die Ablehnung des Volkes gegen Euro und EU zu kanalisieren und in eine gewünschte Bahn zu lenken, die dem System nicht gefährlich werden kann.“ Die AfD wolle „keine echte Alternative zur EU“, sondern bloß eine Art „EU-Light“. Zum Thema „Überfremdung“ nehme die AfD „ganz unverhohlen eine antideutsche Position ein“ und stelle sich unmissverständlich auf die Seite der „Überfremdungsfanatiker“, indem sie „ein 'Einwanderungsrecht' schaffen und so die Überfremdung auch gesetzlich unumkehrbar machen“ wolle. Damit sei die AfD gar „so manch anderer Systempartei sogar noch einen bösartigen Schritt voraus bei der weiteren Überfremdung Deutschlands und der Ausrottung unseres Volkes“.

5.3 Rechte Medien und die AfD

5.3.1 *Junge Freiheit*

Die *Junge Freiheit* (JF) ist eine 1986 gegründete Zeitung, die seit 1994 als Wochenzeitung erscheint und als Sprachrohr der sogenannten ‚Neuen Rechten‘ angesehen werden kann.[422] Ein zentrales Bestreben der Redaktion ist der Aufbau einer neuen politischen Kraft rechts des derzeit existierenden demokratischen Parteienspektrums. In der AfD sieht die JF einen möglichen Hoffnungsträger für ihr lang gehegtes Ansinnen. Parteitage der AfD wurden vom Internetportal der JF via Live-Ticker verfolgt. Seit dem Gründungsparteitag wird die AfD publizistisch unterstützt. In der JF-Ausgabe vom 13. Juni 2013 erschien gar ein doppelseitiges Schaubild zur AfD, das den Eindruck einer doppelseitigen Gratiswerbung vermittelte. Die JF verfolgt damit offensichtlich den Zweck, die AfD zum politischen Zugpferd für ihre Forderung nach einer Re-Nationalisierung des Politischen nutzbar zu machen. JF-

deutschland/ zuletzt abgerufen 1.9.2013

421 mein-hh.info: Aufklärung – Die falsche Alternative (14.8.2013) http://www.mein-hh.info/archiv/index.php?datum=13/08/14 zuletzt abgerufen 1.9.2013

422 Vgl. Helmut Kellershohn (1994) (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg; Armin Pfahl-Traughber (1998): „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen.

Chefredakteur Dieter Stein sah im April 2013 in der AfD das Mittel, „die sonst übliche Schweigespirale zu durchbrechen“. Er schrieb ihr das Potenzial zu,

> *„das vorhandene Parteiensystem zu öffnen und die Marktgesetze auch in der Politik wieder zum Wirken zu bringen, wo sich die Bürger in entscheidenden Fragen wie in der DDR nur noch einer Nationalen Front von CDUCSUFDPSPDGrüne gegenübersahen“.*[423]

Als Vorbild für die AfD pries Stein die rechtspopulistische UKIP und forderte:

> *„Deutsche Parteigründer, die der UKIP nacheifern wollen, sollen aufmerksam verfolgen, dass diese erst Breitenwirkung erzielte, als sie ihr EU-kritisches, marktwirtschaftliches Profil programmatisch um die Ablehnung von Masseneinwanderung und eine konservative Familienpolitik ergänzte.“*[424]

Auch ein knappes Jahr nach ihrer Gründung genießt die AfD die Sympathien der JF, die Lucke Anfang des Jahres in einem großen Interview zu Wort kommen ließ. In einem Kommentar vom 24. Januar 2014 schrieb Chefredakteur Stein, die Europawahl werde für die AfD zur „Schicksalsentscheidung“. Die junge Partei dürfe sich „nicht in die Defensive drängen lassen“.[425] Stein: „Der ‚neue Tugendterror’ (Sarrazin) der Politischen Korrektheit lähmt eine offene Debatte über brennende Fragen und schränkt den demokratischen Diskurs ein. Die Euro-Krise hat ein Repräsentationsdefizit breiteren Ausmaßes aufbrechen lassen. Hier wächst die Aufgabe der AfD.“ Offensichtlich sei, dass die Partei langfristig „einer thematischen Verbreiterung bedarf: Familienpolitik, die kulturelle Definition eines Europas der Nationalstaaten, eine souveränere deutsche Außenpolitik, nicht zuletzt die dramatischen Konsequenzen des demographischen Niedergangs und der Massenzuwanderung“. Dabei müsse die Partei ihre beiden „Strömungen“ – Stein nennt sie „freiheitlich“ und „konservativ“ – beisammenhalten.

5.3.2 *Sezession*

Vom neurechten *Institut für Staatspolitik* wird die Zeitschrift *Sezession* herausgegeben, die 2013 ein Sonderheft mit dem Thema „Alternativen für Deutschland“ publizierte. Welche „Alternativen“ die Macher der Zeitschrift darunter verstanden, illustrierte das Titelbild: Sechs Logos von politisch rechten Organisationen waren darauf abgebildet. Im größten Format in den Vordergrund gesetzt waren die AfD und das Zeichen der *Identitären Bewegung*. Letztere ist eine in Frankreich aus dem Dunstkreis des rechtsextremen *Bloc Identitaire* entstandene Bewegung, die seit dem Jahr 2012 auch Eingang in die extrem rechte Szene in Deutschland gefunden hat. Gestalterisch dahintergelegt waren auf dem Zeitschriftencover die Logos der Wahlgruppierungen *Die Republikaner*, *Bürgerbewegung pro NRW*, *Bürger in Wut* und *Die Freiheit*. AfD-Unterstützer Karl Albrecht Schachtschneider ging in einem Interview in dem Sonderheft auch auf die *Identitäre Bewegung* ein:

> *„Soweit ich unterrichtet bin, geht es den ‚Identitären‘ um die Erhaltung des Volkes im Sinne einer bestimmten Homogenität. Es gehört zur Souveränität, dass die Bürger, nicht deren Vertreter, darüber entscheiden, ob die Identität des Volkes durch Einwanderung verändert wird. Die hinreichende Homogenität der Bürgerschaft ist Voraussetzung einer Republik als freiheitliches Gemeinwesen.“*[426]

---

[423] Stein, Dieter: Alternative für Deutschland. Bürger auf den Barrikaden, in: JF vom 13. April 2013

[424] Stein, Dieter: Konjunkturen für Protestparteien. Nigel Farage macht es vor, in: JF vom 13. Mai 2013

[425] Stein, Dieter: Sprung nach Brüssel - Die Europawahl wird für die Alternative für Deutschland zur Schicksalsentscheidung, in JF 5/14 vom 24. Januar 2014.

[426] Schachtschneider, Karl Albert, „Souverän ist der Bürger“, Interview in: Sezession Sonderheft vom Mai 2013, S. 45.

5.3.3 *Blaue Narzisse*

Ein durchaus widersprüchliches Verhältnis zur AfD hat die *Blaue Narzisse* (BN), eine im Jahr 2004 in Chemnitz erstmals publizierte Schülerzeitung, die seit 2006 auch ein Online-Portal betreibt. Die BN ist als ‚jungkonservativ‘ einzustufen. Sie rekurriert auf eine weit rechts stehende politische Strömung aus der Zeit der Weimarer Republik, die die Republik bekämpfte und von der Geschichts- und Politikwissenschaft heute weithin als eine Strömung eingestuft wird, die dazu beitrug, den Nazis den Weg zu bereiten.

Das widersprüchliche Verhältnis der BN zur AfD lässt sich exemplarisch einem der ersten Beiträge zu der neuen Partei entnehmen, der auf dem Internet-Portal der Zeitschrift erschien. Am 11. März 2013 hieß es dort, einerseits könnten „Konservative oder alternative Rechte“ dem AfD-Programm durchaus „interessante Punkte“ entnehmen. Jenseits der Forderung, das heutige Euro-System grundlegend zu ändern, werde etwa verlangt, „dass die Politik sich dem Einfluss von Lobby-Gruppen entzieht“, oder dass „Bildung als Kernaufgabe der Familie“ gefördert werde. Auch stünden Forderungen nach „Volksabstimmungen über grundlegende gesellschaftliche Fragen“ oder nach der „Neuordnung des Einwanderungsrechts“ im Programm. „Besonders der letzte Punkt lässt aufhorchen“, hieß es bei der BN: Es solle „eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme ... unbedingt unterbunden“ werden. Damit „dürfte die *Alternative für Deutschland* auch für jene sprichwörtlich eine echte Alternative bieten, die sich eine deutlich nationalere Politik wünschen, Parteien wie die NPD oder *Pro Deutschland* jedoch meiden.“ In der Tat schienen „viele ... ihre Hoffnungen tatsächlich in diese Partei in der Entstehung zu setzen“.[427]

Allerdings räumte der Autor ein, „das konservative Lager – insofern man von einem solchen überhaupt sprechen kann“ – sei „hinsichtlich der Frage nach gesellschaftlichen Veränderungen durch eine Partei“ prinzipiell „gespalten“. Das betreffe auch die Frage nach der Haltung gegenüber der AfD. „Können tiefgreifende Veränderungen überhaupt noch auf legal-politischem Weg erreicht werden?“, hieß es in dem Beitrag; könne „eine dem Grundgesetz verpflichtete Partei“ die gewünschten Prozesse „in Gang“ setzen? Schon andere seien mit diesem Versuch gescheitert. „Sollten wir Energie und Finanzen nicht lieber in Initiativen, Verlage, Bildungseinrichtungen, Zeitungen oder die anständige Förderung junger Menschen investieren?“, hieß es weiter.[428]

Die Antwort fiel in der BN nicht eindeutig aus. Einerseits gab es Warnungen, die Zeit für den Aufbau einer schlagkräftigen Partei sei bis zur Bundestagswahl viel zu kurz; man werde nur den Unionsparteien und der FDP Stimmen abspenstig machen und damit Rot-Grün zur Mehrheit verhelfen. Andere riefen dazu auf, sich für die AfD zu engagieren, auch im Wahlkampf; dies sei die einzige Möglichkeit, praktische Fortschritte zu erzielen. Andernfalls sei man in der explizit politischen Sphäre zur Untätigkeit verdammt. Die Distanz der BN zur AfD wuchs in der Folge. Ende Juli 2013 schrieb die BN, „viele Konservative zeigten sich zunehmend enttäuscht von der AfD, da außer der Kritik an der Europäischen Union und ihrer Politik wenig konservative Inhalte propagiert und thematisiert“ würden.

> *„Bei vielen konservativen Schlüsselthemen, die über die Thematik Euro hinausgehen, fehlt Lucke & Co. oft der nötige Mut, sich klar und deutlich zu positionieren. So muss man sich nicht zu Unrecht den Vorwurf gefallen lassen, keine konservativen Werte und Ansichten zu vertreten, sondern lediglich eine neoliberale Strömung zum etablierten Kanon der Republik beifügen zu wollen.“*[429]

---

[427] Stein, Philip: Eine echte Alternative! 11.03.2013. http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/3782-eine-echte-alternative, abgerufen am 28.08.2013.

[428] Ebd.

[429] Stein, Philip: Umbruch durch Parteien? (I) 30.07.2013. http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4015-umbruch-durch-parteien-i, abgerufen am 28.08.2013.

Zum Beginn des Jahres 2014 scheint die Desillusionierung noch weiter gediehen. Nach dem Aschaffenburger Parteitag der AfD schrieb der BN-Verantwortliche Felix Menzel, die AfD „besitzt weder das Personal noch den intellektuellen Hintergrund, um als ‚konservative Avantgarde‘ echte Alternativen zur Europäischen Union und der anti-deutschen Politik der Bundesrepublik anbieten zu können“.[430] Sie kopiere „den jahrzehntelangen Kurs der CDU: Weniger Inhalt ist mehr!“ und passe sich an – „entweder aus vorauseilendem Gehorsam und Angst vor der politischen Korrektheit, oder weil es die Führungskräfte aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen in der CDU gar nicht anders kennen“.

5.3.4 *Preußische Allgemeine Zeitung*

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* (PAZ) hat die AfD von Anfang an mit großer Sympathie begleitet. Für die AfD ist das durchaus nützlich: Die PAZ erschließt ihr Teile des rechten Vertriebenen-Milieus. Die Wochenzeitung, die nach Angaben des Verlages eine verkaufte Auflage von rund 18.000 Exemplaren aufweisen kann, ist das Organ der *Landsmannschaft Ostpreußen*, einem der größten deutschen Vertriebenen-Verbände. Sie wird am Kiosk verkauft und richtet sich heute an ein breites rechtsorientiertes Publikum, ist aber nach wie vor auch in der *Landsmannschaft Ostpreußen* fest verankert. Wer Zugang zur PAZ hat, hat Zugang auch zu Teilen der Vertriebenen-Basis, an der in vielen Fällen eine deutschnationale Orientierung zu finden ist.

Bereits die Wahlalternative 2013 fand Ende September 2012 die Aufmerksamkeit der PAZ. Das Blatt stand der Euro-Rettungspolitik ohnehin kritisch gegenüber; Politik-Redakteur Hans Heckel hatte den Gründungsaufruf der Initiative *Stop ESM* unterzeichnet und damit klar Stellung bezogen. „Immer mehr Bürger fühlen sich von der politischen Klasse verraten und verkauft“, schrieb die PAZ am 29. September 2012: „Bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr will nun eine Bürgergruppierung für frischen Wind sorgen.“ Sie wolle „dem deutschen Wähler in der Krise eine Alternative zur Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung bieten“ und „der Aushebelung der Demokratie und der faktischen Entmachtung der Verfassungsorgane Einhalt gebieten“. Die „engagierten Bürger“ von der Wahlalternative 2013 störten sich daran, dass „den Deutschen ... immer höhere Risiken aufgebürdet werden“.[431]

Am 16. März 2013 nahm die PAZ die Berichterstattung über die frisch gegründete AfD auf. „Vielversprechender Start“, titelte sie und klopfte im Untertitel die Bewertung der AfD als attraktive und vielversprechende Partei fest: „Neue Partei 'Alternative für Deutschland' erhält großen Zuspruch“.[432] In der folgenden Ausgabe erhielt Bernd Lucke in einem Interview Gelegenheit, auf einige Einwände einzugehen, die der AfD erkennbar entgegengehalten werden würden. Lucke antwortete etwa auf die Frage, wie die Partei damit umgehen wolle, dass sie keine „charismatische(n) Persönlichkeiten“ in ihren Reihen habe, sondern viele „Volkswirte und IT-ler“, die „eher für introvertiertes statt extrovertiertes Auftreten bekannt“ seien: „Wir sind eine Graswurzelbewegung. Wir sind ja gerade die Opposition gegen den verkrusteten Politikbetrieb. Wir sind normale Bürger, die ihr Geld mit redlicher Arbeit verdienen.“[433]

Nach dem Parteibeitritt von Hans-Olaf Henkel zu Beginn des Jahres sah die PAZ die AfD weiter im Aufwind:

> *„Seine Ankündigung, er werde sich besonders in der Europapolitik für die Abkehr von Zentralismus, Gleichmacherei und Vergemeinschaftung von Schulden und für die Rückkehr zu*

[430] Felix Menzel: D-EU-tschland? (28.1.2014) http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/4392-d-eu-tschland, abgerufen am 9.3.2014.
[431] Bürger begehren auf, Preußische Allgemeine Zeitung 39/2012 vom 29.09.2012.
[432] Vielversprechender Start, Preußische Allgemeine Zeitung 11/2013 vom 16.03.2013.
[433] „Das muss doch Konsequenzen haben“, Preußische Allgemeine Zeitung 12/2013 vom 23.03.2013.

> *Subsidiarität, Wettbewerb und Eigenverantwortung einsetzen, dürfte enttäuschte Unionswähler gleichermaßen ansprechen, wie auch diejenigen, die an der FDP schon lange nichts Liberales mehr ausmachen können.“*[434]

Mit dem prominenten Neuzugang seien die Erfolgsaussichten für die AfD bei den 2014 anstehenden Wahlen deutlich gestiegen. Allerdings, so wird gewarnt: Eine Garantie für Wahlsiege sei dies noch lange nicht – unter anderem weil „ein beachtlicher Teil der deutschen Medienlandschaft“ im Fall der AfD „auf eine objektive Berichterstattung gänzlich verzichten zu wollen“ scheine, wie die PAZ klagt.

5.3.5 *Zuerst!*

Zuerst! ist eine Monatszeitschrift, die seit Ende 2009 erscheint. Im Untertitel nennt sie sich „Deutsches Nachrichtenmagazin“. Sie erscheint in der *Verlagsgruppe Lesen und Schenken* des extrem rechten Verlegers Dietmar Munier.

> *„Nicht Parteien und Interessengruppen, nicht übernationalen Institutionen und angeblich diskriminierten Minderheiten fühlt sich ZUERST! verpflichtet, sondern ausschließlich den Lebens- und Überlebensinteressen des deutschen Volkes und dem wertvollen Erbe unserer europäischen Kultur“,*

heißt es in einer Selbstdarstellung[435]: „ZUERST! ist das Magazin für deutsche Interessen.“

In der Ausgabe November 2013 publizierte das Magazin, das regelmäßig auch auf seinem Online-Portal Nachrichten zum Thema AfD veröffentlicht, ein doppelseitiges Interview mit Elias Mößner, dem ehemaligen baden-württembergischen Landeskoordinator für die AfD-Hochschulgruppen. Mößner verlangte von seiner Partei mehr „Bekennermut“.[436] Es könne „nicht schaden, sich Thilo Sarrazin zum Vorbild zu nehmen“. Sarrazin sei seinen Standpunkten selbst dann noch treu geblieben, als die „etablierte Presse und sogar seine SPD-Genossen“, seine eigenen Parteifreunde, versucht hätten, „ihn mit der Nazikeule zu verprügeln“. Seine große Beliebtheit habe vor allem mit dessen Geradlinigkeit zu tun: „Er blieb bei seiner Meinung, das macht ihn glaubwürdig. Die AfD wird lernen müssen, daß ihr ein Herumeiern in wichtigen Fragen nicht nutzen, sondern nur schaden kann.“ Die „Mainstream-Presse und die etablierten Parteien“ würden die AfD nicht in Ruhe lassen, „auch wenn sich ihr Vorstand rhetorisch noch so sehr verbiegt“, warnte Mößner. „Und die Mitglieder und Wähler werden der AfD davonlaufen, wenn es an Bekennermut fehlt.“

5.3.6 *eigentümlich frei*

Die Zeitschrift *eigentümlich frei* (ef) wird seit 1998 veröffentlicht und hat eine marktradikale und nationalkonservative Ausrichtung. Zudem sind hinsichtlich der Autorenschaft und der Inhalte Schnittmengen zur ‚Neuen Rechten‘ und deren Medien wie der *Jungen Freiheit* und der *Sezession* vom neurechten *Institut für Staatspolitik* erkennbar. So wurde etwa in der *Sezession* eine Debatte zwischen deren Hauptredakteur und dem ef-Herausgeber André F. Lichtschlag über eine „libertär-konservative Sezession“ geführt.[437]

---

[434] Preußische Allgemeine Zeitung: Die neuen Liberalen? AfD-Beitritt von Henkel gibt der Partei neuen Auftrieb, Preußische Allgemeine Zeitung Ausgabe 04/14 vom 25.01.2014 http://www.webarchiv-server.de/pin/archiv14/paz0414_gesamt.htm , abgerufen am 9.3.2014.

[435] Zuerst!: Über uns http://www.zuerst.de/uber-uns/, abgerufen 9.3.2014.

[436] Zuerst!: „Mehr Bekennermut“, Ausgabe 11/2013, S. 22f.

[437] Vgl. Sezession Heft 3 (Oktober 2003), S. 36-45.

In einer Eigendarstellung heißt es: „eigentümlich frei steht auf der Seite der libertären Gegenwehr. Gegen die zunehmende neosozialistische Enteignung.“[438] An der AfD gefällt dem ef-Herausgeber einerseits deren Sprecher Konrad Adam:

> *„Er dachte vor ein paar Jahren in der Tageszeitung ‚Die Welt‘ laut über die Abschaffung des Wahlrechts für Nettostaatsprofiteure nach. Eine kluge Idee, die einst Friedrich August von Hayek entwickelt hatte.“*[439]

In einer anderen Ausgabe bescheinigt er der AfD die Qualität, pointiert „konservative und liberale Positionen“ zusammenbringen zu können und empfiehlt dazu gleich ein europäisches Vorbild, „die stets angriffslustige und dabei äußerst erfolgreiche UKIP in Großbritannien.“[440] In der ef unterhält der AfD-Unterstützer und frühere BFB-Aktivist Bruno Bandulet eine Rubrik namens *DeutschlandBrief*. Darin nimmt er wiederkehrend auch zur AfD Stellung. Die AfD könne seiner Ansicht nach nur dann „Erfolg haben, wenn sie großzügig Platz bietet für liberale, konservative und nationale Positionen gleichermaßen und wenn sich die Selbstverwirklicher zügeln“.[441]

[438] Lichtschlag, André F.: Warum eigentümlich frei, unter: http://www.ef-magazin.de/warum-ef/, abgerufen am 22.12.2013.
[439] Ders.: Sturm im Parteiensystem, in: ef Nr. 135 v. August 2013, S. 40.
[440] Ders.: Bernd Lucke auf den Spuren von Roland Schill?, in: ef Nr. 137 v. November 2013, S. 40.
[441] Bandulet, Bruno: DeutschlandBrief, in: ef Nr. 139 v. Januar 2013, S. 8.

6 Europawahlen 2014

Die Anfang dieses Jahres erfolgreich durchgeführte Volksinitiative der SVP im Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz gegen „Masseneinwanderung“ wurde von der AfD als vorbildlich angesehen und verdeutlicht deren rechtspopulistische Affinitäten. Zur Wahlkampfparole wurde der Slogan „Mut zu D*EU*tschland“ erkoren, wobei in dem Wort Deutschland die Buchstaben „EU“ groß geschrieben und mit dem europäischen Sternenbanner umringt wurden. Zwei Monate vor der EU-Wahl prognostizieren Wahlumfragen der AfD mit einem potenziellen Zuspruch von mindestens fünf Prozent einen sicheren Einzug in das Europaparlament.[442] Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Wegfall der Drei-Prozent-Hürde beschlossen hat, erscheint dieser Einzug so gut wie sicher. Von den nominierten Kandidaten der AfD zur Europawahl dürften laut den Prognosen Listenplätze auf den vorderen fünf bis acht Aussicht auf ein Mandat haben. Zudem hat die AfD eine Mitgliederbefragung zur Erstellung ihres Europaprogramms durchgeführt. Daher werden in den folgenden Abschnitten die Kandidaten mit ihren jeweiligen politischen Vorstellungen sowie die Ergebnisse der Befragung betrachtet und analysiert. Daran anschließend wird die Frage nach möglichen Allianzen der AfD im Europaparlament erörtert.

6.1 Programmatische Aufstellung zur Europawahl

Die AfD hat bei einem Parteitag am 22. März in Erfurt ihr Europawahlprogramm mit dem Titel „Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt“ beschlossen.[443] Vorausgegangen waren Beratungen einer „Großen Europa-Kommission“ der Partei (GEK) sowie der zuständigen Landesfachausschüsse sowie zwei Mitgliederbefragungen: eine des bayerischen Landesverbandes (s. Kapitel 4.4) und eine auf Bundesebene. Das Programm zielt auf eine Schwächung der EU-Befugnisse und eine damit verbundene Re-Nationalisierung politischer Entscheidungskompetenzen ab. Die Forderung nach einem deutschen Ausstieg aus dem Euro und gegebenenfalls einer Rückkehr zur D-Mark findet sich im Programm nicht direkt wieder. Verlieren soll die EU Kompetenzen unter anderem in den Bereichen der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Gesundheitspolitik. Ansätze einer liberalen Politik im Sinne des Schutzes von Grundrechten finden sich in den Aussagen zum Datenschutz und zum europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen.

Die Wahlaussagen lassen die AfD als neoliberale Partei erscheinen, die auf explizit rechtspopulistische Aussagen in ihrem Programm verzichtet, implizit freilich Anknüpfungspunkte an solche rechtspopulistische Argumentationsmuster – sei es zu Europa im Allgemeinen oder zur Zuwanderungspolitik im Speziellen – bietet.

Im Folgenden einige Kernaussagen:

Die AfD und die Re-Nationalisierung politischer Entscheidungen

> *„Die Alternative für Deutschland (AfD) will eine Europäische Union (EU) souveräner Staaten. Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt die AfD ab, da es keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk gibt.“*

[442] Euro-Kritiker: Umfragen sehen AfD bei mindestens fünf Prozent, unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/euro-kritiker-umfragen-sehen-afd-bei-mindestens-fuenf-prozent-a-957726.html, abgerufen am 10.03.2014

[443] https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf

> *„Die europäische Einigung konnte Frieden und wachsenden Wohlstand ermöglichen, weil ihre Mitgliedsstaaten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft verwirklicht haben. Diesen Erfolgen stehen Auswüchse der EU in Form von Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus entgegen, die den historischen Erfolg Europas in immer stärkerem Maße bedrohen. Zudem werden die Erfolge der europäischen Einigung immer stärker durch den Euro gefährdet. Die Einheitswährung sät Zwietracht in der Eurozone, weil Südeuropa verarmt und die Gelder anderer Länder im Norden beansprucht.“*
>
> *„Um Europa wieder eine gedeihliche Zukunft zu geben, tritt die AfD für eine Europäische Union ein, die auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt.“*
>
> *„Die AfD setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen.“*
>
> *„Die AfD setzt sich (...) für eine massive Reduzierung der Aufgaben und Ausgaben der EU ein.“*

Die von der AfD intendierte Schwächung der EU hätte zur Folge, dass ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ in letzter Konsequenz zu einem Europa der 26 Geschwindigkeiten würde. Explizit heißt es im Programm:

> *„Darüber hinaus fordert die AfD ein wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe. Durch das Veto eines nationalen Parlaments würde die beabsichtigte Maßnahme in dem betreffenden Land nicht umgesetzt werden dürfen.“*
>
> *„Die EU soll dem Bürger dienen, nicht umgekehrt. Deshalb setzt sich die AfD in Anlehnung an die ‚Europäische Bürgerinitiative’ für ein Bürger-Veto ein. Mit dem Bürger-Veto soll - ähnlich wie in der Schweiz - innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. sechs Monate) mit einem definierten Quorum eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat blockiert werden können.“*

Dabei hat die Partei vor allem auch eine weitere Stärkung des deutschen Einflusses in der EU im Blick. So etwa, wenn es heißt:

> *„Die AfD fordert ein Vetorecht der Nettozahler, um weitere Entscheidungen gegen den Willen belasteter Staaten auszuschließen.“*
>
> *„Mit jedem neuen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wurden für Deutschland die Pflichten zahlreicher und die Kosten höher. Im Gegensatz zur von in- und ausländischen Politikern geschürten Wahrnehmung wurde der tatsächliche Einfluss Deutschlands auf die Geschicke Europas immer geringer. Die AfD will Deutschlands Rolle in der EU wieder stärken. Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden. Sonst werden die EU-Kommission, der ESM und die EZB, in der die Nehmerländer die Mehrheit haben, immer häufiger Beschlüsse zu Lasten Deutschlands und anderer potenzieller Geberländer treffen.“*

Die AfD und die europäische Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Gesundheitspolitik

> *„Aufgrund historischer, kultureller und vor allem ökonomischer Unterschiede zählen die Arbeits- und Sozialpolitik zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedsstaaten.“*
>
> *„Die AfD lehnt eine europäische Sozialunion und eine europäische Arbeitslosenversicherung (...) mit Nachdruck ab.“*
>
> *„Vorrangig ist die Lösung dieses Problems [der Jugendarbeitslosigkeit] eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen oft in unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte liegen.“*
>
> *„Bildungspolitik - Politik für Schulen, Berufsausbildung und Hochschulpolitik - muss in nationaler Kompetenz verbleiben und auf lokale Traditionen und Bedürfnisse ausgelegt sein.“*
>
> *„Keine Gleichstellungspolitik nach EU-Vorgaben (...) In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. Chancengleichheit für Frau und Mann auf allen gesellschaftlichen Feldern zu unterstützen und einzufordern muss das übergeordnete Ziel der Politik sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen.“*
>
> *„Die Harmonisierungsbestrebungen der EU im Bereich des Gesundheitswesens sind weitgehend abzuweisen, da diese zwangsläufig zu einem Absinken des Gesundheitsniveaus in Deutschland auf ein niedrigeres gemeinsames Niveau führen müssen.“*

Die EU soll freilich nicht nur aus diesen Politikfeldern zurückgedrängt werden, die unmittelbar die alltäglichen Lebensbedingungen der Menschen beeinflussen. So finden sich im Programm darüber hinausgehend auch diese Aussagen:

> *„Forschung und Entwicklung finden in den Mitgliedsstaaten statt. (...) Die AfD spricht der EU eine besondere forschungspolitische Kompetenz ab.“*
>
> *„Energiepolitik ist primär eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten.“*
>
> *„Wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO2-Emissionen sind sehr unsicherheitsbehaftet. Zudem kann ein globales Problem nur durch ein koordiniertes Vorgehen aller großen Wirtschaftsnationen gelöst werden. Deshalb lehnt die AfD nationale und europäische Alleingänge ab.“*
>
> *„Umweltpolitik muss sich zuerst an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren. Allerdings kann eine erfolgreiche europäische Umweltpolitik verhindern, dass abweichende Umweltstandards in anderen europäischen Staaten Anreize für die Verlagerung von Produktion und Unternehmen schaffen könnten.“*

Die AfD und das Ende des Euro

Die AfD nennt die Rückkehr zur D-Mark nicht ausdrücklich als Ziel. Die Wiedereinführung der Mark könnte aber am Ende eines längeren Prozesses stehen. Die AfD plädiere „für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro“, heißt es im Programm. Und weiter:

> *„Als erster Schritt muss (...) jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuscheiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen. Andernfalls sollten die*

stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden. (...) Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben.“

Als Verlierer der Euro-Politik macht die AfD einerseits die deutschen Sparer aus:

„Da sich die Geldpolitik für alle Mitgliedsstaaten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im EZB-Rat an den Notwendigkeiten in den Krisenstaaten orientiert, werden die deutschen Sparer bei Niedrigstzinsen systematisch enteignet.“

andererseits die deutschen Unternehmen:

„Da die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich bisher ungenügende Resultate erzielt haben, wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen. So fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten sowie die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone. Dies ist ein ökonomisch falscher Weg, der zu Stagnation und Arbeitslosigkeit in der ganzen Eurozone führen wird. Handelsbilanzüberschüsse zwischen Mitgliedsstaaten der Eurozone sind das Ergebnis freien Wettbewerbs. Die AfD lehnt jegliche Sanktionierung solcher Überschüsse ab.“

Die AfD und die Türkei

Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU lehnt die AfD ab. Vor allen Schritten über eine enge Zusammenarbeit der EU mit anderen Staaten verlangt die Partei eine Volksabstimmung in der Bundesrepublik:

„Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnt die AfD die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden. Nichteuropäische Länder können im Rahmen von Assoziierungsabkommen an der europäischen Nachbarschaftspolitik partizipieren. Voraussetzung ist jeweils eine Volksabstimmung in Deutschland.“

Die AfD und die Zuwanderung

Explizit rechtspopulistische Töne sind in dem Programmkapitel auf den ersten Blick nicht zu finden. Nützlichkeitserwägungen prägen die Aussagen zur Zuwanderungspolitik. Zugleich wird das Szenario einer „Erosion des Sozialstaates“ entwickelt. Allgemein heißt es:

„Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Unsere demographische Entwicklung erfordert eine qualifizierte Zuwanderung, durch welche die Versorgung einer alternden Bevölkerung ebenso sichergestellt werden kann wie der Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften. Die Einkommen, die Sozialleistungen und die Lebensstandards unterscheiden sich innerhalb der EU stark. Das Wohlstandsgefälle zu Deutschland ist teilweise erheblich. Der verfrühte Beitritt Rumäniens und Bulgariens, in denen heute pro Einwohner nur knapp halb so viel Bruttoinlandsprodukt erzielt wird wie im Rest der EU, führt zu verstärkter Migration auf Basis der EU- Freizügigkeitsrichtlinie. Das deutsche Sozialstaatsprinzip steht daher in einem Spannungsfeld mit dem Recht der Migranten auf freie

Wohnsitzwahl als Arbeitnehmer, dem Prinzip der Nichtdiskriminierung sowie der sozialen Inklusion für alle Bürger. Langfristig drohen eine Überforderung der Sozialbudgets und die Erosion des Sozialstaates.“

Im anschließenden Forderungskatalog finden sich freilich Aussagen, die an rechtspopulistische Argumentationen anknüpfen können:

„- Leistungslose Einkommen dürfen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen.

- Die Niederlassungsfreiheit darf nicht durch Scheinselbstständigkeiten dazu missbraucht werden, Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen.

- Ausländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, sind konsequent abzuschieben. Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.

- Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld), Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren.“

Die AfD und die Bundespolitik

In einigen wenigen Fällen äußert sich die AfD in ihrem Europawahlprogramm auch zu Themen, die auf der Ebene der Mitgliedsstaaten zu regeln sind. Einen allgemeinen Mindestlohn lehnt die Partei ab:

„Die AfD ist (...) der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben muss. Diese Absicherung muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten. Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Zudem sind diese Arbeitsplätze gerade durch den Mindestlohn gefährdet. (...) In der sozialen Marktwirtschaft sollte der Staat die soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen. Dies hat seit 1949 gut funktioniert. Der Staat sollte sich jetzt nicht darum drücken. Die AfD steht zu der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie. Diese wird durch gesetzlich festgelegte Mindestlöhne in Frage gestellt.“

Für „weitgehend ausreichend“, hält die AfD die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, die den Missbrauch von Leih- und Werkverträgen zulasten der Arbeitnehmer unterbinden sollen.

Das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien lehnt die AfD ab:

„Das EEG muss komplett abgeschafft werden. Ansprüche von Altanlagen-Besitzern sind rechtskonform abzufinden. Alle Energiemarkt-Eingriffe durch Subventionen wie z. B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorrangeinspeisung für bestimmte Stromerzeugungsanlagen, sind sofort einzustellen. Sie führen zu einer noch stärkeren Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im EU-Binnenmarkt und weltweit, denn sie

verteuern den Strom in Deutschland auf unverantwortliche Weise und schädigen die bisher hohe Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland. Neue Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz nach 2020 lehnt die AfD als ein schädliches Wettbewerbshemmnis ab, solange andere hochindustrialisierte Länder nicht gleichartige Maßnahmen ergreifen.“

Die AfD und der Verbraucher- und Datenschutz

Aussagen der AfD, die sich als Versuch interpretieren lassen, an eine liberale Rechtstaatspolitik anzuknüpfen, finden sich im Programm an zwei Stellen: in den Absätzen zum europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen und zum Datenschutz. Zum Freihandelsabkommen heißt es:

„Das gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Freihandelsabkommen ‚Transatlantic Trade and Investment Partnership’ (TTIP) zielt (...) auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards und der Kulturpolitik. (...) Da die Verhandlungen intransparent und hinter verschlossenen Türen geführt werden, muss befürchtet werden, dass der Schutz der europäischen Qualitäts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht gewährleistet ist. Die Geheimhaltung widerspricht zudem unserem Verständnis einer mündigen Demokratie. Unter diesen Umständen lehnt die AfD eine Beschlussfassung über das Freihandelsabkommen mit den USA ab.“

Und zum Schutz der Privatsphäre formuliert die AfD:

„Die anlasslosen, unkontrollierbaren oder das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzenden Überwachungsmaßnahmen sind einzustellen. Dazu gehört auch die von der EU geforderte Vorratsdatenspeicherung. Die Effektivität staatlicher Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung oder Bekämpfung schwerer Straftaten muss transparent und quantitativ öffentlich bewiesen werden.“

Konkret verlangt die AfD unter anderem:

„- Nationale Ressourcen, die die Länder Europas so weit wie möglich gegen Datenspionage jeder Art und digitale Aggression schützen, sind aufzubauen.

- Der massenhafte Transfer von Daten europäischer Bürger an die Sicherheitsbehörden der USA und anderer nichteuropäischer Staaten ist zu beenden. Das gilt insbesondere für den Transfer von Daten von Auslandsüberweisungen aufgrund des SWIFT-Abkommens sowie für die Übermittlung von Fluggast-Daten.“

Im Vorfeld konnten die Mitglieder im Februar per Internet ihr Votum zu 116 Thesen des Programms abgeben:[444]

- in einem ersten Abschnitt der Befragung zu insgesamt 30 Thesen, für die unterschiedliche Vorschläge aus der *Großen Europakommission* (GEK) der AfD vorlagen beziehungsweise Vorschläge aus den Landesverbänden, die von den Thesen der GEK abwichen,[445]
- in einem zweiten Abschnitt zu insgesamt 51 Thesen, über die in der GEK – quasi der Programmkommission der Partei - Konsens herrschte,[446]

[444] AfD: Umfrage Europaprogrammthesen https://www.alternativefuer.de/umfrage-europathesen-anleitung-9Df4ghgh35dsd8034580Tew4358/ , zuletzt abgerufen 8.3.2014

[445] https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/MGB.Abschnitt.1.Auswertung.pdf , zuletzt abgerufen 8.3.2014

[446] https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/MGB.Abschnitt.2.Auswertung.pdf , zuletzt abgerufen 8.3.2014

- in einem dritten Abschnitt zu insgesamt 35 zusätzlichen Thesen, die von den Fachgremien der Landesverbände vorgeschlagen worden waren.[447]

Nach Angaben der Partei beteiligten sich 5.154 der 17.522 Mitglieder an der über neun Tage laufenden Befragung zum ersten Abschnitt. Das entspräche einer Beteiligung von 29,4 Prozent. Zu den Thesen des zweiten Abschnitts gaben 2.997 Mitglieder ihre Meinung ab (17,1 Prozent), zu denen des dritten Abschnitts 4.409 Mitglieder (25,2 Prozent).

„Mitgliederbefragung unterstreicht basisdemokratisches Profil der AfD“ titelte die AfD über eine Mitteilung, mit der am 5. März das Ergebnis der Befragung präsentiert wurde.[448] Werner Meier, Bezirksvorsitzender Oberpfalz der AfD, der für die Befragung verantwortlich war, wird in der Meldung mit den Worten zitiert:

> *„Die Mitgliederabstimmung entspricht dem Selbstverständnis der Alternative für Deutschland und stellt quasi die innerparteiliche Umsetzung der von uns geforderten Volksabstimmungen nach Schweizer Modell dar.“*

Formal verbindlich scheinen die Abstimmungsergebnisse jedoch offenbar nicht zu sein. Bei der Vorstellung der Befragung hieß es jedenfalls: „Die Befragung ist ein unverbindliches Meinungsbild.“ Sie diene als „Basis“ für das Europawahl-Programm. „Die letztlichen Entscheidungen sind natürlich der Bundesparteiversammlung in Erfurt am 22./23. März vorbehalten.“

An ihrem ‚Markenkern’ halten die AfD-Mitglieder in der Befragung mit 98-prozentiger Mehrheit fest:

> *„Die angeblich alternativlose Eurorettungspolitik darf keinesfalls länger fortgeführt werden. Die AfD fordert die Rückkehr zu einer Stabilitätsunion, in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist.“*

Eine breite Mehrheit gab es auch für eine Erläuterung, die die Möglichkeit zu einer Rückkehr zur D-Mark offen hält:

> *„Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuscheiden. Dann sollten die Länder, welche die Bedingungen einer Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen, diese verlassen. Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres Währungssystem bilden, das sich an den Grundsätzen des Maastricht-Vertrages orientiert. Dabei kann man sich an dem vor Einführung des Euro bis Ende 1998 bestehenden EWS-System orientieren. Damals gab es feste, jedoch anpassungsfähige Wechselkurse mit denen die Währungsstabilität zwischen den Währungen der teilnehmenden Länder gesichert wurde. Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben. Natürlich würde die AfD auch dann eine Währungszusammenarbeit entsprechend dem vor Einführung des Euro bestehenden EWS anstreben.“*

Erkennbar wird in den Ergebnissen der Befragung der Wunsch nach einer (Re-)Nationalisierung politischer Entscheidungen. So votierten die Mitglieder mit breiter Mehrheit zum Beispiel dafür, dass „die Bankenaufsicht vorwiegend in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegen“ solle.

---

[447] https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/MGB.Abschnitt.3.Auswertung.pdf , zuletzt abgerufen 8.3.2014

[448] Mitgliederbefragung unterstreicht basisdemokratisches Profil der AfD https://www.alternativefuer.de/2014/03/05/mitgliederbefragung-unterstreicht-basisdemokratisches-profil-der-afd/ , zuletzt abgerufen 8.3.2014

Aus gesellschafts- und sozialpolitischen Fragen soll sich die EU tunlichst heraushalten, geht es nach den AfD-Mitgliedern. 81,9 Prozent der Abstimmenden befürworteten die Aussage:

> *„Aufgrund historischer, kultureller, mentaler und vor allem ökonomischer Unterschiede zählt die Arbeits- und Sozialpolitik zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedstaaten.“*

97 Prozent machten gegen eine von der Europäischen Kommission gestartete Initiative zur „Ertüchtigung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“ und gegen eine europäische Arbeitslosenversicherung Front:

> *„Konkret hätte eine Europäische Arbeitslosenversicherung zur Konsequenz, dass französische oder italienische Arbeitslose auch aus deutschen Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden würden. Die AfD lehnt eine Europäische Sozialunion deshalb mit Nachdruck ab!“*

Zu 94 Prozent abgelehnt wird auch „eine grenzüberschreitende Anrechenbarkeit von sozialen Leistungsansprüchen ab, da dies die durch unterschiedliche Sozialsysteme gegebenen Migrationsanreize noch weiter erhöhen würde“. Erkannt wird zwar das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der EU. 84 Prozent der Abstimmenden meinen aber:

> *„Vorrangig ist die Lösung dieses Problems eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen in unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte bestehen. Bestehende Beschäftigungsverhältnisse sind dort über Gebühr bestandsgeschützt und profitieren zulasten der jungen Generation. Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern. Ohne entsprechende Reformen in diesen Ländern sind auch europäische Hilfen ohne Wert.“*

Von 88 Prozent abgelehnt wird die „die Gleichstellungspolitik der EU in ihren einseitigen ideologischen Ausrichtungen und wegen der fehlenden demokratischen Legitimation“. 82 Prozent lehnen „weltanschauliche Umerziehungsmaßnahmen wie ‚Gender Mainstreaming’ (= Aufhebung der Geschlechteridentitäten) strikt ab“ und wenden sich „gegen alle Versuche der EU, diese den Nationalstaaten aufzuzwingen“. Für Quotierungsregeln stimmten gerade einmal 4,5 Prozent der AfD-Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligten:

> *„Bei Stellenbesetzungen in der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei gleicher Qualifikation das unterrepräsentierte Geschlecht berücksichtigt werden.“*

93,4 Prozent hingegen votierten für diese Aussage:

> *„In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. Chancengleichheit für Frau und Mann auf allen gesellschaftlichen Feldern zu unterstützen und einzufordern muss das übergeordnete Ziel der Politik sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen.“*

Zu 82 Prozent wurde das EU-Programm „Gesundheit für Wachstum“ abgelehnt:

> *„Es verschafft der EU ungerechtfertigte supranationale Handlungskompetenzen. Die Harmonisierung muss sich auf wenige sinnvolle Maßnahmen bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren (z.B. Infektionskrankheiten, Ausbreitung multiresistenter Erreger und europaweite Arzneimittelzulassung) beschränken.“*

Allgemein wird eine Harmonisierung im Bereich der Gesundheitspolitik mit 92-prozentiger Mehrheit abgelehnt:

> *„Die Angleichung des Niveaus der sozialen Leistungen ist aus finanziellen Gründen zum Scheitern verurteilt. Es würde Deutschland finanziell überfordern, die Harmonisierungsbestrebungen der EU im Bereich des Gesundheitswesens umzusetzen. Es kann nicht sein, dass diese Harmonisierungen dazu führen, dass das Gesundheitsniveau in Deutschland sinkt, um eine Angleichung des Gesundheitswesens an ärmere Staaten der EU zu erreichen. Auf der anderen Seite würden die Forderungen nach einem höheren Gesundheitsniveau der wohlhabenden Staaten in der EU die ärmeren Staaten finanziell überfordern.“*

„Weitgehend ausreichend“, seien die derzeitigen gesetzlichen Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zulasten ausländischer und deutscher Arbeitnehmer, meinen 81,7 Prozent der Abstimmenden. Kontrovers diskutiert wird in der AfD über einen Mindestlohn. Eine Mehrheit freilich lehnt ihn ab. 44,5 Prozent der Befragten stimmten für die Aussage:

> *„Die AfD ist deshalb auch der Überzeugung, dass es in Deutschland eine Lohnuntergrenze geben muss, unter der in Deutschland keine bezahlte Arbeit zulässig ist. Dieser Mindestlohn muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten. Arbeitgeber dürfen sich durch Lohndumping keinen Wettbewerbsvorteil auf Kosten der Arbeitnehmer verschaffen.“*

49,3 Prozent meinten zwar, die AfD sei „der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben muss“, aber:

> *„Ein Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Zudem sind diese Arbeitsplätze gerade durch den Mindestlohn gefährdet. Der sozialen Marktwirtschaft entspricht es, die notwendige soziale Unterstützung durch den Staat bereitzustellen. [...] Gerade überhöhter gesetzlicher Mindestlohn ist in Frankreich mitverantwortlich für die hohe Jugendarbeitslosigkeit.“*

Weitere Länder wollen die AfD-Mitglieder derzeit nicht in die EU aufgenommen sehen. Erweiterungen könnten erst „nach einer Konsolidierung der EU in ihrer heutigen Gestalt in Erwägung gezogen werden“. Voraussetzung sei zudem jeweils eine Volksabstimmung in Deutschland, forderten 90,1 Prozent der Befragten. Die Türkei soll nicht zum Kreis der potenziell aufzunehmenden Länder gehören. Eine Mehrheit stimmte für diese Aussage:

> *„Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnen wir die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden. Nichteuropäische Länder können nur durch Assoziierungsabkommen und die europäische Nachbarschaftspolitik an die EU angebunden werden.“*

Zur Frage der Zuwanderung votierten 87,5 Prozent für diese Aussage:

> *„Wir bejahen die Niederlassungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit uneingeschränkt, solange sie nicht auf Staaten ausgedehnt werden, deren Wohlstandsgefälle zur Bundesrepublik Deutschland zu groß ist. Unsere demographische Entwicklung erfordert zukünftig eine stetige Zuwanderung. Ohne ausgebildete Fachkräfte kann die medizinische Versorgung einer alternden Bevölkerung ebenso wenig sichergestellt werden wie der Bedarf der Wirtschaft nach qualifiziertem Personal. Die Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften sollte sich allerdings auf nicht durch deutsche Arbeitskräfte zu besetzende Positionen beschränken. Die AfD setzt sich deshalb für ein ‚Punktesystem’ nach kanadischem Vorbild ein, welches sich weniger an den Interessen der Zuwanderer und mehr an denen des Landes orientiert.“*

Gar 94,3 Prozent befürworteten die Ergänzung:

> *„Die Niederlassungsfreiheit darf durch Zuwanderer nicht weiter dazu missbraucht werden, durch Scheinselbständigkeit Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen. Ausländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, sind konsequent abzuschieben. Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.“*

Einen mehrheitlichen Zuspruch fand auch diese Aussage:

> *„Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Die rechtliche Basis dazu bietet die EU-Freizügigkeitsrichtlinie. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II, Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren.“*

Uneinheitlich ist die Position der AfD-Mitglieder zur Frage, ob das Europäische Parlament gestärkt, geschwächt oder gar abgeschafft werden sollte. 56,3 Prozent meinten:

> *„Im Rahmen der bei der EU verbleibenden Gesetzgebungskompetenzen wollen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments zu Lasten nicht direkt gewählter EU-Institutionen.“*

38,3 Prozent hingegen favorisierten eine radikale Lösung:

> *„Viele Institutionen, unter anderem der europäische Gerichtshof, die EU-Kommission und das EU-Parlament sind in einer Europäischen Union souveräner Staaten überflüssig und sollen daher abgeschafft werden.“*

Die Mehrheitsverhältnisse kehren sich freilich um, wenn es um die Frage geht, wer die EU-Kommission wählen soll und wem diese verantwortlich sein soll. Nur 30,5 Prozent meinen:

> *„Die Nominierung und Wahl der EU-Kommission soll allein dem Europäischen Parlament obliegen. Die Kommissare sind dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig und können von diesem abgewählt werden.“*

58,9 Prozent bringen aber in diesem Zusammenhang eine neue Instanz neben dem Parlament ins Spiel:

> *„Die Europäische Kommission soll zur Betonung der Gewaltenteilung von einer Europäischen Exekutivversammlung gewählt werden. Die Mitglieder der EU-Exekutivversammlung soll von den Bürgern der europäischen Mitgliedsstaaten direkt gewählt werden. Die EU-Exekutivversammlung wählt den Präsidenten und die anderen Mitglieder der Europäischen Kommission, d.h. die Kommissare, Vize-Kommissare und Generaldirektoren, kann von diesen Rechenschaft verlangen und sie gegebenenfalls auch wieder abwählen.“*

Auch auf einer symbolischen Ebene wird die EU-Kritik deutlich. 66,7 Prozent der Befragten stimmten für die Aussage:

> *„Die schleichende Europäisierung des öffentlichen Lebens lehnen wir ab. Deshalb fordern wir, auf Symbole der EU an, in und auf öffentlichen Gebäuden, in denen ausschließlich öffentliche Aufgaben der Bundesrepublik Deutschland oder der Bundesländer ausgeübt werden, zu verzichten.“*

Auffällig ist, dass sich die Mitglieder in der Befragung zumeist für die konservativere Version entschieden, wenn alternative Thesen zur Abstimmung angeboten wurden. So war es Konsens, dass politisch Verfolgten „im Sinne des Grundgesetzes Asyl zu gewähren“ sei. 72,1 Prozent wollen jedoch eine Einschränkung im Programm verankert sehen:

> *„Der Begriff der ‚politischen Verfolgung’ darf jedoch nicht auf jede Form gesellschaftlichen und staatlichen Unrechts ausgedehnt werden.“*

Ähnlich bei der Frage humanitärer Hilfen in Kriegssituationen. 30,3 Prozent votierten für die Aussage:

> *„Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern.“*

60,7 Prozent wollen aber eine Ergänzung ins Programm eingebaut sehen:

> *„Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt vor Ort und im Rahmen des finanziell Tragbaren zu gewährleisten und zu verbessern.“*

Auf offen islamfeindliche Töne wird im Programmentwurf verzichtet. Als Zugeständnis an jene Kräfte in der Partei, die solche Aussagen befürworten würden, können zwei Thesen interpretiert werden, über die auf Betreiben von Landesfachausschüssen abgestimmt wurde und die auf breite Zustimmung stießen. 96,4 Prozent der Befragten befürworteten die Aussage:

> *„Die AfD bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur europäischen Rechtskultur. Außerhalb der Anwendung des Internationalen Privatrechts durch nationale Gerichte lehnen wir die Scharia als ‚Paralleljustiz’ ab. Das Recht auf freie Religionsausübung gilt nicht schrankenlos und ist begrenzt durch die Gesetze des Staates und den ordre public.“*

90,2 Prozent votierten für die Aussage:

> *„Zur Freiheit des Denkens und der Meinung gehörte immer auch die Freiheit, sich kritisch mit ethisch-moralischen Fragen und Religionen auseinander zu setzen. Das muss auch künftig so bleiben. Deshalb lehnt die AfD jeden Versuch der EU ab, bestimmt (sic!) Weltanschauungen oder Religionen zu bevorzugen oder zu benachteiligen.“*

6.2 Die Kandidaten

Auf ihrem Parteitag am 25. Januar in Aschaffenburg nominierte die AfD die ersten sechs Kandidatenzur Europawahl. Auf der Fortsetzung des Parteitages am 1. Februar in Berlin wurden die restlichen Kandidaten nominiert. Folgend werden die Bewerbungen der Kandidaten Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel und Beatrix von Storch betrachtet und analysiert. Diese Auswahl wurde deshalb getroffen, da es sich bei diesen Personen um Kandidaten handelt, deren Wirken für die inhaltliche Ausrichtung der Partei hinsichtlich der Innen- und Außenwirkung prägende Bedeutung hat.

6.2.1 Rede von Bernd Lucke in Aschaffenburg

Der unumstrittene Spitzenkandidat Bernd Lucke wurde auf den ersten Listenplatz gewählt. In seiner Rede auf dem Parteitag hat Lucke die erstmalig öffentliche Präsentation des AfD-Wahlkampfslogans zur Europawahl, „Mut zu D*EU*tschland“ , eingebaut und versucht, den Sinn und Zweck dieser Parole sowohl inhaltlich zu erläutern wie zugleich propagandistisch zu bewerben. Weil diese Rede, die auf der

Internetseite der AfD anzuhören ist,[449] hinsichtlich ihrer Inhalte wie zugleich hinsichtlich ihres Aufbaus Bedeutung für die politische Ausrichtung der AfD zur Europawahl hat, wird sie folgend einer genaueren Betrachtung unterzogen. Hierbei wird sich auf den Teil der Rede bezogen, der sich auf die Herleitung und die Begründung des zentralen Wahlkampfslogans bezieht.

Zunächst baut Lucke einen Gegensatz auf zwischen der AfD und allen anderen Parteien, welche als Altparteien bezeichnet werden:

> *„Die Altparteien versuchen die Probleme und Konflikte Europas zu verdrängen und ein Gefühl der allgemeinen Wohligkeit zu verbreiten, einfach nur, weil etwas europäisch ist. Sie sind zu feige, die Karten auf den Tisch zu legen und über Kosten und Nutzen, über Ziele und Zielkonflikte, über Interessen und Interessensgegensätze zu reden. Sie beschränken sich darauf, wolkig und nebulös zu europäisieren. Sie hoffen, dass die deutschen Wähler ihnen tagträumerisch folgen, dass sie nicht fragen nach dem Wohin, dem Wozu und dem Für wen?*

Lucke vollzieht hierbei zunächst eine dualistische Gegenüberstellung zwischen den „deutschen Wählern“ und den „Altparteien“, welche „europäisieren“. Daran anknüpfend werden die ‚Europäisierer‘ pauschal mit Negativzuschreibungen belegt: „wolkig“, „nebulös“, „feige“. Hier offenbart sich ein Grundmuster populistischer Rhetorik – die Herstellung eines moralisierenden Gegensatzes zwischen Gut und Böse, wodurch politisches Handeln zum Ausdruck von moralischer Standhaftigkeit verklärt wird. Lucke kennzeichnet so den eigenen Standpunkt unausgesprochen als Ausdruck von Tapferkeit. Dies wiederum rekurriert auf den von der AfD verwendeten Slogan „Mut zur Wahrheit“. Daran anknüpfend spitzt Lucke den Gegensatz zwischen Mut und Feigheit zu einer Frage von Klarheit oder Standpunktlosigkeit zu:

> *„Denn die Antwort auf diese Fragen erfordert Mut, meine Damen und Herren, und sie erfordert Entscheidungen und Standpunkte: Man muss sagen, wohin man will und wohin man nicht will. Man muss sagen, wen man vertritt und in wessen Interesse man handelt. Kurz: Man muss klarmachen, wofür man steht. Und wir als Alternative für Deutschland wollen es klar sagen, wo wir stehen und was den Anderen fehlt…“*

Anstatt darauf eine wörtliche Antwort zu geben, was „den Anderen“ fehle, lässt der Redner die Einblendung der Wahlkampfparole „Mut zu D*EU*tschland“ vollziehen und macht eine Redepause.

Der vorher aufgebaute Gegensatz zwischen den ‚standpunktlosen‘ pro-europäischen „Altparteien“ und dem eigenen, ‚standhaften‘ Bekenntnis zu Deutschland ruft beim Zuhörer Implikationen zu nationalistischen Anfeindungen der Rechten gegenüber den Linken als ‚vaterlandslose Gesellen‘ und als ‚Verräter nationaler Interessen‘ hervor: Unzweideutig werden hierdurch pauschalisierend alle Anderen (die „Altparteien“) als pro-europäische ‚Verblender‘ und ‚Betrüger‘ dargestellt, die zielgerichtet ‚nationale Interessen‘ vernachlässigen würden. Dieser aufgebaute Gegensatz impliziert zugleich eine national(istisch)e Deutung der Wahlkampfparole: Denn wenn die Partei dadurch ausdrücken will, „wo wir stehen und was den anderen fehlt“, dann folgert dies eben nicht eine Politik zum Wohle transnationaler, gesamteuropäischer Interessen und Kooperationen. Dies wird von Lucke auch gleich im Anschluss an die Präsentation der Wahlkampfparole in Form einer Feindbildmarkierung der „Berufseuropäer“ populistisch zugespitzt:

> *„Lassen wir uns nicht einlullen von den Berufseuropäern, die ihre Kritikfähigkeit verloren haben, weil sie gar nicht mehr wissen, für wen und in wessen Auftrag sie tätig sind.“*

Hier wird ein inhaltlicher Kernbestand rechtspopulistischer Propaganda rhetorisch benutzt – der Aufbau eines Dualismus zwischen ‚denen da oben, die unsere nationalen Interessen verraten‘ und ‚uns,

[449] https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 1.03.2014

die den Mut beweisen, ehrlich für diese Interessen zu kämpfen‘.[450] Sozioökomomische Fragen und Gegensätze, politische Herrschaftsverhältnisse und divergierende Interessen werden im rechtspopulistischen Dualismus von ‚Gut und Böse‘ umgedeutet zu ‚nationalen‘ vrs. ‚antinationalen‘ Interessen.

Hieran anschließend greift Lucke in seiner Rede ein weiteres rhetorisches Mittel, in dem sich ein weiteres Muster rechtspopulistischer Propaganda offenbart, auf: Die Positionierung als Außenseiter und Opfer ‚mächtiger‘ wie zugleich ‚antinationaler‘ Anfeindungen:

> *„Liebe Freunde, ich gebe mich keinen Illusionen hin. Mit dieser politischen Botschaft werden wir im europäischen Wahlkampf den heftigsten Anfeindungen ausgesetzt sein. Die Altparteien werden tun, was sie können, um uns in Misskredit zu bringen. Und sie können viel, denn sie sind groß, reich und stark.“*

Auch hierbei tritt ein Merkmal rechtspopulistischer Inszenierung zutage: Der Opferstatus dient rechtspopulistischen Parteien dazu, ihren besitzstandswahrenden Wohlstandschauvinismus zu verkleiden als ‚heroischen Kampf‘ gegen ‚übermächtige‘ und ‚volksfeindliche‘ Gegner. Der eigentliche ‚Klassenkampf von oben‘ wird propagandistisch umgedeutet zu einem ‚Kampf des nationalen Außenseiters‘ gegen eine ‚antinationale Macht‘. Hierdurch wird die elitäre und marktradikale programmatische Ausrichtung der AfD moralisierend verklärt als ‚ehrenvolles‘ Eintreten für ‚das Volk‘. Genau einen solchen moralischen Gegensatz baut Lucke im weiteren Verlauf seiner Rede auf:

> *„Wir können gegen die Übermacht der Altparteien und ihres Geldes und ihrem Einfluss auf die Medien nur kontern mit unserer Überzeugung, mit unserem Engagement, mit unserer Opferbereitschaft für die gemeinsame Sache.“*

Nachdem Lucke in weiteren Sätzen die moralisierende Gegenüberstellung von den ‚unmoralischen Mächtigen‘ und den sich ‚aufopfernden Schwachen‘, welche für die ‚gute‘ – nationale – Sache eintreten, ausgeschmückt hat, wechselt er vom Status des Opfers und Aufopfernden hin zum Status Siegers. Um der Aufopferung und dem Kampf für den AfD-Erfolg die moralische Berechtigung zuzusprechen wie zugleich den Glauben an einen ‚guten Ausgang‘ wecken, bemüht Lucke biblische Motive:

> *„Wenn wir mutig, ehrlich und beherzt kämpfen, dann kann auch der kleine AfD-David dem großen und starken Altparteien-Goliath doch zumindest den ein oder anderen schmerzlichen Denkzettel verpassen.“*

Lucke beendet seine Bewerbungsrede mit einem Gedicht über David und Goliath, das er mit den Worten einleitet:

> *„Dann, meine Damen und Herren, werden sich die Altparteien am Tage nach der Europawahl vielleicht an die Schlussverse von Matthias Claudius erinnern, der nach der Niederlage des Goliath resümiert:*
>
> *‚Trau nicht auf deinen Tressenhut,*
>
> *Noch auf den Klunker dran!*
>
> *Ein großes Maul es auch nicht tut:*
>
> *Das lern vom langen Mann;*
>
> *Und von dem kleinen lerne wohl:*

[450] Vgl. Kapitel 1.1

Wie man mit Ehren fechten soll.“[451]

Das lasst uns gemeinsam tun, vielen Dank!“

Eine kritische Betrachtung des Inhaltes dieser Rede wie auch hinsichtlich ihres Aufbaus und Rhetorik lässt den Schluss zu, dass hierin deutliche Affinitäten zu den Kernbeständen rechtspopulistischer Stilmitteln zum Ausdruck kommen. Dies kann zugleich gedeutet werden als Auftakt für eine deutlichere Positionierung der Partei im Lager der europaskeptischen Rechten. Parteisprecher Lucke selbst hat seit diesem Zeitpunkt weitere Hinwendungen zu einem rechten Sprachduktus vorgenommen. So bekundete er in einem Interview in der Zeitung *Merkur* hinsichtlich der Frage nach seiner Wortwahl „sozialer Bodensatz“ in Bezug auf Zuwanderer, er fände „diese Art von Sprachpolizei albern“.[452] In der *Thüringischen Landeszeitung* [453]antwortete er auf die Frage nach dem Grund für das gute Abschneiden der AfD bei der Wahl in den ostdeutschen Bundesländern, diese hätten eben „ein unbefangeneres Verhältnis zu Fragen der nationalen Identität als auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik. Man schämt sich dort nicht, deutsch zu sein“. In Westdeutschland hingegen seien viele so sozialisiert worden, „dass man niemals sagen darf, dass etwas in deutschem Interesse ist. Es muss immer alles im europäischen Interesse sein. Das Vertreten nationaler Interessen wird hier in Thüringen oder Sachsen mit mehr Sympathie aufgenommen.“ Nationalistische Anklänge traten in seiner Aschermittwochsrede zutage, als der laut Wiedergabe der *Berliner Zeitung* erklärte: „Wir setzen uns für die deutschen Interessen in Europa ein, weil unser Land uns wichtig ist, als ein Land, das sein Gepräge und seine Selbstständigkeit wahrt. Sie in Bayern fassen das treffend in drei Worte: Mir san mir!“ Und weiter: „Wir wollen, dass Deutsche Deutsche bleiben und dass die Bayern Bayern bleiben.“[454]

6.2.2 Hans-Olaf Henkel

Auf den zweiten Listenplatz wurde Hans-Olaf Henkel gewählt. Der ehemalige BDI-Präsident Henkel präsentierte sich bei seiner Kandidatur als öffentlichkeitswirksames ‚Zugpferd‘ für die Partei. So lautete es in seiner schriftlich verfassten Bewerbung:

> *„Erstens möchte ich im Wahlkampf mithelfen, möglichst vielen Mitstreitern der AfD einen Platz im Europäischen Parlament zu sichern. Zweitens möchte ich mit den zukünftigen AfD-Parlamentskollegen sowohl in Europa als auch in Deutschland für ein freiheitliches und subsidiäres Europa werben. Drittens will ich im Parlament mit möglichst viel Gleichgesinnten aus anderen Ländern der zentralistischen Gleichmacherei in der EU einen Riegel vorschieben. Schließlich möchte ich auch vom Europäischen Parlament aus AfD Mitglieder dabei unterstützen, in deutsche Landtage und schließlich in den Deutschen Bundestag einzuziehen.“*[455]

In einem Interview mit dem *Handelsblatt* ging Henkel auch auf die Frage nach den Zielen der AfD im EU-Parlament ein:

---

451 Matthias Claudius (1740 - 1815), deutscher Dichter, Redakteur, Erzähler und Herausgeber des Wandsbecker Boten, in dem er seine politisch konservative Haltung und seine Ablehnung der Aufklärung zum Ausdruck brachte. Pseudonym Asmus, Auszug aus dem Gedicht: Die Geschichte von Goliath und David in Reime bracht (Anm: A. Häusler)

452 Afd-Chef Lucke: „Ich bin kein Liberaler“, unter: http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/afd-chef-bernd-lucke-interview-ich-kein-liberaler-3395723.html, abgerufen am 08.03.2013

453 AfD-Vorsitzender Bernd Lucke zu Wahlchancen seiner Partei, in: Thüringische Landeszeitung v. 09.03.2014, unter: http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/AfD-Vorsitzender-Bernd-Lucke-zu-Wahlchancen-seiner-Partei-1527404554, abgerufen am 10.03.2014

454 Geyer, Steven: Politischer Aschemittwoch der AfD. „Servus Europa“, in: Berliner Zeitung v. 05.03.2014

455 https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 1.03.2014

> *„Wenn die AfD erst einmal im Europaparlament ist, sollte sie sich mit den Kräften verbünden, die sich für ein subsidiäres, wettbewerbsorientiertes Europa einsetzen. Für ein Europa der Vaterländer, wie es Charles de Gaulle einmal definierte, und nicht für einen europäischen Zentralstaat à la Schäuble, von der Leyen und Lindner. Letzteres halte ich für katastrophal.“*[456]

Die Aufzählung lässt erkennen, dass Henkel eine Verknüpfung von neoliberalen Forderungen („wettbewerborientiertes Europa“) und nationalkonservativen Losungen („Europa der Vaterländer“) herstellt. Mit welchen Kräften die AfD zur Umsetzung dieser Vorstellungen in Kontakt treten solle, deutete er in seiner Bewerbungsrede in Aschaffenburg an. In der auf der AfD-Internetseite als Mitschnitt wiedergegebenen Rede erklärte er:

> *„Dann werden wir uns natürlich auch nach Gleichgesinnten umsehen müssen. Herr Lucke hat dazu ja schon was gesagt. Und auf den Vorschlag, Thema UKIP möchte ich sagen: Man kann ja auch versuchen, sonst vernünftige Parteien dazu zu bewegen, sich einigermaßen auch vernünftig auszudrücken. Vielleicht haben wir auch einen positiven Einfluss auf diese Art von Parteien in Brüssel und darum wollen wir uns bemühen.“*[457]

Diese mit großem Applaus bedachte Äußerung deutet darauf hin, dass sich entgegen den bislang von Bernd Lucke getroffenen öffentlichen Distanzierungen von offen rechtspopulistischen Parteien wie der UKIP die AfD trotzdem solche Kooperationen in Betracht zieht. Diese Diskrepanz zwischen Sympathiebekundungen und Dementi tritt nicht nur im Verhältnis der AfD zur UKIP zutage. Auch hinsichtlich der Positionierung als „rechte Partei“ lassen sich unterschiedliche Äußerungen feststellen. So bekundete Henkel entgegen vieler Äußerungen von Bernd Lucke laut Auskunft der *Jungen Freiheit*, es sei „nichts falsch daran“, rechts zu sein: „Der Kampf gegen Rechts ist eine Unverschämtheit.“ Rechts dürfe nicht mit rechtsextrem verwechselt werden. „Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig.“[458]

Irritationen hinsichtlich der Abgrenzung von Rechtsaußen ruft hingegen ein Blick auf eine auf den Namen Hans-Olaf Henkel eingetragene Facebook-Seite hervor: Dort findet sich unter der Rubrik „Favoriten“ neben Restaurants u.a. auch der Witikobund Deutschland.[459] Bei diesem stellte die Bundesregierung am 3. November 2008 „eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextreme Bestrebungen“ fest.[460]

6.2.3 Beatrix von Storch

Beatrix von Storch benannte in ihrer Bewerbungsrede in Aschaffenburg[461] die ihrer Ansicht nach wichtigste Aufgabe der AfD im Wahlkampf:

> *„Das Europa der souveränen Nationalstaaten sollten wir in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes stellen.“*

---

[456] Neuer, Dietmar: „Der Euro hat verheerende Nebenwirkungen“, in: Handelsblatt v.14.01.2014, unter: http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-mit-hans-olaf-henkel-sarrazin-wuerde-gut-zur-afd-passen/9325720-7.html, abgerufen am 19.01.2014

[457] Redemittschnitt von Hans-Olaf Henkel, unter: https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 10.03.2014

[458] Brückner, Thorsten: „Crazy-Horst“ und das „Pin-up Girl für enttäuschte Konservative“, in Junge Freiheit v. 05.03.2014, unter: http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2014/crazy-horst-und-das-pin-up-girl-fuer-enttaeuschte-konservative/, abgerufen am 06.03.2014

[459] https://de-de.facebook.com/hansolafhenkel, abgerufen am 03.03.2014

[460] Deutscher Bundestag Drucksache 16/10755

[461] https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 1.03.2014

Ähnlich wie schon Bernd Lucke in seiner Rede baute auch Frau von Storch zunächst rhetorisch einen Gegensatz zwischen einem ‚Wir‘ und allen ‚Anderen‘ hinsichtlich der europäischen Einigung auf. Daran anschließend unterstellte sie ebenso wie Lucke den ‚Anderen‘ pauschal, etwas Grundlegendes zu „verschweigen“:

> *„Alle anderen Parteien schwadronieren von der europäischen Einigung, aber sie verschweigen daher etwas. Und das müssen wir herausarbeiten. Wir müssen sie zur Beantwortung der Frage zwingen und diese Frage heißt: Was steht am Ende der europäischen Union? Was steht da?“*

Auch hier entwickelt Frau von Storch ebenso wie Lucke rhetorisch eine moralisierende Gegenüberstellung von Ehrlichkeit und Unehrlichkeit. Daraus abgeleitet wird die eigene – antieuropäische und nationalistische – Positionierung zur Europapolitik zum Akt einer ‚Wahrheitsverkündung‘ gegenüber einer groß angelegten ‚Verschleierung‘ stilisiert:

> *„Die ehrliche Antwort erfordert ein Bekenntnis: Entschleiern wir, was alle anderen zu verdecken versuchen. Es steht bei allen anderen Parteien auf diese Frage am Ende der europäischen Vereinigung der EU-Zentralstaat. Sie wollen alle diesen großen, neuen Superstaat. Und wir sind die einzigen, die das ablehnen.“*

Auf diese Gegenüberstellung aufbauend vollzieht Frau von Storch eine Hinwendung zu einer nationalistisch hergeleiteten Einschränkung demokratischer Geltungsbereiche:

> *„Aber sagen wir doch ganz klar: warum lehnen wir das ab? Weil wir die Demokratie verteidigen. Demokratie geht nur national. Sie geht nicht international. Sie heißt: Herrschaft des Volkes, es heißt: eines Volkes, nicht Herrschaft der Völker.“*

Diese Beschränkung von demokratischen Handlungsmöglichkeiten auf einen rein nationalen Rahmen wird begründet mit einem Begriff von Volk, der Assoziationen zu einem völkischen Verständnis von Nation hervorruft. Doch anstelle von völkisch-rassistischen Deutungsmustern entwickelt von Storch kulturalistische Deutungen des Volksbegriffs[462], um ihre Einschränkung demokratischer Gültigkeit auf das Nationale begründen zu können:

> *„Und wir haben kein EU-Volk. Und dieses eine Volk muss eine Regierung dann auch kontrollieren können. Dazu braucht es Öffentlichkeit, eine Öffentlichkeit. Das geht in der Schweiz vielleicht mit drei Kulturen und drei Sprachen. Aber das geht nicht mit 28 Kulturen und 24 Sprachen. Wer gegen den EU-Zentralstaat ist, für souveräne Nationalstaaten, der ist kein Nationalist, der ist Demokrat.“*[463]

Zwar spricht sich die Kandidatin dagegen aus, ihre nationalisierende Einschränkung des Demokratiebegriffes als Nationalismus zu verstehen. Doch ein Verständnis von Demokratie, das selektierend exklusive Gültigkeit für eine oder wenige „Kulturen“ beansprucht und pauschal transnationalen demokratischen Institutionen deren Demokratiegültigkeit mit dem Verweis abspricht, diese seinen nicht „national“ – ein solches Verständnis von Demokratie kann sehr wohl als nationalistisches Demokratieverständnis bezeichnet werden. Die von Frau von Storch betriebene Einschränkung der Demokratiegültigkeit auf den Nationalstaat entspricht dem neurechten Bestreben einer Nationalisierung des Politischen. Sie spricht damit nicht bloß pauschal einer „postnationalen Demokratie“ [464] und deren internationalen Institutionen ihre Existenzberechtigung ab. Zugleich hat die AfD mit Frau Storch eine Politikerin auf einen vorderen Listenplatz zur Wahl für das Europaparlament gesetzt, die eben diesem Parlament pauschal dessen demokratische Legitimität wie zugleich dessen demokratischen Nutzen abspricht.

---

462 Zur Erläuterung kulturalisierender Umdeutungen des Demokratiebegriffs s. näher Kapitel 1.1

463 https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/, abgerufen am 12.03.2014

464 Vgl. Dingwerth, Klaus/Blauberger, Michael/Schneider, Christian: Postnationale Demokratie. Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO, Wiesbaden 2011

6.3 Mögliche Allianzen im Europaparlament

Zwei Monate vor der Europawahl am 25. Mai rechnen Demoskopen damit, dass EU-kritische und EU-feindliche Parteien aus dem Rechtsaußen-Spektrum bei der Abstimmung deutlich zulegen werden. Der *Front National* (FN) in Frankreich, die *United Kingdom Independence Party* (UKIP) in Großbritannien, die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) in den Niederlanden oder die *Freiheitliche Partei Österreichs* könnten in ihre Ländern gar die stimmenstärksten Parteien werden. In Deutschland setzt die AfD zum Sprung ins Europaparlament an.

Bereits seit Monaten wird in der Partei darüber diskutiert, ob und in welchen europäischen Bündnissen die AfD Politik betreiben soll. Nach einem Einzug ins EU-Parlament wird zudem die Frage auftauchen, ob und in welcher Fraktion die AfD mitarbeiten sollte.

Dass eine solche Fraktionszugehörigkeit sinnvoll ist, liegt auf der Hand:

- Fraktionen werden in der Medienöffentlichkeit wahrgenommen – Einzelmitglieder in einem mehr als 700 Mitglieder zählenden Parlament aber nur in Ausnahmefällen.

- Mit der Fraktionseigenschaft sind zusätzliche Rechte und Arbeitsmöglichkeiten verbunden, etwa die Vertretung in den Ausschüssen des Parlaments oder das Recht, Beschlussvorlagen einzubringen.

- Nicht zuletzt eröffnet die Fraktionsbildung auch neue finanzielle Möglichkeiten.

Derzeit gehören 734 von 766 Abgeordneten einer der sieben Fraktionen an. Von den 32 Fraktionslosen zählt die Mehrheit zum Rechtsaußenlager. Sie vertreten unter anderem den FN, die ungarische *Jobbik*, FPÖ, PVV oder die *British National Party* (BNP) in Brüssel bzw. Straßburg. Frei gewählt haben sie ihren Status als Fraktionslose nicht: Andere rechtsgerichtete Parteien mochten mit ihnen nicht zusammenarbeiten, und für die Bildung einer eigenständigen Fraktion reichte es nicht. Dafür müssen sich mindestens 25 Abgeordnete aus einem Viertel der EU-Staaten – also aus mindestens sieben Ländern – zusammenschließen.

Derzeit arbeiten im Parlament folgende sieben Fraktionen:

- EVP - *Fraktion der Europäischen Volkspartei* (Christdemokraten): unter anderem mit CDU und CSU,
- S&D - *Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten* im Europäischen Parlament, unter anderem mit der SPD,
- ALDE - *Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa*, unter anderem mit der FDP,
- Grüne/EFA - *Grüne/Freie Europäische Allianz*, unter anderem mit *Bündnis 90/Die Grünen*
- ECR - *Europäische Konservative und Reformisten*; ohne deutsche Mitglieder; die britische *Conservative Party*, die polnische PiS und die tschechische ODS dominieren dort,
- GUE/NGL - *Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke*, unter anderem mit *Die Linke*,
- EFD - *Europa der Freiheit und der Demokratie*; ohne deutsche Mitglieder; die UKIP und die italienische *Lega Nord* (LN) dominieren dort.

Offen ist noch, ob sich die für AfD-Vertreter wahrscheinlich am interessantesten erscheinenden Fraktionen (ECR und EFD) nach der Wahl in identischer oder ähnlicher Zusammensetzung erneut

zusammenfinden. Sicher ist hingegen, dass aus den Kreisen jener Rechtsaußen-Parteien, deren EP-Mitglieder derzeit fraktionslos sind, neue Bündnisse angepeilt werden. Insbesondere FPÖ, PVV und FN sind in dieser Hinsicht aktiv.

In einem Interview mit der Internetseite *Eurokritiker* skizzierte Lucke im November 2013 seine Position in der Bündnisfrage:[465] „Ich werde mich nicht mit einem zweifelhaften Partner einlassen, damit wir mehr Redezeit kriegen oder uns mit dem Status einer Fraktion schmücken können“, erklärte er. Außerdem müsse man Partner auch erst einmal kennen lernen.

> *„Deshalb denke ich, dass die AfD im Europaparlament zunächst mal eine fraktionslose Gruppe darstellen wird und beobachten wird, welche Parteien unsere inhaltliche Positionen unterstützen – und was für Inhalte diese Parteien sonst noch so haben. Es hindert uns ja nichts, erst mal ein Jährchen zu warten, ehe wir uns – vielleicht – einer Fraktion anschließen.“*

Eindeutig war seine Absage an den von Marine Le Pen geführten *Front National* und Wilders PVV. Man wisse in beiden Fällen genug, „um eine Zusammenarbeit definitiv ausschließen zu können“, so Lucke.

> *„Frau Le Pen will z. B. aus der NATO ausscheiden und Zollschranken in der EU wieder einführen. Da kann sie vielleicht mit Herrn Lafontaine zusammengehen, aber nicht mit der AfD. Herrn Wilders Partei hat nur ein einziges Mitglied – ihn selbst. Er will keine innerparteiliche Demokratie, deshalb lässt er keine anderen Mitglieder zu. Er hat jede Menge Anhänger, die ihn wählen und finanziell fördern, aber diese Anhänger haben nichts zu sagen, denn alle Macht liegt allein bei Wilders. Das ist mit dem Demokratieverständnis der AfD nicht kompatibel. Zudem machen beide Parteien, Front National und PVV, Stimmung gegen Ausländer und gegen den Islam und bei so etwas machen wir ganz bestimmt nicht mit.“*

Ähnlich argumentierte er im Gespräch mit der *Wirtschaftswoche*[466]:

> *„Der Front National will z. B. aus der NATO austreten und wieder Zollschranken in der EU einrichten. Beides ist mit uns nicht zu machen. Wir stehen für die Westbindung Deutschlands und wollen den europäischen Binnenmarkt stärken. Die Freiheitspartei von Geert Wilders ist eine Partei ohne innerparteiliche Demokratie. Denn die Partei hat nur ein Mitglied, Herrn Wilders selbst. Er allein hat das Sagen und alle anderen folgen. Die AfD hingegen legt viel Wert auf Basisdemokratie. Schließlich sind der Front National von Marine Le Pen und die Freiheitspartei von Geert Wilders sind (sic!) teils latent, teils offen islamfeindlich. Auch damit kommen sie als Partner nicht in Frage.“*

Nicht ganz so eindeutig war Luckes Haltung zur UKIP. Im Oktober 2013 hatte er in einem Interview mit den *Deutschen Wirtschaftsnachrichten*[467] auf die Frage, ob deren Chef Nigel Farage der ideale Partner im EU-Parlament sei, zwar geantwortet:

> *„Keineswegs. Wenn es um britische Parteien geht, haben wir mehr Gemeinsamkeiten mit den Konservativen und der Labo[u]r Party. Die stehen wie wir dem Euro kritisch gegenüber. Sie bejahen die Europäische Union, wollen aber mehr Dezentralisierung und Deregulierung.“*

---

[465] Interview mit AfD-Sprecher Bernd Lucke (20.11.2013) http://eurokritiker.com/2013/11/20/interview-mit-afd-sprecher-bernd-lucke/, abgerufen am 23.2.2014.

[466] Wirtschaftswoche: AfD-Chef Bernd Lucke „Die Große Koalition betreibt Unsinn“ (28.11.2013) http://www.wiwo.de/politik/deutschland/afd-chef-bernd-lucke-die-grosse-koalition-betreibt-unsinn-seite-all/9136760-all.html, abgerufen am 29.11.2013.

[467] Deutsche Wirtschafts-Nachrichten: Interview - Lucke: Ergebnis der Bundestagswahl bringt AfD 1,7 Millionen Euro (25.10.2013) http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/10/25/lucke-ergebnis-der-bundestagswahl-bringt-afd-17-millionen-euro/, abgerufen am 23.2.2014.

Vier Wochen später machte er aber im *Eurokritiker*-Interview deutlich, dass er UKIP nicht in eine Reihe mit *Front National* und PVV stellen wolle. In einigen Punkten gehe ihm UKIP zu weit, so zum Beispiel mit einer grundsätzlichen Ablehnung der EU; Farages Partei habe zudem „latent fremdenfeindliche Züge“. Aber Lucke betonte auch: „UKIP hat eine ganze Reihe von vernünftigen Positionen.“

Mit seiner – wenn auch im Vergleich zu FN und PVV vorsichtigeren – Absage an die UKIP reagierte Lucke auch auf Avancen, die Farage seiner Partei gemacht hatte. Der UKIP-Vorsitzende hatte gegenüber dem Monatsmagazin *Cicero*[468] im Oktober 2013 gesagt, derzeit habe seine Partei niemanden in Deutschland, mit dem sie arbeiten könne. Aber:

> *„Ich beobachte jedoch die Alternative für Deutschland mit großem Interesse, denn sie scheint eine gute intellektuelle Basis zu haben. Jetzt müssen sie nur ihre Ideen in eine Sprache fassen, die der Mann auf der Straße verstehen kann.“*

Umgekehrt entwickelten auch einige Funktionäre der AfD ein ausgeprägtes Interesse und Sympathien für die UKIP. So reisten Steffen Wandschneider und Martin E. Renner, zu diesem Zeitpunkt Landessprecher in Mecklenburg-Vorpommern bzw. stellvertretender Sprecher in Nordrhein-Westfalen, Anfang November 2013 nach Brüssel, um Farage zu treffen. Unter der Überschrift „Jetzt ist die Zeit, jetzt ist die Stunde…“ erschien unter anderem auf der Internetseite der AfD Nordrhein-Westfalen[469] ein Bericht über das Treffen, der dort aber nach Angaben des damaligen AfD-Landesvorsitzenden in NRW, Alexander Dilger, auf dessen Betreiben wieder gelöscht wurde.[470] In dem Bericht über das Brüsseler Treffen hieß es, Renner und Wandschneider hätten „ganz kurzfristig die Gelegenheit ergriffen, mit Nigel Farage ein sehr freundschaftliches Gespräch und einen fundierten politischen Gedankenaustausch im Büro des Fraktionsführers der EFD im Europaparlament zu führen“. Schon seit geraumer Zeit bestünden persönliche Beziehungen der beiden Vorstandsmitglieder aus NRW und Mecklenburg-Vorpommern zu Farage.

> *„Das über eineinhalb Stunden dauernde Treffen war von Anfang an geprägt von der gegenseitigen Sympathie der zusammengekommenen Personen, so dass ganz schnell politische Themen und künftige politische Aktionen besprochen werden konnten.“*

Farage habe sich „sehr beeindruckt von der Schnelligkeit und der Effizienz des Aufbauwerks der Partei Alternative für Deutschland“ gezeigt. Er habe deutlich gemacht, dass er große Freude darüber empfinde, dass nun endlich auch in Deutschland eine systemkritische Partei entstanden ist, die Demokratie und Freiheit für seine Bürger einfordere. Sowohl in Deutschland, als auch in der europäischen Union. Renner, Wandschneider und Farage hätten „weitere Zusammenkünfte zur Planung und Vorbereitung gegenseitiger Unterstützung im Wahlkampf“ vereinbart.

Indirekt hatte Wandschneiders Landesverband schon zuvor angedeutet[471], dass man sich eine Zusammenarbeit mit UKIP vorstellen könne: Man sei sich „der Tatsache bewusst, dass auch in anderen Mitgliedsstaaten der EU wie Groß Britannien oder Schweden alternative Parteien existieren“. Nach dem Treffen in Brüssel sagte Wandschneider gegenüber der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, es habe ein „sehr persönliches Gespräch“ mit Farage gegeben, bei dem es auch um die Frage einer künftigen Zusammenarbeit im EU-Parlament gegangen sei.[472] Farage habe sich erfreut über das

---

[468] Cicero: „Ich beobachte die AfD“ - Interview mit Nigel Farage (19.10.2013) http://www.cicero.de/weltbuehne/grossbritannien-ich-traue-cameron-nicht-nigel-farage-afd, abgerufen am 23.2.2014.

[469] http://www.nrw-afd.de/jetzt-ist-die-zeit-jetzt-ist-die-stunde-2/, abgerufen am 6.11.2013

[470] Alexander Dilger: Mehrheit zurückgetreten (8.11.2013) https://alexanderdilger.wordpress.com/2013/11/08/mehrheit-zuruckgetreten/, abgerufen am 24.2.2014.

[471] https://www.facebook.com/photo.php?fbid=599093346794256&set=a.515807031789555.1073741829.513381125365479&type=1, abgerufen am 25.2.2014.

[472] Junge Freiheit: AfD-Funktionäre loten Zusammenarbeit mit Nigel Farage aus (8.11.2013) http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2013/afd-funktionaere-loten-zusammenarbeit-mit-nigel-farage-aus/,

Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl gezeigt; aus seiner Sicht sei es gut, dass es in Deutschland eine eurokritische Partei gebe. Zur Frage, ob eine Zusammenarbeit mit der UKIP möglich wäre, sagte Wandschneider: „Wir sollten uns im Vorfeld nicht festlegen und mit mehreren Parteien sprechen.“ Dazu gehöre auch die UKIP.

Die Rechtsaußen-Monatszeitschrift *Zuerst* zitierte zudem den Landessprecher der AfD in Sachsen-Anhalt, Michael Heendorf, mit den Worten, er stehe als „Initiator und Mitbegründer der Alternative für Deutschland […] zur UKIP“ und pflege dorthin „beste Kontakte“.[473]

UKIP-kritisch äußerten sich AfD-Pressesprecherin Dagmar Metzger und der damalige NRW-Landesvorsitzende Dilger. Metzger plädierte einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* zufolge dafür, in der Fraktion mit den britischen *Tories*, der tschechischen ODS und der polnischen PiS mitzuarbeiten.[474]

> *„Denn andernfalls hätte die AfD nur die Wahl [...], wie die rechtspopulistische Freiheits-Partei des Niederländers Geert Wilders oder der französische Front National fraktionslos zu bleiben – oder zur Fraktion der offenen Europagegner um den Briten Nigel Farage und seine UKIP zu gehen, zu der auch radikale Gestalten wie die ‚Wahren Finnen’ und die italienische Lega Nord zählen“,*

heißt es in der FR weiter. „Dazu gibt es von uns ein ganz klares Nein“, zitierte das Blatt AfD-Sprecherin Metzger. Auch Dilger befürwortete ein Bündnis mit den britischen Konservativen.[475] Er strebe eine Zusammenarbeit mit „eurokritischen, aber grundsätzlich europafreundlichen Parteien außerhalb Deutschlands“ an. Die *Conservative Party* habe die EVP-Fraktion „konsequent“ verlassen, in der „z. B. CDU und CSU ihre Euro-Euphorie ausleben“, lobte er. Dilger:

> *„Mit der Kritik daran ist die Alternative für Deutschland in guter Gesellschaft und könnte z. B. der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten beitreten, die von den Tories mitbegründet wurde.“*

Farage sei hingegen

> *„vollkommen gegen die EU. Das ist nicht die Position der AfD, die wie die etablierten britischen Parteien für grundlegende Reformen ist, doch die EU im Gegensatz zum Euro grundsätzlich erhalten will“.*

Dilgers Plädoyer löste aber einige Kritik aus. Anderntags schrieb er in seinem persönlichen Blog, er

> *„hoffe allerdings und gehe auch davon aus, dass die Mehrheit in der Partei und vor allem unserer (potentiellen) Wähler gemäßigter ist als die lautesten Stimmen im Internet. Stramm rechte und auch Anti-EU-Parteien gibt es doch schon dutzendweise. Das Erfolgsgeheimnis der AfD kann nicht Radikalität, sondern nur Seriosität sein“.*[476]

Nach dessen Besuch bei Farage kritisierte er seinen Stellvertreter im Sprecheramt in NRW, Martin Renner, massiv. Renner wolle „auf eigene Faust Außenpolitik zum Schaden der AfD betreiben“, warf

abgerufen am 9.11.2013.

473 Zuerst: Trotz Luckes Abgrenzung: AfD-Politiker treffen UKIP-Chef Nigel Farage (6.11.2013) http://www.zuerst.de/2013/11/06/trotz-luckes-abgrenzung-afd-politiker-treffen-ukip-chef-nigel-farage/, abgerufen am 6.11.2013.

474 Steven Geyer (Frankfurter Rundschau). AFD Europawahl: Überraschungen für Bernd Lucke (11.11.2013) http://www.fr-online.de/politik/bernd-lucke-afd-europawahl--ueberraschungen-fuer-bernd-lucke,1472596,25004678.html, abgerufen am 2.3.2014.

475 Alexander Dilger: Tories als potentieller Bündnispartner (28.10.2013) http://alexanderdilger.wordpress.com/2013/10/28/tories-als-potentieller-bundnispartner/, abgerufen am 28.10.2013.

476 Alexander Dilger: Tories als potentieller Bündnispartner (28.10.2013) http://alexanderdilger.wordpress.com/2013/10/28/tories-als-potentieller-bundnispartner/, abgerufen am 29.10.2013.

er ihm unter anderem vor.[477] Es sei „nicht in Ordnung, wenn Parteifunktionäre bewusst gegen die Beschlusslage und die Parteiführung eigenmächtig handeln und dabei auch noch suggerieren, sie würden das im Namen der Partei tun“.[478] Eigentlich sei gar ein Parteiordnungsverfahren angezeigt.

Lucke selbst äußerte sich ebenfalls über Renners Reise, wenn auch im Ton zurückhaltender. Zu seinem „großen Erstaunen“ sei Renner zu Farage gereist und habe sich „mit ihm gemeinsam hinter einem großen AfD-Logo von der Presse fotografieren lassen. Das habe ich nicht gerade als eine Geste der Loyalität mir gegenüber wahrgenommen“.[479]

Trotz der Warnungen vor einer auf eigene Faust betriebenen Außenpolitik reisten die AfD-Landeschefs aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, Michael Heendorf, Steffen Wandschneider und Roland Scheel im Dezember 2013 nach Österreich, um mit dem *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ), einer von Jörg Haider gegründeten Abspaltung der rechtspopulistischen FPÖ, über eine Allianz zu sprechen. „Nur gemeinsam haben wir eine Chance, dieses Europa noch zu retten“, erklärte Heendorf, den das BZÖ zum Ehrenmitglied ernannte, einem ORF-Bericht zufolge.[480] Man wolle sich mit weiteren europäischen Kräften „des gesunden Menschenverstandes“ aus Schweden, Dänemark, den Niederlanden oder Frankreich vernetzen. „Um welche Parteien es sich dabei konkret handeln könnte, ließen sowohl BZÖ als auch AfD offen“, meldete der ORF. BZÖ-Obmann Gerald Grosz habe erklärt, infrage kämen „rechtsliberale Gruppierungen, die durchaus auch populistisch sein dürfen, solange sie in ihren Inhalten intelligent sind“. Parallel zum Treffen mit den AfD-Funktionären verkündete das BZÖ, man wolle ein Volksbegehren über den EU-Austritt Österreichs starten. Einer Mitteilung des BZÖ unter der Überschrift „Europa vor dieser EU retten - BZÖ bildet Schulterschluss mit AfD“ zufolge[481] sagte Heendorf: „Europa entwickelt sich von einem Friedensbündnis zu einem Imperium. Damals in der UDSSR haben wir die Befehle aus Moskau bekommen. Heute erhalten wir die Order aus Brüssel.“

Auf diesen neuerlichen Versuch einer Neben-Außenpolitik reagierte der AfD-Bundesvorstand mit einem formellen Beschluss, den Lucke den „lieben Freunden“ zur Kenntnis gab, verbunden mit der Bitte um „strikte Beachtung“.[482] „Über offizielle Kontakte zu ausländischen Parteien und Organisationen entscheidet allein der Bundesvorstand“, heißt es in dem Beschluss. Erläutert wird: „Zu offiziellen Kontakten gehören alle Gespräche, Schriftstücke oder Veranstaltungen mit einem ausländischen Partner, für die Funktionsträger der AfD in Ausübung ihres Parteiamtes Mitverantwortung tragen.“ Bei privaten Kontakten sei dafür Sorge zu tragen, „dass diese nicht zur Berichterstattung in den Medien führen bzw. - soweit dies nicht unterbunden werden kann - dass die Medien eindeutig über den privaten Charakter des Kontakts in Kenntnis gesetzt werden.“ Wenn Untergliederungen der AfD offizielle Kontakte mit ausländischen Partnern pflegen wollen, sei vorher die Zustimmung der AfD-Spitze einzuholen.

Das extrem rechte Monatsmagazins *Zuerst* wertete den Österreich-Auftritt der drei AfD-Funktionäre als „nächste Runde“ in der Richtungsdiskussion, die die Partei beschäftigte.[483] Trifft die Einschätzung

---

[477] Alexander Dilger: Mehrheit zurückgetreten (8.11.2013) https://alexanderdilger.wordpress.com/2013/11/08/mehrheit-zuruckgetreten/, abgerufen 24.2.2014

[478] Alexander Dilger: Dementi zu Machtkampf in der AfD (9.11.2013) http://alexanderdilger.wordpress.com/2013/11/09/dementi-zu-machtkampf-in-der-afd/, abgerufen am 2.3.2014.

[479] Interview mit AfD-Sprecher Bernd Lucke (20.11.2013) http://eurokritiker.com/2013/11/20/interview-mit-afd-sprecher-bernd-lucke/, abgerufen 2.3.2014

[480] ORF: BZÖ und deutsche AfD für gemeinsame Europapolitik (12.12.2013) http://orf.at/stories/2210120/, abgerufen am 2.3.2014.

[481] Bündnis Zukunft Österreich: Grosz: Volksbegehren über EU-Volksabstimmung gestartet (12.12.2013) http://www.bzoe.at/aktuelles/grosz-volksbegehren-%C3%BCber-eu-volksabstimmung-gestartet.html, abgerufen am 12.12.2013.

[482] https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/posts/583455301726455, abgerufen am 13.12.2013.

[483] Zuerst: AfD-Richtungsdiskussion, nächste Runde: Drei Ost-Landesvorsitzende zu Gast beim BZÖ (13.12.2013) http://www.zuerst.de/2013/12/13/afd-richtungsdiskussion-nachste-runde-drei-ost-landesvorsitzende-zu-gast-beim-bzo/,

zu, so ging diese Runde allerdings an Lucke. In den folgenden Wochen jedenfalls traten Heendorf, Wandschneider und Scheel von ihren Ämtern zurück. *Zuerst* meldete am 23. Dezember 2013 unter der Überschrift „AfD-Richtungsstreit: Drei Ost-Landesvorsitzende werfen das Handtuch“, Heendorf und Scheel hätten der Partei den Rücken gekehrt.[484] Wandschneider, einer von drei Vorsitzenden im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, sei entweder zurückgetreten oder seines Amtes enthoben worden: Auf der Internetseite seines Landesverbandes werde er nicht mehr bzw. „nur noch durchgestrichen“ geführt.

Während die Gespräche mit dem BZÖ, das im vorigen Jahr aus dem österreichischen Bundesparlament, dem Nationalrat, ausgeschieden ist, nur als kurzes und im Ergebnis unbedeutendes Intermezzo erscheinen, dürfte die Frage eines Bündnisses mit der UKIP die AfD noch länger beschäftigen. Kurz nach dem Aschaffenburger Parteitag, bei dem die AfD im Januar 2014 ihre ersten sechs Listenkandidaten für die Europawahl nominiert und bei dem Lucke gesagt hatte, die UKIP schlage einen Tonfall an, der ihm nicht behage, äußerte sich UKIP-Chef Farage gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*.[485] Er habe zwei sehr produktive Treffen mit Landesprechern der AfD gehabt, erklärte er. Gemeint waren damit offenbar Treffen im vorigen Jahr, darunter das erwähnte mit Wandschneider und Renner. Ihm sei bewusst, so Farage, dass Lucke sich mit den *Conservatives* im EU-Parlament zusammentun wolle. „Aber mich freut, dass sehr viele ranghohe Mitglieder der AfD lieber eine Allianz mit uns eingehen möchten. Es liegt an den Parteimitgliedern, darüber abschließend zu entscheiden.“

Wie eine Abstimmung über diese Frage innerhalb der AfD ausgehen würde, ist keinesfalls ausgemacht. Bei der Fortsetzung des Europaparteitags am 1. Februar 2014 in Berlin äußerte sich einer der Bewerber für die Kandidatenliste, der Bielefelder Marcus Pretzell, explizit zu dieser Frage. Er sagte einem Mitschnitt der Rede zufolge:

> *„Da ist für mich vollkommen klar, dass die Tories als eine Partei, die mit germanophoben Parteien wie der ODS und Benes-Dekrete-Befürwortern in Tschechien zusammenarbeitet, die zum Beispiel mit der PiS von Herrn Kaczynsky [zusammenarbeitet], der auch mit antideutschen Ressentiments in Polen spielt und Wahlkampf betreibt, dass das keine Partner für uns sein können. Ob es die UKIP am Ende sein kann, das wird man dann beantworten müssen.“*

Luckes Kritik an der UKIP wertete Pretzell offenbar nicht als endgültige Absage an eine Zusammenarbeit: „Ich finde es sehr gut, dass Herr Lucke kurz nachdem diese Frage aufgekommen ist, dann selbst gesagt hat: Wir stellen diese Frage zurück und reden am Ende mit allen.“ Seine, Pretzells, Ansage vor den Delegierten in Berlin war aber deutlich: „Persönlich sage ich Ihnen: Für die Tories stehe ich nicht zur Verfügung.“ Mit knapp 55 Prozent der Stimmen wählten ihn die Delegierten auf Listenplatz 7. Die Basis für weitere Konflikte in der AfD bzw. in einer AfD-Gruppe im EU-Parlament über die Frage möglicher Allianzen könnte damit bereits gelegt sein.

---

abgerufen am 13.12.2013.

[484] Zuerst: AfD-Richtungsstreit: Drei Ost-Landesvorsitzende werfen das Handtuch (23.12.2013) http://www.zuerst.de/2013/12/23/afd-richtungsstreit-drei-ost-landesvorsitzende-werfen-das-handtuch/, abgerufen am 23.12.2013.

[485] Frankfurter Allgemeine Zeitung: Alternative für Deutschland - AfD-Mitglieder und britische Rechte sprechen über Kooperation (31.1.2014) http://www.faz.net/aktuell/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-mitglieder-und-britische-rechte-sprechen-ueber-kooperation-12779553.html, abgerufen am 2.3.2014.

Ausblick

Das Jahr 2014 ist für die AfD von entscheidender Bedeutung: Sollte ihr bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg nicht der Einzug in ein deutsches Länderparlament gelingen, dürfte ihre Aussicht auf politische Konsolidierung gering sein. Der Einzug in das Europaparlament ist im Hinblick auf ihre aktuellen Umfragewerte sowie dem vom Bundesverfassungsgericht beschlossenen Wegfall der Drei-Prozent-Hürde so gut wie sicher.

Die AfD kann hinsichtlich ihrer in dieser Studie aufgezeigten politischen Positionierungen als eine Partei rechts der CDU/CSU und der FDP stehend eingeordnet werden, die sowohl nationalliberale und nationalkonservative wie zudem auch rechtspopulistische Tendenzen aufweist. Deutliche Ähnlichkeiten hinsichtlich ihrer Ausrichtung weist die AfD zum früher existenten rechtspopulistischen *Bund freier Bürger* auf, Überläufer hat die AfD aus der rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* zu verzeichnen. Inwieweit sich die rechtspopulistischen Tendenzen in der AfD weiter manifestieren, hängt von mehreren Faktoren ab:

1. Von ihrem Agieren im europäischen Parlament
2. Von ihrer programmatischen Weiterentwicklung
3. Von ihrer politischen Aufstellung zu den Landtagswahlen
4. Von ihrem Umgang mit Kritik an rechten Tendenzen
5. Von Veränderungen und Entwicklungen in Parteien am rechten Rand

1. Wenn die AfD in das Europaparlament einzieht, wird ihre Bündnispolitik Auswirkungen auf ihre weitere politische Ausrichtung haben. Hierbei bleibt abzuwarten, ob es nach den Wahlen zur Veränderungen bei den bislang bestehenden Fraktionen im europäischen Parlament kommen wird und ob sich neue Fraktionen bilden werden (vgl. Kap. 6). Bislang wurde aus den Reihen der AfD – insbesondere von deren EU-Spitzenkandidat Lucke – politische Gemeinsamkeiten mit der Politik der britischen Konservativen betont. Die aktuelle europaskeptische ECR-Fraktion unter Führung der Tories existiert bislang noch ohne deutsche Beteiligung. Doch an der Parteibasis gibt es ebenfalls deutliche Tendenzen für ein Bündnis mit der rechtspopulistischen UKIP: So wurde etwa für den 27. März im Vorfeld der Europawahlen der UKIP-Vorsitzende Nigel Farage von dem NRW-Landesverband der AfD-Jugendorganisation *Junge Alternative* zur Diskussion eingeladen.[486] Diese Sympathien beschränken sich nicht bloß auf die Parteibasis: Auch aus der Parteispitze kamen jüngst relativierende Äußerungen zu dieser Frage.

2. Die AfD hat immer noch kein ausgereiftes Parteiprogramm. Im aktuellen Programm kommen lediglich allgemeine Grundaussagen zutage, die allein für sich stehend noch keine tiefgründigen Einschätzungen zulassen. Die Ergebnisse der parteiintern durchgeführten Mitgliederbefragung zur Ausgestaltung eines Wahlprogramms zur Europawahl lassen die Deutung zu, dass sich diese benannten politischen Tendenzen möglicherweise inhaltlich in der Partei verdichten könnten.

3. Die AfD hat bei der Bundestagswahl 2013 die meisten ihrer Stimmenanteile in Ostdeutschland erzielt und dort besonders in Sachsen. Im Wahlkampf wurde besonders die Zuwanderung thematisiert.

[486] Nigel Farage bei der JA NRW, unter: http://nrwjungealternative.worldpress.com, abgerufen am 13.03.2014

Die Ausgestaltung des sächsischen Landesprogramms verstärkt deutlich den Eindruck, dass die AfD bei den im August stattfindenden Landtagswahlen mit zuwanderungsfeindlichen Aussagen in Erscheinung treten wird. Zudem hat sich mit der Patriotischen Plattform eine Vereinigung gebildet, die deutliche Überschneidungen mit Positionen aus dem rechten Rand aufweist (vgl. Kap. 4).

4. Hinsichtlich der Frage nach ihrer Rechtslastigkeit ist bei der AfD eine Verschärfung der Tonlage festzustellen: Anstatt sich selbstkritisch mit rechten Tendenzen auseinanderzusetzen, werden zunehmend die Kritiker und die Medien verurteilt. Auffällig ist dabei die Begrifflichkeit zur Abwehr von Kritik: Aus den Reihen der AfD ist hierbei von der „Sprachpolizei“ oder der „politischen Korrektheit“ die Rede. Besonders Letztere wird im AfD-Jargon zu einem zentralen Feindbild hochstilisiert. Ein kurzer Blick in einen Kommentar von AfD-Parteisprecher Konrad Adam in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* offenbart diese Stoßrichtung. Adam spricht sich darin gegen die „politisch korrekt verlogene Sprache, wie sie in Deutschland in Mode gekommen ist“, aus. Hintergrund dieser Zuschreibung ist die mediale Thematisierung der Aussagen von Bernd Lucke über die „Entartungen“ der Demokratie. Adam sieht in diesem Zusammenhang „moderne Pharisäer“ in Form einer „allgegenwärtige(n) Antifa“ am Werk, die sich durch die Kritik an rechten Tendenzen „Macht“ verleihen würde: „Die Antifa lebt vom Dritten Reich wie die Fliege vom Kot; ohne diese Nahrung müssten ihre Mitglieder verhungern.“[487] Inhalt und Wortwahl solcher Äußerungen lassen darauf schließen, dass die öffentliche Kritik an rechten Tendenzen eher zu Kritikabwehr als zu Selbstkritik geführt hat.

5. In Kapitel 5.3 dieser Studie wird deutlich, dass die AfD als neue Partei des politischen rechten Lagers eingeschätzt wird. Zugleich stellt sie für Parteien wie die *Freiheit*, die *Republikaner* oder die *Pro*-Parteien eine Konkurrenz bei Wahlen dar. Besonders in Ostdeutschland sind seitens der NPD Befürchtungen wahrnehmbar, durch die Existenz der AfD an Wählerzustimmung zu verlieren. Inhaltlich bestehen Überschneidungen zwischen allen genannten Parteien hinsichtlich der Euro- und EU-feindliche Ausrichtung mit nationalistischer Grundierung. Zudem hat die Existenz der AfD zu Übertritten von früheren Mitgliedern aus Parteien des rechten Randes geführt. Ebenso ist in der vorliegenden Studie nachlesbar, dass auch aus dem AfD-Umfeld Zustimmungen zu Positionierungen des rechten Randes deutlich wahrnehmbar sind und zudem der Austausch mit neurechten Kreisen gesucht wird.

[487] Adam, Konrad: Moderne Pharisäer, in: Junge Freiheit v. 26.09.2013

Literaturverzeichnis

(Quellenangaben von direkten Zitaten im Text sind in den Fußnoten verzeichnet. Das folgend alphabetisch aufgelistete Literaturverzeichnis beschränkt sich auf die verwendete Buchliteratur. Verwendete und in den Fußnoten belegte Zeitschriftenquellen sind hierbei nicht noch einmal extra aufgeführt worden.)

Ahlheim, Klaus (2011): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover

Bandulet, Bruno (2014): Als Deutschland Großmacht war, Rottenburg

Bandulet, Bruno/Hankel, Wilhelm/Ramp, Bernd-Thomas/Schachtschneider, Karl Albrecht/Ulfkotte, Udo (2012): Gebt uns unsere D-Mark zurück! Rottenburg

Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2013): „Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren“. Die Anti-Euro-Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? Hamburg

Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, Kurzfassung, online unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/.../2014_03_31_AfD_Papier.pdf

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.) (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise, Berlin

Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.) (2009): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden

Buckel, Sonja/Oberndorfer, Lucas/Troost, Axel/Ypsilanti, Andrea (Redaktion) (2013): Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven, Hamburg

Buntenbach, Annelie / Bsirske, Frank / Keller, Andreas / Lemb, Wolfgang / Schäfers, Dietmar / Urban, Hans-Jürgen (2014): Ist Europa noch zu retten? Analysen und Forderungen für eine offensive Europa-Politik, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4, Hamburg

Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden

Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktionsweise. Eine Kritik, Hamburg

Carini, Marco/Speit, Andreas (2002): Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg

Demirovic, Alex/Kaindl, Christina (Hrsg.) (2012): Gegen den Neoliberalismus andenken. Linke Wissenschaften und sozialistische Perspektiven, Hamburg

Dingwerth, Klaus/Blauberger, Michael/Schneider, Christian (2011): Postnationale Demokratie. Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO, Wiesbaden

Dirsch, Felix (2012): Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens, Münster

Dittberger, Jürgen (2010): Die FDP: Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden

Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hrsg.) (2012): Europa in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Hamburg

Frölich-Steffen, Susanne (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, in: Frank Decker (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden

Gärtner, Reinhold: Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus auf dem Vormarsch, Wien 2009

Gauland, Alexander (2002): Anleitung zum Konservativsein, Stuttgart/München

Geden, Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus, Wiesbaden 2006

Grebing, Helga (1971): Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt .M.

Grewe, Hartmut (1994): Der „Bund freier Bürger“, Sankt Augustin

Häusler, Alexander (2008) (Hrsg.): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden

Häusler, Alexander (2013): Europas Rechte Ränder. In: Le Monde diplomatique (Hg.): Atlas der Globalisierung. Die Welt von morgen. Berlin

Häusler, Alexander u.a. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Hintergründe zur vertiefenden Auseinandersetzung, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Download unter: https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen

Hankel, Wilhelm/Nölling, Wilhelm/ Schachtschneider, Karl Albrecht/Starbatty, Joachim (1998): Die Euro-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muß, Hamburg

Hankel, Wilhelm/Nölling, Wilhelm/ Schachtschneider, Karl Albrecht/Spethmann, Dieter/Starbatty, Joachim (2011): Das Euro-Abenteuer geht zu Ende. Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört, Rottenburg

Hanke, Wilhelm (2013): Die Euro-Bombe wird entschärft, Wien

Hartleb, Florian (2013a): Schill-Partei, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 381-387

Hartleb, Florian (2013b): Bürger in Wut (BIW), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 191

Hartleb, Florian (2013c): Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg:): Handbuch der Deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 203

Henkel, Hans-Olaf (2013): Die Euro-Lügner. Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken – so werden wir getäuscht, München

Henning, Eike (1991): Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Eine Studie, Frankfurt am Main

Hundseder, Franziska1(995): Rechte machen Kasse, München

Janssen, Thilo (2013): Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Kailitz, Steffen: Die Republikaner (REP) (2013), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden

Kellershohn, Helmut (Hg.) (2013): Die deutsche Stimme der Jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus in Publikationen der extremen Rechten, Münster

Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster

Korsch, Felix (2014): Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“, herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung, online unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls.../Analysen_National-konservativ.pdf

Martino, Susanne (1992): Die ‚Neue Rechte‘ in der ‚Grauzone‘ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, Frankfurt a.M.

Menzel, Felix/Stein, Philip (2014): Junges Europa. Szenarien des Umbruchs, Chemnitz

Mudde, Cas (2007): Populist radical right parties in Europe, Cambridge

Nordmann, Jürgen (2005): Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs, Hamburg

Nullmeier, Frank (2010): Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“, herausgegeben von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden

Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main

Pfahl-Traughber, Armin (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn

PROKLA 168 (2012): Di EU und der Euro in der Krise, Münster

Reinfeld, Sebastian (2013): „Wir für Euch“. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster

Schachtschneider, Karl Albrecht (2012): Die Souveränität Deutschlands. Souverän ist, wer frei ist, Rottenburg

Schachtschneider, Karl Albrecht (2011): Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik. Ein Staatsstreich der politischen Klasse, Rottenburg

Schomers, Michael (1990): Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR, Köln

Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München

Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München

Sarrazin, Thilo (2012): Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat, München

Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, München

Schmollinger, Horst W. (1983): Die Deutsche Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Partien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band 1 AUD-EFP, Opladen

Starbatty, Joachim ((2013): Tatort Euro. Bürger, schützt das Recht, die Demokratie und euer Vermögen, Wien/Berlin/München

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel (3. aktualisierte Auflage, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin